



Versammlungsfreiheit
Freiheit Hetze Demokratie
Vielfalt Ausgrenzung
Vorurteile Meinungsfreiheit
Religionsfreiheit Terrorismus
Rassismus Menschenwürde
Toleranz Extremismus
Gleichberechtigung

Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2018



Vorwort



Freiheit und Demokratie sind keine Geschenke, die vom Himmel gefallen sind. Es sind hart erkämpfte Errungenschaften, die verteidigt werden müssen und in ständiger Gefahr sind, untergraben zu werden. Gerade in diesen Zeiten, in denen Rechtsextremisten offensiv Position und Haltungen propagieren, von denen man lange hoffte, sie seien überwunden, kommt es auf die Arbeit des Verfassungsschutzes an.

Wenn vom „Austausch“ der Gesellschaft die Rede ist, wenn aus geschürter Angst vor dem Islam Gewalt gegen Muslime wird, wenn Aufrufe zur Selbstjustiz und zum „kurzen Prozess“ mehr Zuspruch bekommen als der Hinweis auf Rechtsstaatlichkeit und faire Verfahren, dann sickert langsam aber sicher der Hass wie ein Gift in unsere

pluralistische Gesellschaft. Furchtbare Terroranschläge wie der im neuseeländischen Christchurch am 15. März 2019 und die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zeigen sehr deutlich, wie dieses Gift wirkt. Eine sehr reale Bedrohung auch für die Sicherheit unseres Landes.

Hass ist ansteckend. Es braucht ein gesundes Immunsystem, um sich gegen diese spezielle Krankheit zu schützen, zumal sie sich über die sozialen Medien heute in Echtzeit viral über den Globus verbreitet; tausendmal geliked, tausendmal geteilt, tausendmal verstärkt.

Es braucht Aufklärung, Analysen und Informationen über die Gefahren dieser Krankheit, um ein Heilmittel zu finden. Genau das ist die Aufgabe des Verfassungsschutzes und des hier nun vorliegenden Jahresberichts, in dem der Rechtsextremismus und seine Auswüchse einen Schwerpunkt bilden. Vielleicht die ernsteste Bedrohung für unsere Gesellschaft im Moment, aber bei weitem nicht die einzige. Denn nach der militärischen Niederlage des sogenannten Islamischen Staates geht auch von Salafisten in Nordrhein-Westfalen weiterhin eine große Gefahr aus.

Anschläge durch Einzeltäter und Kleingruppen sind eine allgegenwärtige Bedrohung, Brandstifter die Werte unseres Grundgesetzes in Frage stellen und versuchen, gläubige wie orientierungslose Menschen im Sinne eines politischen Islams zu manipulieren. Auch hier brauchen wir einen wachsamem Staat, Informationen und Analysen, um Netz-

werke zu zerschlagen oder erst gar nicht entstehen zu lassen. Die linksextremistische, autonome Szene sucht derweil in der Klima-Diskussion die Solidarität bürgerlich-demokratischer Protestler, um Straftaten zu legitimieren. Dabei erweckt sie den Eindruck, als seien Aktionen gegen Polizisten und politische Gegner durch das Demonstrationsrecht geschützt, als müsse der, der mehr Klimaschutz fordert, die Exzesse und Gewalttaten im Hambacher Forst unterstützen, weil er sonst gegen die gemeinsame Sache sei. So werden Feindbilder erzeugt, so wird Gesellschaft gespalten und es entsteht ein Nährboden für Extremismus.

Einig sind sich Rechtsextremisten und Islamisten im Judenhass und der Ablehnung Israels, die auch unter Linksextremisten weit verbreitet ist. Antisemitismus nimmt nicht nur deshalb einen gesonderten Abschnitt dieses Jahresberichts ein. Dass Menschen jüdischen Glaubens sich nicht mehr trauen, im Alltag offen ihre Religion zu zeigen, ist unerträglich und ruft alle demokratischen Kräfte in Nordrhein-Westfalen auf, sich dem entgegen zu stellen.

Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen tut dies auch mit dem konsequenten Ausbau von Präventions- und Aussteigerprogrammen und wirkt so allen Formen des politischen Extremismus entgegen. Mit dem Aussteigerprogramm „Spurwechsel“ für Rechtsextremismus und dem Programm „API“ für Islamismus sowie dem 2018 gestarteten Aussteigerprogramm „left“ für Linksextremismus und auslandsbezogenen Linksextremismus sollen Menschen einen Weg zurück in die demokratische Gesellschaft finden. In Nordrhein-Westfalen wird niemand aufgegeben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes schützen mit ihrer Arbeit unsere Demokratie und sorgen direkt für Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Dafür danke ich ihnen von ganzem Herzen.



Herbert Reul, Minister des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

19. Juni 2019

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	8
--------------	---

Kompakt	12
---------	----

Extremismus in Zahlen	19
------------------------------	-----------

Mitgliederzahlen und -potenziale in Nordrhein-Westfalen.....	30
Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)	32

Politischer Extremismus und Antisemitismus	45
---	-----------

Rechtsextremismus	59
--------------------------	-----------

Im Fokus: Entgrenzung des Rechtsextremismus.....	64
NPD.....	72
Pro NRW	80
Pro Köln	84
Die Rechte	86
Der III. Weg	104
Identitäre Bewegung Deutschland e.V.	108
Neonazis.....	116
Rechtsterrorismus.....	124

Subkulturell geprägter Rechtsextremismus	130
Reichsbürger und Selbstverwalter (Reichsbürgerbewegung).....	138
Rechtsextremismus im Internet	148
Rechtsextremistische Zeitungen.....	152

Linksextremismus **157**

Im Fokus: Anschlussfähigkeit - Einflussnahme - Entgrenzung	160
Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE.....	162
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	166
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	172
Autonome Linksextremisten	178

Auslandsbezogener Extremismus **191**

Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe).....	194
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (DHKP-C)	202
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).....	206

Islamismus **215**

Im Fokus: Entgrenzung des Islamismus	220
Extremistischer Salafismus	224
HAMAS	238
Hizb Allah (Partei Gottes)	242
Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT).....	246

Kalifatsstaat (Hilafet Devleti).....	250
Muslimbruderschaft (unter anderem IGD).....	252
Milli Görüs-Bewegung.....	256
Türkische Hizbullah (TH).....	260
Furkan-Gemeinschaft.....	264

Scientology Organisation (SO) 269

Scientology Organisation (SO).....	270
------------------------------------	-----

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz 277

Im Fokus: Nachrichtendienstliche Operationen im Cyberraum	280
Spionage Auftraggeber, Ziele und Methoden.....	282
Proliferation.....	288
Wirtschaftsschutz und Geheimschutz in der Wirtschaft	290

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme 297

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme.....	298
Im Fokus: Aufklärung durch den Verfassungsschutz.....	300
Übergreifende Konzepte und Vernetzung	304
Präventionsprogramm Wegweiser	310
VIR.....	314
Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes	318
Fachtagungen und Kongresse	330

Vorträge und Fortbildungen 340

Veröffentlichungen 346

Über den Verfassungsschutz 351

Liste der Bestrebungen und Organisationen 356

Vorbemerkung

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht bezieht sich auf Ereignisse und Beobachtungen im Jahr 2018. Zeitlich danach liegende Vorfälle und Entwicklungen werden punktuell angesprochen, wenn sie von größerer Bedeutung sind. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens sind aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichts erforderlich sind. Ergänzende Informationen finden Sie im Internet unter www.im.nrw.de/verfassungsschutz.

Grundlagen und Zielsetzung des Verfassungsschutzes

Nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten, die Bestrebungen oder Tätigkeiten betreffen,

- ▶ die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- ▶ darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen, oder
- ▶ die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- ▶ die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder
- ▶ Die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstlich Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Die Verfassungsschutzbehörde sammelt hierzu die für sie relevanten Informationen und wertet sie dahingehend aus, ob tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht solcher Bestrebungen und Tätigkeiten vorliegen. Weder eine konkrete Gefahr noch eine begangene Straftat sind notwendig, um ihr Tätigwerden zu legitimieren. Die Berichterstattung im Verfassungsschutzbericht ist bereits dann zulässig, wenn hinreichende Verdachtsmomente gegeben sind. Diese müssen sich nicht bis zur Bewertung einer

Bestrebungen als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Der Verfassungsschutz arbeitet zum Schutz der Verfassung und des Gemeinwesens im Vorfeld konkreter Gefahren oder Straftaten. Er hat bei der Wahrnehmung seines gesetzlichen Auftrags im Wesentlichen Organisationen und Strukturen im Blick.

Kennzeichnung

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebungen vorliegen sind in Fettdruck gekennzeichnet. Namen solcher, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst (sogenannte Chevrons).

Beispiel:

»Partei XY«

Bei „Bestrebungen“ handelt es sich nach § 3 Abs. 3 VSG NRW um politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der gegen die in § 3 Abs. 1 genannten Schutzgüter gerichtet ist. Ein „Personenzusammenschluss“ setzt mehrere Personen voraus, die gemeinsam handeln. Einzelpersonen stehen nicht unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes, es sei denn, ihr Verhalten ist auf die Anwendung von Gewalt gerichtet oder von ihnen geht eine erhebliche Gefahr für eines der Schutzgüter des Verfassungsschutzgesetzes aus. Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Im Zentrum steht der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – also des nicht zur Disposition stehenden Kerns des Grundgesetzes (§ 3 Abs. 6 VSG NRW). Hierzu zählen:

- ▶ Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- ▶ die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- ▶ das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- ▶ die Ablösbarkeit der Regierung und deren Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- ▶ die Unabhängigkeit der Gerichte,
- ▶ der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- ▶ die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Auswärtige Belange der Bundesrepublik und Völkerverständigung

Daneben beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen, „die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden“. Hier geht es beispielsweise um gewaltbereite extremistische Gruppen mit Auslandsbezug, die vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus Gewaltaktionen vorbereiten, um eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse im Ausland, insbesondere in ihren Heimatländern, herbeizuführen und die dadurch die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten beeinträchtigen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW).

Auch Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind, gehören zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW). Der Verfassungsschutz beobachtet international operierende Gruppierungen, die beispielsweise darauf abzielen, konfessionelle oder ethnische Gruppen im Ausland zu bekämpfen. In diesem Fall sind die Angriffe nicht auf die staatliche Ordnung oder die Grenzen eines einzelnen anderen Landes gerichtet, sondern gegen bestimmte (Volks-)Gruppen in den betreffenden Staaten. Gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind damit auch Gruppierungen, die die – notfalls gewaltsame – Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete propagieren.

Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Bei seiner Tätigkeit stützt sich der Verfassungsschutz in großem Umfang auf offenes Material wie Zeitungen, wissenschaftliche Veröffentlichungen, Radio- und Fernsehberichte, Interviews und Parteiprogramme. Sensible Informationen aus geschlossenen Zirkeln werden hingegen häufig mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnen. Es werden nach Maßgabe konkreter gesetzlicher Vorgaben Vertrauenspersonen (V-Personen) eingesetzt und Zielpersonen observiert. In besonders gravierenden Einzelfällen erfolgt eine Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel ist zur Aufklärung konspirativ arbeitender verfassungsfeindlicher Organisationen notwendig. Die Beschaffung von Informationen durch den Verfassungsschutz unterliegt der Kontrolle des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags NRW und bei bestimmten, die Kommunikation oder die Finanzierung von Bestrebungen betreffenden Maßnahmen der Kontrolle durch eine unabhängige Kommission (G 10-Kommission). Typischerweise geben sich extremistische Organisationen in ihren Programmen und öffentlichen Auftritten gemäßigt, um ihre Akzeptanz und ihre Wahlchancen nicht zu beeinträchtigen. Klartext wird häufig nur in den inneren Zirkeln und unter Ausschluss der Öffentlichkeit geredet. Darüber muss der Verfassungsschutz verlässliche Informationen erlangen, wenn er sich ein realistisches Bild von den Zielen und den Methoden derartiger Organisationen verschaffen und seinen Auftrag zur Beratung der Politik und Aufklärung der Öffentlichkeit erfüllen will.

Kompakt

Politisch motivierte Gewalt

Es gab in 2018 zwar insgesamt weniger Politisch Motivierte Kriminalität, jedoch nahm die Zahl der Gewaltdelikte deutlich zu. Im Zehn-Jahres-Vergleich befand sich die Anzahl der Delikte in beiden Bereichen auf einem hohen Niveau. Die Anzahl sowohl der antisemitischen Straftaten insgesamt als auch der antisemitischen Gewaltdelikte ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

Rechtsextremismus

Die Entwicklung des Rechtsextremismus im Berichtszeitraum ist durch zwei Elemente gekennzeichnet: Radikalisierung und Entgrenzung. Die Radikalisierung zeigt sich unter anderem darin, dass Rechtsextremisten die derzeitige politische Situation in Endzeit- und Bürgerkriegsszenarien diskutieren und zum Teil daraus folgern, sich auf diese Auseinandersetzung vorbereiten zu müssen. Das permanente Wiederholen von Feindbildern und das rassistische Zuspitzen von gesellschaftlichen Konflikten liefert einigen Rechtsextremisten eine vermeintliche Rechtfertigung für Gewalttaten. Es besteht die Gefahr, dass sich in diesem ideologischen Umfeld rechtsterroristische Strukturen oder Einzeltäter entwickeln könnten. Ein anderer Teil des Rechtsextremismus, insbesondere die Neue Rechte, versucht die Stigmatisierung des Rechtsextremismus aufzubrechen,

27. Januar

Demonstration „Überall ist Afrin - Überall ist Widerstand“ von »NAV-DEM« in Köln mit rund 15.000 Teilnehmern



10. Mai

Demonstration in Bielefeld von **Die Rechte** „Freiheit für Ursula Haverbeck“ mit rund 450 Teilnehmern



2018 ▶▶

14. April

Demonstration in Dortmund von **Die Rechte** „Europa erwache!“ mit rund 600 Teilnehmern



den politischen Diskurs nach „Rechts“ zu verschieben und somit anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft zu werden. Man möchte den Rechtsextremismus entgrenzen.

Reichsbürger erkennen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht an und versuchen die Behörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu behindern. Bislang konnte der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen rund 3.200 Anhänger identifizieren.

Linksextremismus

Prägend für die Entwicklung des Linksextremismus im Berichtszeitraum ist die autonome linksextremistische Szene. Diese agiert in NRW wie auch bundesweit weiterhin eher aktionsorientiert als ideologiefixiert. Gewalt stellt für diese Szene dabei ein immer stärker akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner dar.

Auch im Jahr 2018 hat sich im Bereich des Hambacher Forstes die Gewaltausübung von Linksextremisten der autonomen Szene weiter verschärft. Neben fortgesetzten Übergriffen gegen das Personal des Unternehmens RWE stiegen die Straftaten gegen Polizeikräfte in Anzahl und Ausmaß erheblich.

12. Juni

Festnahme eines mutmaßlichen Jihadisten in Köln, aufgrund einer Anschlagsvorbereitung mit dem biologischen Kampfstoff Rizin

07. Juli

Beteiligung vonlinksextremistischen Autonomen und der **MLPD** an der Demonstration „NoPoIG“ in Düsseldorf



23. Juni

pro-kurdisches ZI-LAN-Frauenfestival mit rund 3.000 Teilnehmern in Dortmund



Die dort agierende gewaltorientierte linksextremistische Szene verfügt gleichwohl nach wie vor über ein hohes Maß an Anschlussfähigkeit an das demokratische ökologische Protestspektrum. Zunehmend wird jedoch deutlich, dass Ziel der Besetzer weniger der Umweltschutz als vielmehr die Schaffung autonomer Gebiete und die gewaltsame Überwindung des kapitalistischen Systems ist. Ebenfalls festzustellen ist eine wachsende internationale Vernetzung der Szene.

Auslandsbezogener Extremismus

Nach wie vor spielen die Auseinandersetzungen in den kurdischen Siedlungsgebieten sowie die Haftbedingungen und der Gesundheitszustand Abdullah Öcalans eine wesentliche Rolle für das Aktionsverhalten **PKK**-naher Organisationen.

Generell gelingt es nationalistischen und rechtsextremistischen türkischen Organisationen wie auch linksextremistischen und **PKK**-nahen Organisationen sowohl mediale Aufmerksamkeit als auch eine Mobilisierung ihrer Zielgruppen zu erreichen. Rechte und linke türkische Gruppierungen polarisieren dabei und scheuen beim Aufeinandertreffen auch körperliche Auseinandersetzungen nicht. Der Grad der Militanz, der sich im Versammlungsgeschehen oder aber in der direkten Konfrontation mit dem politischen Gegner hierzulande abbildet, ist im Wesentlichen abhängig davon, wie konfrontativ die

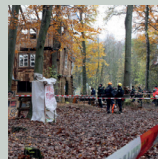
08. September

»NAVDEM«- Kundgebung
„Schluss mit dem Verbot kurdischer Kultur“ mit rund 3.500 Teilnehmern in Düsseldorf



September/Oktober

Räumung im Hambacher Forst und Versammlungen/Camp „Ende Gelände“ mit bis zu 30.000 Teilnehmern



2018 ▶▶

10. November

Gegenveranstaltungen zu der Versammlung der Partei **Die Rechte** „Ursula Haverbeck: Mit 90 Jahren in Gesinnungshaft“ mit rund 9.000 Teilnehmern, hierunter zahlreiche linksextremistische Autonome



politischen Auseinandersetzungen in der Türkei geführt werden. Insofern wirkt sich die innenpolitische Lage in der Türkei immer wieder auf die innere Sicherheit in NRW aus.

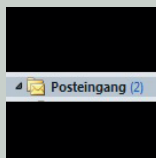
Islamismus

Vom jihadistischen Salafismus geht nach wie vor eine ernstzunehmende terroristische Gefahr aus. Auch nach der militärischen Niederlage des sogenannten „**Islamischen Staates**“ besteht die Gefahr terroristischer Anschläge in Deutschland fort. Insbesondere jihadistisch motivierte oder instruierte Einzeltäter ohne feste Organisationsbindung stellen ein hohes Risikopotenzial dar. Auch von den Rückkehrern aus den jihadistischen Kampfgebieten unter denen zurzeit überwiegend Frauen und deren Kinder sind, gehen Gefahren aus, weil sie Kampferprobt und Waffenerfahren seien können, oder und das gilt auch für Frauen die Szene weiter ideologisieren und radikalisieren.

Im Bereich des politischen Salafismus zeichnen sich Veränderungen ab: Vereinsverbote und strafrechtliche Maßnahmen haben die öffentliche Straßenmissionierung zum Erliegen gebracht und die Wachstumsdynamik der salafistischen Szene hat sich abgeschwächt. Die Ausbildung neuer Aktionsformen und Organisationsstrukturen ist zu erwarten. Im Berichtsjahr 2018 sind Hilfsorganisationen aus dem extremistisch-salafistischen Spektrum, die sogenannte Gefangenenhilfe und virtuelle Netzwerke aktiv und

In der 2. Jahreshälfte 2018

Drohmails an Personen und Institutionen, unter anderem unter dem Absender „NSU 2.0“



11. Dezember

Anschlag im Umfeld des Weihnachtsmarktes mit einer Schusswaffe und einem Messer in Straßburg

binden die Szene. Traditioneller Islamismus drängt zunehmend in die Zivilgesellschaft. Islamistische Organisationen und Netzwerke – insbesondere aus dem Spektrum der **Muslimbruderschaft** – versuchen sich als vermeintlich unproblematische Alternative zum extremistischen Salafismus in der deutschen Öffentlichkeit zu platzieren, um somit gesellschaftliche Akzeptanz zu erwerben.

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

Das Internet hat sich zum fest etablierten Operationsraum für fremde Nachrichtendienste entwickelt. Das Netz bietet dabei vielfältige Möglichkeiten: Von klassischer Spionage über die Einflussnahme auf politische Systeme bis zur Vorbereitung und Durchführung von Sabotage-Aktionen. Ein neues „Lagebild Wirtschaftsschutz in Nordrhein-Westfalen“ der Sicherheitspartnerschaft NRW soll zukünftig kleine und mittlere Unternehmen in die Lage versetzen, ihr eigenes Schutzniveau besser einzuschätzen und Handlungsbedarfe zu erkennen. Es soll zudem dabei helfen, den Wirtschaftsschutz des Verfassungsschutzes gezielter auszurichten.

Prävention

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen hat seine Präventionsmaßnahmen nochmals erweitert und die Vernetzung mit Akteuren in Staat, Gesellschaft und Wissenschaft

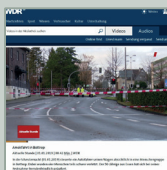
Dezember 2018

Tod vieler deutscher Jihadisten in Syrien unter anderem vermutlich Mohamed Mahmoud, dem Gründer des **Millatu Ibrahim** Netzwerkes in Solingen. Bereits im Januar 2018 soll sein Mitstreiter Denis Cuspert gestorben sein. Neben ihnen haben viele weitere deutsche Jihadisten der ersten Generation mittlerweile den Tod in Syrien gefunden.

2018 ▶▶

weiter erhöht. Durch das Wegweiser-Programm, das bereits von Beginn an mit einem breiten kommunalen Netzwerk zusammenarbeitet, wurden bis Ende 2018 in 18 landesweit verteilten Standorten über 800 junge Menschen individuell betreut. Das Aussteigerprogramm „Spurwechsel“ (Rechtsextremismus) und das „Aussteigerprogramm Islamismus (API)“ werden weiter sehr stark nachgefragt. Im September 2018 startete das Aussteigerprogramm „left“ für Szene#angehörige des Links- und auslandsbezogenen Extremismus und verzeichnet seit Beginn ein wachsendes Fallaufkommen. Damit bietet der Verfassungsschutz NRW erstmals für alle Phänomenbereiche professionelle Hilfen zum Ausstieg an.

In der unbefristeten Interministeriellen Arbeitsgruppe „Salafismusprävention“ zur Bekämpfung des gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus wurde unter Einbeziehung der Wissenschaft sowie Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft und Praxis ein fortwährendes Netzwerk geschaffen, das ressortübergreifend und nachhaltig Programme und Projekte zur Salafismusprävention umsetzt. Die sechste Trainerinnen- und Trainerausbildung im „VIR-Projekt“ fand in Hattingen statt. „VIR“ ist ein Trainingskonzept, um Impulse zur Distanzierung vom Rechtsextremismus zu geben. Neu ausgebildet wurden im Jahr 2018 Fachkräfte, die zum Beispiel in Ausstiegshilfen für Rechtsextremismus, der mobilen Jugendarbeit, in Polizei und Strafvollzug tätig sind.



Silvesternacht 2018/2019

Anschlag mit einem Auto in Bottrop und Essen auf Migranten

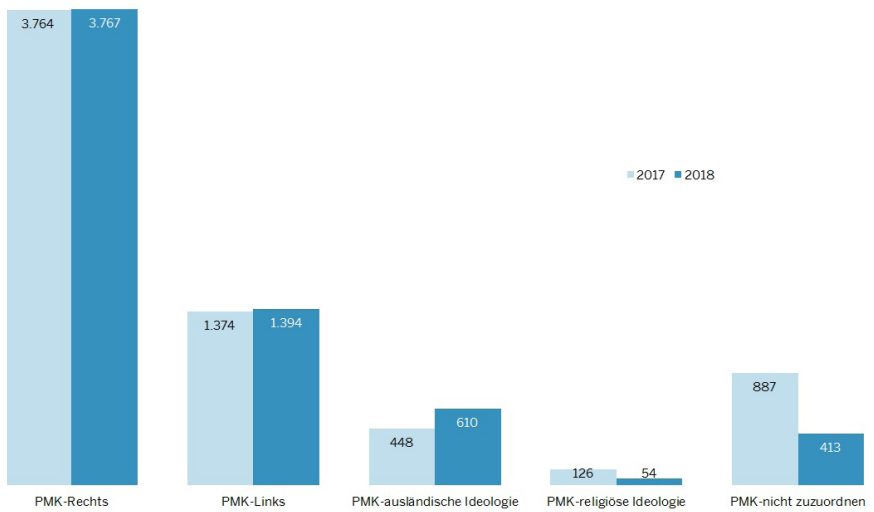


Extremismus in Zahlen

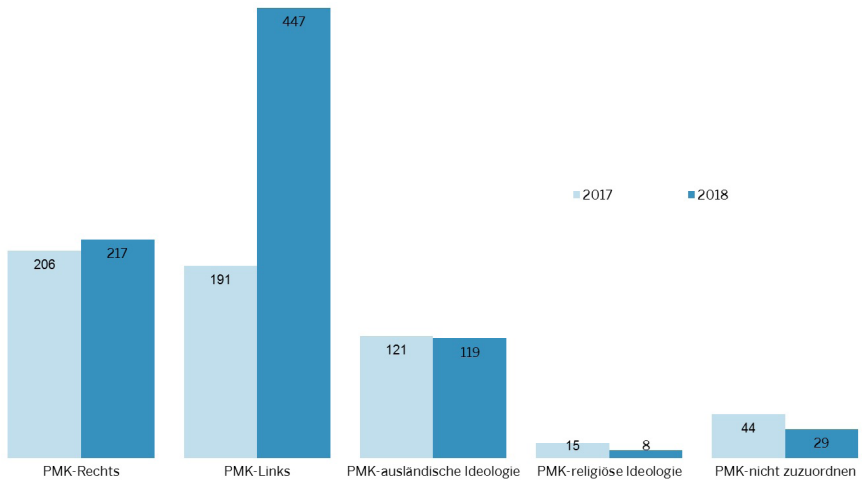
Themenfelder der Entgrenzung im Extremismus



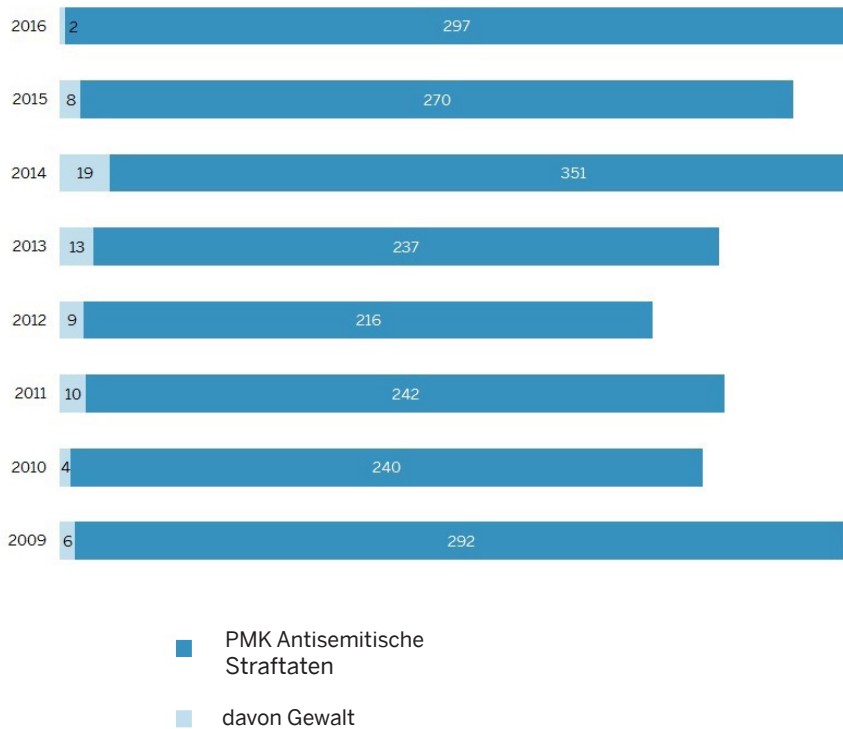
Politisch motivierte Kriminalität nach PMK-Phänomenbereichen im Vorjahresvergleich



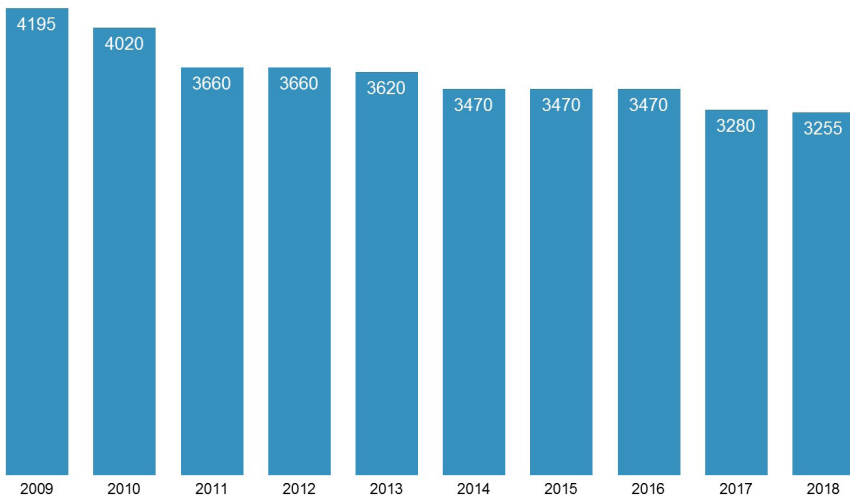
Gewaltkriminalität nach PMK-Phänomenbereichen im Vorjahresvergleich



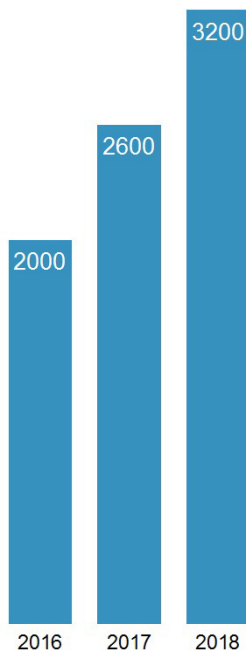
Antisemitische Straf- und Gewalttaten im Zehnjahresvergleich



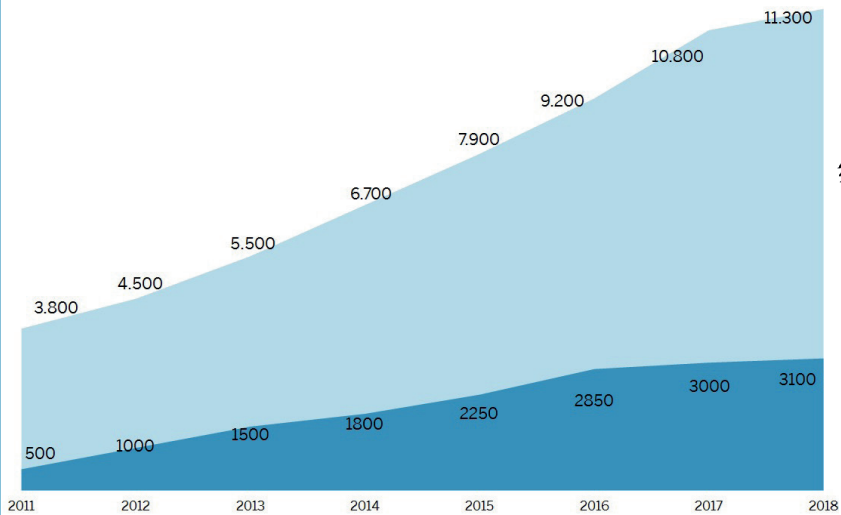
Personenpotenzial im Rechtsextremismus



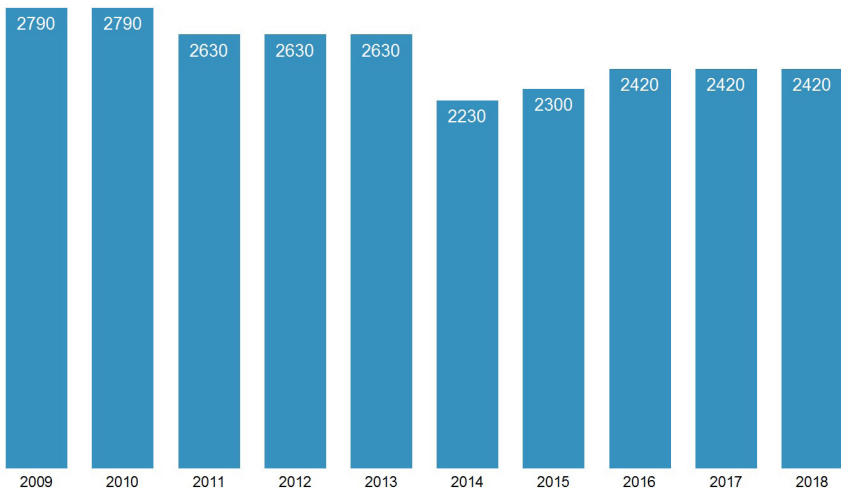
Reichsbürger / Selbstverwalter



Zahl der extremistischen Salafisten



Zahl der Linksextremisten



Präventionsmaßnahmen des Verfassungsschutzes NRW

Primär	Sekundär	Tertiär
<p>Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> Vorträge multimediale Produkte z.B. Virtual Reality Teilnahme an Messen Angebote für Schulen ressortübergreifende Handlungskonzepte Aussteigergespräche Projekt „Prisma“ Projekt „Kommunen gegen Extremismus“ 	<p>Präventionsprogramme:</p>  <ul style="list-style-type: none"> setzen vor dem Szene-Einstieg an Beratung findet im Vertrauensraum statt individuelle Hilfe vor Ort (NGO und kommunale Träger)  <ul style="list-style-type: none"> Trainerausbildung 	<p>Aussteigerprogramme:</p>    <ul style="list-style-type: none"> unterstützen beim Ausstieg bieten ideologische Aufarbeitung Lebensstabilisierung

Deliktgruppen	PMK-rechts-		PMK-links-		PMK-ausländische Ideologie-		PMK-religiöse Ideologie		PMK-nicht zuzuordnen-	
	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018
Tötungsdelikte	1 (2)	0 (1)	1 (1)	0 (0)	1 (1)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
Brand- und Sprengstoffdelikte	3 (14)	16 (21)	1 (0)	1 (0)	1 (0)	0 (1)	0 (1)	0 (1)	4 (7)	4 (7)
Landfriedensbruchdelikte	0 (0)	28 (12)	7 (6)	7 (6)	7 (6)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	1 (0)	1 (0)
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	4 (1)	22 (28)	0 (1)	0 (1)	0 (1)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (5)	0 (5)
Körperverletzungsdelikte	190 (172)	119 (85)	81 (106)	81 (106)	81 (106)	7 (11)	7 (11)	7 (11)	14 (21)	14 (21)
Widerstandshandlungen	18 (16)	260 (40)	26 (5)	26 (5)	26 (5)	1 (2)	1 (2)	1 (2)	4 (3)	4 (3)
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	1 (1)	2 (4)	3 (2)	3 (2)	3 (2)	0 (1)	0 (1)	0 (1)	6 (8)	6 (8)
Sexualdelikte	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
Zwischensumme	217 (206)	447 (191)	119 (121)	119 (121)	119 (121)	8 (15)	8 (15)	8 (15)	29 (44)	29 (44)
Bedrohungen, Nötigungen	61 (47)	21 (30)	30 (19)	30 (19)	30 (19)	9 (25)	9 (25)	9 (25)	20 (29)	20 (29)
Sachbeschädigungen	176 (313)	413 (619)	58 (51)	58 (51)	58 (51)	5 (11)	5 (11)	5 (11)	94 (412)	94 (412)
Propagandadelikte	2242 (2062)	13 (29)	7 (13)	7 (13)	7 (13)	4 (4)	4 (4)	4 (4)	156 (165)	156 (165)
Volksverhetzungen	588 (700)	6 (6)	27 (20)	27 (20)	27 (20)	6 (6)	6 (6)	6 (6)	14 (17)	14 (17)
Störungen des öffentlichen Friedens	12 (16)	11 (5)	5 (5)	5 (5)	5 (5)	2 (16)	2 (16)	2 (16)	4 (8)	4 (8)
Beleidigungen	384 (289)	154 (113)	64 (53)	64 (53)	64 (53)	3 (9)	3 (9)	3 (9)	64 (96)	64 (96)
Verstöße gegen das VereinsG	0 (0)	3 (0)	197 (89)	197 (89)	197 (89)	1 (4)	1 (4)	1 (4)	0 (0)	0 (0)
Verstöße gegen das VersG	16 (36)	108 (209)	77 (68)	77 (68)	77 (68)	0 (1)	0 (1)	0 (1)	6 (8)	6 (8)
Sonstige Straftaten	71 (95)	218 (172)	26 (9)	26 (9)	26 (9)	16 (35)	16 (35)	16 (35)	26 (108)	26 (108)
Gesamt	3767 (3764)	1394 (1374)	610 (448)	610 (448)	610 (448)	54 (126)	54 (126)	54 (126)	413 (887)	413 (887)

Mitgliederzahlen und- potenziale in Nordrhein-Westfalen

Die Angaben zu den Parteien und Organisationen umfassen grundsätzlich alle Mitglieder. Die Angaben sind gerundet und zum Teil geschätzt.



Rechtsextremismus	2017	2018
NPD	500	500
Pro NRW	400	350
Pro Köln e.V	200	150
Pro Deutschland	10	-
Die Rechte	270	280
Der III. Weg	30	30
IBD	60	70
ARMINIUS-Bund des deutschen Volkes	15	-
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen, insbesondere Neonazistische Kameradschaften	850	900
Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial, insbesondere Skinheads	1.350	1.350
abzüglich Doppelmitgliedschaften*	-405	-375
Gesamt	3.280	3.255
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	2.000	2.000
Reichsbürger und Selbstverwalter	2.600	3.200

* Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierungen zugerechnet werden. Die Mitglieder der **Partei Die Rechte** werden weiterhin als Neonazis gezählt.



Linksextremismus	2017	2018
Gewaltorientierte Linksextremisten, insbesondere Autonome	970	970
DKP	800	800
MLPD	650	750
Gesamt	2.420	2520



Ausländerextremismus	2017	2018
»ADÜTDF«	2.000	2.000
DHKP-C	200	200
KONGRA-GEL bzw. PKK	2.200	2.200
Gesamt	4.400	4.400



Islamismus	2017	2018
Extremistischer Salafismus	3.000	3.100
davon politisch	2.200	2.210
davon gewaltbereit	800	890
HAMAS	75	75
Hizb Allah	105	110
Hizb ut-Tahrir	35	60
Kalifatsstaat	220	220
Muslimbruderschaft	65	65
Milli Görüs-Bewegung (extremistischer Teil)	250	250
Nordkaukasische Separatisten-Bewegung	70	70
Türkische Hizbullah	100	100
Furkan-Gemeinschaft	15	80
Gesamt	3.935	4.130

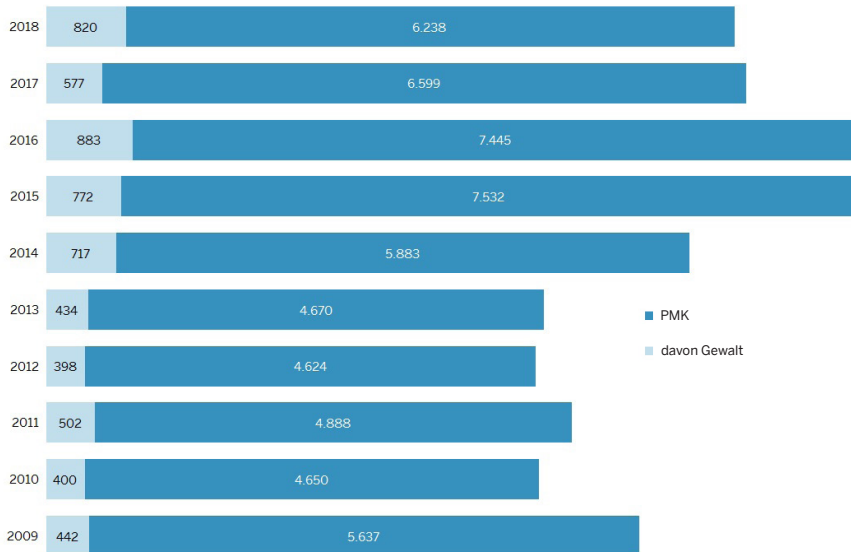
Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)

Betrachtung der Gesamtentwicklung

In Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2018 insgesamt 6.238 politisch motivierte Straftaten bekannt (2017: 6.599). Damit ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 361 Delikte beziehungsweise 5,5 % zu verzeichnen. Betrachtet nach Deliktsgruppen sind unterschiedliche Entwicklungen festzustellen.

So wurden beispielsweise mit 309 Widerstandshandlungen 243 Straftaten mehr gezählt als im Vorjahr. Dagegen waren bei den 746 Sachbeschädigungen starke Rückgänge zu verzeichnen (2017: 1.406).

Die Aufklärungsquote im Bereich der PMK für das Jahr 2018 beträgt 43,1 % (2017: 35,9 %). Es wurden mit 2.689 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr 318 Delikte mehr aufgeklärt (2017: 2.371).



Gesamtentwicklung im Zehn-Jahresvergleich

Gewaltdelikte der Politisch motivierten Kriminalität (PMK-Gewalt)

Die Zahl der bekannt gewordenen Gewaltdelikte mit politischer Motivation ist in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Jahr 2017 gestiegen. Es wurden insgesamt 820 Gewaltdelikte bekannt, das bedeutet einen Anstieg um 42,1 % (2017: 577). 423 Gewaltdelikte konnten polizeilich geklärt werden (2017: 300). Die Aufklärungsquote liegt mit 51,6 % minimal niedriger als im Vorjahr (2017: 52,0 %).

Propagandadelikte

Einen hohen Anteil der PMK macht jährlich wiederkehrend die Gruppe der Propagandadelikte, also Straftaten der §§ 86 und 86a StGB, aus. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Anteil der Propagandadelikte am Straftatenaufkommen der Politisch motivierten Kriminalität auf 2.422 Straftaten beziehungsweise 38,8 % des Gesamtaufkommens (2017: 2.273 Straftaten beziehungsweise 34,4 %).

Bei den meisten Propagandadelikten handelt es sich um Hakenkreuzschmierereien, die nur wenige Ermittlungsansätze bieten und daher schwer aufzuklären sind. Mit 37,7 % liegt die Aufklärungsquote der Propagandadelikte über dem Niveau des Vorjahres (2017: 33,6 %).

Extremistische Straftaten

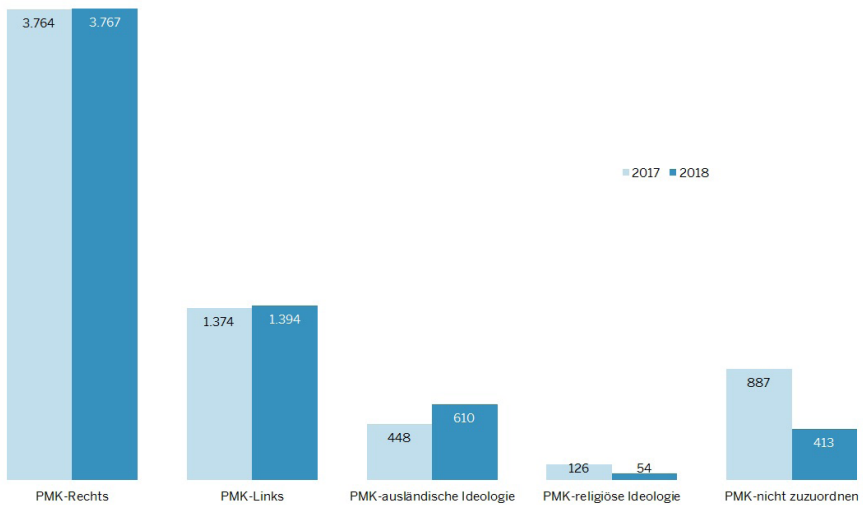
Von den 6.238 im Jahr 2018 bekannt gewordenen Delikten der PMK sind 5.928 (95 %) als extremistische Straftaten im Sinne des § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen eingestuft, weil sie sich beispielweise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richteten.

Die Anzahl der als extremistisch einzustufenden Straftaten ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken, ebenso der Anteil am Gesamtaufkommen der PMK (2017: 6.321 Straftaten beziehungsweise 95,8 %).

Entwicklung der Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität

Betrachtet man die Entwicklung der PMK differenziert nach Phänomenbereichen, so zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen.

In den Bereichen PMK-religiöse Ideologie (zum Beispiel Islamismus) und der PMK, die sich nicht zuordnen lässt, sind die Fallzahlen gesunken, im Phänomenbereich PMK-Rechts, PMK-Links und PMK-Ausländische Ideologie ist ein Anstieg festzustellen.

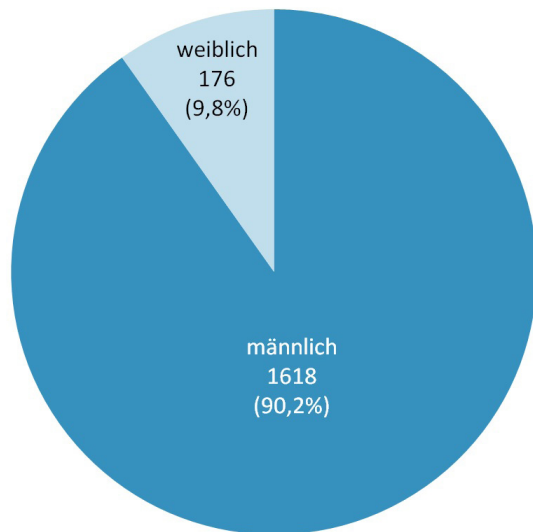


Politisch motivierte Kriminalität nach PMK-Phänomenbereichen im Vorjahresvergleich

Politisch motivierte Kriminalität-Rechts

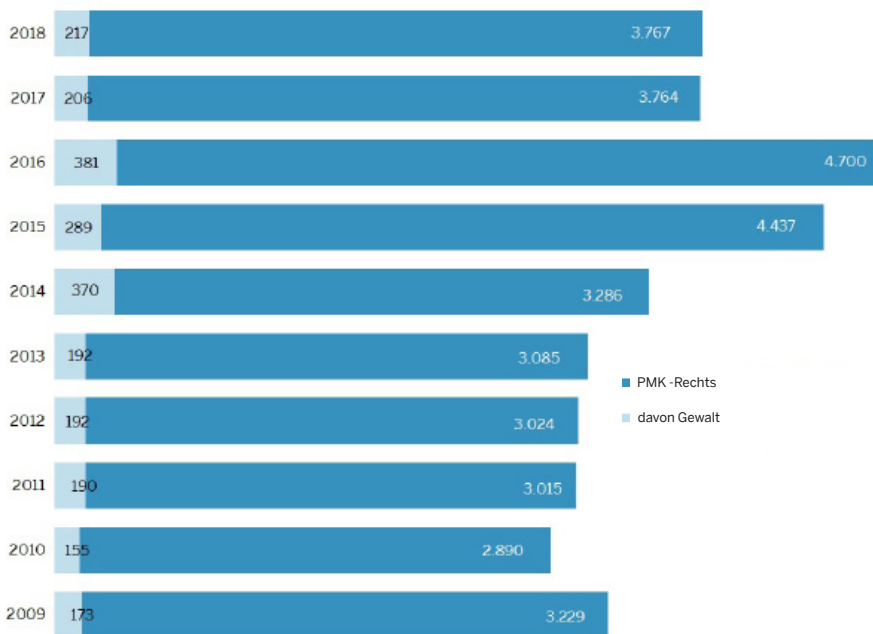
Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich der PMK-Rechts ist mit 3.767 Straftaten (2017: 3.764) im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleich geblieben. Propagandadelikte und Volksverhetzungen machen mit 75,1 % (2.830 von 3.767 Straftaten) wie in den Vorjahren den überwiegenden Anteil der Straftaten der PMK-Rechts aus (2017: 73,4 %).

Es konnten 1.633 Straftaten beziehungsweise 43,4 % polizeilich geklärt werden. Damit liegt die Aufklärungsquote 6,7 Prozentpunkte über dem Wert des Vorjahres. Insgesamt wurden 1.794 Tatverdächtige ermittelt (2017: 1.532). Davon waren 1.618 Personen beziehungsweise 90,2 % männlich und 176 beziehungsweise 9,8 % weiblich.



Die am höchsten belastete Altersgruppe war mit 359 Personen, ^{Tatverdächtige in der PMK-Rechts} wie im Vorjahr die der 30 bis 39-jährigen. Es folgte die Gruppe der 40 bis 49-jährigen mit 299 Personen. 866 (48,3 %) der Tatverdächtigen waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten (2017: 800 beziehungsweise 52,2 %). Vorherrschende Themenfelder der PMK-Rechts waren „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“ (Anstieg von 2.430 auf 2.572 Straftaten) und „Hasskriminalität“ (Rückgang von 1.563 auf 1.454 Straftaten). Dahinter folgen die Themenfelder „Konfrontation/politische Einstellung“ (Rückgang von 529 auf 303 Straftaten),

„Ausländer-/Asylthematik“ (Rückgang von 488 auf 280 Straftaten) und „Innen- und Sicherheitspolitik (Rückgang von 478 Straftaten auf 250 Straftaten).



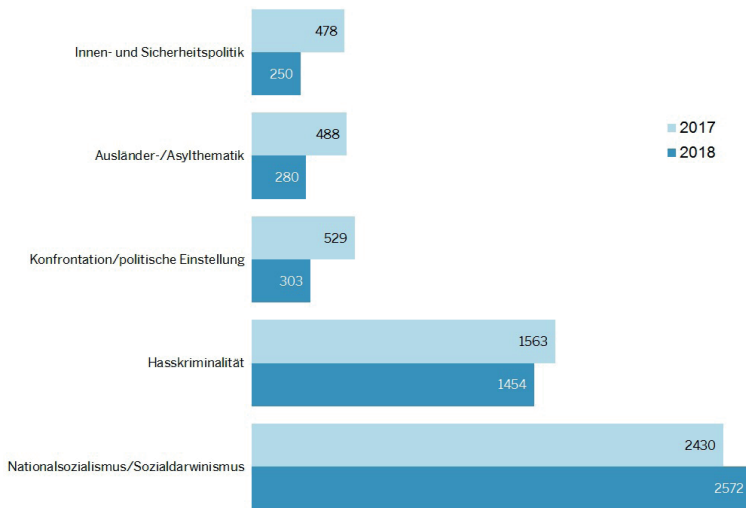
PMK-Rechts und PMK-Rechts-Gewalt im Zehn-Jahresvergleich

Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Rechts

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch rechtsmotivierte Tatverdächtige ist mit 217 Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 5,3 % gestiegen (2017: 206 Straftaten). Schwerpunktmäßig handelte es sich um Körperverletzungen (190 Straftaten beziehungsweise 87,6 %). Gewaltdelikte durch Rechtsextremisten wurden nach wie vor mehrheitlich im öffentlichen Raum und mit 92,2 % zumeist unabhängig von Demonstrationen verübt. Die Aufklärungsquote der Gewaltdelikte im Bereich der PMK-rechts liegt mit 162 geklärten Taten bei 74,7 % (2017: 141 Straftaten beziehungsweise 68,4 %).

Hasskriminalität durch „Rechte“

Der Hasskriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und / oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse,



Themenfelder der Hasskriminalität

Hautfarbe, Religion, Herkunft oder aufgrund ihres äußerlichen Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status gerichtet sind. Die „Hasskriminalität“ im Phänomenbereich PMK-Rechts ist mit 1.454 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr gesunken (2017: 1.563 Straftaten). Auch dem Unterthema „Fremdenfeindlichkeit“ wurden weniger Delikte als im Vorjahreszeitraum zugeordnet (1.432 Straftaten, 2017: 1.544 Straftaten). Deliktisch gesehen liegen die Schwerpunkte bei Volksverhetzungen (564 Straftaten), Beleidigungen (324 Straftaten) und Straftaten

Kennzeichnung zu den Themenfeldern

Mehrfachnennungen bei den Oberthemen sind möglich, so dass eine Straftat mehreren Themenfeldern zugeordnet werden kann.

gemäß §§ 86, 86a StGB (210 Straftaten). Die Anzahl der Gewaltdelikte im Themenfeld Hasskriminalität ist gestiegen (164 Straftaten, 2017: 154 Straftaten), ebenso wie die Anzahl der fremdenfeindlich motivierten Gewaltdelikte (162 Straftaten, 2017: 154 Straftaten).

Antisemitische Straftaten

Die Anzahl der antisemitischen Straftaten ist von 324 auf 350 Straftaten gestiegen (Anstieg um 8,0 %). 311 Straftaten beziehungsweise 88,9 % der antisemitischen Straftaten wurden im Jahr 2018 der PMK-Rechts zugeordnet.

Bei den Deliktgruppen machten, wie in den Vorjahren, Volksverhetzungen (203 Straftaten), Propagandadelikte (59 Straftaten), Beleidigungen (31 Straftaten) und Sachbeschädigungen (28 Straftaten) mit 91,7 % den überwiegenden Anteil der Fallzahlen aus (2017: 93,8 %). Auch die Anzahl der antisemitischen Gewaltdelikte ist um 166,7 % gestiegen (16 Straftaten, 2017: 6 Straftaten).

Reichsbürger/Selbstverwalter

Im Jahr 2017 wurde das Oberthema „**Reichsbürger/Selbstverwalter**“ im KPMD-PMK (Kriminalpolizeilicher Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität) eingeführt. Die Zahl der 2018 registrierten Straftaten im Themenfeld „Reichsbürger/Selbstverwalter“ liegt bei 64 Straftaten (2017: 85 Straftaten).

Davon entfallen 28 auf den Phänomenbereich PMK-rechts (2017: 30 Straftaten) und 36 auf den Phänomenbereich PMK-nicht zuzuordnen (2017: 55 Straftaten). 63 der 64 Straftaten wurden geklärt (Aufklärungsquote: 98,4 %, 2017: 87,1 %).

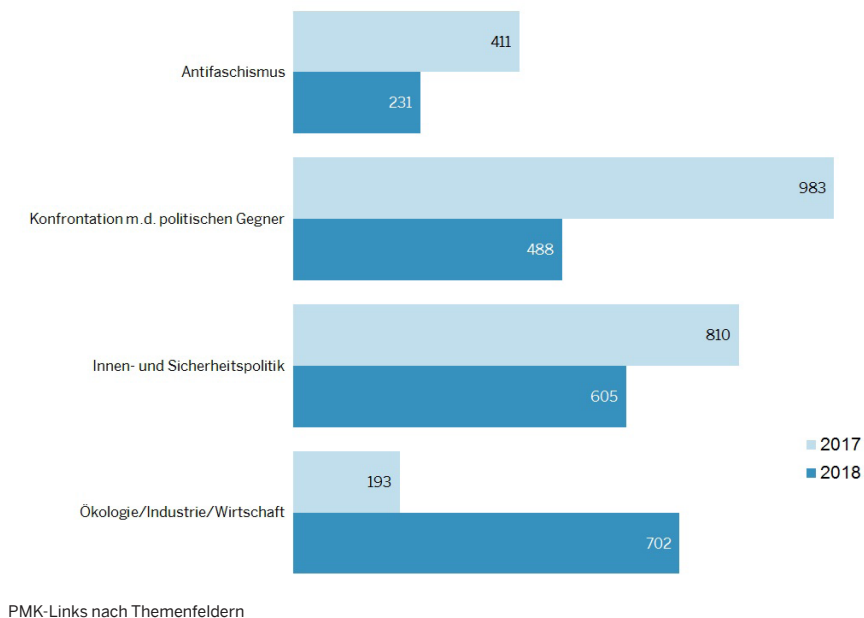
Unter den 64 Straftaten sind zwölf Gewaltdelikte, wovon drei dem Phänomenbereich PMK-rechts (2017: drei) zugeordnet werden und neun dem Phänomenbereich PMK-nicht zuzuordnen (2017: neun) zuzurechnen sind. Es wurden alle Gewaltdelikte aufgeklärt (Aufklärungsquote: 100 %, 2017: 100,0 %).

Auch wenn die Anzahl der Gesamtstraftaten von 85 auf 64 abgenommen hat, bewegt sich die Anzahl der Gewaltdelikte auf identischem Niveau (12 Delikte).

Politisch motivierte Kriminalität-links

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich der PMK-links ist mit 1.394 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 % gestiegen (2017: 1.374 Straftaten). In 2018 konnten mit 409 Straftaten mehr Straftaten geklärt werden als im Jahr zuvor (2017: 358 Straftaten). Die Aufklärungsquote stieg auf 29,3 % (2017: 26,1 %). Insgesamt wurden 535 (2017: 843) Tatverdächtige ermittelt. Davon waren 386 (72,1 %) männlich und 149 (27,9 %) weiblich. Die am höchsten belastete Altersgruppe war mit 126 Personen die der 21 bis 24-Jährigen. Es folgte die Gruppe der 25 bis 29-Jährigen mit 124 Personen. 142 Tatverdächtige (26,5 %) waren zuvor polizeilich in Erscheinung getreten (2017: 206 beziehungsweise 24,4 %).

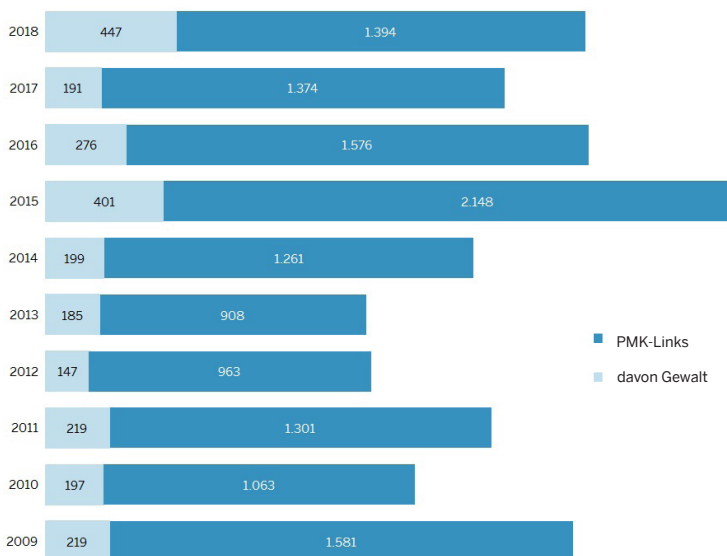
Vorherrschende Themenfelder waren wie in den Vorjahren „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (Rückgang von 983 auf 488 Straftaten), Innen- und Sicherheitspolitik“ (Rückgang von 810 auf 605 Straftaten) und „Antifaschismus“ (Rückgang von 411 auf 231 Straftaten).



Drastisch gestiegen im Vergleich zum Vorjahr sind Straftaten im Themenfeld „Ökologie/ Industrie/Wirtschaft“ (Anstieg von 193 auf 702 Straftaten). Grafik PMKLinks und PMK-Links-Gewalt im Zehn-Jahresvergleich. Die Straftaten im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Rodungen im „Hambacher Forst“ zum Braunkohletagebau haben zugenommen. In diesem Kontext wurden im Berichtszeitraum 669 Straftaten verübt, die der PMK-links zugerechnet werden (2017: 164 Straftaten). Der Anteil der Straftaten bei versammlungsrechtlichen Ereignissen am Gesamtaufkommen der PMK-links lag mit 487 von 1.394 Straftaten beziehungsweise 34,9 % über dem Niveau des Vorjahres (2017: 316 von 1.374 Straftaten beziehungsweise 23,0 %).

Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Links

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch Linksextremisten ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 134,0 % gestiegen (447 Straftaten, 2017: 191 Straftaten). 54,4 % der Gewaltdelikte PMK-Links (243 von 447 Straftaten) wurden bei demonstrativen Ereignissen verübt (2017: 79 Straftaten beziehungsweise 41,4 %); 50 standen im Zusammen



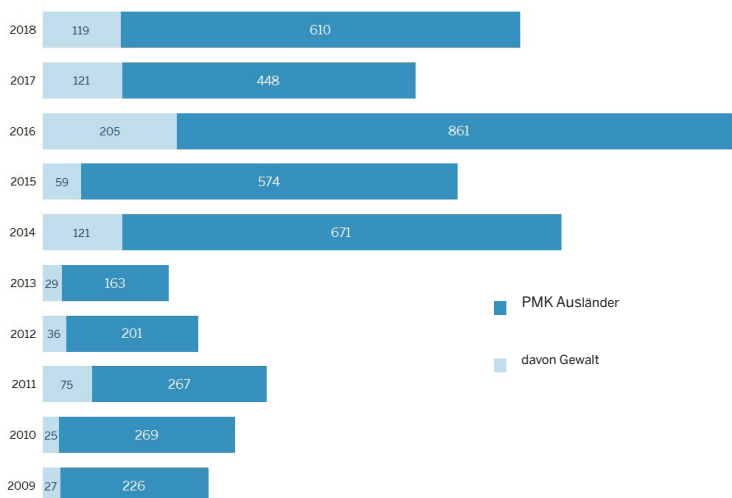
PMK-Links und PMK-Links-Gewalt im Zehn-Jahresvergleich

hang mit dem Kampf gegen den vermeintlich „rechten“ Gegner. Dieses Thema begründete somit 11,2 % aller Gewaltdelikte PMK-Links (2017: 29 beziehungsweise 15,2 %). 347 Gewaltdelikte beziehungsweise 77,6 % richteten sich gegen Polizeikräfte (2017: 96 Straftaten beziehungsweise 50,3 %). 219 davon (63,1 %) standen im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen (2017: 59 Straftaten beziehungsweise 61,5 %). Im Jahr 2018 wurden 165 Gewaltdelikte aufgeklärt und somit 88 mehr als im Vorjahr (2017: 77 Straftaten). Die Aufklärungsquote sank jedoch auf 36,9 % (2017: 40,3 %).

Politisch motivierte Kriminalität-Ausländische Ideologie

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich der PMK-Ausländische Ideologie ist mit 610 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 36,2 % gestiegen (2017: 448 Straftaten).

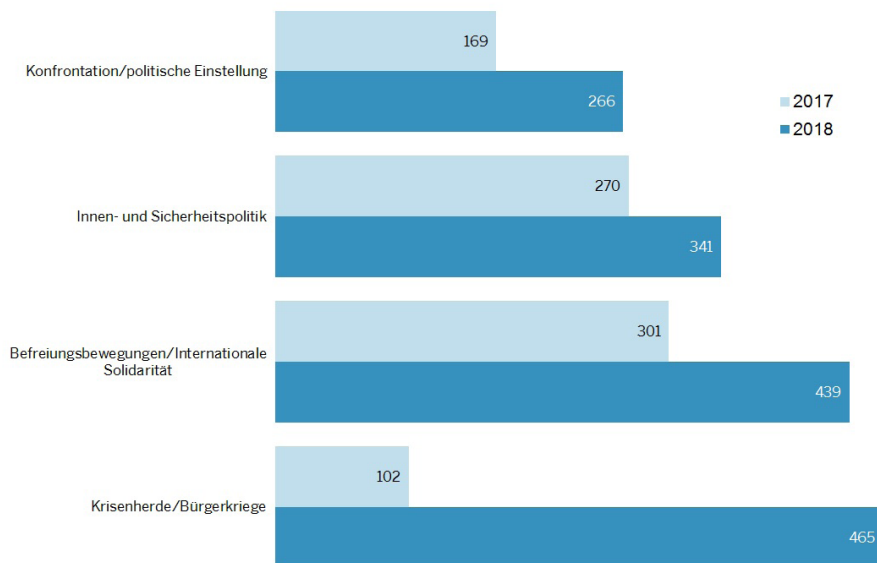
Die Entwicklung der Fallzahlen in diesem Bereich wird grundsätzlich von Ereignissen im Ausland geprägt. In 2018 konnten mit 362 Straftaten mehr Straftaten geklärt werden als im Jahr zuvor (2017: 196 Straftaten). Die Aufklärungsquote stieg auf 59,3 % (2017: 43,8 %).



PMK-Ausländische Ideologie und PMK-Ausländische Ideologie -Gewalt im Zehn-Jahresvergleich

Insgesamt wurden 412 Tatverdächtige ermittelt (2017: 220). Davon waren 352 Personen beziehungsweise 85,4 % männlich und 60 beziehungsweise 14,6 % weiblich. 91 (22,1 %) waren zur Tatzeit zwischen 30 und 39 Jahre alt. 122 (29,6 %) waren zuvor bereits kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten (2017: 86 beziehungsweise 39,1 %).

Hauptsächliche Themenfelder waren „Krisenherde/Bürgerkriege“ (Anstieg von 102 auf 465 Straftaten). „Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität“ (Anstieg von 301 auf 439 Straftaten), „Innen- und Sicherheitspolitik“ (Anstieg von 270 auf 341 Straftaten), „Konfrontation/politische Einstellung“ (Anstieg von 169 auf 266 Straftaten). Bei dem Themenfeld „Konfrontation/politische Einstellung“ handelte es sich in den meisten Fällen (239 von 266 Straftaten) um Straftaten bei Auseinandersetzungen rivalisierender Ausländer (zum Beispiel kurdische und türkisch-nationalistische Gruppen). Phänomenologisch liegt der Schwerpunkt der Delikte im Bereich der PMK-ausländische Ideologie bei Verstößen gegen das Vereinsgesetz (Anstieg von 89 auf 197 Straftaten),



PMK-ausländische Ideologie und PMK-ausländische Ideologie-Gewalt im Zehn-Jahresvergleich

Körperverletzungsdelikten (Rückgang von 106 auf 81 Straftaten), Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (Anstieg von 68 auf 77 Straftaten), Beleidigungen (Anstieg von 53 auf 64 Straftaten) und Sachbeschädigungen (Anstieg von 51 auf 58 Straftaten).

384 Delikte beziehungsweise 63,0 % der Straftaten im Bereich der PMK-ausländische Ideologie wurden im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen begangen (2017: 255 beziehungsweise 56,9 %). 299 Straftaten beziehungsweise 49,0 % wurden mit dem Befreiungskampf der mit einem Betätigungsverbot belegten PKK begründet (2017: 285 beziehungsweise 63,6 %).

Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-ausländische Ideologie

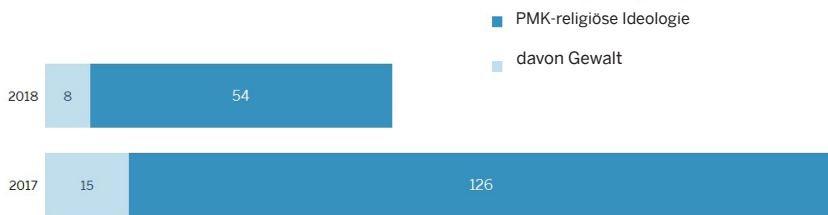
Die Anzahl der Gewaltdelikte der PMK-ausländische Ideologie ist mit 119 Straftaten gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich geblieben (2017: 121 Straftaten). Mehrheitlich handelt es sich dabei um Körperverletzungen (81 Straftaten). 89 Gewaltstraftaten wurden den Unterthemen „PKK“ und „Kurden“ zugeordnet (2017:103). Darunter sind 53 Körperverletzungsdelikte (2017: 90). Die Körperverletzungsdelikte stehen zum Großteil im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen, an denen sowohl türkische als auch kurdische Gruppen beteiligt waren. Die Aufklärungsquote bei den Gewaltdelikten der PMK-ausländische Ideologie liegt mit 70 geklärten Straftaten bei 58,8 % (2017: 50 geklärte Straftaten; 41,3 %).

Politisch motivierte Kriminalität-religiöse Ideologie

Im Bereich PMK-religiöse Ideologie wurden 31 der registrierten 54 Straftaten (2017: 82 von 126 Straftaten) aufgeklärt; das entspricht einer Aufklärungsquote von 57,4 % (2017: 65,1 %). Es gab in 2018 acht Gewaltdelikte im Bereich PMK-religiöse Ideologie, davon sechs im Themenfeld „Islamismus/Fundamentalismus“ (2017: 15, davon 13 im Themenfeld „Islamismus/Fundamentalismus“). Sechs dieser acht Straftaten, davon fünf im genannten Themenfeld (2017: neun, davon sieben im Themenfeld), wurden aufgeklärt (Aufklärungsquote: 75,0 beziehungsweise 83,3 %; 2017: 60,0 beziehungsweise 53,8 %).

Im Jahr 2018 gab es 47 registrierte Straftaten im Themenfeld „Islamismus/ Fundamentalismus“ (2017: 121 Straftaten). Insgesamt 39 Tatverdächtige wurden ermittelt (2017: 88): 36 Männer (92,3 %) und drei Frauen (7,7 %).

Zwölf Tatverdächtige waren zwischen 30 und 39 Jahre alt (30,8 %). 7,7 % hatten das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet und 5,1 % waren 60 Jahre oder älter. 17 (43,6 %) waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten (2017: 31 beziehungsweise 35,2 %).



PMK-religiöse Ideologie und PMK-religiöse Ideologie-Gewalt im Vorjahresvergleich

Politischer Extremismus und Antisemitismus

Politischer Extremismus und Antisemitismus

Die Internationale Allianz für Holocaustgedenken (IHRA), der auch Deutschland angehört definiert Antisemitismus als „eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Die jüngste „Mitte-Studie“, die im April 2019 für die Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass der „klassische Antisemitismus“ mit seinen Verschwörungsmmythen mit fast sechs Prozent stabil verbreitet ist, während sogar erneut 24 Prozent der Befragten modernen Formen des Antisemitismus, die sich auf Israel beziehen, zustimmen. Während sozialwissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass der klassische Antisemitismus nur noch wenig Rückhalt in der Bevölkerung findet, sind hingegen moderne Formen auch in der Mitte der Gesellschaft verbreitet und werden von anderen politischen Strömungen aufgegriffen.

Die Anzahl antisemitischer Straftaten in NRW ist von 324 (2017) auf 350 (2018) Straftaten erneut angestiegen. Bei dem Großteil der Straftaten handelte es sich dabei um Volksverhetzung (203 Straftaten), Propagandadelikte (59 Straftaten) und Sachbeschädigungen (28 Straftaten). Die Anzahl der Gewaltdelikte ist von 6 auf 16 (2018) gestiegen. Rund 90 Prozent der antisemitischen Straftaten wurden 2018 der PMK- rechts zugeordnet.

Wengleich politisch motivierte Straftaten nur das strafrechtlich registrierte Hellfeld der Bedrohungslage darstellen, zeichnet diese Entwicklung einen besorgniserregenden bundesweiten Trend. Insbesondere dann, wenn man bedenkt, dass alltägliche antisemitische Diskriminierungen unterhalb der Strafbarkeit in den Statistiken nicht abgebildet werden. Dazu zählt eine große Bandbreite von antisemitischen Aktivitäten wie zum Beispiel Pöbeleien im öffentlichen Raum, Postings im Internet und den sozialen Medien, Leserbriefe und Demonstrationen.

Antisemitismus im Rechtsextremismus

Offener Antisemitismus spielt im Rechtsextremismus, vor allem im Neonazismus, weiterhin eine bedeutsame Rolle. Eine solche Weltanschauung findet man neben der Neonaziszene in NRW vor allem in der **NPD**, den Parteien **Die Rechte** und **Der III. Weg** sowie der reversionistischen Szene.

So bewarb der stellvertretende NRW-Landesvorsitzende von **Die Rechte** seinen Onlineversandhandel **Antisem Versand** mit der Webadresse **antisem.it** und einem Aufruf „Folgt uns bei Twitter, ihr Antisemiten“. Seit Mitte August 2017 ist der Versand nicht mehr unter der Internetadresse erreichbar. Der Landesvorsitzende der **NPD**, Claus Cremer, verbreitete im Juni 2018 auf seinem Instagram-Account ein antisemitisches Meme. Dieses greift das weit verbreitete antisemitische Vorurteil des „geldgierigen Juden“ auf, der selbst im Angesicht seines Todes nur an seinen materiellen Vorteil denkt. Solche Beiträge dienen dazu, Juden pauschal negativ darzustellen.



NPD-Propaganda in den sozialen Medien

Regelmäßig veranstaltet die rechtsextremistische Szene Vortragsabende mit Holocaustleugnern und versucht dabei antisemitische Propaganda als legitime Meinungsäußerung darzustellen. Dabei gelten Juden weiterhin als Feindbild. Ihnen wird vorgeworfen, das deutsche Volk zerstören zu wollen. Seit der Inhaftierung der notorischen Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck im Mai 2018 finden vor allem durch **Die Rechte** organisierte Solidaritätsveranstaltungen statt.

Im Stadtrat von Dortmund provozierte im Oktober 2015 das damalige Ratsmitglied von **Die Rechte** mit einer Anfrage nach der Anzahl der in Dortmund lebenden Juden. In der Begründung der Anfrage hieß es, dass die Informationen für die politische Arbeit relevant seien. Wie die politische Arbeit der Partei **Die Rechte** aussieht, wurde deutlich, als 2015 eine israelische Jugendmannschaft zu einem Freundschaftsspiel in Dortmund antrat und Aktivisten von **Die Rechte** antisemitische Parolen skandierten.

Anhänger von **Die Rechte** Dortmund störten in den vergangenen Jahren zudem wiederholt Gedenkveranstaltungen am Jahrestag der Pogromnacht am 9. November in Dortmund. Sascha Krolzig, NRW-Landesvorsitzender und inzwischen auch Bundesvorsitzender von **Die Rechte**, bezeichnete den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Herford-Detmold im August 2016 als „frehen Juden-Funktionär“, nachdem dieser kritisiert hatte, dass die Stadt Preußisch Oldendorf ihr Amtsblatt bei einem Verlag drucken ließ, der auch revisionistische Literatur herausgibt.

Das Amtsgerecht Bielefeld verurteilte Krolzig im Februar 2018 zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung. Der Rechtsextremist kündigte an, Rechtsmittel einzulegen. Antisemitische Äußerungen dienten auch in 2018 vor allem der rechtsextremistischen Szene in Dortmund immer wieder der Provokation, um Öffentlichkeit zu erzielen. Bei einer Demonstration durch Dortmund-Marten im September wurde die Parole „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“ skandiert.

Ebenfalls im September 2018 präsentierten Aktivisten bei einer Kundgebung in der Dortmunder Innenstadt zwei antisemitische Banner mit den Aufschriften „Der Staat Israel ist unser Unglück“ und „Euer Grundgesetz schützt auch Antisemitismus“.



Veröffentlichung auf Dortmunde.de: Mahnwache von **Die Rechte** in Dortmund und Wahlplakat von **Die Rechte** zur Europawahl 2019



Im Europawahlkampf 2019 ließ **Die Rechte** bundesweit Plakate mit den Aufschriften „Wir Hängen Nicht Nur Plakate! Wir Kleben Auch Aufkleber!“ und „Zionismus Stoppen: Israel Ist Unser Unglück! Schluss Damit!“ aufhängen. Diese Plakatmotive, die zum einen eine Drohkulisse aufbauen und zum anderen Ausdruck eines unverhohlenen Antisemitismus sind, folgen der seit einigen Jahren verfolgten Doppelstrategie von Provokation und Einschüchterung, um eine möglichst große Aufmerksamkeit zu erzielen. Die strafrechtliche Relevanz der Verbreitung der Plakate wird von verschiedenen Staatsanwaltschaften geprüft, so auch von der Staatsanwaltschaft Dortmund.

Ebenso spielt der Antisemitismus in Teilen der heterogenen **Reichsbürgerzene** eine wichtige Rolle. Hier wird in verschwörungstheoretischer Manier Juden unterstellt, im Hintergrund die Geschicke der Welt zu bestimmen und dabei insbesondere den Deutschen schaden zu wollen. So schrieb der Hauptprotagonist der Reichsbürgergruppierung **Germaniten** auf seinem Facebookprofil: „Wisst Ihr was ich mir wünsche? Dass jeder Deutsche sich einen Hitlerbart wachsen lässt! Schon allein deswegen aus Protest, dass sich hier immer noch Juden aufhalten und uns sogar deren Moral aufzwingen und uns regieren. [...] Warum sollten wir das tolerieren, dass die Juden bei uns jede Menge Ausländer einschleppen und wir dazu die Schnauze halten müssten?“

Antisemitismus im Islamismus

Antisemitismus ist bei allen islamistischen Bestrebungen fester Bestandteil der Ideologie. Die antisemitischen Klischees, die Juden pauschal als Aggressoren und Unterdrücker und die Muslime als Opfer der Aggression darstellen, dienen häufig der Rechtfertigung der gegen Juden beziehungsweise gegen Israel gerichteten Gewalt. Diese Klischees reichen vom Vorwurf des subversiven Wirkens der Juden seit den Anfängen des Islam über die Unterstellung einer weltweiten Verschwörung der Juden, die sich vor allem gegen Muslime richtet, bis hin zu Vernichtungsfantasien gegen den Staat Israel. Sowohl salafistische Bestrebungen, die dem sogenannten **Islamischen Staat** oder **al-Qaida** nahe stehen als auch schiitische, wie die **Hizb Allah**, die das iranische oder syrische Regime unterstützen, stimmen bei antisemitischen Vorurteilen und Klischees völlig überein. Auch zwischen legalistisch- und jihadistischislamistischen Strömungen bestehen in der antisemitischen Grundhaltung keine wesentlichen Unterschiede.

So gibt es diverse Beispiele für die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus im Islamismus. Etwa die Schrift des Vordenkers des Jihadismus, Saiyid Qutb, der unter dem Titel „Unser Kampf mit den Juden“ subversive Aktivitäten des Judentums konstatiert, die angeblich seit dem 7. Jahrhundert andauern würden und auch für das Ende des Kalifats 1924 verantwortlich seien. Necmettin Erbakan, der Begründer der **Millî Görüs-Bewegung**, behauptet in seiner Schrift „Adil Düzen“, dass „Zionisten“ durch internationale Organisationen und Wirtschaftsunternehmen den Imperialismus steuern und andere Länder kontrollieren würden. Einer der führenden Ideologen der **Muslimbruderschaft**, Yusuf al-Qaradawi, betrachtet Israel als Usurpator des palästinensischen Landes und negiert dessen Existenzrecht.

Der Kampf gegen Israel wird somit als religiös legitimierter Jihad angesehen, in dem ausnahmslos alle Israelis als potenzielle Ziele gelten. Zwar sind Juden und der Staat Israel auch im Salafismus ein konstantes Feindbild, jedoch stellt der Antisemitismus aktuell nicht das ideologische Hauptbetätigungsfeld dar, da andere virulentere Feindbilder, wie etwa die Schiiten, dominieren.

Den islamistischen Antisemitismus kennzeichnet der Versuch, diesen mit Belegen aus dem Koran oder der Sunna religiös zu legitimieren und damit als einen konstitutiven Bestandteil des Islam erscheinen zu lassen. In einigen Ländern des Nahen und Mittleren

Ostens ist Antisemitismus Teil der offiziellen Staatsrason (zum Beispiel Syrien, Iran). Autokratische Regierungen versuchen, aus ihrer Opposition gegen den Staat Israel politisches Kapital zu schlagen und auf diese Weise ihre Herrschaft zu legitimieren. Aus diesem Grund zeigen etwa auch Christen aus nahöstlichen Ländern eine ähnlich hohe Zustimmung zu antisemitischen Inhalten wie die muslimischen Bürger dieser Staaten. Der jüngste Antisemitismusbericht der Bundesregierung verweist auf empirische Studien, denen zufolge muslimische Jugendliche in Deutschland überdurchschnittlich hohe Zustimmungswerte zu antisemitischen Aussagen aufweisen, wobei der jeweilige Migrationshintergrund und der damit zusammenhängende Regionalbezug ebenfalls von Relevanz zu sein scheint. Bei arabischstämmigen Muslimen sind diese Werte offensichtlich stärker ausgeprägt als etwa bei türkischstämmigen oder aus Afghanistan stammenden Muslimen. Zugleich scheint die Zustimmung zu antisemitischen Position bei Muslimen mit dem Grad der Religiosität zuzunehmen.



Beispiel für antisemitische Propaganda in den sozialen Medien aus dem Umfeld der **Milli Görüş-Bewegung**

Auch bei Muslimen ist die Tendenz festzustellen, dass antisemitische Einstellungen mit steigendem Bildungsgrad zurückgehen. Darüber hinaus sind geschlechtsspezifische Unterschiede feststellbar, da muslimische Mädchen seltener antisemitischen Positionen zustimmen als muslimische Jungen.

Während rassistischer Antisemitismus im muslimischen Umfeld kaum vorhanden ist, ist der bedeutendste Themenschwerpunkt hier der Nahostkonflikt, wobei sich die Ablehnung des Staates Israel in einem Hass auf alles Jüdische äußern kann. Dabei wird häufig auf Narrative aus dem europäischen Antisemitismus zurückgegriffen, insbesondere in Form von Verschwörungstheorien wie den „Protokollen der Weisen von Zion“. Jerusalem gilt nach Mekka und Medina als drittheiligste Stätte des Islam, deren politische Kontrolle durch Nichtmuslime häufig als Schmach empfunden wird.

Ein Einsatz zur „Befreiung“ Palästinas und damit Jerusalems wird von Muslimen vielfach als religiös verdienstvoll oder gar als Pflicht verstanden. Von daher ist dieses Thema dazu geeignet, dass islamistische Gruppierungen mit antizionistischen beziehungsweise antisemitischen Positionen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft auch jenseits ihrer extremistischen Klientel auf Widerhall stoßen und ihre Reichweite und ihren gesellschaftliche Einfluss ausbauen.

In der Tendenz dürften antisemitische Einstellungen unter Muslimen in Deutschland kurz- und mittelfristig eher zunehmen, da gegenwärtig viele Zuwanderer aus arabischen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas stammen, in denen antisemitische Vorstellungen stärker verbreitet sind als etwa in der Türkei. Bisherige Erfahrungen mit Zugewanderten aus diesen Regionen lassen auf eine erhöhte Anfälligkeit für antisemitische Stereotype schließen. Zudem birgt der Nahostkonflikt mit seinen unvorhersehbaren Entwicklungen die Gefahr einer Eskalation, die auch in Deutschland zu einer erhöhten Zahl antisemitischer Vorfälle führen könnte. Die Ächtung des Antisemitismus in der deutschen Öffentlichkeit bietet islamistischen Organisationen die Möglichkeit, diese Lücke zu füllen und die mutmaßlich erhöhten Zustimmungswerte zu antisemitischen Positionen unter Zugewanderten zu instrumentalisieren, um sich somit ein größeres Personenpotenzial zu erschließen.

Antisemitismus im Linksextremismus

Im gegenwärtigen Linksextremismus lässt sich insgesamt kein antisemitisches Selbstverständnis ausmachen. Gleichwohl existieren in Teilen linksextremistischer Strömungen Tendenzen, die zwar für sich genommen keinen Antisemitismus darstellen, jedoch in ihrer Zielrichtung anschlussfähig für antisemitische Ressentiments sind.

So werden mit antikapitalistischen und antiimperialistischen Überzeugungen sowie der Aversion gegen Religionen gelegentlich typisch antisemitische Klischees bedient. Auffallend ist zudem die mitunter anscheinend unkritische Solidarisierung von Linksextremisten mit proarabischen und propalästinensischen Gruppierungen, die ihrerseits wiederum eindeutig antisemitische Zielsetzungen verfolgen. Diese Tendenzen führen dabei regelmäßig nicht zu einer expliziten Befürwortung oder Unterstützung antisemitischer Positionen. Vielmehr kommt es auf Basis der genannten antikapitalistischen und antiimperialistischen Denkmuster zu einer simplifizierenden Reduzierung des Staates Israel und der dort lebenden Juden als angeblich einzige Ursache für den Nahostkonflikt.

Israel und seine Politik werden im Sinne der linksextremistischen Diktion vom „US-Imperialismus“ und der „kapitalistischen Schutzmacht NATO“ als strategischer „Brückenkopf“ des kapitalistischen Westens im Nahen Osten dargestellt. In antizionistischen Randbereichen des Linksextremismus wird darüber hinaus auch das Existenzrecht des Staates Israel geleugnet. Dabei bestehen Parallelen zu Argumentationslinien, die ebenso auch von säkularen und religiös motivierten erklärten Feinden Israels – etwa von palästinensischen Terrororganisationen und dem Staat Iran – vertreten werden.

Die linksextremistische antiimperialistische Agitation kann sich nicht nur gegen den Staat Israel, sondern auch gegen Juden und jüdische Organisationen in Deutschland richten. Dabei werden jedoch nicht „die Juden“ angegriffen das wäre mit dem Antiraszismus als einem Kernelement linksextremistischen Selbstverständnisses unvereinbar, sondern die vermeintliche oder tatsächliche Unterstützung israelischer Politik durch jüdische Organisationen.

So trat etwa die **MLPD** entsprechend ihrer antiimperialistischen Linie, die die Position einer Zwei-Staaten-Lösung vertritt, bei der Bundestagswahl 2017 als

Internationalistische Liste an, deren Vertreter auch der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) nahe standen. Die **DKP** wiederum unterhält Beziehungen zu der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP), die Mitglied der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ist. Vor dem gleichen Hintergrund bestehen ferner Beziehungen zwischen der **DKP** und dem in der Knesset vertretenen kommunistischen Chadasch-Bündnis, das für den Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten und die Räumung jüdischer Siedlungen in Palästina eintritt.

Ein Teil der autonomen linksextremistischen Szene beteiligt sich an israelkritischen und -feindlichen Kundgebungen. Gerade hier zeigen sich eine offenbar unreflektierte Befürwortung propalästinensischer Standpunkte und eine Ablehnung israelischer (Siedlungs-) Politik. Im Szenejargon wird diese Gruppe „Antiimps“ genannt. Ihre internationalistischen und antiimperialistischen Denkmuster gründen auf einem diffusen Verständnis des Marxismus-Leninismus. Ein anderer Teil der autonomen Szene, die „Antideutschen“, verfolgt demgegenüber Denkansätze, die von einer bedingungslosen Anerkennung des Staates Israel ausgehen.

Bis etwa zum Jahr 2010 kam es zwischen „Antiimps“ und „Antideutschen“ aufgrund dieser unterschiedlichen Positionen immer wieder zu Differenzen und auch zu körperlichen Auseinandersetzungen. Mit der Verlagerung der Konflikte im Nahen Osten, insbesondere mit Beginn des Bürgerkrieges in Syrien, haben seither das Interesse am Diskurs und auch die körperlichen Auseinandersetzungen nachgelassen.

Im Jahr 2014 wurde der **Linksjugend [‘solid]**, der Jugendorganisation der Partei Die Linke, im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen israelische Bombardierungen des Gaza-Streifens vorgeworfen, mit **HAMAS** und PLO zu sympathisieren. Bei der Hauptkundgebung an der Synagoge in Essen warfen propalästinensische Demonstrantenteilnehmer Steine und Flaschen auf „Antideutsche“, die die Synagoge „beschützen“ wollten. Dem Vorwurf antisemitischer Tendenzen begegnet **Linksjugend [‘solid]** seit dem Jahr 2007 mit dem Arbeitskreis „Shalom“ als einer „Plattform gegen Antisemitismus, Antizionismus, Antiamerikanismus und repressiven Antikapitalismus“.

Antisemitismus im Internet

Die Möglichkeiten für antisemitische Hetze haben sich durch das Internet und die sozialen Medien vervielfacht. Zugangshürden sind niedrig, Möglichkeiten der Anonymisierung sind groß, so dass eine geringe Gefahr besteht, strafrechtlich verfolgt zu werden.

Ein prägnantes Beispiel ist die rechtsextremistische Reichsbürgergruppierung **Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft der Philosophen**, die online einen aggressiven Antisemitismus vertritt und im Jahr 2012 Briefe an jüdische Gemeinden verschickte, in denen sie Juden zur Ausreise aufrief und mit Mord drohte. Die zu der Gruppierung gehörenden Personen konnten bis heute nicht ermittelt werden. Online-Kanäle werden zudem genutzt, um antisemitische Propaganda außerhalb des organisierten Extremismus zu verbreiten, indem in Facebook-Gruppen oder öffentlichen Kommentaren antisemitische Statements verbreitet werden. Beispielsweise wurde folgendes Bild unter dem verharmlosenden Stichwort „schwarzer Humor“ verbreitet. Empirische Erkenntnisse zu dieser Entwicklung liefert eine kürzlich vom Verfassungsschutz Hessen veröffentlichte Studie, die darlegt, dass der islamistische und der rechtsextremistische Antisemitismus unterschiedliche Themen aufgreifen. Während Rechtsextremisten insbesondere den Holocaust leugnen, steht bei antisemitischen Muslimen der Nahostkonflikt im Mittelpunkt. Bemerkenswert ist die Erkenntnis, dass die überwiegende Anzahl der antisemitischen Kommentatoren keine Anbindung an extremistische Organisationen aufweist.

BDS-Kampagne

Die BDS-Kampagne ist eine internationale Bewegung, die das Ziel verfolgt, Israel durch gewaltfreie Strafmaßnahmen wie Boykotte, Desinvestitionen und Sanktionen (kurz BDS) zu Zugeständnissen gegenüber den Palästinensern und den arabischen Israelis zu veranlassen. Als Vorbild wird dabei das historische Beispiel des Boykotts gegen das südafrikanische Apartheid-Regime genannt, wobei in Analogie dazu eine rassistische Diskriminierung der Palästinenser durch Israel angeprangert wird.

In den vergangenen Jahren bildete sich eine internationale und gut vernetzte Bewegung, die auch prominente Künstler und Intellektuelle für ihr Anliegen gewinnen konnte. In Deutschland rekrutieren sich die Unterstützer überwiegend aus Palästina-Solidaritätsgruppen, aus Zusammenschlüssen von Exil-Palästinensern sowie aus

dem linken und linksextremistischen politischen Spektrum. Als Unterstützer werden auf der Internetpräsenz der deutschen BDS-Kampagne unter anderem die „Landesarbeitsgemeinschaft Nahost“ des niedersächsischen Landesverbandes der Partei Die Linke sowie die **MLPD** aufgeführt.



Internetpräsenz der deutschen BDS-Kampagne

Kritiker werfen der Kampagne vor, dass sie sich nicht wirklich um die Rechte der Palästinenser kümmere, während sie sich einseitig auf die Situation in Israel fokussiere und deshalb nur ein Vehikel für kaum verhohlenen Israelhass und Antisemitismus sei. In den programmatischen Schriften der BDS-Kampagne wird das Existenzrecht Israels nicht negiert. Gleichwohl finden sich vereinzelt Formulierungen, die zumindest den Eindruck erwecken, dass sie den Staat Israel in Frage stellen.

Die Zielsetzung der Kampagne, die ein Ende der „Besetzung allen arabischen Landes“ fordert, ist zweideutig formuliert und somit auch für jene anschlussfähig, die die Existenz eines jüdischen Staates per se ablehnen. Eindeutig problematisch ist vor allem die propagierte Form des kulturellen und akademischen Boykotts. Dieser zielt nicht auf einzelne konkrete politische oder wirtschaftliche Akteure, die aufgrund ihrer Unterstützung der durch die BDS-Kampagne kritisierten Zustände ausgewählt wurden. Stattdessen soll offensichtlich die israelische Gesellschaft als Ganzes getroffen werden.

Daraus wird deutlich, dass die BDS-Akteure ihre Kritik an der Politik der israelischen Regierung generalisieren und diese auf den Staat Israel sowie auf die israelische Gesell-

schaft beziehen, die somit in ihrer Gesamtheit zum Ziel der BDS-Maßnahmen werden. So gelangt auch der jüngste Antisemitismusbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2017 zu der Einschätzung, dass die BDS-Kampagnen als „Plattform für antisemitische Haltungen genutzt werden“. Sie wird bewertet als Bewegung, „die sich gezielt mit einem Waren-Boykott gegen Israel richtet und sich dabei zum Teil einer Sprache bedient, die die Grenze der Kritik an Israel als Staat überschreitet und antisemitische Stereotype nutzt. Die BDS-Bewegung spielt international eine wichtige Rolle. Dabei muss jedoch unterschieden werden zwischen (1) dem Boykott von Waren aus den Siedlungsgebieten und (2) einem Boykott ganz Israels, der nicht nur Waren umfasst, sondern auch Personen mit einschließt.“

Am 20. September 2018 beschloss der Landtag Nordrhein-Westfalen einen Antrag von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, der festhielt, dass in NRW kein Platz für die BDS-Kampagne sei. Darin wird die BDS-Bewegung aufgrund ihres antisemitischen und antiisraelischen Charakters verurteilt und festgestellt, dass Landeseinrichtungen diese deshalb weder unterstützen noch ihr Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen dürfen. Darüber hinaus werden Städte, Gemeinden, Landkreise und alle öffentlichen Akteure dazu aufgerufen, sich dieser Haltung anzuschließen.

Insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte wecken die Boykottaufrufe der BDS-Kampagne Erinnerungen an den im Nationalsozialismus verwendeten Slogan „Kauft nicht bei Juden“. Aus dieser spezifischen historischen Perspektive heraus sowie aufgrund von Form und Sprache muss der Kampagne der Antisemitismusvorwurf gemacht werden.

Maßnahmen gegen Antisemitismus durch Verfassungsschutz und Polizei

Das Ministerium des Innern begegnet dem Antisemitismus im Extremismus mit einem Dreiklang aus Prävention, Repression und Aussteigerprogrammen. Der Verfassungsschutz NRW beobachtet intensiv die extremistische Szene und deren antisemitische Aktivitäten. Wesentliche Erkenntnisse veröffentlicht der Verfassungsschutz im jährlichen Verfassungsschutzbericht, um Politik und Öffentlichkeit aufzuklären und zu sensibilisieren. Bei Hinweisen auf Straftaten informiert er die zuständigen Polizeidienststellen. Antisemitische Webseiten oder CDs werden bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BpJM) zur Indizierung gemeldet. So wurde im August 2017 bei der

BpJM angeregt, die der **Reichsbürgerszene** zuzurechnende Webseite **Die Germaniten Partei** wegen ihrer antisemitischen Propaganda zu indizieren. Der Verfassungsschutz NRW hat im Jahr 2018 bei rund 320 Informationsveranstaltungen zu Rechtsextremismus und Islamismus mitgewirkt, in denen auch der Antisemitismus ein wichtiges Thema war und mit denen rund 14.300 Menschen erreicht wurden. Die Aussteigerprogramme des Innenministeriums tragen zudem dazu bei, die extremistischen Szenen zu schwächen und Menschen zu unterstützen, ein straffreies Leben jenseits des Extremismus zu führen. Dabei spielt die kritische Auseinandersetzung mit extremistischen Ideologien eine wesentliche Rolle. Der Antisemitismus ist im Distanzierungsprozess oftmals Thema und wird im Wege der ideologischen Aufarbeitung aufgegriffen.

Derzeit werden in Nordrhein-Westfalen an 64 jüdischen Einrichtungen Objektschutzmaßnahmen durch die Polizei getroffen. Diese erstrecken sich je nach Gefährdungslage von Bestreifungen zu unregelmäßigen Zeiten bis hin zu 24-Stunden-Posten. Dabei ist das Verfahren zwischen den Kreispolizeibehörden (KPB) abgestimmt, die angewiesen sind, Sicherungskonzeptionen für jüdische Einrichtungen dem Ministerium des Innern zur Genehmigung vorzulegen, das wiederum das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes einbezieht. Um einen Gleichklang der Schutzmaßnahmen landesweit sicherzustellen, gewährleistet das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste, dass bei der Festlegung von Gefährdungsstufen und der Anordnung von Schutzmaßnahmen einheitlich verfahren wird.

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus

Im Fokus: Entgrenzung des Rechtsextremismus	64
NPD	72
Pro NRW	80
Pro Köln	84
Die Rechte	86
Der III. Weg	104
Identitäre Bewegung Deutschland e.V.	108
Neonazis	116
Rechtsterrorismus	124
Subkulturell geprägter Rechtsterrorismus	130
Reichsbürger und Selbstverwalter (Reichsbürgerbewegung)	138
Rechtsextremismus im Internet	148
Rechtsextremistische Zeitschriften	152

Im Zuge der gesellschaftlichen Diskussion über die Flüchtlingspolitik seit 2015 werden fremden- und islamfeindliche Argumentationsmuster vermehrt auch außerhalb des organisierten Rechtsextremismus artikuliert.

Davon profitiert die organisierte Szene allerdings nur in einem geringen Maße. Sie reagiert mit zwei unterschiedlichen Mustern:

Die Radikalisierung zeigt sich unter anderem darin, dass Rechtsextremisten die derzeitige politische Situation in Endzeit- und Bürgerkriegsszenarien diskutieren und zum Teil daraus folgern, sich auf diese Auseinandersetzung vorbereiten zu müssen. In diesem Zusammenhang wird Kampfsport in der Szene als Mittel gesehen, die „Wehrhaftigkeit“ zu erhöhen; damit steigt die Gewaltbereitschaft und -fähigkeit. Gelegentlich wird in der Szene auch propagiert, sich bewaffnen zu müssen.

Eine verstärkte Zusammenarbeit der Partei **Die Rechte** und der Partei **Der III. Weg** mit teilweise militanten ausländischen rechtsextremistischen Organisationen ist ein weiteres Indiz für eine Radikalisierung. Das permanente Wiederholen von Feindbildern und das rassistische Zuspitzen von gesellschaftlichen Konflikten liefert einigen Rechtsextremisten eine vermeintliche Rechtfertigung für Gewalttaten. Es besteht die Gefahr, dass sich in diesem ideologischen Umfeld rechtsterroristische Strukturen oder Einzeltäter entwickeln könnten.

Ein anderer Teil des Rechtsextremismus, insbesondere die Neue Rechte, versucht die Stigmatisierung des Rechtsextremismus aufzubrechen, den politischen Diskurs nach „Rechts“ zu verschieben und somit anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft zu werden. Man möchte den Rechtsextremismus entgrenzen. In der AfD versucht die Teilorganisation. Der Flügel rechtsextremistische Standpunkte zu verbreiten.

Ferner verabschiedete die Jugendorganisation „Junge Alternative“ im Sommer 2018 ihren „Deutschlandplan“, der auch völkisch-nationalistische Positionen enthält. In der Öffentlichkeit treten vermehrt sogenannte „Mischszenen“ in Erscheinung. Diese setzen sich aus Angehörigen der Hooligan- und Rockerszene, mutmaßlichen „Wutbürgern“ und offenkundigen Rechtsextremisten zusammen.

Auf der strukturellen Ebene setzt sich der Wandel des organisierten Rechtsextremismus fort. Parteien wie die **NPD** und **Pro NRW** verlieren weiterhin an aktiven Mitgliedern und damit an Bedeutung. Dagegen gründete **Die Rechte** in den letzten beiden Jahren drei neue Kreisverbände im Ruhrgebiet. Und **Der III. Weg** weitete seine Aktivitäten auf Düsseldorf und Nachbarstädte aus.

Neben traditionellen Organisationsformen spielen allerdings immer häufiger virtuelle Gruppen und Kampagnen bei der Vernetzung von Rechtsextremisten eine Rolle. Auffällig war dies bei der Kampagne gegen den Migrationspakt, die zunächst rechtsextremistische YouTuber initiierten, die sich dann aber auch in der Realwelt niederschlug und außerhalb des rechtsextremistischen Spektrums aufgegriffen wurde.

Thematisch dominiert weiterhin die Agitation gegen Muslime und Migranten, insbesondere Flüchtlinge. Die neonazistische Szene um die Partei **Die Rechte** führte 2018 darüber hinaus eine Solidaritätskampagne für Ursula Haverbeck durch. Die notorische Leugnerin des Holocaust musste im Mai 2018 eine Haftstrafe antreten. Seitdem stilisieren Rechtsextremisten sie zur Märtyrerin. Auch dies ist ein Ausdruck des weiterhin virulenten Antisemitismus im Rechtsextremismus.

Rechtsextremisten versuchen Jugendliche und junge Erwachsene durch das Schaffen einer eigenen Erlebniswelt anzusprechen. Diese zeichnet sich durch einen Mix aus Freizeitaktivitäten, politischer Agitation und unterhaltenden Mitteln aus. Einen herausgehobenen Stellenwert haben darin rechtsextremistische Musikveranstaltungen mit Festivalcharakter, die in den letzten Jahren überwiegend in Thüringen und Sachsen stattfanden. Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen treten bei diesen Veranstaltungen als Musiker auf, nehmen als Besucher teil und sind gelegentlich auch organisatorisch aktiv. An Bedeutung gewonnen haben außerdem rechtsextremistische Kampfsportveranstaltungen, die die Palette der rechtsextremistischen Erlebniswelt erweitern. Eine zentrale Rolle bei der Durchführung entsprechender Szene-Events spielt vor allem der Dortmunder Kreisverband von der Partei **Die Rechte**.

Reichsbürger, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennen, versuchen weiterhin die Handlungsfähigkeit des Staates zu beeinträchtigen. Von einigen geht ein erhebliches Gefährdungspotenzial aus. Bislang konnte der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen rund 3.200 Anhänger identifizieren (Stand Dezember 2018). Einerseits verbreitet die Szene weiterhin ihre kruden Ansichten über das Internet und motiviert zu entsprechenden Aktivitäten, andererseits tragen repressive und präventive Maßnahmen des Staates mittlerweile zur Eindämmung dieses Phänomens bei.

Im Fokus: Entgrenzung des Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus ist in Deutschland weitgehend stigmatisiert. Demokratische Parteien und Organisationen distanzieren sich von Mitgliedern, die rechtsextremistisches Gedankengut vertreten. Demokraten arbeiten mit rechtsextremistischen Organisationen nicht zusammen. Medien bieten Rechtsextremisten in der Regel nicht unreflektiert eine Bühne, sondern ordnen deren Ideologie und Propaganda kritisch ein. Bei dieser bewussten Grenzziehung zum Rechtsextremismus hat es schon immer Ausnahmengegeben. Im Zuge der Diskussion um Flüchtlinge und Migration seit 2015 zeichnet sich allerdings eine Entwicklung ab, die als „Entgrenzung des Rechtsextremismus“ bezeichnet werden muss.

Neue Rechte

Einigen rechtsextremistischen Akteuren war schon immer daran gelegen, gesellschaftliche Ausgrenzung zu vermeiden und anschlussfähig für die Teile der Gesellschaft zu sein, die sich selbst zwar nicht als rechtsextremistisch wahrnehmen, gleichwohl jedoch vor allem fremdenfeindliche Ressentiments teilen. Insbesondere die „Neue Rechte“ arbeitet bewusst auf eine Entgrenzung des Rechtsextremismus hin. Die „Neue Rechte“ ist dabei ein Teilbereich des Rechtsextremismus. Die Anhänger beziehen sich vor allem auf antidemokratische Theoretiker der Weimarer Republik. Als Rechtsextremisten, die sich vom historischen Nationalsozialismus distanzieren, versuchen Vertreter der „Neuen Rechten“ eine Brücken-Funktion zwischen organisiertem Rechtsextremismus und gesellschaftlicher Mitte einzunehmen. Vertreter der „Neuen Rechten“ verfolgen dazu eine Strategie der Mimikry: Sie passen sich sprachlich an und modernisieren die Beschreibung und Darstellung rechtsextremistischer Positionen. So heißt es in einem Strategiepapier der **Identitären Bewegung (IB)**, die sich als Jugendbewegung der „Neuen Rechten“ versteht: „Wir wollen uns aber nicht ausschließlich an den Mainstream wenden und dessen Ideen wiedergeben. Wir wollen dessen Meinungen durchsetzen, verschärfen und polarisieren. Unsere politische Kommunikation muss also knapp an der Grenze bleiben und das ‚Overton-Fenster‘ erweitern, also den Rahmen des im Mainstream Sagbaren.“ Deswegen verwendete die **IB** nicht die klassische rechtsextremistische Parole „Ausländer raus“, sondern spricht in vermeintlich intellektueller Manier von „Remigration“. Der fremdenfeindliche Sinn bleibt dabei allerdings bestehen. Ideologisch beruft sich die „Neue Rechte“ auf den sogenannten „Ethnopluralismus“. Demnach sei eine Vielfalt der Völker der wünschenswert. Eine ethnische Vielfalt innerhalb einer Gesellschaft sei dagegen abzulehnen. Menschen, die keine deutsche Abstam-

mung aufweisen, werden unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft als Störfaktoren wahrgenommen, die die „nationale Identität“ der Deutschen bedrohten. Das bedeutet unter anderem, dass deren Menschenrechte gegenüber den Ansprüchen des völkischen Kollektivs in den Hintergrund treten. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen zu politischen Einstellungen weisen darauf hin, dass das ethnopluralistische Konzept eine höhere Anschlussfähigkeit in Teilen der Bevölkerung besitzt als klassische nationalsozialistisch geprägte Auffassungen. Die Strategie der Mimikry und der ethnopluralistische Diskurs haben eine „Türöffner“-Funktion zur Mitte der Gesellschaft, indem sie den möglichen Resonanzraum grundrechtsfeindlicher Positionen über rechtsextremistische Kreise hinaus erweitern. Sie sollen dazu beitragen, die Abgrenzung der Mehrheitsgesellschaft zum Rechtsextremismus zu schwächen und zu durchbrechen. Rechtsextremistische Argumente sollen als vermeintlich legitime Positionen in der pluralistischen Demokratie erscheinen. Kurz gesagt: Der gesellschaftliche Diskurs wird entgrenzt und für rechtsextremistische Positionen geöffnet.

Neurechte Einflussnahme

Auch Gruppierungen, die Teil der Alternative für Deutschland (AfD) sind oder ihr nahe stehen, vertreten Positionen der „Neuen Rechten“. Dies galt beispielsweise für den Verein „Patriotische Plattform“ (PP). Er war ein Zusammenschluss von Mitgliedern der AfD, allerdings keine offizielle Vereinigung der Partei. Laut seiner Satzung vom 3. September 2017 war sein Zweck „die Förderung des Patriotismus in der Partei ‚Alternative für Deutschland‘“. In ihren Verlautbarungen forderte die PP mit dem Bezug auf das Konzept des Ethnopluralismus, Angehörigen bestimmter Gruppen (Flüchtlinge, Muslime) die Menschenrechte einzuschränken oder sprach sie ihnen gar ab. Zudem schürte sie Ängste und Ablehnung gegen Angehörige dieser Gruppen. Am 21. September 2018 beschloss der Vorstand der PP, bei der nächsten Mitgliederversammlung die Auflösung zu beantragen. Er begründete den Entschluss damit, dass man sein Ziel bereits erreicht habe: „Wir können alles, was wir tun wollen, auf [sic!] in der AfD, in unseren Kreis und Landesverbänden tun. Die Patriotische Plattform bringt keinen oder einen nur sehr geringen Mehrwert, sie bringt keinen erweiterten Radius des Sagbaren, macht uns aber ohne Not angreifbar.“

Ebenso versucht der Zusammenschluss »Der Flügel« in der AfD Positionen der „Neuen Rechten“ zu verbreiten. Die Führungsfigur Björn Höcke bezieht sich unter anderem auf

die rechtsextremistische Idee des Ethnopluralismus. Auf dem sogenannten Kyffhäuser-treffen, dem jährlichen Treffen des »Flügels«, führte er am 23. Juni 2018 im Burgenland-kreis (Sachsen-Anhalt) aus, zur Sicherung einer „deutschen Zukunft“ sei es notwendig, „Europa als Festung zu denken und zu leben und zwar als uneinnehmbare Festung.“ Die Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern stelle für ihn in Frage, ob es „eine Zukunft geben wird, die wir als deutsch und als europäisch bezeichnen können“. Bei einer fortgesetzten Zuwanderung verneint Höcke die Möglichkeit, diese Zuwanderer in die bestehende deutsche Gesellschaft zu integrieren, sondern prognostiziert die Verdrängung und Zerstörung des organisch gewachsenen, einheitlichen deutschen Volks durch „fremde Völkerschaften“. Demnach sind Nicht-Deutsche für ihn „Fremdkörper“, deren Integration in die geschlossene Gemeinschaft nicht möglich sei und die dementsprechend ausgegrenzt werden müssten. Höchsten Wert hat für Höcke der Fortbestand des deutschen Volks, das er als organische, sich im Wesentlichen nur biologisch definierende Einheit versteht. Auf einer Veranstaltung des AfD-Bezirksverbands Münster in Bottrop am 2. November 2018 kommt Höcke auf den UN-Migrationspakt zu sprechen. Er nennt das Abkommen „34 Seiten globale Bevölkerungsrevolution“. Angeblich drohten von potenziell 700 Millionen migrationswilligen Afrikanern, gefördert durch diesen Pakt, 70 Millionen nach Europa zu kommen. Diese Migranten würden die Deutschen unweigerlich verdrängen. Immer wieder geht es Höcke darum, Migration als Bedrohung für Deutschland zu stigmatisieren.

Zu den Medien, die derartige Positionen verbreiten, zählt der Verein Publicatio e.V., dessen Vorsitzender Sprecher des AfD-Kreisverbandes Leverkusen ist. Der Verein ist multimedial aktiv. Er betreibt einen Blog, ein Facebookprofil, einen YouTube-Kanal und gibt seit Oktober 2017 die Zeitschrift ARCADI heraus. Außerdem veranstaltete er 2017 und 2018 das sogenannte ARCADI-Fest. ARCADI positioniert sich als auf Jugendliche und junge Erwachsene als Zielgruppe ausgerichtetes Lifestyle-Magazin. Tatsächlich transportiert es überwiegend ideologische Themenfelder der Neuen Rechten. ARCADI ist primär darauf ausgerichtet, die **IB** zu unterstützen, indem es den rechtsextremistischen Akteuren eine Bühne gibt und werbend über deren Aktivitäten berichtet. Insofern wird Publicatio e.V. zum unmittelbaren Umfeld der **IB** in Nordrhein-Westfalen gezählt.

„Mischszenen“ bei Versammlungen

In Nordrhein-Westfalen fanden 2018 in mehreren Städten rechtsextremistisch beeinflusste Versammlungen statt, deren Anmelder bislang nicht bei einschlägigen Organisationen tätig waren. Die Größte dieser Versammlungen fand am 4. März 2018 mit rund 1.000 Teilnehmern in Bottrop statt. Veranstalter war eine Gruppierung, die sich „Mütter gegen Gewalt“ nannte. Das Teilnehmerspektrum umfasste sogenannte „Wutbürger“, Rocker, Hooligans und Angehörige der rechtsextremistischen Szene. Mit ausschließlich Frauen als Rednern und dem Plakatmotto „Angst ist nicht rechts“ bemühten die Veranstalter sich möglichst anschlussfähig für breite Bevölkerungskreise darzustellen. Durchgehend kritisierten die Rednerinnen die Flüchtlingspolitik massiv. Dabei stach die Interaktion mit dem Publikum hervor, die auf prägnante Aussagen mit „Merkel muss weg“, „Widerstand“ oder „Abschieben“ antwortete. Insbesondere die dritte Rednerin hielt eine rechtsextremistische Rede, stellte Flüchtlinge pauschal als kriminell dar und schürte fremdenfeindliche Ressentiments. So sagte sie über Flüchtlinge: „Die vergewaltigen alles. [...] Die überfallen alles, was sie zwischen die Beine kriegen.“ Aufgrund des vermeintlichen Erfolges gab es Nachahmungsversuche. Am



Foto: Picture Alliance, Demonstrantin bei der Kundgebung am 16. September 2018 in Gelsenkirchen

6. Mai 2018 veranstaltete die Gruppierung „Eltern gegen Gewalt“ eine ähnliche Veranstaltung, an der 700 Personen aus einem vergleichbaren Teilnehmerspektrum teilnahmen. Die „Mütter gegen Gewalt“ und die „Patrioten NRW“ organisierten am 16. September 2018 in Gelsenkirchen eine Kundgebung, an der 300 „Wutbürger“, Rechtsextremisten, Rocker und Hooligans teilnahmen.

Die „Patrioten NRW“ ist eine Kleinstgruppe aus dem Bergischen Land, die 2018 erstmals öffentlich auftrat und mehrfach Versammlungen anmeldete, an denen eine

„Mischszene“ teilnahm. An ihrer Kundgebung am 2. Juni 2018 in Solingen nahmen circa 50 Angehörige der **IBD** teil und dominierten die Veranstaltung. Ein Führungsaktivist der **IB NRW** hielt eine Rede. Für den 17. November 2018 meldete ein Mitglied für die „Patrioten NRW“ eine Kundgebung zum Thema „Gegen den Migrationspakt und nicht noch mehr Blut an den Händen“ an. Für die Veranstaltung mobilisierte unter anderem die Gruppierung „Mönchengladbach steht auf“, die von dem langjährigen Rechtsextremisten Dominik Roeseler gesteuert wird. Die Kampagne gegen den Migrationspakt wurde europaweit maßgeblich von Rechtsextremisten initiiert, aber auch außerhalb des organisierten Rechtsextremismus aufgegriffen. Demensprechend setzte sich auch hier das circa 360 Personen umfassende Teilnehmerspektrum aus „Wutbürgern“, Rechtsextremisten und Hooligans zusammen.

Nachdem am 19. September 2018 in Mönchengladbach ein sowohl in der rechtsextremistischen Szene als auch in der Hooliganszene bekannter Protagonist Suizid begangen hatte, organisierte Roeseler, ehemaliger stellvertretender Parteivorsitzender von **Pro NRW** und Führungsaktivist bei HoGeSa, einen Gedenkmarsch, an dem rund 250 Rechtsextremisten und Hooligans teilnahmen. Rechtsextremisten wird durch solche Veranstaltungen von „Mischszenen“ die Gelegenheit geboten, ihre demokratie- und fremdenfeindlichen Positionen außerhalb der eigenen engeren Szene zu verbreiten. Zudem zeigen Hooligans, Rocker und „Wutbürger“, dass sie eine Abgrenzung vom Rechtsextremismus als irrelevant oder gar als falsch ansehen. Rechtsextremisten



Mai-Demonstration 2017 in Dortmund von **Die Rechte**

begrüßen diese Entwicklung und überlegen, wie man diese überwiegend fremdenfeindlich motivierten Proteste weiter radikalisieren kann.

So resümiert **Die Rechte** nach ihrer Teilnahme in Bottrop, welche Rolle Rechtsextremisten bei solchen Veranstaltungen spielen sollten: „Das Ziel muss dabei immer vor Augen sein: Nationale Strukturen stärken, Menschen mit einer fundamentalen Systemkritik, die über wahltechnische Geplänkel und tagespolitische Ablehnung von CDU, SPD und Co hinausgeht, zu erreichen und letztendlich aus Kritikern unversöhnliche Feinde dieses Systems werden zu lassen!“

Bürgerwehähnliche Gruppierungen

In der Folge des Flüchtlingszuzugs seit 2015 haben sich Gruppen gebildet, die vorgeben, eigeninitiativ die öffentliche Sicherheit durch gemeinsame Patrouillen zu verbessern. Die Zielsetzung und Motivation für die Mitwirkung in solchen Gruppen sind heterogen. Ihr Selbstverständnis kommunizieren diese Gruppierungen bestenfalls rudimen-



Web-Angebot Steeler Jungs

tär. Zum Teil wollen sie den Eindruck erwecken, dass Flüchtlinge generell eine Bedrohung darstellen und der demokratische Rechtsstaat nicht handlungsfähig sei. Im Jahr 2018 verstetigten sich in Nordrhein-Westfalen die Aktivitäten von drei Gruppierungen. Seit April 2018 führt die Gruppierung „First Class Crew – Steeler Jungs (FCC)“ regelmäßig „Stadtspaziergänge“ im Innenstadtbereich des Essener Stadtteils Steele durch. Die Mitglieder tragen dabei meist schwarze Kleidung mit dem Schriftzug „FFC Steeler Jungs“ in altdeutscher Schrift. Der Koordinator der Rundgänge kommt, wie die Mehrheit der Teilnehmer, aus dem Hooligan- und Rockermilieu. Die Teilnehmerzahl bei den Rundgängen variiert meistens zwischen 50 bis zu 100 Teilnehmern.

Die „Bruderschaft Deutschland“ ist 2017 erstmalig mit T-Shirts mit der Aufschrift „Treue, Blut, Ehre“ in Düsseldorf aufgetreten, was strafrechtliche Ermittlungen nach sich zog. Vornehmlich stammen die Mitglieder aus der rechtsaffinen Hooliganszene, einige Mitglieder stammen auch aus dem subkulturellen Rechtsextremismus. Seitdem hat sich die Gruppierung an verschiedenen rechtsextremistisch beeinflussten oder gesteuerten Veranstaltungen beteiligt. Dazu zählen unter anderem der oben erwähnte

„Trauermarsch“ in Mönchengladbach am 20. September und die Kundgebung gegen den Migrationspakt vor dem Düsseldorfer Landtag am 17. November 2018. Außerdem haben sie mehrfach eigene Kundgebungen im Düsseldorfer Stadtteil Garath durchgeführt. Mit dem „FCC“ pflegt man intensive Verbindungen.

In Köln ist die „Internationale Kölsche Mitte“ aktiv. Die Gruppierung ist aus dem „Begleitschutz e.V.“ hervorgegangen. Es handelt sich um einen Zusammenschluss von Personen, die sich selbst als „besorgte Bürger“ bezeichnen. Dazu zählen Personen aus der Rocker-, Türsteher- und Hooliganszene. Die Veranstaltungen finden hauptsächlich in Köln statt und erreichen bis zu 150 Teilnehmer. Beispielsweise fand am 28. August 2018 eine Versammlung mit 120 Teilnehmern am Hauptbahnhof statt, an der sich eine „Mischszene“ aus Bikern, Hooligans, Wutbürgern und Rechtsextremisten beteiligte. Die Reden bewegten sich zwischen Kritik an Flüchtlingspolitik und rechtsextremistischer Agitation.

Ausblick

Die Entgrenzung des Rechtsextremismus hat im Zuge der Diskussion über Flüchtlinge in den letzten beiden Jahren zugenommen. Das schlägt sich auf verschiedenen Feldern der politischen Öffentlichkeit nieder: in Organisationen, auf Demonstrationen und in den Medien, vor allen im Internet. Auch wenn die Intensität der Flüchtlingsdebatte insgesamt deutlich nachgelassen hat, wird sich die Entwicklung nicht von selbst erledigen. Erstens arbeiten rechtsextremistische Akteure wie die „Neue Rechte“ aktiv daran, ihren Resonanzraum über die eigene Szene zu erweitern und gehen dabei medial durchaus geschickt vor. Zweitens zeichnen sich für die nächsten Jahre weitere Themen ab, die Rechtsextremisten als Türöffner-Themen zur Mitte der Gesellschaft nutzen werden. So berufen sich beispielsweise salafistische Täter auf den Islam und erzeugen damit bei Teilen der Öffentlichkeit den Eindruck, der Islam sei eine Rechtfertigung für Hass, Gewalt und Tod. Dies spielt wiederum den Rechtsextremisten in die Hände, die damit Propaganda gegen Muslime betreiben. Drittens zeigen sozialwissenschaftliche Einstellungsuntersuchungen, dass ein Teil der Bevölkerung rechtsextremistisches Gedankengut zumindest partiell teilt und damit ein gewisses Anschlusspotenzial vorhanden ist. Dabei handelt es sich zwar um eine Minderheit der Gesellschaft, aber dieses Potenzial konnten rechtsextremistische Akteure im Zuge der Flüchtlingsdiskussion durchaus erfolgreich ansprechen. Viertens hat es bei einem bislang kleinen Teil der Bevölkerung

eine Verschiebung der Wahrnehmung und Bewertung rechtsextremistischer Positionen und Akteure gegeben. Diese werden nunmehr als Teil eines legitimen Meinungsspektrums angesehen. Vor diesem Hintergrund bleibt das Eintreten für Grundrechte, Pluralismus und Demokratie heute mehr denn je eine wichtige gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe.



Foto: Picture Alliance, „Mütter gegen Gewalt“ auf einer Kundgebung am 16. September 2018 in Gelsenkirchen



Sitz/Verbreitung	Bundesverband: Berlin; Landesverband: Essen
Gründung/Bestehen seit	1964 (Bundes- und Landesverband NRW)
Struktur/Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Frank Franz (seit 2014); Landesvorsitzender: Claus Cremer (seit Juni 2008); einstellige Zahl handlungsfähiger Kreisverbände; insgesamt 17 Rats- und Bezirksvertretungsmandate in Nordrhein-Westfalen
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2018	Bund: ca. 5.200 (2017) → Land: ca. 500 →
Veröffentlichungen	<p>Publikationen: Zeitung des Bundesverbandes Deutsche Stimme (monatlich) als Printversion.</p> <p>Web-Angebote: Bundes- und landesbezogene Web-Auftritte; fast alle Kreisverbände haben eigene Webseiten oder sind in den sozialen Netzwerken vertreten; BlickpunktTV als YouTube-Kanal.</p>
Kurzportrait/Ziele	Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist die älteste aktive rechtsextremistische Partei. Die Partei will die Demokratie in Deutschland beseitigen und tritt für eine rassistische, antisemitische, revisionistische und fremdenfeindliche Ideologie ein. Vielfach bezieht sich die Partei dabei auf die Ideologie der NSDAP. Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele auch in einer aggressiv-kämpferischen Weise.

Finanzierung

Staatliche Parteienfinanzierung, Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **NPD** lehnt die freiheitliche Demokratie in Deutschland ab und will diese beseitigen. Dies betrifft wesentliche Prinzipien und Grundwerte der Verfassung. So negiert die Partei die tragenden Prinzipien des Grundgesetzes, insbesondere dass jeder Mensch als Individuum und ohne Vorbedingungen eine Würde besitzt. Vielmehr spricht die **NPD** Menschen lediglich eine Würde als Teil eines nationalen Kollektivs zu. Die von der **NPD** verfolgten politischen Ziele laufen auf einen autoritären Staat hinaus, in dem die Prinzipien der durch das Grundgesetz garantierten freiheitlichen demokratischen Grundordnung außer Kraft gesetzt werden sollen.

Die **NPD** verfolgt eine rechtsextremistische Ideologie, die auf das Prinzip der „Volksgemeinschaft“ baut und sich vor allem durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auszeichnet. Eine solche „Volksgemeinschaft“ definiert die Partei ausschließlich nach ethnischen Kriterien. Alle Bürger, die diesen ethnischen Kriterien nicht genügen, will die Partei aus den demokratischen Prozessen ausschließen und damit entrechten. Das heißt, dass sie die Gleichheit aller Menschen als allgemeines Menschenrecht nach Art. 3 des Grundgesetzes ablehnt. Die Ablehnung von Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund begründet die **NPD** „biologisch“. Was darunter zu verstehen ist, wird in der Rede eines Aktivisten der **Jungen Nationalisten (JN)**, der Jugendorganisation der **NPD**, bei den sogenannten „Tagen der nationalen Bewegung“ am 8. und 9. Juni 2018 in Themar (Thüringen) deutlich: Das Ziel sei „die Volksgemeinschaft, in der jeder Deutsche seinen Fähigkeiten entsprechend an seine[n] Platz gelangt und seine Persönlichkeit im Sinne des Ganzen entfaltet. Der Einzelne vermag nichts im Vergleich zu einem ganzen Volk. Erst das Volk in seiner Gesamtheit, das heißt der Zusammenschluss aller Volksgenossen zu einer Gemeinschaft, kann die Interessen jedes einzelnen sichern und seiner Persönlichkeitsentfaltung Vorschub leisten.“ Letztlich spiegelt diese Aussage sehr gut den chauvinistischen Nationalismus der **NPD** wider, der sich in der Vergangenheit beispielsweise in den Erziehungsidealen der NSDAP im Satz: „Du bist nichts, dein Volk ist alles!“ wiederfand. In dieser Konsequenz ist hier also die Abwertung des

- vor allem nichtdeutschen - Individuums zu verstehen. Weiterhin verbreitet die **NPD** antisemitische und revisionistische Propaganda, indem sie beispielsweise den Holocaust oder die Zahl der Opfer in Frage stellt und die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges leugnet. Die **NPD** glorifiziert in Beiträgen ihrer Parteizeitung „Deutsche Stimme“ den historischen Nationalsozialismus und stellt sich selbst in die Nähe zu rechtskräftig verurteilten Verbrechern des NS-Regimes. Angesichts der vielfachen Bezüge auf die Ideologie der NSDAP gibt es eine inhaltliche Wesensverwandtschaft der **NPD** mit dem Nationalsozialismus, die auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 17. Januar 2017 feststellte. Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele überdies in einer aggressiv-kämpferischen Weise. Dies zeigt nicht zuletzt ihre Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Neonazis und Hooligans.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Wie im Vorjahr setzte die Partei auch 2018 ihre Hetze gegen Migranten und insbesondere gegen Muslime sowie Flüchtlinge fort und schürte Ängste vor einer vermeintlichen Überfremdung. Indem die NPD den Islam mit Islamismus und Terrorismus gleichsetzt, zeichnet die Partei ein verzerrtes, negatives Bild der hier lebenden Muslime.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Am 4. November 2018 führte die **NPD NRW** ihren Landesparteitag durch, auf dem im Wesentlichen der bisherige Landesvorstand bestätigt wurde. Dies ist nicht als eine Bestätigung der handelnden Personen zu verstehen, sondern mehr ein Ausweis der mangelnden personellen Alternativen. So sieht sich der Landesvorsitzende und Multifunktionär von Parteimitgliedern mit dem Vorwurf der Ämterhäufung und persönlichen Bereicherung konfrontiert. Als Ergebnis verweigern ihm etliche Kreisverbände die Gefolgschaft und verharren in Inaktivität.

In einem längeren Interview im August 2018 für den YouTube-Kanal „Abakus TV“ machte der Landesvorsitzende grundsätzliche Aussagen zur Verortung der **NPD** in der Parteienlandschaft und der prinzipiellen Feindschaft zum demokratischen System. Er sagte: „Zuerst möchte ich festhalten, dass ich die **NPD** weder als konservative Partei noch als patriotische Partei sehe. Also Konservative wollen von ihrem Wesen her das Alte bewahren und schützen. Das wollen wir nicht. Wir sehen hier in dieser

Bundesrepublik, oder in dieser bunten Republik nichts Schützenwertes. [...] Also wir sind der Auffassung, dass dieses System, wie es zurzeit ist, überwunden werden muss, um dann durch ein nationalstaatliches, deutschfreundliches System ersetzt werden soll. [...] Wir lehnen das System als Gänze ab, weil es bringt ja auch nichts immer an den Auswirkungen einer Krankheit herumzudoktern.“

Für die 2019 anstehende Europawahl führte die **NPD** einen Parteitag am 17. November 2018 im hessischen Büdingen durch, auf dem sie ihre Kandidatenliste aufstellte und darauf den ehemaligen Bundesvorsitzenden Udo Voigt als Spitzenkandidat platzierte. Vom nordrhein-westfälischen Landesverband wurde lediglich die stellvertretende Landesvorsitzende Ariane Meise auf den siebten Listenplatz gewählt.

Gelegentlich führt der Landesverband interne Veranstaltungen in seiner Landesgeschäftsstelle in Essen durch. Dazu zählte beispielsweise eine Führungskräfte-schulung am 18. März 2018. Daran nahm der Bundespartei-vorsitzende Frank Franz teil. In einem Interview am Rande der Veranstaltung sagte dieser auf die Frage, wie er zur innerparteilichen Gruppierung des „Völkischen Flügels“ stehe: „Insbesondere halte ich einen völkischen Flügel in einer völkischen Partei für ziemlich obsolet. Die **NPD** versteht sich als Partei der Deutschen. Wir haben eine völkische Grundlage und insofern brauchen wir keinen Flügel, der das betont, was die Partei ohnehin ausmacht.“

Kommunale Verankerung

Die **NPD** verfügt über 17 Mandate in kommunalen Räten und Bezirksvertretungen. Ihre Aktivitäten beschränken sich dort auf den Versuch, gelegentlich Anträge und Anfragen zu stellen, um Aufmerksamkeit zu erzielen. Dies gilt insbesondere für die gemeinsame Ratsgruppe von **NPD** und **Die Rechte** im Dortmunder Stadtrat. Vor allem die Sitzungsgelder und Aufwandspauschalen machen die Teilnahme an den Kommunalräten für die **NPD** attraktiv. Diese finanziellen Vorteile helfen wie im Fall der Dortmunder Ratsgruppe politisches Konkurrenzdenken inner halb der rechtsextremistischen Szene hintanzustellen.

Öffentlich wahrnehmbar waren im Berichtszeitraum lediglich die drei Kreisverbände Duisburg, Bochum und Krefeld/Kleve. Der Kreisverband Unna, der in der Vergangenheit eng mit den Kreisverbänden der Partei **Die Rechte** in Hamm und Dortmund kooperierte, hat seine Aktivitäten eingeschränkt. Aktivitäten anderer Kreisverbände

steuert oftmals der Landesverband und verbreitet diese in den sozialen Netzwerken. Diese Beiträge haben in der Regel keinen lokalen Bezug, stattdessen verbreiten sie rechtsextremistische Propaganda. Auf dem Facebook-Profil des **NPD**-Kreisverbandes Essen verbreitete die **NPD** beispielsweise am 11. Juli 2018 eine Solidaritätsbekundung für zwei verurteilte Unterstützer des NSU.

Demonstrationen und Kundgebungen

Eigenständige, vom NRW-Landesverband der **NPD** initiierte Veranstaltungen finden nur selten statt. Stattdessen nehmen Parteimitglieder an Versammlungen von Mischszenen statt, die sich aus sogenannten „Wutbürgern“, Hooligans und anderen Szenen speisen. Ein Beispiel hierfür ist die Demonstration „Mütter gegen Gewalt“ am 4. März 2018 in Bottrop, die die **NPD** als Beleg für die Zusammenarbeit von Bürgerlichen, Patrioten und Nationalisten darstellt. Ebenfalls beteiligten sich einzelne **NPD**-Mitglieder an einer von „Abakus e.V.“ organisierten Kundgebung in Leverkusen am 3. Oktober 2018. Dort trat ein Mitglied des **NPD**-Landesvorstandes als Redner auf. In seinem Beitrag stellte er Migranten pauschal als Gewalttäter dar und skizzierte ein Bürgerkriegsszenario, in dem Deutsche gegen Migranten kämpfen müssten: „Die Rückzugsräume für Deutsche, in denen man wirklich guten Gewissens als deutsche Mutter, als deutscher Vater sein Kind noch auf die Straße schicken kann, ohne Gefahr zu laufen, dass man es im Krankenhaus wieder abholen kann, weil irgendwelche Migranten Kopftreten gespielt haben. Diese Räume werden immer enger. Wir können uns in diesem Land nirgendwohin mehr flüchten. Wir können uns nirgendwohin mehr zurückziehen. Und wenn wir nicht mehr flüchten können, dann bleibt uns nichts anderes übrig. Dann müssen wir aufstehen und kämpfen.“

Eine solche Art der Zusammenarbeit bei Versammlungen ist nicht nur ähnlichen politischen Zielsetzungen geschuldet. Vielmehr weist sie auf die zunehmende Handlungsunfähigkeit der Partei in Nordrhein-Westfalen hin, eigene Veranstaltungen mit größerer Strahlkraft durchzuführen. Bei einer vom Landesvorsitzenden für den 7. April 2018 angemeldeten Versammlung in Bochum zeigte sich, dass man auf die Unterstützung von Rechtsextremisten anderer Organisationen angewiesen war, um eine öffentlich wahrnehmbare Veranstaltung durchzuführen.

Schutzzonen-Kampagne

Mit einzelnen punktuellen Aktivitäten versucht die **NPD** in Nordrhein-Westfalen seit Sommer 2018 die von ihr bereits 2017 ins Leben gerufene „Schutzzonen“-Kampagne zu intensivieren. Anlass und Ziel der Aktionen sind laut Eigenbekundungen auf der Kampagnenseite im Internet: „Die innere Sicherheit ist bedroht. Die massive Zunahme von Gewaltkriminalität [...] und der gleichzeitige Abbau von Polizeistellen hat zur weitgehenden Kapitulation des Rechtsstaats geführt. [...] man ist der importierten Kriminalität oft schutzlos ausgeliefert. Doch wenn der Staat nicht fähig oder willens ist, seine Bürger zu schützen, müssen die Bürger sich selbst schützen. Daher wollen wir Schutzzonen schaffen. Die Partei spricht von einer „Mitmach“-Kampagne, die parteiübergreifend angelegt sei. Auf ihren Interpresenzen dokumentiert die **NPD** mit Bildern, dass Mitglieder in Bochum, Krefeld und Dortmund streifenähnliche Rundgänge in roten Warnwesten durchgeführt haben. Tatsächlich handelt es sich um eine Inszenierung, um entsprechende Bilder in den sozialen Netzwerken zu verbreiten. Die **NPD** versucht eine von anderen Extremisten öffentlichkeitswirksam ausgeübte Aktionsform („Stadtgeschutz Dortmund“ von **Die Rechte** und „Scharia-Polizei“ von Salafisten) zu kopieren und für eigene PR-Zwecke auszunutzen. Die **NPD** verfolgt mit der aktuellen Kampagne zwei Ziele: Zum einen soll in rechts-extremistischer Manier eine von Flüchtlingen und Migranten ausgehende generelle Gefahr für die öffentliche Sicherheit beschworen werden. Zum anderen ist der diese Räume werden immer enger. Wir können uns in diesem Land nirgendwohin mehr flüchten. Wir können uns nirgendwohin mehr zurückziehen. Und wenn wir nicht mehr flüchten können, dann bleibt uns nichts anderes übrig. Dann müssen wir aufstehen und kämpfen.“ Eine solche Art der Zusammenarbeit bei Versammlungen ist nicht nur ähnlichen politischen Zielsetzungen geschuldet.



Post auf der **NPD** Facebook-Seite

Aufruf zur Bewerbung als Schöffe

Wie bereits mehrfach in den Vorjahren geschehen, forderte die **NPD** ihre Mitglieder auf, sich als Schöffen zu bewerben. Unter der Überschrift „Der Rechtsstaat braucht uns – werdet Schöffen!“ rief sie auf ihrer Internetpräsenz dazu auf, dieses Ehrenamt auszuführen, da „wir [...] die rechtsstaatlichen Verhältnisse wiederherstellen [müssen].“ Vergleichbar mit der Schutzzonen-Kampagne spekuliert die **NPD** auf öffentliche Empörung und damit öffentliche Wahrnehmung, ohne dass dies durch tatsächliche Aktivitäten gestützt wird.

Antrag, die NPD von der Parteienfinanzierung auszuschließen

Das Bundesverfassungsgericht hat im **NPD**-Verbotsverfahren in seinem Urteil im Januar 2017 das Verbot der **NPD** abgelehnt. Die Partei sei zwar verfassungsfeindlich, würde aber wegen fehlender Relevanz die Stabilität der Demokratie in Deutschland nicht gefährden. Zugleich verdeutlichte das Bundesverfassungsgericht, dass der demokratische Rechtsstaat verfassungsfeindliche Parteien auch mit weniger gravierenden Mitteln sanktionieren dürfe. Im Juli 2017 griffen Bundestag und Bundesrat diesen Hinweis auf und änderten das Grundgesetz. Danach können nun verfassungsfeindliche Parteien von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen werden. Im Februar und April 2018 beschlossen jeweils der Bundesrat, die Bundesregierung und der Bundestag beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag zu stellen, der **NPD** die staatlichen Finanzmittel zu streichen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die **NPD** ist eine verfassungsfeindliche Partei. Der Landesverband in Nordrhein-Westfalen befindet sich weiterhin in einer Führungskrise. Ein Neuanfang ist vorerst nicht wahrscheinlich, da sich keine innerparteiliche Alternative aufdrängt. Im Bundesvorstand wurde 2017 durch die Wahl von Thorsten Heise zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der offen neonazistisch agierende Flügel gestärkt. Innerhalb des nordrhein-westfälischen Landesverbandes scheinen die radikaleren Kräfte nicht stark genug zu sein, um einen Wechsel in der Führung herbeizuführen. Zudem folgt der Verunsicherung etlicher Parteimitglieder durch das abgeschlossene Verbotsverfahren nun die Verunsicherung wegen der möglichen Entziehung staatlicher Gelder.



Facebook-Beiträge der **NPD**





Sitz / Verbreitung	Düsseldorf (faktisch Leverkusen)
Gründung / Bestehen seit	2007
Struktur / Repräsentanz	Vorsitzender der Partei Pro NRW ist seit Gründung Markus Beisicht; Gliederung in acht Bezirksverbände mit vorgeblich 53 angeschlossenen Kreisverbänden; nur in drei Kommunen nennenswerte Aktivitäten; 21 Mandate in kommunalen Räten und Bezirksvertretungen
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2018	circa 350 
Veröffentlichungen	<p>Als Informations- und Werbemedium dient die im Flugblattformat vertriebene Publikation NRW UNZENSIERT - Zeitung der Bürgerbewegung Pro NRW. Anlassbezogen erscheinen darüber hinaus Flug- und Faltblätter.</p> <p>Web-Angebote: eigene Webseiten sowie Profile in den sozialen Netzwerken.</p>
Kurzportrait / Ziele	Pro NRW ist der Versuch, die zunächst lokale Organisation des am 15. April 2018 aufgelösten Vereins Pro Köln landesweit auszudehnen. Dabei wurden neben identischen inhaltlichen Ansätzen und gleichgelagerter Strategie auch bis zum Zeitpunkt des internen Zerwürfnisses im Jahr 2015 mit teilweise dem gleichem Führungspersonal agiert. Der Vorsitzende und ein Teil des Vorstandes von Pro NRW stammen aus rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen. Die Partei versucht sich überwiegend bürgerlich zu inszenieren. Inhaltlich vertritt sie jedoch dezidiert fremdenfeindliche und islamfeindliche Positionen, diffamiert Migranten und schürt Ängste vor ihnen, insbesondere vor Muslimen und Flüchtlingen.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge, Spenden und staatliche Zuwendungen an Gruppen und Fraktionen in Kommunalvertretungen

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei **Pro NRW** missachtet mit ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Sie vermittelt ein negatives Menschenbild über bestimmte Minderheiten, welches ausschließlich an deren Nationalität, Religions-, Staats- oder ethnischen Zugehörigkeit anknüpft. Insbesondere Muslime, Sinti und Roma sowie Flüchtlinge werden als unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse dargestellt. Dabei greifen sowohl Wortwahl als auch die Argumentationsmuster die Menschenwürde an und sind deshalb nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

Flüchtlinge bezeichnet die Partei mitunter auch als „Invasoren“. Eine derartige Kriegsrhetorik zielt darauf ab, Flüchtlinge zu diffamieren und Menschenrechte zu delegitimieren. Letztlich tragen derartige Freund-Feind-Bilder dazu bei, Übergriffe auf Flüchtlinge als vermeintliche Notwehr erscheinen zu lassen. Die Partei-Funktionäre unterscheiden bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung, sondern stellen Musliminnen und Muslime pauschal als potenzielle Gefahr für die Gesellschaft dar, um ihnen das Grundrecht auf Religionsfreiheit einzuschränken.

Gerichte bestätigten mehrfach, dass **Pro NRW** zu Recht in den Verfassungsschutzberichten als rechtsextremistische Partei aufgeführt wird. Zuletzt stellte das Verwaltungsgericht Berlin am 21. Januar 2016 fest, dass der Verfassungsschutzbericht des Bundes rechtmäßig **Pro NRW** als rechtsextremistische Bestrebung aufführt. Die Partei habe „im Berichtszeitraum Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betrieben“ (VG Berlin, 1 K 255.13).

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Partei befindet sich seit 2015 im Niedergang, als interne Streitigkeiten sich zuspitzten und in der Folge zahlreiche Parteifunktionäre austraten. Diese Entwicklung verschärfte sich nach Ansicht des Parteivorsitzenden Beisicht, wie er in einem Interview im September 2018 äußerte, mit der aufkommenden Konkurrenz durch die AfD. Die gegenwärtige Existenzkrise von **Pro NRW** schlägt sich in der geringen kommunalen Präsenz vor Ort nieder, die ursprünglich deren wesentliches Agitationsfeld war. Für 2018 hatte der Parteivorsitzende angekündigt, dass die Partei sich als „kommunalpolitische Alternative“ in Nordrhein-Westfalen präsentieren und auf die Kommunalwahlen 2020 in Nordrhein-Westfalen konzentrieren wolle. Ebenso kündigte er an, dass die Partei in 2018 eine islamfeindliche Veranstaltungsserie unter dem Titel „Freiheit statt Islam“ durchführen würde, wobei sie den Islam mit islamistischen Ausprägungen gleichsetzt. Dazu erläuterte die Partei, dass das Ziel der Kampagne sei, „gegen die islamistische Landnahme zu kämpfen“. Von diesen für 2018 angekündigten Vorhaben hat **Pro NRW** nur noch die Teilnahme an den Kommunalwahlen 2020 in Nordrhein-Westfalen auf der Agenda.

Nach der Austrittswelle verblieben der Partei noch 21 Mandate in kommunalen Räten und Bezirksvertretungen. Davon sind nur wenige Vertreter in den Räten tatsächlich aktiv und nutzen diese gelegentlich als Plattform für öffentlichkeitswirksame Propaganda. Tatsächliche Sacharbeit vor Ort findet kaum statt. Eine Präsentation der Partei als „kommunalpolitische Alternative“ fand faktisch nicht statt.

Um dem Bedeutungsverlust entgegenzusteuern, versuchte die Parteiführung Kontakte zu anderen Rechtsextremisten zu intensivieren. Auf dem Neujahrsempfang der Partei, der im Februar 2018 in Leverkusen stattfand, lud man unter anderem eine ehemalige Vorsitzende der **NPD-Frauenorganisation Ring Nationaler Frauen**, den stellvertretenden Vorsitzenden der rechtsextremistischen **Gesellschaft für freie Publizistik**, einen Politiker der rechtsextremistischen belgischen Partei **Vlaams Belang** sowie einen Führungsaktivisten von Pegida Nederland ein. Letzterer äußerte in seiner Rede unter dem Beifall der Teilnehmer folgende islamfeindliche Forderung: „Und hoffentlich machen wir dieses Jahr einen Schritt in Richtung islamfreies Europa.“

Als der Verein „Abakus e.V.“ am 3. Oktober 2018 einen „Trauermarsch“ in Leverkusen durchführte, beteiligte sich **Pro NRW** daran und versuchte damit, auf sich selbst aufmerksam zu machen. Der Parteivorsitzende durfte als Redner auftreten und suggerierte, um Neidgefühle zu schüren, dass Flüchtlinge zu Lasten von Einheimischen bevorzugt behandelt würden. Wie in den Vorjahren legte **Pro NRW** ihren inhaltlichen Schwerpunkt auf eine flüchtlings- und islamfeindliche Agitation. Beispielsweise zeichnete der Kreisverband Ennepe-Ruhr in einem Facebook-Beitrag vom 7. August 2018 ein angsteinflößendes Zerrbild, wenn er in Bezug auf Flüchtlinge von der „angeordneten Flutung unseres Landes“ sprach. Zudem machte **Pro NRW** Flüchtlinge zu Sündenböcken, indem sie ihnen die Schuld an zahlreichen politischen Problemen gab. So heißt es in einem Artikel vom 11. Oktober 2018 auf der Webseite der Partei, dass es „Kaum mehr Plätze für Wohnungslose wegen Unterbringung von Asylbewerbern“ gebe. In einem Interview aus dem September 2018 machte der Parteivorsitzende seine völkisch-nationalistische Weltanschauung deutlich, stellte Migranten pauschal negativ dar und schürte damit Ressentiments gegen diese Bevölkerungsgruppen. Unter anderem äußerte er sich wie folgt: „Die Überfremdung, das[s] ein Stadtteil nach dem anderen kippt, das[s] wir jetzt selber erleben, das[s] wir fremd [sind], das[s] wir zur Minderheit in unseren eigenen Städten [gehören], das ist natürlich eine Erfahrung, die einen ängstigt. [...] Die Folgen des Asyltsunamis, die massenhafte Überfremdung, die explodierende Kriminalität, Das sind, klar, das sind die großen Themen.“

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Partei **Pro NRW** setzt weiterhin ihren Schwerpunkt auf fremdenfeindliche, insbesondere flüchtlings- und islamfeindliche Propaganda. Geprägt durch interne Auseinandersetzungen, persönliche Anfeindungen, Mitgliederschwund und strukturelle Erfolgslosigkeit verfügt **Pro NRW** heute nur noch über eine geringe Aktionsfähigkeit.

Pro Köln

Sitz / Verbreitung	Köln
Gründung / Bestehen seit	1996, Auflösung am 15. April 2018
Struktur / Repräsentanz	Vorsitzender seit 2014 Michael Gabel; Verein war als Gruppe im Stadtrat mit zwei Mandaten und fünf Mandaten in Bezirksvertretungen nur in Köln aktiv,
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2018	zum Zeitpunkt der Auflösung circa 150 Mitglieder
Veröffentlichungen	Publikationen: KÖLN UNZENSIERT (vormals Fraktionszeitung KÖLN UNZENSIERT), Web-Angebote: eigene Webseiten sowie Profile in den sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Pro Köln entstand 1996 im Wesentlichen auf Betreiben von langjährigaktiven Rechtsextremisten. Im Stadtrat war der Verein seit 2014 als Ratsgruppe mit zwei Mandatsträgern vertreten. Pro Köln hat versucht, sich überwiegend bürgerlich zu inszenieren. Inhaltlich propagierte die Organisation fremdenfeindliche und islamfeindliche Positionen. Sie diffamiierte Migranten, insbesondere Flüchtlinge, und schürte Ängste vor ihnen. Pro Köln hat versucht, in der Gesellschaft diskutierte Themen zu nutzen, um eigene rechtsextremistische Sichtweisen und Forderungen in die Mitte der Gesellschaft zu verbreiten. Im April 2018 löste sich der Verein auf.
Finanzierung	Mitgliedsbeiträge, Spenden und staatliche Zuwendungen an die Gruppe im Kölner Stadtrat

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Pro Köln missachtete mit seinen Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Der Verein vermittelte ein negatives Menschenbild über bestimmte Minderheiten, welches ausschließlich an deren Nationalität, Religions-, Staats- oder ethnischen Zugehörigkeit anknüpft. Eine differen-

zierte Betrachtung, die andere Aspekte einbezieht, wurde dabei ausgeblendet. Mit dieser Art der Darstellung hat **Pro Köln** Ablehnung geschürt und versucht, Ängste in Teilen der Bevölkerung aufzugreifen und zu instrumentalisieren.

Eine besondere Form der Fremdenfeindlichkeit stellte die Islamfeindlichkeit dar. So verbreitete **Pro Köln** seit Bestehen öffentlichkeitswirksam Vorurteile über Muslime, um Ängste zu wecken oder zu verstärken. Sie unterschieden dabei bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung. Die diskreditierende Gleichsetzung zielte darauf ab, eine Glaubensgemeinschaft pauschal für eine Vielzahl gesellschaftlicher Missstände und Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen und sie als Bedrohung darzustellen.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Pro Köln setzte im ersten Quartal 2018 weiterhin seinen inhaltlichen Schwerpunkt auf eine fremdenfeindliche Politik, die sich vor allem gegen Flüchtlinge und Muslime richtete. Im März 2018 sprach sich der Vorstand für die Auflösung des Vereins aus. In seiner Erklärung verwies er einerseits auf vermeintliche Erfolge seiner islamfeindlichen Kampagnen, andererseits auf die Konkurrenz durch die Partei Alternative für Deutschland, ohne letztere beim Namen zu nennen: „ Aus dem zarten Pflänzchen ‚Islamkritik‘ ist eine breit aufgestellte, starke Bewegung bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein geworden und auch parteipolitisch gibt es Vorsitzenden Markus Beisicht und die Radikalisierung von Teilen der Pro-Bewegung die eigene Anhängerschaft belasten. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 15. April 2018 beschlossen die Mitglieder mit 97,2 Prozent auf Antrag des Vorstands die Selbstauflösung. Die beiden Ratsmitglieder behielten ihre Mandate. Seit der Auflösung des Vereins bilden sie die Ratsgruppe „Rot-Weiß“. Seit Mai 2018 betreibt ein Ratsmitglied den Blog „rutwiess“, in dem er in der altbewährten Manier vor allem über die Kölner Lokalpolitik berichtet. Beispielsweise setzt der Autor in einem Artikel über einen Anschlag am Kölner Hauptbahnhof im Oktober 2018 Islam mit Islamismus gleich, um damit Muslime pauschal zu diskreditieren.

Sitz/Verbreitung	Dortmund
Gründung/Bestehen seit	Bundesverband: 27. Mai 2012 Landesverband: 15. September 2012
Struktur/Repräsentanz	Bundesvorsitzende: Sascha Krolzig und Michael Brück (bis 5. Januar 2019) seitdem Sascha Krolzig und Sven Skoda; Landesvorsitzender: Sascha Krolzig; insgesamt zwei Ratsmandate und vier Mandate in Bezirksvertretungen in Dortmund und Hamm; bundesweit sieben Landesverbände, 14 Kreisverbände und 2 Stützpunkte.
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2018	Bund: circa 650 → NRW: circa 280 →
Veröffentlichungen	Webangebote: Veröffentlichungen der Partei auf Bundes- und Landesebene überwiegend über soziale Medien wie Facebook oder Twitter; Internetseite als Hauptsprachrohr des Landesverbandes beziehungsweise des Kreisverbandes Dortmund; alle Artikel erscheinen auch auf der Homepage des Bundesverbandes.
Kurzportrait/Ziele	Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei Die Rechte ist vor allem ein Sammelbecken von Neonazis, die aus den 2012 verbotenen Kameradschaften kommen. Die Führung des Landesverbandes sowie der aktivsten Kreisverbände wurde von langjährigen Aktivisten übernommen, die bereits Führungsaufgaben in den damaligen Kameradschaften innehatten. Im Jahr 2018 konnte der Landesverband seine Rolle innerhalb der Partei, aufgrund der Besetzung der Bundesführung mit Funktionären aus Nordrhein-Westfalen noch weiter ausbauen. Ziel des Landesverbandes ist es, die bisherigen neonazistischen Aktivitäten nunmehr im Schutz des sogenannten Parteienprivilegs zu betreiben und neonazistische Propaganda zu verbreiten.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge der Parteimitglieder und Einnahmen aus Spenden sowie von der Partei durchgeführte Veranstaltungen wie zum Beispiel Konzerte.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei **Die Rechte** ist in struktureller Hinsicht ein Sammelbecken für Neonazis, ideologisch wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus und tritt in aggressiv-kämpferischer Weise auf. Dies trifft insbesondere auf den Landesverband Nordrhein-Westfalen zu, der den Bundesverband dominiert. Die Gründung des Landesverbandes erfolgte im September 2012 als Reaktion auf das Verbot von neonazistischen Kameradschaften in Dortmund, Hamm und Aachen im August 2012. Die Führung des Landesverbandes setzt sich aus Hauptprotagonisten der verbotenen Kameradschaften Dortmund und Hamm zusammen. Ein politischer Schwerpunkt der Partei **Die Rechte** ist Fremdenfeindlichkeit. So zeichnet die Partei in ihrem Programm ein einseitiges negatives Bild von Migranten. In ihren Verlautbarungen stellt sie das Verhältnis zwischen einheimischer Bevölkerung und Migranten als Freund-Feind-Konstellation dar, in der die einheimische Bevölkerung durch Migranten bedroht werde. Dabei ist vor allem eine pauschale Darstellung von Migranten als Kriminelle für die Partei **Die Rechte** ein Mittel, um fremdenfeindliche Vorurteile zu schüren.

Die Rechte propagiert wiederkehrend Antisemitismus. Ein deutliches Signal wurde dadurch gesetzt, dass man die prominente Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel als Spitzenkandidatin für die Europawahl im Frühjahr 2019 nominierte. Zum Zeitpunkt der Bekanntgabe ihrer Kandidatur war bereits gerichtlich entschieden worden, dass sie ihre ausstehenden Haftstrafen wegen wiederholter Leugnung des Holocaust auch tatsächlich anzutreten habe. Im Nachgang der Gerichtsprozesse und



Foto: Picture Alliance, Demonstration der Partei **Die Rechte** am 10.11.2018 in Bielefeld

insbesondere auch nach ihrem Haftantritt folgten zahlreiche Solidaritätsveranstaltungen der Partei **Die Rechte**, bei denen sie Haverbeck-Wetzel nicht nur als politisches Opfer, sondern gar als Kämpferin für eine vermeintlich wirkliche Meinungsfreiheit darzustellen versuchte. Es wurde außerdem wiederholt verkündet, dass die Partei **Die Rechte** den Straftatbestand der Volksverhetzung als illegitim ansieht. Mit diesem Engagement zeigt die Partei deutlich, dass sie die ideologischen Positionen der Holocaust-Leugnerin Haverbeck-Wetzel teilt. Des Weiteren stellte sich die Partei **Die Rechte** offen in eine nationalsozialistische Tradition. So änderten sie bereits im Jahr 2017 das Parteiprogramm dahingehend, dass sich die Partei nunmehr zur „Volksgemeinschaft“ bekennt, dem zentralen gesellschaftspolitischen Leitbild in der nationalsozialistischen Ideologie. Im Jahr 2018 wurde außerdem die Jugendzeitschrift „Heute Jung“ durch den Kreisverband in Dortmund herausgegeben und an örtlichen Schulen verteilt. Der Titel wurde mutmaßlich gewählt, um durch die Initialen „HJ“ auf die Hitlerjugend anzuspielen.

Die Partei **Die Rechte** versucht die von ihr ausgemachten Feinde der Partei einzuschüchtern. Zu diesen Gegnern zählen Politiker, Journalisten und Bürger, die sich kritisch mit der Partei **Die Rechte** auseinandersetzen, sowie Behördenmitarbeiter, die im Sinne der wehrhaften Demokratie repressive Maßnahmen gegen Neonazis veranlassen. Meistens formulieren die Parteiaktivisten ihre Bedrohungen jedoch unterhalb der Grenze der Strafbarkeit. Zugleich sind die Einschüchterungsversuche eindeutig genug, dass die Adressierten wissen, wie es gemeint ist. Die Partei verfolgt generell die Strategie, Provokation und Einschüchterung zu maximieren und das strafrechtliche Risiko zu minimieren.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Bundesverband

Die Partei weist laut eigenen Angaben sieben Landesverbände, 14 Kreisverbände und zwei Stützpunkte auf, wobei einige Verbände nur nominell bestehen und keine Aktivitäten entfalten. Neben der Gründung von Kreisverbänden hatte die Partei **Die Rechte** 2018 auch die Auflösung des Landesverbands Thüringen zu verzeichnen. Nachdem infolge des Rücktritts des bisherigen Parteivorsitzenden Christian Worch im Oktober 2017 bereits strukturelle Änderungen innerhalb des Bundesverbands notwendig wurden, kam es auch in der darauffolgenden Zeit zu einigen Veränderungen innerhalb der Partei.

Auf die starke Stellung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen hatten diese Ereignisse keinen Einfluss. Dies wurde bereits im Frühjahr 2018 deutlich, als auf dem 9. Bundesparteitag am 1. April 2018 gleich zwei Parteivorsitzende als gleichberechtigte Doppelspitze gewählt wurden. Die Ämter wurden mit den beiden Dortmunder Rechtsextremisten Sascha Krolzig und Michael Brück, der auch ein Mandat im Dortmunder Stadtrat wahrnimmt, besetzt. Auf dem 10. Bundesparteitag am 5. Januar 2019 wählten die Delegierten erneut zwei Mitglieder aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen an die Spitze des Bundesverbandes. Sie bestätigten Krolzig im Amt als Bundesvorsitzenden, wohingegen Brück nicht erneut für das Amt kandidierte. Er begründete dies damit, dass er seine Wahl als Übergangslösung gesehen habe, um die Parteistrukturen wieder zu ordnen und er dieses Ziel als erreicht angesehen habe. Seinen Platz an der Bundesspitze der Partei konnte der szenebekanntene Neonazi Sven Skoda einnehmen, der erst im Dezember 2018 Mitglied der Partei wurde.

Die neue Parteiführung achtete im Jahr 2018 weiterhin darauf, dass die Organisation formell die Anforderungen an eine Partei erfüllt, insbesondere dass sie zu Wahlen antritt. Hierbei zeigte sich ebenfalls der starke Einfluss der nordrhein-westfälischen Parteifunktionäre. So traten Michael Brück und Sascha Krolzig bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg an und konnten jeweils niedrige einstellige Ergebnisse erzielen.

Darüber hinaus wurde die Partei **Die Rechte** für eine Teilnahme an der Europawahl am 26. Mai 2019 zugelassen. Hierzu wurde die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel als Spitzenkandidatin gewählt. Auch die übrigen Listenplätze wurden mit bekennenden Neonazis, wie dem neugewählten Bundesvorsitzenden Sven Skoda und **Die Rechte**-Gründer Christian Worch, besetzt. Die Gesamtauswahl der Kandidaten wird von der Partei selbst als „Liste des Nationalen Widerstands“ bezeichnet.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen bildet eine Auffangstruktur für die 2012 verbotenen Kameradschaften. Auch wenn nicht alle Neonazis in die Partei eingetreten sind, organisiert die Partei in Nordrhein-Westfalen inzwischen nahezu alle neonazistischen Aktivitäten. Im Jahr 2018 setzte sich der vom Landesverband Nordrhein-Westfalen forcierte Strukturausbau fort. Im Januar 2018 wurde offiziell der

Kreisverband Unna gegründet, im Mai 2018 folgte die Gründung des Kreisverbands Duisburg. Zudem wurden auch die zwei neuen „Stützpunkte“ (lokale Parteigliederungen, die noch nicht den Status eines Kreisverbandes aufweisen) Köln und Siegen eröffnet. Die Rechte verfügt damit in Nordrhein-Westfalen derzeit über neun Kreisverbände: Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen/Recklinghausen, Hamm, Heinsberg/Aachen, Ostwestfalen-Lippe, Rhein-Erft, Unna, Wuppertal.

Der Landesverband besitzt für die Partei lediglich eine organisatorische Funktion. Von ihm gehen kaum politische Initiativen aus. Gelegentlich wird im Namen des Landesverbandes eine Demonstration angemeldet. In der Regel handelt es sich aber tatsächlich um Demonstrationen des Dortmunder Kreisverbandes, die überwiegend auch in Dortmund stattfinden. Da sich die verantwortlichen Mitglieder des Landesverbandes mit denen des Kreisverbandes Dortmund in Teilen überschneiden, ist eine genaue Unterscheidung der beiden Organisationseinheiten kaum zu treffen.

Die Kreisverbände stellen die eigentlichen politischen Akteure dar, die autonom über inhaltliche Belange und Aktivitäten entscheiden. Diese Organisationsstruktur stellt den Versuch dar, dezentrale Strukturen der Neonaziszene in vormals lokalen Kameradschaften in eine Parteiorganisation zu überführen. Die meisten Mitglieder dürften ihre Organisation ebenfalls weiterhin nicht als Partei begreifen. Hauptsächlich geht es den Aktivisten darum, ihre „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ vor staatlichen Repressionsmaßnahmen zu schützen. So werden Demonstrationen, Mahnwachen, Geburtstagspartys, Rechtsrockkonzerte und Sonnenwendfeiern nunmehr als Parteiveranstaltungen ausgewiesen.

Kreisverband Dortmund

Der Kreisverband Dortmund hat seine maßgebliche Stellung innerhalb der Partei **Die Rechte** im Jahr 2018 weiter ausgebaut. Die Zahl der aktiven und mobilisierbaren Anhänger beträgt etwa 80 bis 100 Personen, die sich weiterhin überwiegend aus Mitgliedern und Sympathisanten der 2012 verbotenen Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“ zusammensetzen.

Die starke personelle Verflechtung der Führungspersonen des Kreisverbands Dortmund sowohl mit dem Landes- als auch mit dem Bundesvorstand der Partei **Die Rechte** hat nicht nur Einfluss auf Veranstaltungen in Dortmund und der näheren Umgebung

genommen, sondern auch auf die Präsenz der Dortmunder Szene bei Veranstaltungen anderer rechtsextremistischer Gruppierungen. Gerade die Führungspersonen aus Dortmund waren bundesweit als Teilnehmer, Redner und zum Teil als Mitorganisatoren bei Veranstaltungen vertreten. Gleichfalls konnten Teilnehmer aus Dortmund bei Veranstaltungen im europäischen Ausland wahrgenommen werden.

Auch im Jahr 2018 konnte festgestellt werden, dass das rechtsextremistische Klientel um den Kreisverband Dortmund versucht hat, durch gezielte Provokation eine Bedrohungskulisse aufzubauen, um die als politische Gegner definierten Personen(gruppen) einzuschüchtern. Damit einher ging ebenso, dass antisemitische Positionen bei öffentlichen Veranstaltungen vertreten wurden. So wurde am 14. Mai 2018, dem Jahrestag der Gründung des Staates Israel, eine Mahnwache unter dem Motto „Der 70. Jahrestag der israelischen Staatsgründung ist kein Grund zu feiern: Wir fordern endlich einen gerechten Frieden im Nahen Osten“ abgehalten. Während der Versammlung zeigte man ein Banner mit der Aufschrift „Der Staat Israel ist unser Unglück“. Auch während weiterer Versammlungen im Jahresverlauf kam es immer wieder zu antisemitischen Aktionen, beispielsweise dem Skandieren der Parole „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“ am 21. September 2018.

Besonderheiten und Entwicklungen in anderen Kreisverbänden

Mit der Gründung des Kreisverbandes Gelsenkirchen/Recklinghausen im Dezember 2017, des Kreisverbandes Unna am 5. Januar 2018 und des Kreisverbandes Duisburg am 18. Mai 2018 hat die Partei ihre Strukturen im Ruhrgebiet ausgebaut. Dieser Entwicklung trug der Landesparteitag Rechnung und wählte den Vorsitzenden des Kreisverbandes Gelsenkirchen in den Landesvorstand. Alle drei Kreisverbände versuchen unter anderem durch Infostände lokale Aufmerksamkeit zu erzielen. Außerdem nutzen sie die sozialen Medien, um ihre rechtsextremistischen Ansichten zu verbreiten. Angesichts der jeweils nur kleinen Zahl an rechtsextremistischen Aktivisten in den drei neuen Kreisverbänden bleibt fraglich, ob die neuen Strukturen von Dauer sind.

Die Aktivitäten des Kreisverbandes Ostwestfalen-Lippe haben sich seit dem Wegzug des seinerzeitigen Kreisvorsitzenden im Jahr 2017 nach Dortmund merklich verringert. Die neue Führungsriege kann den Wegzug der vorherigen prägenden Führungsperson nicht kompensieren. Nachdem der Kreisverband Wuppertal in den vergangenen Jahren nur noch wenige Aktivitäten entfaltetete, kündigte der wiedergewählte

Kreisvorsitzende bei der Jahreshauptversammlung Anfang 2018 an, wieder vermehrt öffentliche Präsenz zu zeigen. Dies schlug sich im Jahr 2018 unter anderem in zwei Demonstrationen in Wuppertal nieder.

Auch der Kreisverband Hamm führte im Gegensatz zum Vorjahr wieder öffentliche Veranstaltungen durch. Darüber hinaus organisiert die Gruppierung weiterhin rechtsextremistische Balladenabende für die Szene. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildeten hierbei Solidaritätsbekundungen für die inhaftierte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel. So standen unter anderem ein Balladenabend mit einem rechtsextremistischen Liedermacher im Mai 2018 und mehrere öffentliche Aktionen unter diesem Motto.

Weiterhin einen Schwerpunkt des Kreisverbands Rhein-Erft bildet die Durchführung von ideologischen Schulungen. Darüber hinaus zeigt sich der Kreisvorsitzende sehr aktiv in Bezug auf die Solidaritätskampagne für Haverbeck-Wetzel. Überdies war der Vorsitzende des Kreisverbandes Rhein-Erft dafür verantwortlich, dass ein „Stützpunkt Köln“ von **Die Rechte** seit Februar 2018 im Internet Aktivitäten entfaltet. Bislang schlägt sich dies allerdings nicht in der Realwelt nieder.

Die Gruppierung der Partei in der Region um Aachen firmiert zugleich als Kreisverband Heinsberg/Aachen und als **Syndikat 52**. Laut Selbstdarstellung des Kreisverbandes ist **Syndikat 52** ein Projekt der regionalen Parteistruktur. Die Zahl 52 steht dabei für den dortigen Postleitzahlenbereich. Von 2014 bis 2016 trat **Syndikat 52** nur virtuell öffentlich in Erscheinung. Auf seinem Facebook-Profil inszeniert sich das Projekt als erlebnisorientiert mit rebellischem Gestus. Neben diesem Bemühen um jugendkulturelle Affinität kokettiert es gelegentlich mit militanter Aufmachung. Politische Botschaften stehen erst an zweiter Stelle. Zu den nicht öffentlichen Aktivitäten zählen Computerschulungen, Sporttrainings und Partys. Seit 2017 tritt die Gruppierung auch bei öffentlichen rechtsextremistischen Demonstrationen oder Aktionen als Gruppe geschlossen und sichtbar auf, indem man gleiche T-Shirts beziehungsweise Kapuzenpullover mit eigener Symbolik trägt. Die Führungsaktivisten setzten auf eine eigenständige Präsentation, die sich von der Selbstdarstellung der Partei unterscheidet, um auch für junge, aktionsorientierte Rechtsextremisten attraktiv zu erscheinen.

Stadträte

In den Städten Dortmund und Hamm verfügt **Die Rechte** jeweils über ein Ratsmandat und weitere Mandate in den Bezirksvertretungen. Im Hammer Stadtrat sind die Aktivitäten seit dem Einzug 2014 kontinuierlich zurückgegangen. In Dortmund bilden seit April 2016 **Die Rechte** und die **NPD** eine gemeinsame Ratsgruppe im Dortmunder Stadtrat, die rund 40.000 Euro pro Jahr für die Ratsarbeit erhält. Die Sitzungen des Stadtrates nutzt die Ratsgruppe immer wieder für rechtsextremistisch motivierte Provokationen. Beispielsweise zitierte der Ratsvertreter Michael Brück in seiner Haushaltsrede am 13. Dezember 2018 zustimmend aus einer Rede des früheren Propagandaministers des NS-Regimes Joseph Goebbels beim Reichsparteitag der NSDAP 1934 in Nürnberg.

Kundgebungen und Demonstrationen

Demonstrationen von **Die Rechte** sind der Ausdruck einer aktionistischen Strategie. Das Auftreten mit schwarz-weiß-roten Fahnen und dem aggressiven Skandieren rechtsextremistischer Parolen knüpft an die neonazistischen Aufmärsche an, wie sie die Szene vor den Kameradschaftsverboten im Jahr 2012 durchführte.

Bereits im Jahr 2017 hatte der Landesverband der Partei **Die Rechte** eine Demonstration mit dem Thema „Unser Europa ist nicht eure EU! Für Selbstbestimmung und souveräne Nationalstaaten!“ für den 14. April 2018 angemeldet.



Social Media Beitrag von **Die Rechte**

An der Demonstration nahmen etwa 600 Rechtsextremisten, darunter Mitglieder aus zahlreichen Kreisverbänden und auch mehrere Gruppen aus dem europäischen Ausland, teil. Sie skandierten unter anderem die Parolen „Nationaler Sozialismus jetzt“, „Hier marschiert der nationale Widerstand“ und „BRD Kapitulation - Ruhm und Ehre der deutschen Nation“. Die Demonstration bildete den Abschluss einer mehrmonatigen Kampagne, die zur Vernetzung der rechtsextremistischen Kräfte innerhalb Europas dienen sollte und 2019 in Bulgarien fortgesetzt wurde. Bei der Auftaktkundgebung bezeichnete der Bundesvorsitzende Sascha Krolzig Europa in rassistischer Diktion als „Bollwerk der weißen Rasse“. Der inzwischen ebenfalls zum Bundesvorsitzenden gewählte Sven Skoda betonte in der abschließenden Rede, dass es den anwesenden Rechtsextremisten um „Blutlinien“ ginge und die parlamentarische Demokratie abgeschafft gehöre. Im Vorfeld hatten bereits die Kreisverbände Hamm, Unna, Gelsenkirchen und Duisburg in ihren jeweiligen Städten Kundgebungen mit 45 bis 70 Teilnehmern durchgeführt, um für die Dortmunder Veranstaltung zu mobilisieren.

Anlässlich des Geburtstages der mehrfachen Holocaust-Leugnerin Haverbeck-Wetzel und ihrer Inhaftierung in die Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne organisierte Die Rechte am 10. Mai und am 10. November Versammlungen in Bielefeld. An diesen nahmen jeweils, rund 400 Rechtsextremisten aus den Kreisverbänden als auch aus anderen rechtsextremistischen Organisationen und Szenen teil. Der Vorsitzende des Kreisverbandes Rhein-Erft verlas ein Grußwort von Haverbeck-Wetzel. Darin heißt es: „Rechtschaffende und noch denkfähige Deutsche müssen erkennen, dass in den letzten 100 Jahren kein anderes Volk so verleumdet, verhetzt, gedemütigt und ausgeplündert wurde in Europa, wie das deutsche Volk. Das ist Völkermord und er hält noch an.“ Hiermit wird in reversionistischer Absicht Deutschlands Schuld am Angriffskrieg, der zum 2. Weltkrieg führte, und am Holocaust geleugnet und stattdessen versucht, Deutschland zum Opfer zu erklären.



Foto: Picture Alliance, Demonstranten von **Die Rechte** fordern die Freilassung von Haverbeck

Der Dortmunder Kreisverband führte zahlreiche Kundgebungen durch, an der sich in der Regel eine kleine zweistellige Zahl von Rechtsextremisten beteiligte. Bei zwei verhältnismäßig „größeren“ Kundgebungen am 21. September 2018 in den Dortmunder Stadtteilen Dorstfeld und Marten mit bis zu rund 100 Teilnehmern wurde Pyrotechnik gezündet und es wurden antisemitische Parolengerufen. Oftmals versuchte man auch die strafrechtliche Verfolgung von Anhängern zu skandalisieren und damit die eigene Szene zusammenschweißen.

Anlässlich der Inhaftierung eines Gewalttäters rief der Kreisverband zu einer Solidaritätsdemonstration unter dem Motto „Freiheit für Steven! Den einzigen Angsträum schafft eure Politik“ in Dortmund am 30. November auf. Hieran nahmen 100 Personen teil. Des Weiteren führte der Dortmunder Kreisverband Kundgebungen durch, auf denen Straftaten instrumentalisiert wurden, bei denen der Täter mutmaßlich einen Migrationshintergrund hatte, um damit pauschal Migranten als kriminell darzustellen und Fremdenfeindlichkeit zu schüren. Beispielsweise zeigte man bei einer Veranstaltung am 19. November 2018 in Dortmund-Kirchlinde ein Banner mit dem Text „AUSLÄNDERGEWALT: WEHRT EUCH, ES REICHT“.

In Wuppertal veranstaltete der dortige Kreisverband am 16. Juni 2018 eine fremdenfeindliche Veranstaltung unter dem Motto „Gemeinsam gegen Überfremdung & Sozialabbau - Masseneinwanderung stoppen“. Daran nahmen rund 100 Rechtsextremisten teil. Eine weitere, für den 9. November 2018, dem 80. Jahrestag der Reichspogromnacht, angemeldete Versammlung untersagte zunächst das Polizeipräsidium Wuppertal. Allerdings wurde die Versammlung durch das Verwaltungsgericht zugelassen. 16 Rechtsextremisten hielten daraufhin für 20 Minuten eine „Mahnwache“ ab. Aus Protest meldete der Kreisverband unter dem Motto „Da habt ihr die Bescherung - Gegen Polizeiwillkür und Redeverbot“ für den 24. Dezember 2018 eine Demonstration an, an der sich 30 Szeneangehörige beteiligten.

Weiterhin nahmen Mitglieder aus mehreren Kreisverbänden an der Versammlung „Mord verjährt nicht, gebt die Akten frei - Recht statt Rache!“ in Berlin zum Todestag von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß teil. Im Vorhinein berichtete der Kreisverband Aachen/Heinsberg über seine Plakataktion in Heinsberg, die für die Veranstaltung mobilisieren sollte. Aus diesem Anlass forderte der Kreisverband zur Teilnahme auf und organi-

sierte eine gemeinsame Busanreise für Rechtsextremisten aus dem Rheinland. Die relativ hohe Zahl von knapp 700 Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet zeigt, dass die Thematisierung der rechtsextremistischen Symbolfigur Rudolf Heß offensichtlich immer noch geeignet ist, die klassische Neonaziszene zu mobilisieren.

Wie in den vorangegangenen Jahren prägten Mitglieder von **Die Rechte** aus Nordrhein-Westfalen den „Gedenkmarsch für die Toten in den alliierten Rheinwiesenslagern“ in Remagen (Rheinland-Pfalz). Am 17. November 2018 beteiligten sich knapp 150 Rechtsextremisten daran. Die Veranstaltung meldete der gleiche Rechtsextremist an, der auch für die Heß-Demonstration verantwortlich war. Mit der Veranstaltung instrumentalisiert die Neonazi-Szene vermeintliche Kriegsverbrechen der Alliierten im 2. Weltkrieg, um Deutschland als ein Opfer des Krieges darzustellen, die Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren und letztlich die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland in Abrede zu stellen.

Jeweils rund ein Dutzend Mitglieder von **Die Rechte** aus Nordrhein-Westfalen beteiligte sich an den Versammlungen am 27. August, am 1. September und am 7. September 2018 in Chemnitz, die als Reaktion auf ein Tötungsdelikt vom 26. August 2018 stattgefunden haben. Des Weiteren pflegten Rechtsextremisten, vor allem aus dem Kreisverband Dortmund, seit mehreren Jahre Kontakte zu rechtsextremistischen Gruppierungen im Ausland. Wie in den vergangenen Jahren besuchten mehrere Parteimitglieder den jährlich veranstalteten „Tag der Ehre“ in Budapest (Ungarn) und den „Lukov-Marsch“ in Sofia (Bulgarien), die beide im Februar 2018 stattfanden.

Öffentlichkeitsarbeit

Um in der lokalen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu erhalten, führten verschiedene Kreisverbände Informationsstände durch. Im Jahr 2018 dienten diese auch dazu, Unterstützungsunterschriften für die Europawahl zu sammeln. Der Kreisverband Dortmund führte nahezu wöchentlich solche Versammlungen durch. Hierbei griff der Kreisverband inhaltlich immer wieder aktuelle Ereignisse innerhalb Dortmunds auf. Neben der Europawahl war das beherrschende Thema insbesondere der Protest gegen behördliche Maßnahmen, die gegen die Szene durchgeführt wurden. Auch der Kreisverband Rhein-Erft führte mehrfach Infostände durch, um seine rechtsextremistischen Positionen öffentlich zu verbreiten. Unter anderem solidarisierte man sich mit der Holocaust-Leug-

nerin Haverbeck-Wetzel. Im Januar 2018 versuchte der Kreisverband durch Provokation öffentlich wahrgenommen zu werden und demonstrierte in Kerpen gegen ein „Rock gegen Rechts“-Konzert.

Ein weiteres Mittel der Öffentlichkeitsarbeit von **Die Rechte** ist die Herausgabe von Flugblättern. Beispielsweise berichtet der Kreisverband Heinsberg/Aachen über die Verteilung von angeblich tausenden Flyern zum „Gedenkmarsch“ für Rudolf Heß. Bereits mit Blick auf die Europawahl im Jahr 2019 kündigt der Kreisverband Gelsenkirchen/Recklinghausen an, dass „weitere tausende Aufkleber und Flyer ihren Weg zur Bevölkerung“ finden würden.

Zu Beginn des Schuljahres 2018 verteilte **Die Rechte** in Dortmund die selbst entworfene Jugendzeitschrift „Heute Jung“ an einigen Dortmunder Schulen beziehungsweise versandte die Zeitschrift an einige Schülervvertretungen. Bereits seit den 2000er Jahren haben andere rechtsextremistische Organisationen wie die **NPD** wiederholt versucht, durch die Verteilung von „Schülerzeitungen“ oder sogenannten „Schulhof-CDs“ öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen. **Die Rechte** in Dortmund kopiert damit eine im Rechtsextremismus bewährte PR-Strategie. Die achtseitige Zeitschrift greift typische rechtsextremistische Themen wie die angebliche Einschränkung der Meinungsfreiheit sowie die Kriminalität von Migranten auf, um demokratie- und fremdenfeindliche Positionen zu verbreiten. Zudem thematisiert sie mehrfach, wie junge Leute selber rechtsextremistisch tätig werden können. Insofern bezweckt die Zeitung auch, Mitglieder für **Die Rechte** zu werben. Der Name der Zeitschrift wurde mutmaßlich gewählt, um mit den Initialen der Zeitung „HJ“ auf die Hitlerjugend anzuspielen. Auf dem Titelblatt ist oben links ein Jungengesicht abgebildet, das von einem Werbeplakat der Hitlerjugend vermutlich aus dem Jahr 1939 stammt. Die Herausgeber versuchen eine jugendadäquate Ansprache und inszenieren die eigene Gruppierung als rebellische Jugendzene. Auffallend ist der Appell „Melde Deinen roten Lehrer“, mit dem Schülerinnen und Schüler aufgerufen werden, Lehrerinnen und Lehrer zu denunzieren und per Mail an den Dortmunder Kreisverband von **Die Rechte** zu melden. Dies gehört zur Strategie der Rechtsextremisten, eine Drohkulisse gegenüber ihren politischen Gegnern aufzubauen.

Internet

Ebenfalls nutzt die **Die Rechte** Internetpräsenzen, um ihre rechtsextremistische Propaganda zu verbreiten. Nachdem Facebook etliche Profile der Partei gelöscht oder auf nicht sichtbar gesetzt hat, nutzten einige Kreisverbände Facebookprofile unter alternativen Namen. Beispielsweise firmierte der Kreisverband Hamm unter der Bezeichnung „Nationaler Aufbruch Hamm“. Aber auch dieses Profil setzte Facebook im November 2018 auf nicht sichtbar. Deshalb favorisieren die meisten Kreisverbände wieder eigene Webseiten. Zum Teil erscheinen diese nicht unter dem Parteinamen, sondern verschleiern auf den ersten Blick die Urheberschaft.

So erscheint die Webseite des Dortmunder Kreisverbandes unter dem Namen **Dortmundecho** und die des Wuppertaler Kreisverbandes unter „Toeller Sicht“.

Szeneinterne Veranstaltungen

Im Rheinland war wie in den vergangenen Jahren der Kreisverband Rhein-Erft mit internen Veranstaltungen für die Szene aktiv. Die Rechtsextremisten führten zwei Schulungsveranstaltungen durch. Außerdem organisierten sie unter dem Motto „Soldaten berichten“ einen sogenannten Zeitzeugenvortrag. Bei diesem berichtete ein ehemaliges Mitglied der SS über seine Kriegserfahrungen, wobei der verbrecherische Kontext des NS-Regimes ausgeklammert wurde. Zur Jahresabschlussfeier des Kreisverbandes lud man den rechtsextremistischen Musiker „Reichstrunkenbold“ ein.

In Westfalen finden die meisten szeneeinternen Veranstaltungen in den Kreisverbänden Dortmund und Hamm statt. Die Hammer Rechtsextremisten nutzen immer wieder eine Immobilie, um dort wiederkehrend Musikveranstaltungen und Vorträge durchzuführen. Nachdem beispielsweise kurzfristig das rechtsextremistische Konzert „Rock gegen Überfremdung“ aufgelöst wurde, organisierte der Kreisverband mit den „Skinheads Südwestfalen“ am 25. August 2018 kurzfristig ein Ersatzkonzert für die Rechtsextremisten aus der Region, an dem eine hohe zweistellige Zahl von Personen teilnahm. Außerdem führte man im August 2018 eine Rechtsschulung durch, bei der den Anwesenden erklärt wurde, wie sie sich bei Hausdurchsuchungen und gegenüber den Sicherheitsbehörden zu verhalten haben. Der Dortmunder Kreisverband organisierte ebenfalls mehrere Musikveranstaltungen, wie zum Beispiel am 9. Februar 2018 einen Balladenabend der Dortmunder Band **Oidoxie**.

Darüber hinaus fanden einige rechtsextremistische Feiern und Folkloreveranstaltungen wie „Julfeste“ statt. Außerdem nutzte beispielsweise der Kreisverband Hamm den symbolischen Termin des 8. Mai, um Deutschland in revisionistischer Absicht als Opfer des 2. Weltkriegsweltkriegs darzustellen.



Foto: Picture Alliance, Auftritt der Band Oidoxie

Den Volkstrauertag begeht **Die Rechte** als „Heldengedenken“. Dies geht auf die Nationalsozialisten zurück, die 1934 aus ideologischen Gründen nicht mehr um die Toten trauern, sondern Helden verehren wollten.

Im Münsterland kamen rund 50 Anhänger aus den Kreisverbänden Hamm und Ostwestfalen zu einer gemeinsamen Veranstaltung zusammen, die sie mit Fackeln inszenierten. Eine vergleichbare Veranstaltung führten der Kreisverband Heinsberg/ Aachen im Umland von Aachen durch.

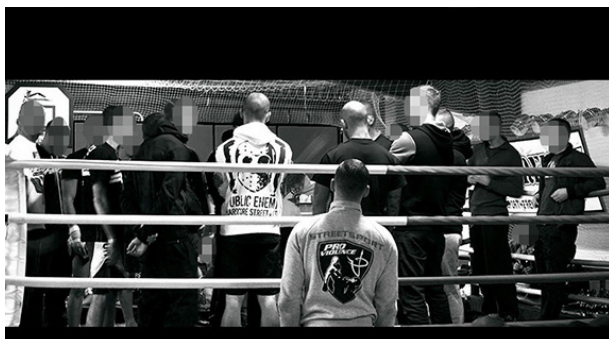
Kampfsportveranstaltung „Kampf der Nibelungen“. Die rechtsextremistische Kampfsportveranstaltungsreihe **„Kampf der Nibelungen“ (KdN)** wird seit einigen Jahren maßgeblich von einer Führungsperson des Dortmunder Kreisverband von **Die Rechte** organisiert.

Zudem waren bei den Veranstaltungen 2017 und 2018 eine Reihe von Personen aus dem Umfeld des Dortmunder Kreisverbandes am Aufbau und der Durchführung der Veranstaltung beteiligt. Insofern finanziert der **KdN** die Dortmunder Rechtsextremisten mit. Am 13. Oktober 2018 fand im sächsischen Ostritz die sechste jährliche Veranstaltung des **KdN** statt.

Erstmals beteiligte sich in 2018 der russische Rechtsextremist Denis Kasputin als Mitorganisator. Dieser ist mit seiner Organisation **White Rex** europaweit aktiv und trägt maßgeblich dazu bei, die rechtsextremistische Kampfsportszene zu professionalisieren. In der rechtsextremistischen Szene wurde die Veranstaltung durchweg positiv wahrgenommen. Auf der Webseite des **KdN** machen die Veranstalter in der Selbstbeschreibung ihre Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung deutlich.

In der vom Dortmunder Kreisverband im August 2018 herausgegebenen Jugendzeitung „Heute Jung“ wirbt man mit Kampfsportturnieren für die eigene Szene im Sinne einer Erlebniswelt Rechtsextremismus: „Der Widerstand ist aber mehr als Musik, er beginnt mit der Verantwortung für sich selbst, deshalb halten sich viele Aktivisten beim Sport fit oder treten sogar bei Kampfsportturnieren an. Mit dem **Kampf der Nibelungen** gibt es ein eigenes Großevent, das sich von anderen Kampfsportveranstaltungen unterscheidet, bei denen immer mehr Einwanderer aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum antreten. Bei **KdN** steht dagegen unser Volk im Mittelpunkt.“

Die im Rechtsextremismus verbreitete Widerstands- und Bürgerkriegsrhetorik findet im Kampfsport ihre physische Entsprechung. Rechtsextremisten beschwören dabei vermeintlich soldatische Tugenden wie „Härte“, „Unerbittlichkeit“ und „Selbstüberwindung“. Eine angebliche rassische Überlegenheit soll sich in körperlicher Fitness widerspiegeln. Kampfsporttrainings sollen die „Wehrhaftigkeit“ stärken. Letzteres bedeutet, Rechtsextremisten für gewaltsame Auseinandersetzungen mit den vorgeblichen „Feinden“ der Szene vorzubereiten mithin ihre Gewaltbereitschaft und -fähigkeit zu erhöhen.



Facebook-Auftritt von **Kampf der Nibelungen**

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der nordrhein-westfälische Landesverband und die aktiven Kreisverbände stellen sowohl in ideologischer und personeller Hinsicht als auch bezüglich ihrer Aktivitäten im Wesentlichen eine Weiterführung der 2012 verbotenen Kameradschaften dar. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen dominiert innerhalb der Bundespartei inhaltlich, personell und durch die Vielzahl an Aktivitäten. Um das Parteienprivileg zu sichern, nimmt **Die Rechte** einige parteitypische Aktivitäten auf. Den Anhängern geht es aber vor allem darum, den neonazistisch geprägten Aktionismus fortzusetzen.

Die Rechte kooperiert bei Demonstrationen und im Dortmunder Stadtrat mit der **NPD**, bei Vorträgen mit Revisionisten und bei Musikveranstaltungen mit der subkulturellen Szene. Insofern stellt die Partei gegenwärtig das Gravitationszentrum des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen dar.



Social Media Beitrag von **Die Rechte**



Demonstration der Partei **Die Rechte** in Dortmund



Demonstrationszug der Aktionsgruppe Dortmund West



Sitz/Verbreitung	Bundesverband: Weidenthal (Rheinland-Pfalz); Verbreitung hauptsächlich in Süd- und in Ostdeutschland; eine Gruppierung in NRW (Sauerland)
Gründung/Bestehen seit	28. September 2013 in Heidelberg
Struktur/Repräsentanz	<p>Vorsitzender Bundesverband: Klaus Armstroff; Vorsitzender „Gebietsverband West“: Julian Bender. Keine Landesverbände, bisher wurden drei der vier geplanten Gebietsverbände gegründet (Süd, West und Mitte).</p> <p>Strukturierung der Partei durch 18 teilweise länderübergreifende sogenannte „Stützpunkte“; einer davon in Nordrhein-Westfalen.</p> <p>Die Gründung des Gebietsverbands West, dem auch der nordrhein-westfälische „Stützpunkt“ angehört, erfolgte am 19. November 2016. Der „Stützpunkt Sauerland-Süd“, am 29. Dezember 2015 gegründet, umfasst insbesondere den Landkreis Olpe. Der „Stützpunkt Hermannsland“, am 19. Oktober 2014 gegründet, wurde im Februar 2018 aufgelöst und umfasste den Raum Bielefeld, Paderborn und Teutoburger Wald.</p>
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2018	Bund: rund 350 → NRW rund 30 →
Veröffentlichungen	Web-Angebot: Webseite der Partei Der III. Weg , Facebook-, Telegram-, Twitter-, VK- und Vimeo-Profil; Youtube-Kanal
Kurzportrait/Ziele	Die Partei-Gründung erfolgte zunächst unter Beteiligung einzelner ehemaliger NPD -Mitglieder und Neonazis aus Rheinland-Pfalz und Hessen. Als sich 2014 in Bayern ein

Kurzportrait/Ziele

Verbot des Neonazi-Netzwerks **Freies Netz Süd** abzeichnete, trat ein Teil der betroffenen Neonazis in die Partei **Der III. Weg** ein und sah die Partei als Auffangstruktur, um staatlichen Exekutiv- und Verbotsmaßnahmen zu entgehen. Die Aktivisten nutzen somit den Schutzmantel des Parteienprivilegs, um ihre neonazistischen Aktivitäten fortzusetzen.

Finanzierung

Überwiegend durch Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei **Der III. Weg** propagiert ein rechtsextremistisches Staats- und Gesellschaftsbild, insbesondere greift sie völkisch-nationalistische Elemente des historischen Nationalsozialismus auf. So lehnt sie sich mit ihrem 10-Punkte-Programm ideologisch an das Gedankengut der NSDAP an und fordert einen „deutschen Sozialismus“ ein. Julian Bender, Gründer des „Stützpunktes Sauerland-Süd“, machte in seiner Antrittsrede zum Vorsitzenden des „Gebietsverbandes West“ im November 2016 deutlich, dass er ideologisch bruchlos in der Kontinuität des historischen Nationalsozialismus steht. So sprach er vom „Ziel einer völkischen Gemeinschaft“, dem gesellschaftlichen Idealbild der NSDAP. Zudem beteiligt sich die Partei an revisionistischen Kampagnen, die darauf abzielen, nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren. Das Parteiprogramm zeigt, dass die Rechtsextremisten eine ethnisch homogene Gesellschaft im Sinne des völkischen Nationalismus anstreben, die durch die rigide Ausgrenzung aller vermeintlich Fremden ohne Rücksicht auf die Menschenrechte verwirklicht werden soll. Diesem Verständnis folgend agitiert die Partei vor allem gegen Flüchtlinge.

Zahlreiche Mitglieder waren zuvor in anderen rechtsextremistischen Organisationen aktiv. Zudem pflegt die Partei Kontakte zu verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen in Europa, wie zum Beispiel „Die Goldene Morgenröte“ (Griechenland), dem „Bulgarischen Nationalbund“ und „Nordische Widerstandsbewegung“ (Schweden).

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Agitation gegen Flüchtlinge bildete wie in den vorangegangenen Jahren den inhaltlichen Schwerpunkt der Veröffentlichungen und Aktivitäten der Partei **Der III. Weg**.

Der nordrhein-westfälische „Stützpunkt Sauerland-Süd“ ist seit seiner Gründung Ende des Jahres 2015 gleichbleibend aktiv. Die regionalen Aktivitäten sind maßgeblich vom Gründer des „Stützpunktes Sauerland-Süd“ und Vorsitzenden des „Gebietsverbandes West“, Julian Bender, geprägt. Dazu zählten insbesondere das regelmäßige Verteilen von Flugblättern und das Durchführen von Versammlungen, an denen jeweils eine kleine zweistellige Zahl von Personen teilnahm. Inhaltlich richteten sich die meisten Aktionen gegen die Einwanderungspolitik der Bundesregierung und die aus der fremdenfeindlichen Sicht der Rechtsextremisten voranschreitende „Überfremdung“ Deutschlands mit „art- und kulturfremden Menschen“. Migranten werden in diesem Zusammenhang durchgehend negativ und pauschal als Gefahr dargestellt. Ein Propagandamittel, dessen sich der Stützpunkt hierbei bediente, waren „nationale Streifengänge“. Dabei suggeriert die Gruppierung, dass sie im Stil einer Bürgerwehr für Sicherheit vor den vermeintlich gefährlichen Migranten Sorge, da der Staat hier angeblich versage.

Der III. Weg tritt 2019 mit dem Motto „EUROPA ERWACHE! Europäische EIDGENOSSENSCHAFT statt EU-Diktatur!“ zur Europawahl an. In diesem Zusammenhang führten die Mitglieder der Partei regelmäßige Unterschriftensammlungen auch in Nordrhein-Westfalen durch. Neben der regelmäßigen Verteilung von Flugblättern und den Unterschriftensammlungen zur Europawahl führten der „Gebietsverband West“ und der nordrhein-westfälische „Stützpunkt Sauerland-Süd“ Kundgebungen und andere Veranstaltungen durch, an denen sich aber nur wenige Personen beteiligten. So fand beispielsweise in Siegen am 28. Juli 2018 eine homosexuellenfeindliche Kundgebung mit dem Thema „Familien schützen! Homo-Propaganda stoppen“ gegen den Aufzug zum Christopher Street Day und am 11. August 2018 eine Kundgebung mit dem Thema „Festung Europa statt EU-Überfremdungspolitik“ statt. In Olpe führte der „Stützpunkt Sauerland-Süd“ am 22. September 2018 den „Tag der Heimattreue“ durch. Nach eigener Darstellung wollten die Organisatoren mit „Kampf, Identität, Kultur und Gemeinschaft die Olper Innenstadt beleben“. Das Interesse der Bürger blieb aber auch an diesem Tag hinter den Erwartungen der Partei zurück.

Der Gründer und Leiter des nordrhein-westfälischen „Stützpunktes Sauerland-Süd“ tritt regelmäßig auch in anderen Bundesländern als Redner auf. Seine Reden beziehen sich inhaltlich häufig auf Elemente des historischen Nationalsozialismus und grenzen Migranten aus. Dabei macht er in seinen Reden immer wieder deutlich, dass er einen Gegenentwurf zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung anstrebt, der an den Nationalsozialismus anknüpft. So äußerte er sich in einer Rede im November 2018 im bayerischen Wunsiedel folgendermaßen zum Datum der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands im 2. Weltkrieg: „Und auch am 8. Mai 1945 hat sich der Wolf im Schafspelz in Deutschland eingenistet. Knechtschaft in alliierter Fremdherrschaft nennen sie nun Befreiung. Sie zwangen unserem Volk ein System auf, das den Seelenmord an unserem Volk führen soll. [...] Die Ideologen der BRD haben unser Land in ein unfruchtbares Ödland verwandelt. [...] Lassen wir das Ödland der BRD hinter uns und widmen uns wieder einem neuen und vor allem fruchtbaren Deutschland, liebe Kameraden. Wir Nationalrevolutionäre blicken in die Geschichte unseres Volkes, um die Zukunft, unsere Zukunft gestalten zu können. Unser Blick in die Geschichte ist nicht, wie es der heutige Zeitgeist von uns verlangt, geprägt von Lüge, Schuld und Unterwerfung, [...]“

Die Partei pflegt Kontakte zu verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen in Europa. So reiste im Spätsommer 2018 eine Delegation, zu der auch Mitglieder des nordrhein-westfälischen „Stützpunktes Sauerland-Süd“ gehörten, zur Unterstützung der „Nordfront“ nach Schweden. Im Oktober 2018 nahm eine Gruppe von Parteimitgliedern am „Marsch der Nation“ in der Ukraine teil. Die Kundgebung in Kiew wird von rechts extremistischen und nationalistischen Organisationen veranstaltet.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Partei **Der III. Weg** stellt auch weiterhin in erster Linie eine Auffangstruktur für Neonazis dar. Mit dem Parteienstatus beabsichtigt sie, staatliche Sanktionsmaßnahmen zu erschweren. In diesem Zusammenhang ist auch die Entscheidung der Partei zu sehen, zur Europawahl 2019 anzutreten. Die Kontakte zu militanten rechtsextremistischen Gruppierungen im Ausland bergen zusätzlich das Potenzial, eine Radikalisierung von Parteimitgliedern zu fördern. Deshalb betrachtet der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen diese Zusammenarbeit weiterhin sehr genau.



Sitz Verbreitung

Ursprung in Frankreich; seit 2012 in Deutschland; Vereinssitz ist Paderborn

Gründung/Bestehen seit

Seit Mai 2014 ist die ursprünglich virtuelle Aktionsform als **Identitäre Bewegung Deutschland e.V. (IBD)** vereinsrechtlich registriert.

Struktur/Repräsentanz

Die **IBD** verfügt über zellenartige Strukturen auf lokaler Ebene. Im Zuge der organisatorischen Neuausrichtung 2014 wurden daraus formal bundesweit regionale Gruppen gebildet. In Nordrhein-Westfalen waren dies zunächst die **Identitäre Bewegung Rheinland** und die **Identitäre Bewegung Westfalen**. 2017 erfolgte die Zusammenlegung zur **Identitären Bewegung Nordrhein-Westfalen**. Darüber hinaus existieren Identitäre Bewegungen in anderen europäischen Staaten wie in Italien, Frankreich, Großbritannien und in Österreich. Zwischen den Gruppen in Deutschland und Österreich besteht eine engmaschige Vernetzung. Nach eigenen Angaben verfügt die **IBD** in Nordrhein-Westfalen über 14 formelle lokale Substrukturen, darunter in Aachen, Bielefeld, Bonn, im Bergischen Land, Bochum, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Hagen, Köln, Münster, Neuss und Paderborn. 2018 erfolgte eine informelle Zentralisierung unter Benennung der regionalen Stammtische ‚Bergisches Land‘, ‚Rheinland‘, ‚Ruhrpott‘ und ‚Westfalen‘. Bei der **IBD** handelt es sich im Wesentlichen um

einen losen Verbund lokaler Aktivisten, die in Kleingruppen vor Ort agieren. Die organisatorische Struktur hat sich in den letzten Jahren verstetigt. Darüber hinaus hat sich ein mobiler Aktivistenstamm gebildet, der bundesweit in Erscheinung tritt. Im Bundesvergleich ist Nordrhein-Westfalen auch weiterhin kein aktionsbezogener Schwerpunkt. In einigen Fällen bestehen personelle Überschneidungen mit rechtsextremistischen Parteien und Gruppen.

Mitglieder/Anhänger/
Unterstützer 2018

NRW: 25 Aktivisten, zusätzliche 40 bis 50 aktionsorientierte Sympathisanten ➔

Veröffentlichungen

Zentraler Internetauftritt und Onlineshop, einzelne Gliederungen bis zur Löschung der Profile auf Facebook und Instagram bis Mai 2018 reichweitenstark vertreten, Profile auf YouTube, Twitter, vk.com und diverse Blogs als Kanäle zur direkten, zielgruppenorientierten Ansprache im öffentlichen Raum. Als Reaktion auf die Löschung der Profile auf Facebook und Instagram Ende Mai 2018 kündigte die **IBD** die Entwicklung einer eigenen Nachrichten-App an.

Kurzportrait/Ziele

Ideologisch greift die **IBD** die von der „Neuen Rechten“ entwickelte Idee des Ethnopluralismus auf. Dabei handelt es sich um eine modernisierte Variante völkischer Ideologie, die mit kulturellen Argumenten verbunden wird. Diese Idee behauptet, dass der Einzelne nur in einer ethnisch homogenen Umgebung seine kulturelle Identität finden und erhalten könne. Eine Vermischung von Ethnien wird abgelehnt, stattdessen werden ethnisch homogene Nationen gefordert. Eine Zuwanderung von nicht der eigenen Volksgruppe angehörenden „Fremden“ – also von Menschen, die nicht als Teil dieser „Identität“ angesehen werden – wird grundsätzlich abgelehnt. Diesem Verständnis folgend sind die Inhalte und Aktivitäten der **IBD** geprägt von fremdenfeindlichen und Minderheiten ausgrenzenden Positionen. Die diffusen Ziele und ideologischen Theorieelemente weisen auf die grundlegende Konzeption eines ethnisch homogenen und militarisierten Ständestaates unter Herrschaft einer elitären Kaste hin.

Die **IBD** hat eine prägnante visuelle Symbolik entwickelt, die sich um einen avantgardistischen und ästhetisierten Habitus bemüht und sich von traditionellen rechtsextremistischen Mustern abheben soll. Insbesondere setzt sie darauf, mit mediengerecht inszenierten Aktionen an symbolischen Orten öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen. Dabei adaptiert sie öffentliche Aktionsformen, wie sie aus dem Bereich des Umweltprotestes bekannt sind. Dazu gehört beispielsweise das Entrollen großer Banner an gut sichtbaren Örtlichkeiten (Brücken, öffentliche Gebäude etc.). Es geht um ein als modern empfundenes Erscheinungsbild, das vorwiegend junge Menschen mit hohem Bildungsniveau ansprechen soll.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie Devotionalienverkauf

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Ideologie der **IBD** als Teil der „Neuen Rechten“ fundiert auf einem Politikverständnis, das sich grundsätzlich gegen die Menschenrechte und eine pluralistische Demokratie richtet. Sowohl die letztlich rassistische Doktrin des Ethnopluralismus als auch der kollektivistische Grundsatz, das Individuum mit seinen Menschenrechten der Nation unterzuordnen, sind unvereinbar mit den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Mit ihren öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten versucht die **IBD** Einfluss auf die politische Öffentlichkeit zu nehmen und ihre rechtsextremistischen Positionen zu verbreiten.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

In Nordrhein-Westfalen war die **IBD** bislang vorwiegend in den sozialen Netzwerken aktiv. Sie profitierte dabei von einer sich viral ausdehnenden Breitenwirkung, die mehrheitlich von regionalen Gruppierungen außerhalb Nordrhein-Westfalens gesteuert wird. Vor allem verbreitet die **IBD** auf ihren Internetpräsenzen Bilder, Videos und Berichte über ihre meist von Kleingruppen durchgeführten Aktionen, denen sie damit bundesweite Resonanz und die Aufmerksamkeit der Medienöffentlichkeit verschafft. Der **IBD** gelingt es auf diese Weise immer wieder, sich medial und virtuell in ihrer Bedeutung zu vergrößern. Eine mediale Präsenz erlangte beispielsweise die Kampagne „Mission Alpes“ im April 2018. Hierbei inszenierten etwa 100 Aktivisten in den Alpen eine provisorische Grenzsperrung, um symbolträchtig Migranten an der Weiterreise zu hindern. Bei der mit hohem logistischem Aufwand einhergehenden, nur eintägigen Aktion im französisch-italienischen Grenzgebiet handelte es sich um eine direkte Fortsetzung der 2017 durchgeführten „Defend Europe“-Kampagne im Mittelmeer. Obwohl die Aktion nicht die erwartete Resonanz nach sich zog, zeigte sich einmal mehr, dass es der **Identitären Bewegung** gelingt, kurzfristig hohe finanzielle Mittel zur Umsetzung ihrer Planungen auch auf internationaler Ebene zu generieren. Obgleich der im Januar mit nach eigenen Angaben 120 Teilnehmern durchgeführte „Rheinkongress zur Zukunft des patriotischen Widerstandes“ eine überregionale Vernetzung forcieren sollte, trat die **IBD** in Nordrhein-Westfalen im Verlauf des Jahres 2018 bis Oktober überwiegend mit regionalen kleineren Flyer-, Plakat- und Banneraktionen sowie der

Durchführung von Stammtischen in Erscheinung. Diese erfolgten vor allem im Großraum Köln, im Ruhrgebiet und im Raum Münster. **IBD**-Aktivisten brachten am 7. Januar und 28. April 2018 Transparente an der Hohenzollernbrücke in Köln und an der Fassade eines Gebäudes in Essen an, in dem ein Unternehmen seinen Sitz hat, das im Auftrag von Facebook Löschungen vornimmt. Diese Aktionen besaßen reinen Werbe- und Präsenzcharakter und dienten der anschließenden medialen Vermarktung im Internet.

Am 2. Juni 2018 versammelten sich in Solingen circa 50 Angehörige der **IBD** anlässlich einer durch eine Kleingruppierung angemeldete Demonstration zum Thema „Für die Meinungsfreiheit“. Redebeiträge erfolgten unter anderem durch ‚Pegida‘-Organisationsleiter sowie einen Führungsaktivisten der **IB NRW**, der unter anderem gegen „Politiker und einflussreiche Personen“ sowie eine „korrupte Elite“ polemisierte.

Im Rahmen der bundesweiten fremden- und islamfeindlichen Kampagne „Kein Opfer ist vergessen“ der **IBD** wurden ausschließlich Gewalthandlungen durch Migranten thematisiert, um Menschen dieser Gruppe generell als Gewalttäter und Vergewaltiger zu stigmatisieren. Diese propagandistische Zielrichtung wies beispielsweise die Verteilung von Reizgassprays durch die **IBD** am 1. Mai 2018 in Langenfeld auf.

Sowohl auf ihren virtuellen Präsenzen als auch bei ihren realen Aktionen bezogen sich die Gruppen der **IBD** aus Nordrhein-Westfalen vorwiegend weiterhin auf die 2015 von der **Identitären Bewegung Österreich** initiierte Kampagne „Der Große Austausch“. Die **IBD** versteht darunter die Entwicklung „einer schrittweisen Verdrängung der einheimischen Bevölkerung zugunsten Fremder und zumeist muslimischer Einwanderer.“ Dies würde zum Verschwinden der „Deutschen“ führen, wogegen sich die **IBD** als „Jugend ohne Migrationshintergrund“ wehre. Verschwörungstheoretisch behauptet sie, die politischen Eliten trieben diesen Austausch gezielt voran. In der Kampagne zeigt sich die Ideologie des völkischen Nationalismus, nach der sich Einheimische und Migranten, insbesondere Muslime, gegenüberstünden. Deutschsein hänge in dieser Logik von der Abstammung ab, womit eine Integration nicht möglich sei und Migranten niemals Deutsche werden könnten. Mit der Kampagne will die **IBD** Einwanderung als etwas generell Negatives, vor allem als Bedrohung, diskreditieren und Fremdenfeindlichkeit legitimieren. Damit handelt es sich um eine sprachlich und symbolisch modernisierte Variante der von der neonazistischen Szene in den letzten Jahren betriebenen sogenannten



Foto: Picture Alliance, Banneraktion der **IBD** am Aachener Rathaus

„Volkstod-Kampagne“. Ende 2018 intensivierte die **IBD** in Nordrhein-Westfalen diese Kampagne durch diverse Infostände und Flugblattverteilungen in Aachen, Bonn, Duisburg und Köln.

Darüber hinaus führte die **IBD** in Bonn im November 2018 erstmals eine eigenständige Versammlung (Motto „UN-Migrationspakt stoppen“) durch. Anlässlich der durch den Bundesverantwortlichen der **IBD** angemeldeten Versammlungen fungierten ein Führungsfunktionär der **Identitären Bewegung Österreich** sowie eine Angehörige der **IBD** aus Halle als Redner. Unter dem Slogan „Festung Europa, macht die Grenzen dicht!“ behauptete die bundesweit bekannte Aktivistin „dass die Welt, wie sie jetzt in ihren Ländern und Grenzen existiert, abgeschafft werden soll. Sie soll der Perversion der Globalisierung weichen und Platz für eine grenzenlose, offene Welt machen“ Der sich unter dem Begriff des „Ethnopluralismus“ verbergende system- und fremdenfeindliche Tenor wurde dabei in folgenden Aussagen deutlich: „Es ist die Schuld unserer Regierung, die ihr Volk vergessen hat. Die ihr Volk an den Globalismus und an das Kapital verraten hat“

und „Wir müssen uns richten gegen eine Regierung, die uns, die die Vielfalt der Völker zerstören will.“ und „Das ist ein einzigartiger Moment in unserer Geschichte, sich gegen ein Unrechtsregime zu erheben.“

„Der Teilnehmerkreis der circa 200 Personen umfassenden Versammlung bestand neben den Angehörigen der **IBD** aus Nordrhein-Westfalen und anderen Regionalgruppen im Wesentlichen aus dem mobilisierbare Umfeld des so genannten „Wutbürgerspektrums“.

Die **IBD** sucht insbesondere die Nähe zum Milieu der Burschenschaften und dem pu-



Foto: Picture Alliance, Logo der **IBD**

blizistischen Umfeld der Neuen Rechten. Eine Schnittmenge bildet hierbei das Magazin'. Die Online- und Print-Publikation ‚Arcadi‘ mit neu-rechter Ausrichtung wendet sich nach Eigendarstellung als Bildungsprojekt an Schüler und Studenten und ist ein Projekt des Vereins ‚Publicatio e.V.‘. Chefredakteur von ‚ARCADI‘ ist der Vor-

sitzende von ‚Publicatio e.V.‘, gleichzeitig Sprecher des Kreisverbandes der Partei Alternative für Deutschland (AfD) in Leverkusen. Bereits Ende 2017 war ‚Arcadi‘ in einer Verbandszeitschrift für Verbindungsstudenten rezensorisch beworben worden.

Im Februar 2018 beteiligten sich Aktivisten der **IBD** an dem ‚Arcadi-Fest‘, einem Musikfestival und Vernetzungstreffen der Neuen Rechten, das wie bereits 2017 die Herausgeber von ‚Arcadi‘ in Leverkusen organisierten. Einen prominenten Auftritt hatte beispielsweise eine bundesweit bekannte Aktivistin aus Halle, die bei der oben genannten Kund-

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die IBD erzeugt mit modernen Ausdrucksformen und dem Bemühen um einen intellektuellen Anspruch bei Bevölkerungsschichten eine Resonanz, die traditionelle Rechtsextremisten bislang nicht erreichen. Die Gruppierung knüpft dabei bewusst an die Lebenswelten internetaffiner junger Menschen an. Da die **IBD** sich nicht mit den üblichen rechtsextremistischen Slogans und Symbolen inszeniert, ist ihre ideologische Ausrichtung nicht immer auf den ersten Blick erkennbar.

Entgegen der Selbstinszenierung als „Europas am schnellsten wachsender Jugendbewegung“ konnte die **IBD** ihre Aktivistenanzahl in NRW nicht nennenswert erhöhen. Insbesondere die gesuchte Verankerung im Milieu des akademischen Nachwuchses bleibt marginal. Aufgrund der personellen Überschneidungen mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen ist ein gemeinsames Auftreten bei Kundgebungen oder öffentlichen Ereignissen zu beobachten.

In Nordrhein-Westfalen bemüht sich die **IBD** darüber hinaus um eine informelle, situative Einbindung von Veranstaltungsteilnehmern aus dem Umfeld der diversen ‚Pegida‘-Ableger. Einer dauerhaften strukturellen Kooperation mit rechtsextremistischen Gruppen und Parteien oder einer gegenseitigen Akzeptanz auf breiter Ebene steht jedoch der elitär-avantgardistische Anspruch der IBD weiterhin entgegen. Sowohl ein relevanter personeller Zuwachs als auch eine größere Bedeutung in einem breit wahrnehmbaren politischen Diskurs erfolgte 2018 nicht.

Neonazis

Gründung/Bestehen seit	1970er Jahre
Struktur/Repräsentanz	Gruppierungen auf lokaler Ebene, die teilweise in vereinsähnlichen „Kameradschaften“ oder in Kreisverbänden der Partei Die Rechte organisiert sind; überregionale Vernetzung der Szene zur Koordinierung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten.; Mit den Verboten der wichtigsten Kameradschaften hat in der Neonazi-Szene in Nordrhein-Westfalen ein Strukturwandel stattgefunden: Die Partei Die Rechte stellt in Nordrhein-Westfalen nunmehr das Gravitationszentrum des Neonazismus dar.
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2018	Circa 650 →
Veröffentlichungen	Internetpräsenzen und Facebook-Profile der Partei Die Rechte sowie einzelner Gruppen.
Kurzportrait/Ziele	Der Neonazismus stellt sich in die ideologische Tradition des historischen Nationalsozialismus. Die Anhänger organisieren sich regional in Kleingruppen, sogenannten „Kameradschaften“. Diese werden oftmals von einer Person nach dem „Führerprinzip“ geleitet. Die Szene ist überregional vernetzt und findet sich bei Veranstaltungen wie Demonstrationen oder Rechtsrock-Konzerten zusammen. Seit Mitte der 2000er Jahre ist innerhalb der neonazistischen Szene das Phänomen der Autonomen Nationalisten zu beobachten. Diese orientieren sich bezüglich Habitus und Kleidung an der Autonomen links-extremistischen Antifa. Zudem versuchen die Autonomen Nationalisten Themenfelder des politischen Gegners wie Antikapitalismus oder Antiglobalisierung für die eigene Propaganda zu ereinnahmen. Diese Modernisierung fand jedoch unter Beibehaltung der neonazistischen Ideologie statt.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Neonazi-Szene ist durch ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus sowie durch ihre Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Neonazis verfolgen die Errichtung eines „Vierten Reiches“, basierend auf den programmatischen Forderungen der NSDAP von 1920. Ideologische Grundlage ist ein rassenbiologisch geprägtes, völkisches Menschenbild und die Vorstellung einer antipluralistischen Gesellschaft sowie eines autoritären Staates. In diesem Sinne fordert ein führender Neonazi aus Nordrhein-Westfalen am 13. März 2017 auf seinem Blog: „Auf dem Weg von einer Widerstandsbewegung, hin zu einer Bewegung, die eine Zukunft für das deutsche Volk als biologische Einheit formt, werden große Opfer gebracht werden müssen und ist Repression das deutlichste Zeichen für den Erfolg unserer Arbeit. Niemand bekämpft eine Idee, die er für ungefährlich hält. Packen wir es an! Werden wir gefährlich!“ Vermeintlich Fremde und auch politische Gegner gelten als Feinde, denen ein geringeres beziehungsweise gar kein Existenzrecht zuerkannt wird. Damit wird Gewalt gegen „Fremde“ beziehungsweise „Feinde“ legitimiert. Schwerpunktmäßig agitierte die neonazistische Szene auch 2018 gegen Migranten, insbesondere gegen Flüchtlinge.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Nachdem das Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2012 die vier aktivsten Kameradschaften verboten hatte, folgte für den Großteil der organisierten **Neonazi-Szene** die „Flucht in die Parteien“. Die Mehrzahl der Neonazis sind nun in der Partei **Die Rechte** organisiert, eine kleinere Zahl in der Partei **Der III. Weg**. Der Rest der Szene in Nordrhein-Westfalen besteht aus kleineren, nur lose organisierten Gruppierungen und Einzelpersonen, die sich gelegentlich an Veranstaltungen der Partei **Die Rechte** beteiligen. Ferner legen einige Neonazis ihren Schwerpunkt auf virtuelle Aktivitäten. Mit den Twitter-Accounts **Freies Netz Stolberg** und **Freier Widerstand Oberhausen** verbreiten die Betreiber nahezu täglich negative Nachrichten über Migranten, um fremdenfeindliche Ressentiments zu schüren.

Ein wichtiges Thema für die neonazistische Szene war eine Solidaritätskampagne für die notorische Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel, die seit Mai 2018

aufgrund einer Verurteilung wegen Volksverhetzung und der Verunglimpfung Verstorbener in Haft sitzt. Mehrere Internetpräsenzen zur Solidaritätskampagne sorgen für die öffentliche Verbreitung von Aktionen. In Bonn wurden im Juni 2018 mehrere Transparente aufgehängt, die Freilassung der Rechtsextremistin gefordert wird. Am 10. Mai 2018 anlässlich der Inhaftierung sowie am 10. November 2018 anlässlich des Geburtstags von Haverbeck-Wetzel führte die Partei **Die Rechte** Versammlungen in Bielefeld durch. Daran nahmen jeweils rund 400 Neonazis teil. Zum Teil sind diese in Parteien wie **Die Rechte** oder der **NPD** organisiert. Des Weiteren befanden sich unter den Teilnehmern auch ehemalige Mitglieder der verbotenen rechtsextremistischen Organisationen **Wiking Jugend**, **Heimatreue deutsche Jugend**, **Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten** und **Collegium Humanum**. Bei den letzteren beiden Organisationen hatte Haverbeck-Wetzel bis zum Verbot eine Führungsfunktion inne. Ihr langjähriger Mitstreiter in diesen beiden Organisationen, Bernhard Schaub, forderte in seiner Rede am 10. Mai unter dem Beifall der Teilnehmer: „Es muss nicht nur Merkel weg, es muss das ganze System weg. [...] Lasst uns dafür kämpfen, an die Macht zu kommen. Dann werden wir das Recht setzen, das unser Recht ist.“

Auch die **Aktionsgruppe Dortmund-West**, die im Umfeld des Dortmunder Kreisverbandes der Partei **Die Rechte** agiert, hat sich im Juni 2018 an einer bundesweiten „Aktionswoche“ für Haverbeck-Wetzel beteiligt und vier kleinere Versammlungen unter dem Motto „Freiheit für Ursula Haverbeck Gesinnungsjustiz entgegneten!“ durchgeführt. Außerdem verteilte die Gruppierung mehrfach Flugblätter, um fremdenfeindliche Propaganda zu verbreiten. Deren demokratiefeindliche Ideologie zeigt sich auch darin, wie die Gruppierung Gewalttaten durch Migranten instrumentalisiert. So plakatierten die Rechtsextremisten im September 2018 in Dortmund den Spruch „Ob in Chemnitz, Köthen oder anderswo: Die Demokraten bringen uns allen Mord & Totschlag! Multikulti ist gescheitert – Wacht auf!“.

Eine weitere neonazistische Gruppierung, die sich an Solidaritätskampagnen für die Holocaustleugnerin beteiligte, ist die **Volksgemeinschaft Niederrhein (VGN)**. Einige Akteure nahmen an der Demonstration am 10. November 2018 in Bielefeld teil, um die Freilassung von Haverbeck-Wetzel zu fordern. Die **VGN**, die sich 2017 um einen seit den 1990er Jahren aktiven Neonazi in Kamp-Lintfort gebildet hat, führt auf dessen Grundstück regelmäßige Treffen durch. Dazu zählen

rechtsextremistische Balladenabende, zu denen eine niedrige zweistellige Zahl an Besuchern kam. Gelegentlich werden auch Veranstaltungen angekündigt, die dann tatsächlich aber nicht stattfinden. Bereits mit dem Begriff „Volksgemeinschaft“ in ihrem Namen knüpft die Gruppierung an die gesellschaftspolitische Ideologie im Dritten Reich an die eine ethnisch und politisch homogene Gemeinschaft befürwortete, in der die Rechte des Einzelnen nichts galten. Durch die Verteilung von Flyern und verschiedene Internetpräsenzen versucht die **VGN** fremdenfeindliche Propaganda zu verbreiten.

Dies verdeutlicht ein Grundsatzbeitrag aus dem Jahr 2017 auf der Webseite, in dem Migranten pauschal als kriminell und als Bedrohung dargestellt werden. So heißt es dort: „Wenn unsere Politiker zulassen, dass ihr eigenes Volk ermordet wird, Vergewaltigungen schon an der Tagesordnung stehen und unsere Kinder täglich von den ewigen Gästen in den Schulen und im privaten Leben abgezockt und geschlagen werden, DANN müssen wir mit Vernunft auf die Straße gehen, Gesicht zeigen und Flagge zeigen für unsere Land. Unser Land muss wieder stark werden, wie unsere Vorfahren.“ Angesichts der ideologischen Ausrichtung der **VGN** ist der letzte Satz als Glorifizierung des Nationalsozialismus zu verstehen.



Gruppenbild: Nationalisten Kreis Gütersloh

In Ostwestfalen tritt gelegentlich die Gruppierung **Nationalisten Kreis Gütersloh** auf. Sie lief beispielsweise bei den Solidaritätsdemonstrationen für Haverbeck-Wetzel im Mai und im November 2018 in Bielefeld mit. Bei der Versammlung im November führte sie ein eigenes Transparent mit. Ebenfalls nahm sie an der **NPD**-Veranstaltung am 1. Mai 2018 in Erfurt teil. Auf der Rückfahrt besuchte man den Herausgeber der rechtsextremistischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“, um Solidarität mit Haverbeck-Wetzel zu bekunden.

Eine Handvoll langjähriger Neonazis bildet die Gruppierung **Köln für deutschen Sozialismus**, die sich unverhohlen zum Nationalsozialismus bekennt. Die Internetpräsenz will mit dem Slogan „Braun Bleiben“ provozieren. In weiteren Posts bezieht sich die Gruppierung positiv auf Personen, die bereits von der nationalsozialistischen Propaganda

in den 1930er Jahren zu Märtyrern stilisiert wurden, wie Horst Wessels und Albert Leo Schlageter. In der Realwelt verteilte sie 2018 gelegentlich Flugblätter. Zudem versuchte sie einige wenige Male in der Kölner Innenstadt, mit einem Infostand in rechtsextremistischer Aufmachung aufzufallen. Nach Angaben der Gruppierung nahmen einige Angehörige am 28. August 2018 auch an einer Demonstration in Chemnitz teil, in deren Umfeld es zu rechtsextremistischen Ausschreitungen kam. Ein Mitglied dieser Gruppe ist wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung im Prozess gegen das **Aktionsbüro Mittelrhein** vor dem Landgericht Koblenz angeklagt.

Die **Identitäre Aktion Deutschland (IA)**, die weitgehend identisch mit dem **Freundeskreis Rhein-Sieg** ist, ist aus der **Identitären Bewegung Bonn/ Rheinland** hervorgegangen. Nach Streitigkeiten mit der Bundesführung der **Identitären Bewegung** spaltete sich die Gruppierung aus dem Rheinland ab. Einige Mitglieder der **IA** nahmen an der Demonstration anlässlich der Inhaftierung Haverbeck-Wetzels am 10. Mai 2018 in Bielefeld teil, um ihre Solidarität mit der Holocaustleugnerin zu verdeutlichen. Weiterhin besuchten einige **IA**-Aktivisten am 14. April 2018 die von der Partei

Die Rechte organisierte Veranstaltung „Europa erwache“ in Dortmund. Ebenso nahm die **Identitäre Aktion Deutschland** an der Versammlung der „Mütter gegen Gewalt“ am 4. März 2018 in Bottrop teil. Inzwischen erstrecken sich die Aktivitäten auch über die Landesgrenze nach Rheinland-Pfalz. Gemeinsam mit dem **Freundeskreis Volkshschule Köln** verteilte man im November 2018 Flugblätter, um gegen den sogenannten „Migrationspakt“ Stimmung zu machen. In völkischer Diktion kritisierten die Rechtsextremisten die geplante „Umvolkung“. Des Weiteren möchte die Gruppe „Metapolitik“ betreiben. Frank Kraemer, Führungsaktivist der Gruppe, veröffentlichte 2018 ein Buch unter dem Titel „Werde unsterblich. Rechte Metapolitik als Lebensphilosophie“. Darin beschreibt er den Ansatz der Metapolitik folgendermaßen: „Metapolitik bereitet den vopolitischen Raum, erzeugt Stimmungen und Meinungen. Metapolitik ist umfassender als reine Parteipolitik und dringt viel tiefer in die Seele. [...] Daher kommt kein System um das Themenfeld der Metapolitik herum, um sich selbst zu stabilisieren und zu legitimieren. Genau hier wird der Hebel angesetzt und durch eine Gegenkultur in Frage gestellt. Was darauf folgt, kann durchaus als Kampf der Kulturen bezeichnet werden.“ Deshalb legt die Gruppierung darauf Wert, dass gemeinschaftsstiftende

„kulturelle“ Aktivitäten zum Selbstverständnis gehören. Dazu zählen Wanderungen und ideologische Folkloreveranstaltungen wie „Sonnenwendfeiern“.

Ihren Schwerpunkt auf gemeinschaftsstiftende Aktivitäten legt ebenso die **Bruderschaft Erkenschwick**. Mit Veranstaltungen wie „Heldengedenken“ versucht sie dabei Nationalismus und Revisionismus zu legitimieren. Mit familienfreundlichen Festen und kleineren Musikveranstaltungen schafft sie eine lokale Erlebniswelt, auf der rechtsextremistische Positionen in subkultureller Weise vermittelt werden. Metapolitik meint aber auch, politisch subversiv zu agitieren. So agiert der Verein **Volks-hilfe e.V.** unter dem Deckmantel einer karitativen Organisation, um rechtsextremistische Propaganda zu verbreiten. Der in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen tätige Verein verfügt in Gütersloh über eine Art Vereinsheim.

Bei einer polizeilichen Hausdurchsuchung im Juli 2018 wurden die Behörden im Baden-Württembergischen Waiblingen auf die Gruppierung **Nationalsozialistischer Klan (NSK)** aufmerksam, die sich auch **National Socialist Knights of the Ku Klux Klan (NS-KKK)** nennt. Die vermutlich seit August 2016 bestehende Gruppe unterhält auch in Nordrhein-Westfalen einen „Landesdistrikt“ und stellt sich in die Tradition des US-amerikanischen „Ku Klux Klans“. Sie verfolgt eine entsprechende Ideologie des „Schutzes und Erhalts der weißen Rasse“. Die Mitglieder der Gruppe bekennen sich zudem explizit zum Nationalsozialismus und zum germanischen Neuhententum als seiner religiös-ideologischen Basis. In Teilen wird auch auf **Reichsbürger**-Ideologien eingegangen.

Im Internet veröffentlichte die mutmaßliche Gruppierung „Atomwaffen Division“ am 1. Juni 2018 ein Video. Darin spricht eine computerverzerrte Stimme folgenden Text: „Der Nationalsozialismus lebt trotz einer ganzen Welt, die ihn zerstören will. Und das zeigt deutlich seine tiefe, unerschütterliche Kraft. Deutsche Freiheitskämpfer, folgt der Atomwaffendivision. Wir bereiten uns auf den langen, letzten Kampf in Trümmern vor, der bald kommen wird! Die Messer werden schon gewetzt!“ In den USA existiert bereits eine gewaltbereite, neonazistische Gruppierung unter dem Namen „Atomwaffen Division“. Diese wird mit mindestens fünf Tötungsdelikten in Verbindung gebracht. In dem nun veröffentlichten Video-Statement des vermeintlichen

deutschen Ablegers der Organisation wird durch die Verwendung derselben Symbolik und dem eindeutigen Grußwort an die „true comrades of Atomwaffen Division in the United States“ Bezug zum US-amerikanischen Vorbild genommen. Das Video zeigt einen Rechtsextremisten mit einem Banner der „Atomwaffen Division“ vor der Wewelsburg in Ostwestfalen. Die ehemalige SS-Ordensburg als Hintergrundmotiv zu wählen, weist darauf hin, dass die mutmaßliche Gruppierung sich ideologisch in der Tradition des Nationalsozialismus verortet. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet genau, ob sich hier realweltliche Strukturen und Aktivitäten herausbilden.

Im Oktober 2018 wurde das Verfahren gegen das **Aktionsbüro Mittelrhein (AB Mittelrhein)** vor dem Landgericht Koblenz wieder aufgenommen. Die Staatsanwaltschaft wirft den 17 Angeklagten die Bildung einer kriminellen Vereinigung vor. Das **AB Mittelrhein** agierte bis 2012 als neonazistische Kameradschaft im Norden von Rheinland-Pfalz. Zugleich betrieb es gewissermaßen die Geschäftsführung der **Aktionsgruppe Rheinland**. Letztere war die Vernetzungsstruktur von neonazistischen Gruppen und Szenen im Rheinland. Das ursprüngliche Verfahren begann im August 2012 vor dem Landgericht Koblenz und richtete sich gegen 26 Personen. Darunter befanden sich auch einige Führungspersonen der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene. Das Landgericht Koblenz hatte den Prozess im Mai 2017 nach 337 Verhandlungstagen wegen der „überlangen Verfahrensdauer“ eingestellt. Nachdem die Staatsanwaltschaft erfolgreich Beschwerde gegen die Einstellung einlegte, erfolgt nun eine Wiederaufnahme des Strafprozesses. Am 21. November 2018 wurde dieser erneut unterbrochen, um im Februar 2019 abermals aufgenommen zu werden. Das Strafverfahren beeinträchtigt die Angeklagten bei ihren rechtsextremistischen Aktivitäten und hat einige damalige Aktivisten zum Ausstieg veranlasst.

Bewegung, Tendenzen, Ausblick

Die neonazistische Szene in Nordrhein-Westfalen ist überwiegend in den Parteien **Die Rechte** und **Der III. Weg** organisiert. Darüber hinaus existieren einige kleinere Gruppierungen. Der Kreisverband Dortmund von **Die Rechte** stellt weiterhin das Gravitationszentrum der Neonaziszene in Nordrhein-Westfalen dar. Thematisch dominierte im Jahr 2018 die Solidaritätskampagne für Ursula Haverbeck-Wetzel, in deren Verlauf vor allem antisemitische Propaganda verbreitet und der „Kampf gegen das System“ beschworen wurde.



Foto: dpa



Demonstration der Partei **Die Rechte** in Dortmund

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Das Beispiel des Attentäters von Christchurch

Menschenverachtung spielt im Rechtsextremismus eine wesentliche Rolle als Motivation und Rechtfertigung für schwere Gewalttaten. Einen ausführlichen Einblick in solche Vorstellungen liefern Bekennerschreiben wie zum Beispiel das „Manifest“ des Attentäters Brenton Tarrant. Dieser erschoss in Christchurch (Neuseeland) im April 2019 über 70 Menschen bei einem Anschlag auf zwei Moscheen. Das 74-seitige „Manifest“ enthält eine Vielzahl an fremden- und muslimfeindlichen Äußerungen. Er bezieht sich dabei immer wieder auf die Situation in Europa, insbesondere auf die starke Flüchtlingsmigration seit 2015. Zudem betont der Autor seine Gewaltbereitschaft. So stellt sich Tarrant ausdrücklich in eine Reihe mit anderen international bekannten Rechtsterroristen. Unter anderem sei er beeinflusst vom US-Amerikaner Dylann Roof, der 2015 neun Afro-amerikaner während einer Bibelstunde in einer Kirche in Charleston erschoss und vom Norweger Anders Behring Breivik, der 2011 bei einem Doppelanschlag in Oslo und Utøya 77 Menschen ermordete.

Ideologisch bezieht er sich auf zwei rechtsextremistische Diskussionsstränge. Zum einen macht er sich das Glaubensbekenntnis der rechtsextremistischen US-amerikanischen „White Supremacy“-Szene zu eigen, die die Überlegenheit der weißen Rasse propagiert. Tarrant zitiert auf die selbst gestellte Frage „Was willst Du?“, die sogenannten „14 Words“ des US-amerikanischen Rechtsterroristen David Eden Lane: „We must secure the existence of our people, and a future for White children.“ Mit diesem Motto wird suggeriert, dass ein „Rassenkampf“ stattfinde, an dem sich die Anhänger dieser Ideologie beteiligen sollten. In Deutschland verbreiteten Rechtsextremisten diesen Slogan verstärkt seit den 1990er Jahren auch hierzulande.

Der zweite Diskussionsstrang in dem „Manifest“ rekurriert auf Ideen der „Neuen Rechten“. Der Titel des Textes „The Great Replacement“ heißt übersetzt „Der große Austausch“. So nannte die **Identitäre Bewegung** in Deutschland eine 2015 gestartete Kampagne, in der sie behauptet, dass die Entwicklung „einer schrittweisen Verdrängung der einheimischen Bevölkerung zugunsten Fremder und zumeist muslimischer Einwanderer“ stattfinden würde. Verschwörungstheoretisch behauptet sie, dass die politischen Eliten diesen Austausch gezielt vorantreiben würden. Dieses Narrativ wird beispielsweise

vom Bremer Landesverband der „Jungen Alternative“ verbreitet, den der Verfassungsschutz Bremen als rechtsextremistisch einstuft. Die „Junge Alternative“ Bremen bezeichnete den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet im Juni 2017 auf Twitter als „Vorturner des großen Austauschs“. In dieser Sichtweise ist die Gesellschaft eine ethnisch homogene Gemeinschaft und Migration würde generell ihr Überleben bedrohen. Eine solche Perspektive, die sich an vielen Stellen in Tarrants „Manifest“ findet, rechtfertigt vermeintlich Gewalt gegen Migranten, weil es sich um Selbstverteidigung handeln würde. Da der Attentäter Geld an die **Identitäre Bewegung** in Österreich und Frankreich gespendet hat, ist davon auszugehen, dass er diese Kampagne kannte.

Das Manifest zeigt, dass Tarrant sich intensiv mit der rechtsextremistischen Gedankenwelt und den dort verhandelten Themen („Flüchtlingsinvasion“, „Islamisierung“) beschäftigt hat, wie sie in Europa und den USA in zahlreichen Internetpräsenzen diskutiert werden. Er ist ein Beispiel für eine neuere Entwicklung im Rechtsterrorismus beziehungsweise bei schweren rechtsextremistischen Gewalttaten. Seit Mitte der 2010er Jahre gibt es oftmals Täter mit nur einer geringen Anbindung an den organisierten Rechtsextremismus. Fremdenfeindlichkeit bleibt zwar das wichtigste Tatmotiv, allerdings verfügen die Täter eher selten über ein gefestigtes umfassendes rechtsextremistisches Weltbild. Stattdessen dominieren diffuse Feindbilder, die Täter mithilfe von rechtsextremistischen Onlinebeiträgen individuell entwickeln und dabei verschiedene Diskursstränge kombinieren. Eine damit einhergehende Radikalisierung in sozialen Netzwerken von bislang nicht im organisierten Rechtsextremismus aktiven Personen erschwert den Sicherheitsbehörden die Früherkennung möglicher Attentäter.

Schwere Straftaten

In der Silvesternacht 2018/2019 lenkte ein 50-jähriger deutscher Beschuldigter im Zeitraum vom 31. Dezember 2018, 23.40 Uhr bis 1. Januar 2019, 00.20 Uhr (Festnahme), sein Fahrzeug gezielt an acht verschiedenen Örtlichkeiten in Bottrop und Essen in Ansammlungen von mehreren Personen beziehungsweise auf eine Einzelperson. Im Anschluss setzte der Beschuldigte jeweils seine Fahrt fort. Durch die Taten wurde eine 46-jährige Frau mit syrischer Nationalität schwer verletzt, acht weitere Personen wurden leicht verletzt. Diese Opfer haben sämtlich einen Migrationshintergrund. Darüber hinaus gibt es mindestens 40 weitere Geschädigte. Nach seiner Festnahme gab der

Beschuldigte an, für die Tat einen spontanen Tatentschluss gefasst zu haben. Die Einlassungen des Beschuldigten sprechen für ein fremdenfeindliches Tatmotiv und somit für eine politisch motivierte Gewalttat. Die Ermittlungen ergaben Hinweise auf eine Erkrankung aus dem Spektrum der schizophrenen Krankheitsbilder. Die weitere Aufklärung seiner Motivlage und Gesinnung ist Schwerpunkt der Ermittlungen. Nach jetzigem Ermittlungsstand handelte der Beschuldigte als Einzeltäter.

Seit mutmaßlich Februar 2016 hatte ein thüringer Rechtsextremist von Budapest aus den Onlineshop „Migrantenschreck“ betrieben, über den er täuschend echt aussehende Schreckschusswaffen und dazugehörige Munition in Form von Hartgummigeschossen vertrieb. Die Waffen bewarb er explizit mit der Notwendigkeit eines Einsatzes gegen Migranten, politische Gegner und deutsche Politiker. So waren die auf der Website angebotenen Waffen teilweise mit dem Hinweis versehen, sie dienten der Verteidigung gegen Asylbewerber. Es konnte der illegale Vertrieb von 167 Waffen von Ungarn aus an Käufer in Deutschland nachgewiesen werden. Bereits im Januar 2017 fanden Exekutivmaßnahmen gegen eine Reihe von Käufern in Deutschland statt. Auf Grundlage eines von der Generalstaatsanwaltschaft Berlin erwirkten Europäischen Haftbefehls hatte die ungarische Polizei den Betreiber im März 2018 in Budapest festgenommen und nach Deutschland ausgeliefert. Am 18. Dezember 2018 verurteilte das Landgericht Berlin den früheren Betreiber zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten. Zugleich verfügte das Gericht die Einziehung eines aus den Taten stammenden Gewinns von über 99.000 Euro. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Nachdem am 26. September 2016 kurz vor der zentralen Feier zum Tag der deutschen Einheit in Dresden zwei Sprengsätze detoniert waren, verurteilte das Landgericht Dresden im August 2018 den Täter wegen versuchten Mordes, Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion und versuchter besonders schwerer Brandstiftung zu neun Jahren und acht Monaten Haft. In der Urteilsbegründung verwies der Richter auf den Nationalismus und die Fremdenfeindlichkeit des Täters, die sich vor allem gegen Muslime richtet. Einen der beiden Sprengsätze zündete dieser Rechtsextremist vor einer Moschee, in der ein Imam mit seiner Familie wohnte. Nur durch Zufall wurde keine Person körperlich verletzt.

Vor dem Landgericht Düsseldorf begann im Januar 2018 der sogenannte „Wehrhahn-Prozess“. Dabei ging es um den am 27. Juli 2000 verübten Sprengstoffanschlag am S-Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn. Durch den Anschlag wurden zehn ausländische Sprachschüler zum Teil schwer verletzt und das ungeborene Baby einer Schwangeren getötet. Aufgrund von neuen Zeugenaussagen nahm die Staatsanwaltschaft 2014 die Ermittlungen wieder auf und konnte mit weiteren Zeugenaussagen sowie Indizien aus ihrer Sicht den Tatverdacht gegen eine Person hinreichend erhärten. Das Gericht sprach den Angeklagten am 31. Juli 2018 vom Vorwurf des versuchten Mordes in zwölf Fällen durch Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion frei. Es konnte aufgrund der Beweisaufnahme nicht die für eine Verurteilung erforderliche Überzeugung gewinnen, dass der Angeklagte der Täter war. Die Staatsanwaltschaft hat Revision gegen das Urteil eingelegt.

Rechtsterrorismus

Die Sicherheitsbehörden orientieren sich bei der Verwendung des Begriffs Terrorismus am Straftatbestand der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a Strafgesetzbuch). Demnach handelt es sich bei Rechtsterrorismus um schwerwiegende rechtsextremistisch motivierte Gewaltdelikte, die im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes durch arbeitsteilig organisierte und verdeckt operierende Gruppen planmäßig begangen werden. Nach Angaben des Generalbundesanwalts im Mai 2018 führt dieser im Phänomenbereich Rechtsextremismus im Kontext von Terrorismus (insbesondere §§ 129a, 89a-89c Strafgesetzbuch) 14 Ermittlungs- beziehungsweise Strafverfahren. Im März 2017 hatte das Oberlandesgericht München vier Mitglieder der **Old School Society (OSS)** zu Freiheitsstrafen zwischen drei und fünf Jahren verurteilt. Eine dieser Personen



Foto: Picture Alliance, Logo der OSS

stammt aus Nordrhein-Westfalen. Im November 2018 erhob die Generalstaatsanwaltschaft Dresden Anklage gegen ein weiteres Mitglied der **OSS**, das sich an der Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags auf eine Flüchtlingsunterkunft beteiligt haben soll.

Das Oberlandesgericht Dresden hatte im März 2018 acht Mitglieder der **Gruppe Freital** wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und versuchten Mordes zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Gruppe war für fünf Sprengstoffanschläge verantwortlich. Der Prozess machte deutlich, dass die Gruppierung Helfer hatte. Ende März fanden deshalb bei zehn Personen Durchsuchungsmaßnahmen statt, die als mutmaßliche Unterstützer der terroristischen Vereinigung beschuldigt sind.

Das Oberlandesgericht München hat am 11. Juli 2018 die Urteile im Prozess gegen ein Mitglied und vier Unterstützer des rechtsterroristischen **Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)** gesprochen und den damit – gemessen an der Zahl der Verhandlungstage – längsten Strafprozess in der Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung vorläufig abgeschlossen. Das Gericht befand in seinem Urteil alle fünf Angeklagten wegen unterschiedlicher Tatvorwürfe im Zusammenhang mit der Mordserie des **NSU** für schuldig. Die Hauptangeklagte Beate Zschäpe erhielt wegen zehnfachen Mordes, mehrfachen versuchten Mordes, mehrerer Raubüberfälle, schwere Brandstiftung sowie Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung eine lebenslange Haftstrafe. Zudem stellte das Gericht angesichts der Vielzahl der verübten Taten die besondere Schwere der Schuld fest. Der zum Zeitpunkt seiner Verhaftung in Nordrhein-Westfalen lebende Angeklagte Carsten S. wurde wegen Beihilfe zum Mord in neun Fällen zu drei Jahren Jugendstrafe verurteilt. Zum Tatzeitpunkt war er 20 Jahre alt und lebte in Thüringen. Er hatte bereits zu Beginn des Prozesses gestanden, im Jahr 2000 die Tatwaffe im Auftrag des Mitangeklagten Ralf Wohlleben beschafft und diese an die Flüchtigen übergeben zu haben. Die rechtsextremistische Szene bringt dem Urteil – wie auch schon dem Prozess insgesamt – bislang überwiegend Desinteresse entgegen. Eine Auseinandersetzung mit den Taten der rechtsterroristischen Gruppierung findet nicht statt.

Bei vier Personen aus Norddeutschland veranlasste der Generalbundesanwalt im April 2018 Durchsuchungsmaßnahmen. Diese werden beschuldigt, eine rechtsterroristische Vereinigung unter dem Namen **Nordadler** gegründet zu haben. Um den Nationalsozialismus in Deutschland wiedererstarken zu lassen, erwogen sie nicht näher konkretisierte Anschläge auf politische Gegner. Zu diesem Zweck sollen sich die Beschuldigten bereits bemüht haben, Waffen, Munition sowie Materialien zum Bau von Brand- und Sprengvorrichtungen zu beschaffen.

Der Generalbundesanwalt hat am 1. Oktober 2018 sechs Rechtsextremisten der Gruppierung **Revolution Chemnitz** wegen der Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festnehmen lassen. Im Nachgang einer Versammlung von **Pro Chemnitz** griffen Mitglieder von **Revolution Chemnitz** mit weiteren gewaltbereiten Rechtsextremisten mehrere Migranten an. Dieser Angriff sollte ein „Probelauf“ für eine Aktion am Tag der deutschen Einheit sein. Die Gruppierung soll gewalttätige Angriffe und bewaffnete Anschläge auf Migranten und politisch Andersdenkende beabsichtigt haben. In diesem Zusammenhang soll sie sich bereits darum bemüht haben, sich halbautomatische Schusswaffen zu besorgen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die begangenen oder geplanten schweren Straftaten weisen auf die Gefahr rechtsterroristischer Potenziale hin, die insbesondere im Zusammenhang mit der flüchtlingsfeindlichen Agitation zu Tage treten. Dabei ist bemerkenswert, dass ein Teil der identifizierten Tatverdächtigen zuvor kaum oder überhaupt nicht durch rechtsextremistische Aktivitäten und Straftaten aufgefallen war.

Von 1990 bis in die 2000er Jahre gingen rechtsterroristische Aktivitäten oder schwere rechtsextremistisch motivierte Gewaltstraftaten dagegen überwiegend von ideologisch gefestigten Gruppierungen oder Einzelpersonen aus, die fest in der Szene verankert waren. Seit Mitte der 2010er Jahre hingegen gibt es oftmals Täter mit nur einer geringen Anbindung an den organisierten Rechtsextremismus. Fremdenfeindlichkeit bleibt zwar das wichtigste Tatmotiv. Allerdings verfügen die Täter nunmehr eher selten über ein gefestigtes umfassendes rechtsextremistisches Weltbild. Stattdessen dominieren diffuse Feindbilder. Inzwischen findet oftmals eine ideologische Radikalisierung durch Onlinepropaganda statt. Dieser Trend dürfte durch die zunehmende Bedeutung sozialer Netzwerke für den gesellschaftlichen Alltag zukünftig weiter zunehmen.

Auch wenn aktuell in Nordrhein-Westfalen keine konkreten Erkenntnisse zu bestehenden rechtsterroristischen Strukturen im Sinne des Strafrechts vorliegen, ist nicht auszuschließen, dass sich rechtsterroristische Gruppen bilden. Daher bleiben die Verfassungsschutzbehörden besonders wachsam.

Subkulturell geprägter Rechtsextremismus

Gründung/Bestehen seit	Ende der 1960er Jahre in Großbritannien, seit circa Ende der 1970er Jahre in anderen europäischen Staaten
Struktur/Repräsentanz	In der Regel keine festen Strukturen, eine Ausnahme bilden die Hammerskins mit einem festen hierarchischen Aufbau.
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2018	1.350 Anhänger →
Veröffentlichungen	Publikationen: sogenannte Fanzines mit Artikeln zur überwiegend subkulturell geprägten Skinhead-Musik-Szene, Interviews und Konzertberichten; CD-Veröffentlichungen, Web-Angebote: Bekanntmachungen von Konzerten über bestimmte Foren, Veröffentlichungen von Videos über soziale Medien.
Kurzportrait/Ziele	Der subkulturell geprägte Rechtsextremismus definiert sich hauptsächlich über eine spezifische Musik und dem damit zusammenhängenden Lebensstil. Es geht darum, eine Erlebniswelt mit gemeinsamen Freizeitaktivitäten wie Musikveranstaltungen zu schaffen, in der die Ideologie nur eine nachrangige Rolle spielt. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten vertreten rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Positionen. Zudem befürworten sie rassistische Gewalt. Rechtsextremistische Skinheads bilden immer noch die wichtigste Subkultur im Rechtsextremismus. Äußerlichkeiten wie Dresscode oder Haarschnitt lassen heutzutage allerdings kaum noch eine eindeutige Zuordnung zur rechtsextremistischen Skinhead-Szene zu. Einerseits gibt es weitgehend unpolitische Jugendliche, die ein vermeintlich Skinhead-typisches Aussehen zeigen, ohne dem rechtsextremistischen Teil der Szene anzugehören. Andererseits verlieren die altbekannten Erscheinungsbilder seit einigen Jahren immer mehr an

Bedeutung. Insbesondere für den rechtsextremistischen eil der **Skinhead-Szene** ist es im Alltag einfacher, nicht durch offensichtliches Tragen von einschlägig bekannten Zeichen oder Haarschnitten eine politische Zuordnung zu ermöglichen.

Finanzierung

Rechtsextremistische Bands versuchen sich über Verkäufe von CDs und Merchandise- Artikeln sowie über die Organisation und Durchführung von Musikveranstaltungen zu finanzieren. Oftmals erzielen sie jedoch maximal eine kostendeckende Durchführung von Konzerten.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten vertreten rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Positionen gepaart mit einem hohen Gewaltpotenzial. Musik spielt hier eine herausragende Rolle zur Selbstvergewisserung, Politisierung und Rekrutierung der Szene. Deswegen gilt Bands, CDs und Konzerten ein besonderes Interesse. Gerade rechtsextremistische Musikveranstaltungen gehen oftmals mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Liedtexten sowie gelegentlich mit offenen Bekenntnissen zum Nationalsozialismus wie dem Zeigen des Hitler-Grußes einher.



Konzert der Band FieL in Hamm

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die wichtigsten international tätigen Skinhead-Organisationen, die Konzerte veranstalten, sind **Blood and Honour** und die **Hammerskins**. Die „**Blood & Honour-Division Deutschland**“ wurde bereits im September 2000 in Deutschland verboten. Während diese Organisationen früher miteinander konkurrierten, haben sie sich in den letzten Jahren zunehmend angenähert und kooperieren punktuell bei Veranstaltungen miteinander. In Deutschland ist zudem seit 2013 eine Gruppierung unter dem Namen **Combat 18 (C 18)** aktiv, der auch Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen angehören. Sie verhält sich grundsätzlich konspirativ, so dass nur wenige Aktivitäten öffentlich bekannt sind. Dazu gehört die Störung einer Veranstaltung der Partei Bündnis 90/ Die Grünen in Lünen im September 2018. Diese wurde mutmaßlich durch einen der Hauptakteure von **C 18** in Nordrhein-Westfalen initiiert, der auf einer Demonstration in Bielefeld anlässlich der Inhaftierung der Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck im Mai 2018 eine Jacke mit dem Emblem **C 18** trug und auf einer Demonstration in Dortmund im Oktober 2018 in einem T-Shirt mit der Aufschrift „**Combat 18**“ in Erscheinung trat. International ist **C 18** eng mit dem **Blood and Honour**-Netzwerk verbunden.

Rechtsextremistische Musik hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten in verschiedene Musikstile ausdifferenziert. Zu den gängigsten Stilrichtungen zählen Rechtsrock, der seinen Ursprung in der **Skinhead-Szene** hat, Balladen, National Socialist Black

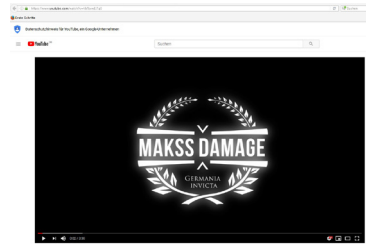


YouTube-Video der Band Oidoxie

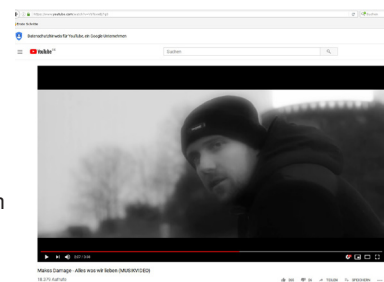
Metal und der in letzter Zeit aufgekommene Nationale Rap. Weiterhin bleibt dabei Skinhead- oder Rechtsrock die bedeutendste Stilrichtung. Diese zeichnet sich durch hart gespielte Gitarrenakkorde, lauten nahezu geschrienem Gesang und eine aggressive Grundstimmung aus. Aus Nordrhein-Westfalen sind unter anderem die Bands **Oidoxie**, **Sleipnir**, **Division Germania**, **Sturmwehr** und **Smart Violence** seit mehreren Jahren aktiv und verfügen über eine überregionale Szeneprominenz im Bereich Rechtsrock **Makss Damage** stammt einer der bekanntesten nationalistischen

Konzerte sind ein wichtiges Element der Erlebniswelt Rechtsextremismus, in der politische Agitation, Freizeitaktivitäten und Unterhaltung verbunden werden, um insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen. Die Attraktivität der Veranstaltungen machen neben der Musik das Treffen Gleichgesinnter, der Konsum von Alkohol und das Zeigen rechtsextremistischer Symbolik sowie Slogans aus. Der besondere Reiz für jugendliche Teilnehmer, die über Konzerte in die Szene eingeführt werden, liegt üblicherweise darin, etwas Verbotenes oder sozial Unerwünschtes zu erleben.

Darüber hinaus besteht auf den Konzerten die Gelegenheit, CDs und sonstige Merchandise-Artikel zu kaufen, gelegentlich sogar indizierte Artikel. Im Unterschied zu den vorwiegend rocklastigen, größeren Konzerten dienen Balladen- oder Liederabende dazu, einen eher kleineren Teilnehmerkreis anzusprechen. Dabei spielt meistens ein Sänger mit Gitarre überwiegend ruhige Stücke. Derartige Veranstaltungen werden oftmals von Parteiverbänden oder Freien Kameradschaften mit dem Ziel organisiert, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken.



YouTube-Kanal des Musikers Makss Damage



Im Jahr 2018 fanden in Nordrhein-Westfalen insgesamt zwei Konzerte, 14 Lieder- beziehungsweise Balladenabende und zehn sonstige rechtsextremistische Veranstaltungen mit Livemusik statt. Zu den sonstigen Veranstaltungen zählen zum Beispiel parteiinterne Feste oder Geburtstagsfeiern, bei denen Musik Teil der Veranstaltung ist. Dies soll zum einen den Zusammenhalt der Gemeinschaft stärken und zum anderen sollen Erlöse erwirtschaftet werden. Die Anzahl der festgestellten Musikveranstaltungen ist im Vergleich zum Vorjahr von 34 auf 26 zurückgegangen. Als Veranstalter fungierten dabei in vielen Fällen Privatpersonen und Kreisverbände der Partei **Die Rechte**. Seit 2014 fanden in den Städten Dortmund und Hamm die meisten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen innerhalb Nordrhein-Westfalens statt. Bei der Mehrzahl der Veranstaltungen nahmen nicht mehr als 100 Personen teil.

Um Sicherheits- und Ordnungsbehörden keine Gelegenheit zu geben, Konzerte und andere Veranstaltungen zu verbieten oder einzuschränken, haben die Veranstalter zwei unterschiedliche Strategien entwickelt. Die erste Strategie setzt darauf, Veranstaltungen konspirativ zu organisieren und manchmal auch Räumlichkeiten im angrenzenden Ausland zu suchen. Diese Vorgehensweise weckt bei etlichen Szeneangehörigen die Neugier und Abenteuerlust. In Nordrhein-Westfalen setzt die Szene vor allem auf diese Strategie. Neben Konzerten im Inland haben 2018 wieder Musikveranstaltungen in anderen Ländern Europas stattgefunden. Unter anderem ist die Dortmunder Band **Oidoxie** am 22. September 2018 bei einem Konzert in Belgien aufgetreten.

Bei der zweiten Strategie melden die Organisatoren die Veranstaltung als politische Kundgebung an. Indem sie einige Redner auftreten lassen, fällt das Konzert dann unter das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Sofern Versammlungsbehörden in Verbotsverfügungen auf den kommerziellen Charakter der Veranstaltung abgestellt haben und sie verbieten wollten, sind sie damit in mehreren Fällen vor den Verwaltungsgerichten gescheitert. Die größte Veranstaltung im Jahr 2018 war das Rechtsrockfestival „Tage der nationalen Bewegung“, das vom 8. bis 9. Juni 2018 in Themar (Thüringen) stattfand. Am ersten Tag kamen rund 1.000 und am zweiten Tag circa 2.200 Besucher. Aus Nordrhein-Westfalen traten die Bands **Sturmwehr** und **Sleipnir** auf. Ein weiteres wichtiges Veranstaltungsformat für die rechtsextremistische Szene in Nordrhein-Westfalen sind Kampfsportveranstaltungen. So fand am 13. Oktober 2018 die sechste, jährlich wiederkehrende Kampfsportveranstaltung **Kampf der Nibelungen (KdN)** statt. Der Veranstaltungsort war dieses Jahr in Ostritz (Sachsen). Wie in den Vorjahren organisierte der Rechts-extremist Alexander Deptolla, der zugleich eine Führungsrolle im Dortmunder Kreisverband der Partei **Die Rechte** einnimmt, den **KdN**. Erstmals beteiligte sich der russische Rechtsextremist Denis Kapustin an der Organisation. Dieser führte in den letzten Jahren mit seiner Marke **White Rex** zahlreiche rechtsextremistische Kampfsportveranstaltungen in mehreren Ländern durch. Der diesjährige Professionalisierungsschub beim **KdN** dürfte mit seiner Mitarbeit zusammenhängen.

Insgesamt waren ungefähr 800 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und zum Teil aus dem Ausland an der Veranstaltung **Kampf der Nibelungen** beteiligt.

Zum Organisationsteam gehörten auch einige Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen, die in den letzten Jahren wegen verschiedener Gewaltdelikte verurteilt wurden. Der Teilnehmerkreis setzte sich überwiegend aus Rechtsextremisten, Hooligans und Rockern zusammen. Konzeptionell soll der **KdN** eine explizite Gegenveranstaltung zu anderen „unpolitischen“ Kampfsportveranstaltungen sein und durch Bestätigung der ideologischen Überzeugungen die Vernetzung sowie den Zusammenhalt der Szene fördern. Auf der Webseite des **KdN** propagieren die Verantwortlichen die Ablehnung der freien demokratischen Grundordnung und des „faulen politischen Systems“. Kampfsport wird in diesem Zusammenhang als Mittel gesehen, demokratiefeindliche Bestrebungen zu stärken, indem eine Freund-Feind-Ideologie verbreitet und im Zusammenhang mit der rechtsextremistischen Widerstands- und Bürgerkriegsrhetorik die Gewaltbereitschaft und -fähigkeit der Szene erhöht wird. Außerdem erzielen die Veranstalter bei solchen Events über den Verkauf von Eintrittskarten, Erlösen aus Gastronomie und szenetypischen Verkaufsständen nicht unerhebliche Einnahmen, die zumindest in Teilen in die Szene zurückfließen.

Mit dem sogenannten „Schild & Schwert Festival“ am 20. und 21. April 2018 in Ostritz versuchte der Veranstalter, der stellvertretende Bundesvorsitzende der **NPD**, eine umfassende Erlebniswelt Rechtsextremismus anzubieten. Mit dem 20. April, Hitlers Geburtstag, suchte man sich einen in der Szene symbolisch aufgeladenen Termin, der die politische Überzeugung ausdrückt. Die offiziell als politische Kundgebung mit Musikdarbietungen angemeldete Veranstaltung bot den Rechtsextremisten an zwei Tagen Musik, politische Reden, eine Kampfsportveranstaltung, die eine verkleinerte Ausgabe des **Kampf der Nibelungen** darstellte, eine Tattoo-Convention und eine Art Messe rechtsextremistischer Musik- und Kleidungsmarken, Verlage sowie Organisationen. Zudem konnten die Besucher auf dem Veranstaltungsgelände zelten oder anderweitig übernachten. Mit diesem Veranstaltungsformat versucht man ein Event für die Szene zu schaffen, das gleichzeitig die Rechtsextremisten politisch festigen und unterhalten soll sowie zur Vernetzung beiträgt. Letztlich wollen die Veranstalter damit auch Geld verdienen. Thorsten Heise äußerte sich zu seinen Beweggründen, das Festival durchzuführen, in der rechtsextremistischen Zeitschrift **N.S.-Heute** folgendermaßen: „Ich wollte immer ein Politikevent veranstalten, bei dem alle unsere Lebensbereiche abgedeckt werden. Ich selber bin politischer Soldat und kann meine Politik, meine Musik, meinen Sport oder mein Kunstverständnis von meiner politischen Arbeit nicht trennen.“

Vielmehr denke ich, dass unser Leben von all diesen Dingen doch sehr maßgeblich beeinflusst wird. Für uns ist das alles Politik beziehungsweise gehört zu meiner ganzheitlichen Lebensgestaltung.“ Am ersten Tag nahmen am „Schild & Schwert Festival“ knapp 600 Personen, am zweiten Tag fast 1.300 Personen. Aus Nordrhein-Westfalen stand die Rechtsrock-Band Oidoxie auf der Bühne. Als Redner traten die beiden damaligen Beisitzer im Bundesvorstand von der Partei **Die Rechte**, Sascha Krolzig und Michael Brück, sowie der Organisator vom **Kampf der Nibelungen**, Alexander Deptolla, auf. Alle genannten Protagonisten leben in Dortmund.

Rechtsextremistische Tonträger und Devotionalien werden auf vielfältige Weise vertrieben. Überwiegend erfolgt der Handel über das Internet, weiterhin über Verkaufsstände bei Veranstaltungen und in Szeneläden. Wirtschaftliche Interessen sind nach wie vor eine wichtige Motivation bei der Vermarktung von rechtsextremistischer Musik und Szene-Artikeln. Viele Inhaber rechtsextremistischer Musik-Vertriebe bestreiten ihren Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Szene-Produkten oder betrachten den Handel als einen lukrativen Nebenverdienst. Einige Vertriebe geben an, die Szene mit einem Teil ihrer Verkaufserlöse zu unterstützen. Sie stellen sich so als integraler Bestandteil der Szene dar und vermitteln Käufern das Gefühl, mit ihrem Kauf gleichzeitig die Bewegung zu unterstützen. Die Selbst-darstellung als Förderer der Szene wird dabei getragen von der Hoffnung auf erhöhte Absatzzahlen und einen kommerziellen Erfolg.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Rechtsextremistische Musik ist zum einen ein Ausdrucksmittel einer Subkultur, die sich für Menschenverachtung und Demokratiefeindschaft ausspricht. Zum anderen ist sie ein effektives Mittel rechtsextremistischer Strategen, ihre Propaganda Jugendlichen und jungen Erwachsenen nahezubringen. Daneben handelt es sich bei rechtsextremistischer Musik um ein kommerzielles Geschäft, an dem Bands, Konzertveranstalter und Vertriebe verdienen. Mit der Modernisierung der Erscheinungsformen des Rechtsextremismus hat sich auch deren Musik gewandelt. Die Vielfalt an Musikstilen hat zugenommen. Dies beinhaltet sogar ideologisch widersprüchlich erscheinende Entwicklungen wie Nationalen Rap.

Auch eine vielfältige Cover-Ästhetik und die Selbstinszenierung der Musiker spielen heute eine Rolle. Durch die digitale Revolution der letzten 20 Jahre haben sich die Vertriebsbedingungen für rechtsextremistische Musikstücke enorm verbessert, so dass es nun möglich ist, nahezu immer und überall solche Musik zum Download anzubieten. Nach einer über längere Zeit rückläufigen Entwicklung gewinnen rechtsextremistische Musikveranstaltungen seit 2014 wieder an Bedeutung. Es finden mehr Konzerte statt und seit 2016 mehren sich Großveranstaltungen mit über 1.000 Besuchern.

Die Partei **Die Rechte** praktiziert in Nordrhein-Westfalen eine andere Strategie. Sie nutzt den Parteistatus, um erlebnisorientierte Veranstaltungen inklusive Konzerten oder Balladenabende zu veranstalten. Bei diesen als Parteiveranstaltungen deklarierten Konzerten werden zwischen den Musikdarbietungen kurze politische Ansprachen gehalten, um den Charakter der Veranstaltung zu unterstreichen.

Mit der Kampfsportveranstaltung **Kampf der Nibelungen**, die maßgeblich von Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen organisiert wird, hat sich inzwischen ein neues Event etabliert, das auf großen Zuspruch in der Szene stößt. Angesichts dessen Funktion, die Gewaltbereitschaft der Szene zu stärken, beobachtet der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen diese Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit.

The screenshot shows the website 'KAMPF DER NIBELUNGEN' with a navigation bar containing 'Über uns', 'Veranstaltungen', 'Shop', and 'Kontakt'. The main content area features the title 'Kampfgemeinschaft' and the subtitle 'Wir arbeiten mit unterschiedlichen Gruppen zusammen:'. Below this, a row of six logos is displayed, each with a name underneath: 'WHITE REX', 'GREIFVOGEL WEAR', 'PRIDE FRANCE', 'BLACK LEGION', 'WARDON', and 'SPORT-FREII'.

Web-Angebot von Kampf der Nibelungen

Reichsbürger und Selbstverwalter (Reichsbürgerbewegung)

Sitz/Verbreitung	NRW-weite Verbreitung
Gründung/ Bestehen seit	1985 (Gründung der ersten Reichsbürgergruppierung Kommissarische Reichsregierung (KRR) in Berlin)
Struktur/Repräsentanz	Die heterogene Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter besteht aus einer Vielzahl von Einzelpersonen und Kleingruppen, die zum Teil miteinander kooperieren, sich zum Teil aber auch scharf voneinander abgrenzen. Neben kleinen, sektenartigen Gruppen mit hohem Organisationsgrad gibt es ebenso lose strukturierte Gruppierungen sowie Einzelpersonen, die nur im Internet aktiv sind oder sich an Behörden wenden. Die Szene unterliegt einem steten Wandel. Bei der Mehrzahl der Reichsbürger und Selbstverwalter in Nordrhein-Westfalen ist keine feste Organisationsbindung erkennbar. Es handelt sich überwiegend um Einzelpersonen sowie Angehörige loser örtlicher Szenen.
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2018	rund 3.200 Anhänger →
Veröffentlichungen	Eigene Internetauftritte der einzelnen Gruppierungen, auf denen umfangreiche Schriftsätze zum Download angeboten werden; entsprechende Diskussionsplattformen

Kurzportrait/Ziele

Inhaltlicher Konsens in der organisatorisch zersplitterten **Reichsbürgerbewegung** sind die Behauptungen, dass erstens das Deutsche Reich in den Grenzen der 1930er Jahre weiterhin existiere und dass zweitens der Bundesrepublik Deutschland die rechtliche Legitimation fehle. Die Bundesrepublik sei deshalb nur eine GmbH und die Behörden seien nur „Scheinbehörden“. Teilweise stellen **Reichsbürger** auch die Behauptung auf, dass eine kommissarische Reichsregierung die Staatsgewalt ausübe, und leiten daraus für sich hoheitliche Befugnisse ab. Die **Selbstverwalter** sind ein Sonderfall. Sie berufen sich auf ein selbst definiertes Naturrecht, wonach sie als Individuen staatliche Hoheitsrechte besitzen und sich in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend betrachten.

Reichsbürger und Selbstverwalter sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland bestreiten beziehungsweise deren Rechtsordnung ablehnen. Diese Auffassung hat zur Folge, dass **Reichsbürger** den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen und Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen. Überdies sind die Anhänger der Überzeugung, nach einem erklärten Austritt aus der angeblichen GmbH auch nicht weiter an bestehende Gesetze gebunden zu sein.

Teile der **Reichsbürger**-Szene überschneiden sich mit der rechtsextremistischen Szene und vertreten rechtsextremistische Argumentationsmuster. So bezeichnet sich die Germaniten Partei aus Vlotho beispielsweise als „Arische Partei“ und verbreitet antisemitische Verschwörungstheorien.

Im Verlauf des Jahres 2018 wurden durch einen der Gruppierung zuzurechnenden selbsternannten „Internationalen Richter im Kriegsrecht“ antisemitische Pamphlete an staatliche Institutionen versandt. Einige bekannte Rechtsextremisten, wie etwa Horst Mahler, versuchten in der Vergangenheit, die **Reichsbürgerbewegung** zu beeinflussen und gründeten eigene Gruppen.

Die Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter** lässt sich idealtypisch in drei Motivgruppen unterteilen: erstens Rechtsextremisten, zweitens Verschwörungstheoretiker und drittens Personen, die sich finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Staat entziehen möchten. Im jeweiligen Einzelfall können sich die Motive unterschiedlich mischen. Etliche **Reichsbürger und Selbstverwalter** haben sich der Szene innerhalb einer Lebenskrise zugewandt. Zudem handelt es sich bei der **Reichsbürger-Szene** um ein Agitationsfeld von Personen mit psychisch auffälligen Verhaltensmustern.

Reichsbürger und Selbstverwalter stellen ein erhebliches Gewaltpotenzial dar. Besorgniserregend sind Gewaltdelikte und ein teilweise umfangreicher Waffenbesitz in der Szene. Gerichte, Polizei und Behörden werden in ihrer Arbeitsweise behindert und deren Mitarbeiter eingeschüchert und bedroht.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Reichsbürger und Selbstverwalter sind verfassungsfeindlich, da sie die freiheitliche demokratische Grundordnung negieren und Aktivitäten gegen die Rechtsordnung entfalten. Zu diesen Aktivitäten gehören unter anderem das Verweigern von Steuerzahlungen und Nichtanerkennen von behördlichen Bescheiden sowie das vermeintliche Errichten eigener „Staaten“. Gerichten und Behörden gegenüber treten

sie durch eine latent – mitunter auch offen – aggressive Verhaltensweise in Erscheinung. Darüber hinaus bestehen Schnittmengen mit der rechtsextremistischen Szene. Als gemeinsames ideologisches Fundament erweist sich ein gebiets- und geschichtsrevisionistisches Weltbild. Die fundamentale Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Institutionen bietet hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung, auch wenn diese Bestrebungen nur zum Teil einen eindeutig rechtsextremistischen Hintergrund haben.



▲ Broschüre Reichsbürger und Selbstverwalter

Die Broschüre des Verfassungsschutzes zu Reichsbürgern und Selbstverwaltern ist online abrufbar unter:
[im.nrw/broschueren-des-verfassungsschutzes](https://www.im.nrw/broschueren-des-verfassungsschutzes)

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Im Jahr 2018 trat vor allem die **Verfassunggebende Versammlung (VV)** in Nordrhein-Westfalen verstärkt öffentlichkeitswirksam auf. Sie gründete sich nach eigenen Angaben 2014 und hat bundesweite Strukturen und Stammtische. In NRW gehören ihr etwa 100 Mitglieder an. Die Anhänger der **VV** gehen davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland mit der Wiedervereinigung erloschen ist. Daher wird durch die **VV** die Legitimation der Bundesrepublik bestritten und behauptet, dass es keine gültigen Gesetze gebe. Ihre Zielsetzung ist, durch die **Verfassunggebende Versammlung** eine neue Verfassung einzusetzen. Hierzu gründete sie am 4. April 2016 den fiktiven Staat „Bundesstaat Deutschland“. Der **VV** sind direkt oder indirekt mindestens 40 Internetauftritte und Kanäle in sozialen Medien wie Youtube, Facebook, Twitter und vk.com zurechenbar. Hier tritt sie auch als „Deutsche Depeschen Bild und Tonagentur/ddb“ auf. Unter diesem Namen betreibt sie ebenfalls ein eigenes Internetradio, auf welchem sie fast täglich Beiträge über angebliche Missstände in Deutschland sendet. Die **VV** verbreitet dabei unter anderem flüchtlingsfeindliche, rassistische sowie antisemitische Positionen und diffamiert das politische System Deutschlands und seine Repräsentanten in Gänze. Außerhalb des Internets verstärkte die **VV** seit September 2018 ihre öffentlichen Aktivitäten. So verteilte sie in mehreren Gemeinden Flyer an private Haushalte. Diese titulierte sie in der Regel als „Amtliche Bekanntmachungen“. Die Flyer enthalten die Aufforderung zur Teilnahme an sogenannten „Volkswahlen“ sowie einen entsprechenden Stimmentzettel.



Web-Angebot von **Verfassunggebende Versammlung**

Die fortwährende organisatorische Neuorientierung der Szene schlug sich in Nordrhein-Westfalen vor allem zunächst in der Gruppierung **Freistaat Preußen** nieder. Bereits im August 2016 zerfiel diese nach einem Streit in zwei Gruppen, die sich gegenseitig die Berechtigung absprachen, den **Freistaat Preußen** zu vertreten. Diese gruppenspezifische Zersplitterung ist bestehen geblieben und zugleich auch exemplarisch für die Szene. Bei den weiteren im Jahr 2018 in Nordrhein-Westfalen

in Erscheinung getretenen Gruppierungen handelt es im Wesentlichen um die **Justiz-Opfer-Hilfe** (auch **Volksgruppe Germaniten/Staat Germanitien**) in Löhne/Rinteln, das **Indigene Volk Germaniten** in Bochum, die **Keltisch-Druidische Glaubensgemeinschaft** mit Vereinssitz in Dormagen und das Netzwerk diverser „reaktiver Gemeinden“ sowie vereinzelter verfestigter Szenen auf lokaler Ebene. Die Aktivitäten des **Vereins für Bio-energetisches Leben** in Hünxe und Bottrop sowie der Agape-Vereine (Agape ist ein neutestamentliches und christliches Wort für die göttliche Liebe) in Gelsenkirchen, Essen und Dortmund sind hingegen weitgehend zum Erliegen gekommen. Der Verein Agape in Gelsenkirchen, dessen Mitglieder überwiegend dem **Reichsbürgerspektrum** zuzurechnen sind, war 2017 dadurch bekannt geworden, dass Angehörige in betrügerischer Absicht massenweise elektronisch generierte Forderungen und SEPA-Lastschriften zum Nachteil der Finanzverwaltungen unter anderem in Nordrhein-Westfalen versandt haben. Mit einer vorgetäuschten Zustimmung im Lastschriftverfahren wurden die Behördenkonten mit hohen Summen belastet. Ein entsprechendes Ermittlungsverfahren ist anhängig.

Etliche **Reichsbürger-Organisationen** bestärken und mobilisieren ihre Anhänger und Sympathisanten zu renitentem Verhalten gegenüber den Behörden. Insbesondere finden sich auf zahlreichen Webseiten Musterschreiben an Behörden, in denen die Nutzer nur noch den Absender und den Empfänger eintragen müssen. Einige Organisationen bieten darüber hinaus Interessenten „Weiterbildungsmaßnahmen“ an, mit denen sie ihre Anhänger für die Auseinandersetzung mit den Behörden befähigen wollen. In Einzelfällen findet auch eine diesbezügliche Beratung statt. Dabei spielte bislang die **Justiz-Opfer-Hilfe** – die für sich den Status einer Weltanschauungsgemeinschaft reklamiert – in der Szene eine wichtige Rolle. Aufgrund interner Zerwürfnisse wurde das bisherige umfangreiche Angebot von im Internet buchbaren Seminaren, Selbstverteidigungskursen und auch Rechtsbeistand stark eingeschränkt. Zu beobachten ist hingegen eine verstärkte Präsenz von Einzelpersonen, die ihre Dienste in einschlägigen Internetauftritten gegen Honorar anbieten. **Reichsbürger und Selbstverwalter** versuchen ebenso die Arbeit der Justizbehörden zu behindern, indem sie Störaktionen im Rahmen von Verhandlungsterminen initiieren. Dabei stellen sie die Identität der Justizmitarbeiter und die Legalität des Gerichts in Frage und versuchen die Durchführung

der Verhandlung zu stören. Auch hier finden sich in den diversen Netzwerken sogenannte Lehrhefte, in denen Scheinargumente geliefert werden, mit denen man die rechtliche Legitimation der Richter entlarven könne. Beabsichtigte gruppendynamische Aktionsformen werden zum Teil auch angekündigt. Im Oktober 2018 wurde auf einer einschlägigen Internetseite gezielt zur Teilnahme an bevorstehenden Gerichtsverhandlungen mit betroffenen Szeneangehörigen als „Prozessbeobachter“ aufgerufen. In einem entsprechenden Kommentar heißt es „SO FREUNDE! Morgen sprengt ich die gesamte PSEUDO-JUSTIZ in der BRD...Das wird in die Geschichte eingehen...IHR WERDET NOCH AN MICH DENKEN“

Politische Öffentlichkeit

Klassische politische Beteiligungsformen nutzt die **Reichsbürger-Szene** eher selten. Die Organisation **staatenlos.info**, die weitgehend identisch ist mit der nordrhein-westfälischen Gruppierung **Neue Ordnung Deutschland**, hielt auch 2018 vor dem Kölner Hauptbahnhof vereinzelt sogenannte Mahnwachen ab, an denen jedoch nur wenige Personen teilnahmen und die kaum Öffentlichkeitswirksamkeit erzielten.

Gewalt und Einschüchterung

Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen staatliche Mitarbeiter von Kommunen, Justiz und Polizei bei Amtshandlungen zu filmen, zu fotografieren oder heimliche Tonaufnahmen zu fertigen. 2018 wurde ein Fall bekannt, in dem ein **Reichsbürger** versucht hatte, mittels einer in einem Kugelschreiber eingebauten Kamera Mittschnitte zu machen. Etliche auf diese Weise entstandene Videos und Audios werden unerlaubt im Internet verbreitet. Dabei schneiden die **Reichsbürger und Selbstverwalter** das Material oft so zurecht, dass die Behördenmitarbeiter inkompetent oder überfordert dargestellt werden. Diese Strategie zielt darauf ab, die Bediensteten einzuschüchtern und von ihrem Handeln abzuhalten. Im Juni 2018 wurde seitens eines selbst ernannten Gerichtshofes eine Zusammenstellung frei recherchierbarer Namen von Angehörigen vornehmlich der Justizverwaltung veröffentlicht. Ebenfalls im Juni 2018 wurden in einem „Bundesstrafregister“ Daten von Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung in Form von „Steckbriefen“ publiziert. Ziel dieser Praktiken ist weniger die breite öffentliche Wahrnehmung als vielmehr die individuelle Verunsicherung einzelner Personen. Darüber hinaus

fielen sogenannte **Reichsbürger und Selbstverwalter** strafrechtlich durch passive Widerstandshandlungen bis hin zu Körperverletzungsdelikten auf. Insbesondere bedrohten **Reichsbürger** immer wieder Vollziehungsbeamte bei der Ausübung ihrer hoheitlichen Aufgaben. Eine besondere Problematik hierbei ist auch eine in großen Teilen der Szene verbreitete Waffenaffinität. Anlässlich einer Durchsuchung bei einem als Waffensammler bekannten **Reichsbürger** in Münster im Februar 2018 stellte die Polizei diverse Schusswaffen und Munition sicher. Als die Polizei einen **Reichsbürger** im Juli 2018 in Selm festnehmen wollte, rammte dieser mit seinem Fahrzeug die eingesetzten Streifenwagen. Im August 2018 griff ein **Reichsbürger** in Köln zwei städtische Bedienstete an. Im September 2018 scheiterte der Versuch eines **Reichsbürgers** mittels einer Onlinebestellung an Chemikalien zu gelangen, die auch zur Herstellung von Sprengstoff geeignet sind.



Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Seit 2014 werden auch in Nordrhein-Westfalen zunehmend Vorfälle mit **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** bekannt. Die Szene beschäftigt durch ihre Aktivitäten intensiv die Behörden. Insbesondere sind die Kommunen betroffen. **Reichsbürger und Selbstverwalter** versuchen, mit ihren absurden Anträgen Behördenmitarbeiter zu verwirren und behindern durch renitentes Verhalten eine zügige Bearbeitung von Vorgängen. Oftmals versuchen sie zum Beispiel Vollziehungsbeamte oder Mitarbeiter von Bürgerbüros einzuschüchtern oder zu bedrohen. Im Jahr 2018 setzte sich diese Entwicklung fort.

Insbesondere wegen der Tötung eines Polizeibeamten durch einen Reichsbürger bei der Zwangseinziehung von dessen Waffen Ende Oktober 2016 in Georgensmünd/Bayern gerieten die Aktivitäten der **Reichsbürger und Selbstverwalter** zunehmend in den Fokus auch der öffentlichen Wahrnehmung. Urkundsdelikte, Volksverhetzungen, passive Widerstandshandlungen und Körperverletzungsdelikte wurden 2018 kontinuierlich registriert. Besonders problematisch ist die in der Szene verbreitete Waffenaffinität sowie die Bereitschaft, Gewaltdelikte zu begehen. Die zuständigen Waffenbehörden prüfen deshalb bei jedem bekannt gewordenen Anhänger der **Reichsbürgerszene** in Nordrhein-Westfalen den Entzug von etwaigen Waffenerlaubnissen.

Reichsbürger und Selbstverwalter sehen sich gelegentlich – neben ihrer Fundamentalopposition zu staatlichen Institutionen – aus innerem Zwang genötigt, in einem verschwörungstheoretischen Umfeld Vorsorge für vermeintlich drohende Endzeitszenarien zu treffen. Obwohl partiell auch Überschneidungen zur Szene der so genannten „Prepper“ (abgeleitet von: to prepare = sich vorbereiten) bestehen, handelt es sich hierbei jedoch nicht um strukturelle Überlappungen oder verstetigte organisatorische Verbindungen. Es ist nicht auszuschließen, dass sich Aktionismus und Aggression in der **Reichsbürger-Szene** weiter verstärken und es zu Radikalisierungseffekten kommt. Deswegen bewertet der Verfassungsschutz die **Reichsbürger und Selbstverwalter** als Bestrebung mit erheblichem Gefahrenpotenzial.

Die virale Verbreitung der **Reichsbürger**-Ideen im Internet wird sich fortsetzen und weitere Sympathisanten zu entsprechenden Aktivitäten mobilisieren. Andererseits zeigen sich Ansätze, dass die repressiven Maßnahmen der Polizeibehörden bei Straftaten, die

Aufklärung über Personen und Aktionen der Szene durch den Verfassungsschutz sowie konsequentes Vorgehen der kommunalen Behörden im Umgang mit **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** zugleich zur Eindämmung des Phänomens beitragen.



Informationsbroschüre des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen zum Thema **Reichsbürger und Selbstverwalter**

Rechtsextremismus im Internet

Bedeutung

Das Internet ist das wichtigste rechtsextremistische Propagandainstrument. Rechtsextremisten greifen neue Möglichkeiten der Selbstinszenierung im Internet umgehend auf und verbreiten ihre Botschaften multimedial und oftmals optisch modern. Dafür sind sie auf allen populären Plattformen und sozialen Medien präsent. Dabei ist der rechtsextremistische Inhalt nicht immer auf den ersten Blick zu erkennen. Teilweise offenbaren sich die menschenverachtenden Botschaften erst bei näherer Betrachtung. Damit versuchen rechtsextremistische Akteure eine möglichst große Gruppe von Personen anzusprechen, ohne diese mit allzu offensichtlicher neonazistischer Propaganda zu verschrecken.

Einflussnahme auf Online-Diskurse

In der rechtsextremistischen Szene kursiert unter anderem ein „Handbuch für Medienguerillas“. In diesem werden Handlungsanleitungen zur Einflussnahme auf die Meinungsbildung in Internet-Diskussionen gegeben. Dabei zielt das Papier nicht darauf ab, den demokratischen Meinungsaustausch zu fördern, sondern politische Gegner zu diskreditieren und zu einer Verrohung der Diskurse beizutragen. Dort heißt es: „Du willst bei Diskussionen im Internet nicht Deinen Gegner überzeugen, das sind eh meist verbohrt Idioten. Es geht um das Publikum. Es geht hier nicht darum wer Recht hat, sondern wer vom Publikum Recht erhält. [...] Sollte man jedoch wirklich mal an jemand geraten der diskutieren kann [...] gibt es nur noch eins: Beleidigen. Und da ziehe jedes Register. Lass nichts aus. Schwacher Punkt ist oftmals die Familie.“

Seit dem Jahr 2017 ist im Internet das Netzwerk „Reconquista Germanica“ in Erscheinung getreten. Die Mitglieder des Netzwerkes, dem zeitweise mehrere tausend Profile angehörten, organisieren sich vor allem auf den Servern der Gaming-Chat-App Discord. Das Netzwerk ist hierarchisch organisiert und nimmt Anleihen an militärischen Befehlsstrukturen. An der Spitze steht eine Person mit dem Aliasnamen „Nicolai Alexander“. Die Online-Gruppierung verfolgt das Ziel, durch koordiniertes Vorgehen in den sozialen Netzwerken bestimmte Kommentare, Videos, etc. zu pushen, um damit die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zumeist richten sich die Kampagnen gegen Flüchtlinge, Muslime, etablierte Medien oder für die Gruppe unliebsamer Politiker. In einem Interview mit dem ARD-Magazin „Kontraste“ räumte „Nicolai Alexander“ eine Förderung durch Russland ein: „Ohne russische Unterstützung wäre das Projekt in dieser

Form wohl nicht möglich gewesen.“ „Reconquista Germanica“ ist ein Beispiel für die Entgrenzung des Rechtsextremismus im virtuellen Raum, da hier Rechtsextremisten, wie zum Beispiel Protagonisten der **Identitären Bewegung**, mit Wut-Usern und Internet trollen zusammenwirken. Zu den Aktivisten zählt auch der damalige Landesvorsitzende der **Jungen Alternative (JA)** in Niedersachsen. Die **JA** Niedersachsen ist ein Beobachtungsobjekt der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde.

Das „Institute for Strategic Dialogue“ (ISD) mit Sitz unter anderem in London ist an dem Fallbeispiel der Auseinandersetzung um den sogenannten Migrationspakt der Vereinten Nationen der Frage nach der Reichweite des rechtsextremistischen Einflusses auf Online-Diskurse nachgegangen. Demnach war das Abkommen zunächst öffentlich kaum beachtet worden. Beginnend im September 2018 setzten unter anderem rechtsextremistische Akteure wie die **Identitäre Bewegung** das Thema auf die Agenda, insbesondere auf YouTube. Eine Welle entsprechender Videos und Onlinepetitionen habe zu einer teilweisen öffentlichen Ablehnung des Paktes geführt und mehreren Regierungen den Impuls geliefert, ihre Sicht auf den bis dahin wenig kontrovers diskutierten Vertrag zu ändern. Dem ISD zufolge war eine Onlinepetition Martin Sellners, des österreichischen Co-Vorsitzenden der **Identitären Bewegung**, mehrere Monate lang der meistgeteilte Link zu diesem Thema in deutschen Social-Media-Kanälen und seine Videos avancierten zu den meistgesehenen YouTube-Clips zum Migrationspakt.

YouTuber

Zunehmend gewinnen rechtsextremistische YouTuber an Bedeutung. Diese Rechtsextremisten betreiben Kanäle auf YouTube, auf denen sie regelmäßig selbst gedrehte Videos veröffentlichen. Einer der aufmerksamkeitsstärksten ist der Kanal „Der Volkslehrer“ des ehemaligen Grundschullehrers Nikolai Nerling aus Berlin. Mindestens einmal pro Woche produziert er ein Video. Diese Videos erreichen jedes Mal eine fünfstelligen Anzahl an Aufrufen, in Einzelfällen sogar eine sechststelligen Anzahl. In seinen Videos gibt Nerling zahlreichen



YouTube Video der Volksgemeinschaft Niederrhein

Rechtsextremisten ein Forum oder berichtet positiv von rechtsextremistischen Veranstaltungen. Beispielsweise begleitete er am 10. Mai und am 8. November 2018 in Bielefeld neonazistische Demonstrationen, in der die Szene ihre Solidarität mit der inhaftier-



YouTube Video der Volksgemeinschaft Niederrhein

ten Holocaustleugnerin Ursula Haberbeck bekundete. Dabei trat er selbst als Redner auf. Bei der Veranstaltung bezeichnete er geschichtliche Bildung von Kindern über die Verbrechen des Nationalsozialismus als „seelische Vergewaltigung“. Seit Dezember 2018 existiert auch eine Facebook-Gruppe „Volkslehrer Freundeskreis Köln“.

Diese verbreitet zum einen die Beiträge über ihre Gruppe und wird zum anderen lokal aktiv, indem sie Flugblätter verteilt. Ein weiterer szeneprominenter YouTuber stammt aus Nordrhein-Westfalen. Frank Kraemer, zugleich rechtsextremistischer Musiker, Versandhändler und Redner, betreibt den Kanal „Der Dritte Blickwinkel“. Mit den Videos erreicht er eine vier- bis fünfstellige Zahl an Aufrufen. Die Videos zeigen überwiegend Interviews, die vor allem Rechtsextremisten ein Forum bieten, ihre Ideologie zu rechtfertigen und zu verbreiten. Beispielsweise thematisiert die Folge „Wahrhaft wehrhaft!“ rechtsextremistischen Kampfsport. Dabei fragt der YouTuber seine verschiedenen Interviewpartner immer wieder, ob das Erlernete auch „alltagstauglich“ sei. Kampfsport wird hier also nicht als Selbstzweck gesehen, sondern als Vorbereitung auf den Straßenkampf.

Außerdem betreibt Kraemer seit 2016 gemeinsam mit einem freien Journalisten, der nicht rechtsextrem ist, den Kanal „Multikulti trifft Nationalismus“. Manche der Videos werden bis zu 200.000 mal aufgerufen. In den Videos diskutieren die beiden Betreiber manchmal zu zweit, manchmal auch mit Gästen grundsätzliche gesellschaftspolitische Themen. Mit diesem Format gelingt es Kraemer, seine Ansichten auch außerhalb der eigenen rechtsextremistischen Szene zu veröffentlichen und trotz der zugrundeliegenden menschenverachtenden Ideologie als legitimen Beitrag in einer pluralistischen Diskussion darzustellen.

Bedrohungen

Rechtsextremisten nutzen das Internet ebenfalls, um vermeintliche politische Gegner einzuschüchtern und zu bedrohen. Im Jahr 2018 haben mehrfach Gastwirte in Nordrhein-Westfalen und Bayern Drohmails erhalten, weil sie ihre Räumlichkeiten mutmaßlich politisch linken Gruppen zur Verfügung gestellt haben. Die Verfasser drohten den Wirten, deren Fenster einzuschlagen oder die Fassaden zu beschmieren. Der Absender lautete „Interventionistische Rechte Kommando Otto Skorzeny“. Skorzeny war Offizier der Waffen-SS und an der Befreiung des unter Arrest gestellten italienischen faschistischen Diktators Benito Mussolini im Jahr 1943 beteiligt. Bislang ist kein Fall bekannt, in dem die Rechtsextremisten die Drohung verwirklichten.

Ende 2018 begann eine Welle von Drohmails an Personen des öffentlichen Lebens (zum Beispiel Künstler, Politiker, Journalisten, Vorsitzende von Vereinen) und öffentliche Einrichtungen, in denen die Absender den Adressaten mit Mord und Sprengstoffanschlägen drohten. Mehrere Gerichtsgebäude wurden nach Bombendrohungen geräumt. Bislang folgten den Drohungen allerdings keine Taten. Gleichwohl sind die Schreiben aus Sicht der Täter ein Erfolg, weil sie die als Feinde ausgemachten Personen einschüchtern. Mittlerweile gibt es eine zweistellige Zahl von Absenderadressen, unter anderem die „Nationalsozialistische Offensive“. Die Schreiben enthalten ähnliche beleidigende und rechtsextremistische Inhalte, weshalb ein Zusammenhang plausibel erscheint. Inzwischen ist ein mutmaßlicher Täter festgenommen worden.

Strafverfahren

Im Februar 2018 endete das Strafverfahren gegen die Betreiber des rechtsextremistischen Internet-Portals „Altermedia Deutschland“ vor dem Oberlandesgericht Stuttgart. Das Gericht verurteilte den Hauptangeklagten zu zweieinhalb Jahren Haft. Die drei mitangeklagten Frauen, davon eine aus Nordrhein-Westfalen, erhielten Bewährungsstrafen von bis zu zwei Jahren. Die Webseite verbreitete umfangreich rechtsextremistische Propaganda, die auch die Leugnung des Holocausts und Gewaltaufrufe gegen Migranten umfasste.

In Nordrhein-Westfalen haben sich die Landesanstalt für Medien, das Landeskriminalamt, die Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime (ZAC NRW), die Justiz und mehrere Medienhäuser zur Initiative „Verfolgen statt nur zu löschen“ zusammengefunden,

Rechtsextremistische Zeitschriften

Zeitschriften dienen im Rechtsextremismus als Meinungs- und Informationssystem, das diese Szene braucht, um gemeinsam aktions- und strategiefähig zu bleiben. Außerdem schaffen sie die Möglichkeit der ideologischen Selbstvergewisserung. Diese Funktionen sind umso wichtiger, je mehr sich der Rechtsextremismus ausdifferenziert und von informellen Strukturen geprägt ist. Medien transportieren ideologische Elemente, aktuelle Kampagnenthemen und Begriffe in die vielfältigen Verästelungen des Rechtsextremismus. Sie halten die Szene auf dem Laufenden und binden die Anhänger ein. Das geschriebene, vor allem das gedruckte Wort hat auch symbolischen Wert: Es gibt rechtsextremistischen Botschaften scheinbares Gewicht, Substanz und Dauerhaftigkeit. Bis in die 1990er Jahre standen Zeitschriften im Vordergrund. Inzwischen haben Websites und vor allem das Social Web den Printmedien weitgehend den Rang abgelaufen. Insofern ist es bemerkenswert, dass Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen seit 2016 mit der **N.S. Heute** und **Reconquista** zwei neuere Ideologieorgane herausbringen. Weiterhin stammt die rechtsextremistische Zeitschrift **Unabhängige Nachrichten** ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen und findet aufgrund ihrer jahrzehntelangen Geschichte Beachtung in der rechtsextremistischen Szene. Die Zeitschrift **Recht und Wahrheit** hat ihren Sitz nach Hessen verlegt.

N.S. Heute

Im März 2017 wurde die Erstausgabe der rechtsextremistischen Zeitschrift **N.S. Heute** im „Sturmzeichen-Verlag“ publiziert. Mit Informationsständen auf überregionalen rechtsextremistischen Veranstaltungen werben die Herausgeber für das Organ. Die Finanzierung des Zeitschriftenprojektes, welches in einer Auflage von 1.500 Exemplaren erscheint, erfolgt nicht zuletzt über Abonnements. Nach Aussage der Verantwortlichen habe die Zeitschrift über 600 Abonnenten. Sie erscheint in einem Zyklus von zwei Monaten und umfasst rund 60 Seiten. Verantwortlicher Schriftleiter und Herausgeber der Publikation und Inhaber des „Sturmzeichen-Verlages“ ist der Dortmunder Rechtsextremist Sascha Krolzig, der auch einer der zwei Vorsitzenden des Bundesvorstandes der Partei **Die Rechte** ist.



Cover der rechtsextremistischen Zeitschrift **N.S. HEUTE**

Diese Publikation begreift sich als Beitrag zur Schulung der bundesweiten Neonazi-Szene, sie spiegelt ihre Ideologie und Erlebniswelt. Das Konzept der Publikation basiert auf den „drei Säulen Weltanschauung, Bewegung und Leben“. Stammautor in der „Säule Weltanschauung“ ist der Düsseldorfer Rechtsextremist Manfred Breidbach. In Heft Nr. 7 (Januar/Februar 2018) veröffentlichte er den ersten Teil eines längeren Beitrags, in dem er für den im Nationalsozialismus vertretenen Rassismus wirbt und Gewalt legitimiert: „Ein Verständnis der Menschheitsgeschichte ist nur dann möglich, wenn wir begreifen, dass sie ein stetiger Kampf der unterschiedlichen Rassen war und ist.“

Ein Artikel in Heft Nr. 11 (September/Oktober 2018) in der „Säule Bewegung“ berichtet ausgiebig über den neonazistischen „Gedenkmarsch“ zum Todestag von Rudolf Hess, der am 18. August 2018 in Berlin stattfand. Der Beitrag versucht zugleich, den Erlebnischarakter der Veranstaltung und die inhaltliche Bedeutung für die Szene zu betonen. Zugleich möchte der Autor die Gegenproteste als lächerlich darstellen, um die eigenen Aktivitäten zu überhöhen.



In der „Säule Leben“ erschienen beispielsweise in Heft Nr. 12 (November/Dezember 2018) mehrere Filmempfehlungen. Nach einer kurzen Inhaltsangabe wird jeweils erläutert, welche Relevanz der Film aus einer rechtsextremistischen Perspektive besitzt. Beispielsweise heißt es zum japanischen Filmklassiker „Die Sieben Samurai“: „Doch der Film vermittelt noch eine weitere wichtige Botschaft: Wo die Herrschenden versagen, muss das Volk den Schutz vor kriminellen Invasoren in seine eigenen Hände nehmen, insbesondere in Krisen- und Bürgerkriegszeiten. Wo sind sie nur, die deutschen Samurai, die wir demnächst dringend brauchen werden?“

Reconquista

Die rechtsextremistische Zeitschrift erscheint seit 2016. Der Name spielt auf die Rückeroberung muslimischer Gebiete in Spanien im Mittelalter durch christliche Herrscher an, die als „Reconquista“ bezeichnet wird. Die Publikation beschäftigt sich mit den Themen Geschichte, Politik und Kultur. Der Herausgeber, ein seit vielen Jahren tätiger rechtsextremistischer Publizist, firmiert unter der Adresse des Dortmunder Kreisverbandes der Partei Die Rechte.

Die einzige im Jahr 2018 publizierte Ausgabe der Zeitschrift widmet sich dem Thema „Masse und Herrschaft“. Im Editorial verdeutlicht der Herausgeber seinen völkischen Nationalismus, in dessen Sichtweise Migranten pauschal eine Bedrohung seien, was letztlich gewalttätiges Handeln rechtfertigt: „So kann eine Masse mit ‚Refugees welcome‘-Fähnchen ihren eigenen Untergang bejubeln, oder aus Lethargie und gefühlter Machtlosigkeit heraus ihrem Tod apathisch entgegengedämmern. Oder aber im Vertrauen auf eine gerechte Sache auch bis zum Letzten kämpfen.“

In einem Beitrag zum Thema „Meinungsfreiheit“ beklagt sich der Autor, dass in der EU angeblich keine Meinungsfreiheit herrsche. Als vermeintlichen Beweis führt er die Strafbarkeit der Volksverhetzung an. Dabei suggeriert er, dass es umstritten sei, ob der Holocaust, den der Autor zu einem „Detail der Geschichtsschreibung“ bagatellisiert, stattgefunden habe. „Für eine Verurteilung wegen Volksverhetzung reicht dabei schon das öffentliche Bekenntnis aus, bestimmte Details der Geschichtsschreibung zur Verfolgung einer Personengruppe nicht glauben zu können, da man selbst Belege zur Hand habe, die diesem Geschichtsbild widersprechen.“

Hier zeigt sich das revisionistische Bemühen, die deutsche Geschichte umzuschreiben, um nationalistische und antisemitische Positionen zu legitimieren.

Unabhängige Nachrichten

Bereits seit 1969 erscheint bundesweit die Monatszeitschrift **Unabhängige Nachrichten**, die vom Oberhausener „Freundeskreis UN e. V.“ herausgegeben wird. Die Herausgeber unterstellen, dass die deutsche Presselandschaft einseitig berichtet und gleichgeschaltet wirke. Die Zeitschrift würde hierzu ein „Gegengewicht“ darstellen. Der interessierte Leser müsse eine Zeitung bekommen, welche ihm nicht „den Einheitsbrei aus vorgefertigter Meinung und ‚Political Correctness‘“ serviere.

Zum inhaltlichen Schwerpunkt der Publikation zählte im Jahr 2018 die Agitation gegen Migranten aus einer völkisch-nationalistischen Perspektive. Dabei wird unverhohlen an dem gesellschaftlichen Leitbild des Nationalsozialismus, der Volksgemeinschaft, angeknüpft. So heißt es in dem Beitrag „Willkommen für alle Welt?“ in der Ausgabe 10/2018: „Uns muss keiner erzählen, was Volksgemeinschaft bedeutet, am wenigsten die uns mit ihrem Humanitätsgesäusel in den Ohren liegenden Politiker und Medien, die alle Elenen der Welt in unsere Sozialsysteme einladen, um die Umvolkung voranzutreiben.“

Des Weiteren verbreiten die **Unabhängigen Nachrichten** die im Rechtsextremismus gängige revisionistische Geschichtsdeutung. In der Ausgabe 11/2018 kritisiert ein Autor in dem Artikel „Vom Tag der Trauer zum traurigen Tag“, dass bei Gedenktagen in Deutschland zu den Opfern der Weltkriege die Kriegsschuld Deutschlands erwähnt werde: „Bei den offiziellen Reden darf die Anklage über die deutsche Alleinschuld an den beiden Weltkriegen nie fehlen.“

Der Hinweis auf von Deutschen begangene Gräueltaten sind fester Bestandteil und notwendiges Ritual bei jedem Gedenken. Das ist der Unterschied zu anderen Völkern, die sich stolz und selbstbewusst ihrer Vergangenheit stellen.“ Ob der Autor stolz und selbstbewusst auf den Holocaust und den Angriffskrieg im 2. Weltkrieg sein möchte oder diese „nur“ relativieren will, erläutert er nicht.



Titelseiten der **Unabhängigen Nachrichten**



Linksextremismus

Linksextremismus

Im Fokus: Anschlussfähigkeit - Einflussnahme - Eingrenzung	160
Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE	162
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	166
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	172
Autonome Linksextremisten	178

Prägend für die Entwicklung des Linksextremismus im Berichtszeitraum ist die autonome linksextremistische Szene. Diese agiert in NRW wie auch bundesweit weiterhin eher aktionsorientiert als ideologiefixiert. Gewalt stellt für diese Szene dabei ein immer stärker akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner dar.

Auch im Jahr 2018 hat sich im Bereich des Hambacher Forstes die Gewaltausübung von Linksextremisten der autonomen Szene weiter verschärft. Neben fortgesetzten Übergriffen gegen das Personal des Unternehmens RWE stiegen die Straftaten gegen Polizeikräfte in Anzahl und Ausmaß erheblich. Dies erfolgte unabhängig von den jährlich stattfindenden Großaktionen der linksextremistisch beeinflussten Kampagne „Ende Gelände“ und den regelmäßig für jedermann angebotenen sogenannten Klima- oder Skillsharing-Camps. Immer wieder kam es zu einzelnen, teilweise lebensgefährlichen Angriffen auf Personen und zu Sabotageakten gegen Einrichtungen von RWE.

Erneut wurden im Jahr 2018 im Rahmen der „Ende Gelände“-Großaktionen Straftaten begangen. Hierzu zählten Hausfriedensbrüche im Tagebau und Kraftwerksblockaden mit gravierenden wirtschaftlichen Folgen. Derartige Aktionen wurden von den Beteiligten als Aktionsformen des „ziviler Ungehorsams“ propagiert und damit für die jeweiligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer vermeintlich gerechtfertigt. Die von der **Interventionistischen Linken (IL)** verfolgten Ziele, bürgerlich-demokratisches Protestpotenzial für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, die Grenzen zwischen extremistischem und demokratischem Protest zu verwischen und sich als Teil einer legitimen Protestbewegung

zu inszenieren, sind insofern erneut aufgegangen. Als ein Ergebnis der massenhaften Mobilisierung bürgerlicher Klimaschützer im Anschluss an die Baumhausräumungen im Hambacher Forst ist es bei der Großaktion gelungen, viele dieser Akteure zu radikalisieren und zu rechtswidrigen Taten zu verleiten. Ein Beispiel ist die rund 36-stündige Gleisblockade der Hambachbahn durch mehr als 1.500 Personen.

Als Besonderheit hervorzuheben ist daneben, dass eine nach den Baumhausräumungen durchgeführte Großdemonstration (Motto „Hambi bleibt!“) unter Beteiligung mehrheitlich demokratischer Gruppen und Einzelpersonen sowie etlicher Familien am 6. Oktober 2018 überwiegend friedlich verlaufen ist. Dennoch suchten am Rande dieser Veranstaltung mehrere Tausend Protestierende trotz bestehender Betretungsverbote den Wald auf.

Ein weiteres Protestfeld mit hoher Anschlussfähigkeit an das demokratische Spektrum war die Änderung des Polizeigesetzes NRW. Insbesondere über die Proteste gegen die neuen Befugnisnormen der Polizei gelang Linksextremisten über das Bündnis „NoPolG“ eine Zusammenarbeit und teilweise Steuerung nichtextremistischer, gesellschaftlicher Akteure. Bei entsprechenden Demonstrationen konnten am 7. Juli 2018 mehr als 9.000 Personen und am 8. Dezember 2018 mehr als 2.000 Personen in Düsseldorf mobilisiert werden. Diese Veranstaltungen blieben aufgrund des mehrheitlich akzeptierten und befolgten gewaltfreien Aktionskonsens wie erwartet friedlich.

Im Fokus: Anschlussfähigkeit – Einflussnahme – Entgrenzung

Auch im Berichtszeitraum war es Strategie linksextremistischer Akteure, demokratischen Protest gezielt zu beeinflussen, als „Schutzraum“ für die eigenen Gesetzesverstöße zu instrumentalisieren und möglichst zu radikalisieren.

Hierzu kann die Auseinandersetzung um den Hambacher Forst als typisches Beispiel dienen. In der Kooperation zwischen extremistischen und nicht-extremistischen Gruppen übernahm das linksextremistisch beeinflusste Bündnis „Ende Gelände“ eine steuernde Rolle hinsichtlich Art, Umfang, Vorbereitung und Durchführung von Versammlungen und Aktionen. Im Rahmen von Veröffentlichungen und öffentlichen Aktionstrainings wurde propagiert, dass die Ausübung sogenannten „zivilen Ungehorsams“ als Protestform wichtig, in weiten Teilen darüber hinaus nicht strafbar und in jedem Fall legitim sei.

Gezielt sollten dadurch potenzielle Versammlungs- beziehungsweise Aktionsteilnehmer aus dem demokratischen Spektrum in ihren Verhaltensweisen radikalisiert zur Tolerierung entsprechender Handlungsweisen veranlasst werden. Die Verfolgung von Straftaten durch Sicherheitsbehörden sollte dabei als Akt der Kriminalisierung stigmatisiert, der Rechtsstaat auch in den Augen des demokratischen Protestspektrums delegitimiert werden.

Darüber hinaus erreichte die Ausübung von Gewalt durch Linksextremisten in der Waldbesetzerszene eine neue Qualität. So wurden im Hambacher Forst Polizeikräfte in menschenverachtender Weise mit Fäkalien beworfen. Die Bilder von Polizistinnen



und Polizisten in fäkalienbeschmutzten Einsatzanzügen gingen tagelang durch die Medien. Im Rahmen der Räummaßnahmen im Oktober 2018 kam es darüber hinaus zu einer Vielzahl von Steinwürfen auf Sicherheitskräfte. Im Wald und auf Zuwegungen wurden zudem Tritt- und Stolperfallen versteckt.

Sowohl der Bewurf mit Steinen als auch die Fallen lassen keinen Zweifel daran zu, dass seitens der linksextremistischen Besetzer schwerste Verletzungen der Einsatzkräfte beabsichtigt, zumindest aber bewusst in Kauf genommen wurden.

In dieses Bild fügen sich Bewürfe mit Brand-sätzen auf Sicherheitskräfte ein, die mehrfach und auch gezielt auf Personen stattgefunden haben. Während in der Militanzdebatte des linken Spektrums gezielte und insbesondere tödlich wirkende Gewalt in der Vergangenheit von der Mehrheit abgelehnt wurde, muss angenommen werden, dass sich die Grenzen für Teile der Besetzerszene im Hambacher Forst in Richtung einer Entgrenzung und Enthemmung erheblich verschoben haben.



Foto: Picture Alliance,
Aufruf zur Gewalt gegen Polizisten

Die zweite Dimension der Entgrenzung war im demokratischen Spektrum zu beobachten. Was in der Zivilgesellschaft unter dem Stichwort „Abgrenzungsreflex“ über Jahre hinweg insbesondere in Bezug auf Rechtsextremisten zu beobachten war, wurde im Hinblick auf linksextremistische Bündnisse und Kampagnen im Berichtszeitraum stark aufgeweicht.

Die Strategie von Extremisten, sich thematisch anschlussfähig und damit zum Bündnispartner demokratischer Akteure zu machen, ging in vielen Fällen im Linksextremismus auf. Linksextremistische Positionen wurden von demokratischen Bündnispartnern entweder übersehen oder als notwendiges Übel in Kauf genommen wurden.

Eindrucksvolle Belege dafür sind etwa die Filmaufnahmen eines Waldspazierganges am 30. September 2018 im Hambacher Forst: Den Ausführungen eines Waldbesetzers zur Wichtigkeit der Gewaltanwendung seitens der Besetzer und zur Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols jubeln hunderte Menschen zu, von denen augenscheinlich ein Großteil dem demokratischen Spektrum zuzurechnen ist.

Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE

Sitz /Verbreitung

»Antikapitalistische Linke (AKL)«: Berlin **marx21**: Berlin, Unterstützerguppe in Nordrhein-Westfalen: Duisburg
Kommunistische Plattform (KPF): Berlin **Linksjugend [‘solid]**: Bundesverband: Berlin, Landesverband: Düsseldorf und Essen

Gründung/Bestehen seit

»Antikapitalistische Linke (AKL)«: 2006 **marx21**: 2007
Kommunistische Plattform (KPF): 1995 **Linksjugend [‘solid]**: 1999

Struktur/ Repräsentanz

»AKL«, **marx21** und **KPF** sind Zusammenschlüsse beziehungsweise Teile der Partei DIE LINKE. Die »Antikapitalistische Linke (AKL)« war zunächst Strömung und ist seit 2013 anerkannter Zusammenschluss innerhalb der Partei DIE LINKE mit sechs Bundessprecherinnen und einem Länderrat, in dem Delegierte aus jedem Bundesland sowie die sympathisierenden Parteivorstandsmitglieder vertreten sind.

marx21 bezeichnet das trotzkistische Netzwerk innerhalb des Zusammenschlusses »Sozialistische Linke (SL)« in der Partei DIE LINKE. Es gibt lokale „Unterstützerguppen“ in den Bundesländern.

Die **Kommunistische Plattform (KPF)** ist ein offen tätiger Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE.

Die **Linksjugend [‘solid]** ist die Jugendorganisation der Partei DIE LINKE mit Bundesgeschäftsstelle, sechs Bundessprechern und 16 Landesverbänden.

Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2018

»Antikapitalistische Linke (AKL)«:
Bund: circa 840
marx21: Bund: circa 300 ➔

Kommunistische Plattform (KPF):

Bund: circa 1.200 ➔

Linksjugend [‘solid]: Bund: über 5.000 aktiv ➔
über 10.000 passiv (Eigenangabe Mai 2015; als passiv
werden automatisch alle unter 35-jährigen Mitglieder der
Partei DIE LINKE gezählt)

Veröffentlichungen

»Antikapitalistische Linke (AKL)«: Web-Angebot **marx21**:
fünfmal jährlich erscheinendes Magazin „**marx21**“,
Web-Angebot sowie Facebook-Auftritt

Kommunistische Plattform (KPF): „Mitteilungen der
Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE“
(monatlich), Web-Angebot sowie Facebook-Auftritt

Linksjugend [‘solid]: regelmäßige Berichterstattung der
Tageszeitung „junge Welt (jW)“ über die politischen Strö-
mungen innerhalb der Partei DIE LINKE, Web-Angebote
zum Teil mit Länderbezug sowie Auftritte sowie in den so-
zialen Medien (Facebook, Twitter, Flickr)

Kurzportrait/Ziele

Die **Kommunistische Plattform (KPF)** strebt in der mar-
xistisch-leninistischen Tradition die Überwindung des Ka-
pitalismus und den Aufbau des Sozialismus als Über-
gangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesell-
schaft an. Die »**Antikapitalistische Linke (AKL)**« steht
nach eigenen Angaben in ihrem Internetauftritt für „[...]“
die Überzeugung, dass die dafür notwendige Verände-
rung der gesellschaftlichen Macht- und Eigentums-

verhältnisse nicht über Regierungskoalitionen mit bürgerlichen Parteien, sondern nur gestützt auf außerparlamentarische soziale Massenbewegungen und gewerkschaftliche Kämpfe erzeugt werden kann.“ Sie will „[...] Forderungen durchsetzen, die das kapitalistische System in Frage stellen, angreifen und letztlich überwinden.“

Die **Linksjugend [‘solid]** tritt für einen Kampf als „SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen [...] für eine libertäre, klassenlose Gesellschaft jenseits von Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat“ ein. Weiter wird im Programm davon ausgegangen, dass gesellschaftliche Veränderungen „schwerpunktmäßig außerhalb der Parlamente“ stattfinden. Dabei bildeten für sie die „berühmten zwei Gräben Reform oder Revolution [...] keinen Widerspruch“.

Finanzierung

Kommunistische Plattform (KPF): Mittel der Partei DIE LINKE und Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei DIE LINKE verfolgt keine Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die Partei DIE LINKE lässt allerdings innerparteilich Zusammenschlüsse zu, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zumindest den Verdacht begründen. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet daher nicht die Partei DIE LINKE als Ganzes, sondern nur die linksextremistischen beziehungsweise die im Verdacht einer linksextremistischen Bestrebung stehenden Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE. Dies sind die »Antikapitalistische Linke (AKL)«, das trotzkistische Netzwerk **marx 21**, die **Kommunistische Plattform (KPF)** und die **Linksjugend [‘solid]**. Gemeinsam ist den genannten Zusammenschlüssen in unterschiedlicher dogmatischer Schärfe nicht nur das Ziel, das „kapitalistische System“ in der Bundesrepublik Deutschland

zu überwinden, sondern auch das Streben nach einer sozialistischen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Deutschland. Beides ist mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

In Nordrhein-Westfalen engagierte sich die **Linksjugend** im Berichtsjahr in verschiedensten Themenbereichen. Neben der Internationalismuserarbeit, im Rahmen derer sie sich unter dem Motto „Solidarität mit Afrin“ an Kundgebungen von Kurden in Deutschland gegen die türkische Militäroffensive beteiligte oder diese selbst anmeldete, trat sie im Rahmen linker, aber auch linksextremistischer Veranstaltungen auf. Proteste gegen Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber, Großkundgebungen gegen das neue Polizeigesetz NRW, Proteste gegen die Aufmärsche rechtsextremer Gruppierungen oder Parteien und die ausdrückliche Solidarität mit der französischen Gelbwesten-Bewegung sowie die Unterstützung der Waldbesetzer im Hambacher Forst. Auch beim Gründungskongress des extremistischen kurdischen Jugenddachverbands „Tevgera Ciwanên soresger“ war die **Linksjugend** [**‘solid**] mit einem Redebeitrag vertreten. Sie machte sich in Dortmund aber auch für „bezahlbaren Wohnraum für alle“ stark.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die **Linksjugend** engagiert sich auch für die Belange linksextremistischer, teilweise gewaltbereiter Gruppierungen und unterstützt diese aktiv bei deren Veranstaltungen und Versammlungen. Dazu gehört voraussichtlich neben der Waldbesetzerszene im Hambacher Forst und der kurdischen Jugend die auch extremistisch beeinflusste Protestbewegung gegen den sogenannten „Mietenwahnsinn“. Ihre nationalen aber auch international ausgerichteten Aktivitäten sind daher weiterhin zu beobachten.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Sitz/Verbreitung	Essen
Gründung/Bestehen seit	1968
Struktur/Repräsentanz	Vorsitz: Patrick Köbele Bezirke: Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen (Leitungsgremium von vier Personen) unterstützte Jugendorganisation: Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2018	Bund: rund 3.000 ➡ NRW: rund 800 ➡
Veröffentlichungen	Publikationen: unsere zeit (uz) , wöchentlich), Marxistische Blätter (theoretische Schriftenreihe); eigenes Web-Angebot
Kurzportrait/Ziele	Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ist neben der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) eine Kernorganisation des orthodox-kommunistischen Linksextremismus. Die Partei versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Sie bekennt sich als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“ zum Marxismus-Leninismus und strebt die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an.
Finanzierung	Überwiegend durch Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Nach Vorstellung der **DKP** soll die Arbeiterklasse als maßgebende gesellschaftsverändernde Kraft durch einen klassenkämpferisch-revolutionären Akt die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse, den Parlamentarismus und den politisch-gesellschaftlichen Pluralismus überwinden. Über die Zwischenstufe des Sozialismus wird eine klassenlose kommunistische Gesellschaft angestrebt, in der alle wesentlichen gesellschaftlichen Gegensätze, insbesondere der zwischen Kapital und Arbeit, aufgehoben sein sollen. Individualgrundrechte haben in diesem Konzept nur noch eine stark eingeschränkte Bedeutung. Damit richtet sich die **DKP** gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

22. Parteitag der DKP vom 2. bis 4. März 2018 in Frankfurt am Main

166 Delegierte des Parteitags bestätigten den auf dem 20. Parteitag im März 2013 gewählten Vorsitzenden Patrick Köbele mit 85 Prozent sowie seine Stellvertreterin Wera Richter mit 87 Prozent und seinen Stellvertreter Hans-Peter Brenner mit 71 Prozent der Stimmenanteile in ihren Funktionen. Der neugewählte Vorstand umfasst darüber hinaus elf weibliche und 18 männliche Parteivertreterinnen und Parteivertreter. Das Durchschnittsalter der Delegierten betrug nach parteiangaben 54 Jahre. Rund 90 Prozent der Delegierten sollen in Gewerkschaften tätig sein.

Inhaltlich wurde der Leitantrag des Parteivorstands „Für Frieden Arbeit Solidarität – Die **DKP** stärken“ mit 14 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen als Richtungsgeber für die Parteiarbeit beschlossen.

Die Kernaussage des Leitantrags wird durch die Wochenzeitschrift der **DKP unsere zeit** so zusammengefasst: „Die **DKP** sieht die politische Perspektive im Kampf für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, dafür will sie im Kampf alle Kräfte sammeln, deren Interessen im Widerspruch zur Offensive der Monopolkonzerne steh[en]“. Zur Erreichung dieser Vorgabe sind nach Maßgabe des Parteivorstands die örtlichen Organisationsformen der Partei zu stärken. Hierzu zählen die klassischen Wohngebietsgruppen und neue Branchengruppen im Rahmen der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.

Am Beispiel der örtlich und bezirklich agierenden, neu gegründeten Branchengruppe Gesundheitswesen, die sich aktiv an den Auseinandersetzungen um eine höhere Personalbemessung im Krankenhauswesen beteiligt hat, soll zukünftig auch eine Branchengruppe Bildung und Erziehung gegründet werden. Die **DKP** hat durch parteiinterne ideologische Auseinandersetzungen sowohl Teile des reformerischen Flügels an den unabhängig von ihr gegründeten und agierenden Verein »Marxistische Linke e.V. (ML)« als auch Teile des bedingungslosen revolutionären Flügels, der die Bündnispolitik im antimonopolistischen Klassenkampf bemängelt, unter anderem an die im Juni 2018 neugegründete »Kommunistische Organisation (KO)« verloren. Dem Antrag über die Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in der **DKP** und dem »Netzwerk: kommunistische Politik« wurde mit großer Mehrheit stattgegeben.

20. Pressefest der DKP vom 7. bis 9. September 2018 in Dortmund

Durch das traditionelle, zweijährlich stattfindende Pressefest gelingt es der **DKP** regelmäßig, mediale Aufmerksamkeit zu erreichen, Kontakte zu linksorientierten Kreisen und Strömungen zu wahren und auch im zivilbürgerlichen Umfeld wahrgenommen zu werden. Im Jubiläumsjahr 2018 (200. Geburtstag von Karl Marx; 100 Jahre Novemberrevolution und Gründung der KPD; 50 Jahre **DKP** und **SDAJ**) hatte das Pressefest einen besonderen Stellenwert für die **DKP**.

Die Finanzierung des Pressefestes war im Vorfeld durch eine Spendensammlung abgesichert worden. Statt der erwarteten 40.000 Euro konnte hierbei eine Spendensumme von über 50.000 Euro erzielt werden.

Das dreitägige, als „Solidaritäts- und Friedensfest der Linken“ bezeichnete Pressefest der parteieigenen Wochenzeitschrift **unsere zeit (uz)** zog im Revierpark Wischlingen nach eigenen Angaben der Partei 40.000 Besucherinnen und Besucher an. Auf 21 Bühnen, in 17 Zelten und in der Kulturhalle bot die Partei ein breit gefächertes Programm an Musik, Kultur und Politik an. Als politischer Höhepunkt wurde das „Antikriegs-Meeting“ aufgeführt. Gemäß dem Beschluss, die friedenspolitische Ausrichtung der **DKP** durch die Sammlung von 30.000 Unterschriften für den Aufruf der Friedensbewegung „Abrüsten statt Aufrüsten“ zu bekräftigen, wurde eine Unterschriftensammlung zum 20. Pressefest der **DKP** vom 7. bis 9. September 2018 in Dortmund geplant. Hierbei wurden tatsächlich über 30.000 Unterschriften für diesen Zweck gesammelt.

Bundesweiter Aktionstag der DKP/SDAJ am 3. November 2018 und Bundesmitgliederversammlung am 4. November 2018 in Kiel

Unter dem Motto „100 Jahre Novemberrevolution - 100 Jahre KPD für eine Ostsee des Friedens“ am 3. November 2018 in Kiel mobilisierte die **DKP** bundesweit zur Teilnahme an einer Demonstration und zu Workshops mit Bezug zur Novemberrevolution an den historischen Stätten in Kiel. An den Veranstaltungen nahmen nach eigenen Angaben 1.000 Personen teil.

Nach dem Beschluss des Parteivorstands vom August 2018, an der Europawahl 2019 teilzunehmen, wurde für den 4. November 2018 die Bundesmitgliederversammlung in Kiel einberufen.

Diese beschloss die Aufstellung der bundesweiten Kandidatenliste der **DKP**. Spitzenplätze der 37 Personen umfassenden Liste besetzen unter anderem Patrick Köbele und Lena Kreymann, die auf dem 23. Bundeskongress der **SDAJ** in Eschborn im März 2018 zur neuen Bundesvorsitzenden der **SDAJ** gewählt worden war.

Im Wahlkampf sollen neben den klassischen Themenfeldern (gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus) friedenspolitische Forderungen im Vordergrund stehen:

- ▶ „Stoppt die 2-Prozent-Forderung der NATO, stoppt die Verdopplung der Rüstungsausgaben!“
- ▶ „Frieden mit Russland – Raus aus der NATO!“
- ▶ „Keine weitere Militarisierung der EU!“

Voraussetzung zur Teilnahme an den Europawahlen am 26. Mai 2019 ist für die **DKP** die Sammlung von 4.000 Unterstützerunterschriften bis zum 4. März 2019.

Bildung - Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen

Den Grundlagen der marxistisch-leninistischen Ausrichtung der **DKP** und damit der Einheit der Partei soll durch ein verstärktes Schulungsangebot Rechnung getragen werden. Über die Wochenzeitschrift **unsere zeit** sollen regelmäßig Bildungsinhalte vermittelt werden. Die Informationspolitik der Parteispitze bezieht ihre Basis zusätzlich durch regelmäßige themenübergreifende „**DKP-Info**“-Publikationen auf dem Internetportal der Partei mit ein.

Eine hohe Spende eines nicht benannten und als parteilosen Freund bezeichneten Spenders ermöglicht es der **DKP** darüber hinaus, die traditionelle Bildungsstätte der Partei, die „Karl-Liebknecht-Schule“ in Leverkusen, nachhaltig zu sanieren. Durch ehrenamtlichen Einsatz von Parteimitgliedern, sogenannte „Subbotnik“-Einsätze, werden hilfsbereite Parteimitglieder und Sympathisanten seit November 2018 einbezogen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Mit der Wiederwahl des Vorsitzenden Patrick Köbele hat sich die Basis der **DKP** für den Weg einer klassischen kommunistischen Partei entschieden. Der Verlust von Mitgliedern wird zugunsten der Einheit und Beschlussfestigkeit einer zentral geführten Kaderpartei in Kauf genommen. Über die Friedenspolitik will die **DKP** Kräfte sammeln und gegen den „umfassenden Rechtsruck“ kämpfen.

Die Europäische Union wird als nicht fortschrittlich reformierbar bezeichnet und die Teilnahme an den Europawahlen als das Angebot für die Alternative zu Ausbeutung und Imperialismus verstanden.

Die **DKP** ist sich ihrer Schwäche bewusst, ist aber einer Kaderpartei entsprechend überzeugt, Einfluss zur Veränderung der Gesellschaft hin zum Sozialismus/Kommunismus nehmen zu können.



Wahlplakat der **DKP** zur Europawahl 2019

Sitz/Verbreitung Gelsenkirchen, bundesweite Verbreitung mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen

Gründung/Bestehen seit 1982

Struktur/Repräsentanz Neben Nordrhein-Westfalen verfügt die Partei in fünf weiteren Bundesländern über einen Landesverband. Zahlreiche Gruppierungen mit nomineller Eigenständigkeit dienen der Partei als struktureller Unterbau, darunter als Nebenorganisation der Jugendverband **Rebell** mit der Kinderorganisation **Rotfüchse**, und kommunale Wahlbündnisse wie »alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)«. Vorsitz: Gabi Fechtner

Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2018 Bund: 2.800 ➔ NRW: rund 750 ➔

Veröffentlichungen Publikationen: **Rote Fahne Magazin**, »**Revolutionärer Weg (RW)**«

Web-Angebote: umfangreiche Internetpräsenz, Rote Fahne News als Online-Nachrichtenmagazin

Kurzporträt/Ziele

Die 1982 aus dem „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD)“ hervorgegangene **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)** versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der „Diktatur des Monopolkapitals“ und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.

Die angestrebte Gesellschaftsordnung soll durch eine Revolution erreicht werden, in deren Verlauf sich die „Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei [Anmerkung der Redaktion: gemeint ist die **MLPD**] zum bewaffneten Aufstand erheben, [...] den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, [...] die Diktatur des Proletariats errichten und [...] gegen die Konterrevolution verteidigen“ müsse. In einem „17 Punkte Kampfprogramm“ führt die Partei aus, dass die „Herrschaft der internationalen Monopole gestürzt und der Sozialismus aufgebaut“ werden müsse. Dies beschränke sich nicht nur auf Deutschland, erklärt die **MLPD** und konkretisiert im eigenen Parteiprogramm: Der Sozialismus stelle eine „Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus“ dar, und mit der „Diktatur des Proletariats organisiere die Arbeiterklasse den Klassenkampf im Sozialismus“. Das gesamte Aktionspotenzial der **MLPD** fußt auf dem geschlossenen marxistisch-leninistischen Weltbild einer klassischen kommunistischen Kaderpartei.

Das Hauptaugenmerk ihrer politischen Arbeit legt die Partei neben der Frauen- und Jugendpolitik, die sie mit vermeintlich eigenständigen organisatorischen Gruppen bearbeitet, vorwiegend auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Sie verbindet dies verstärkt mit einer „sozialistischen“ Umweltpolitik und der Beteiligung an sozialen Protesten in einem internationalen sozialistischen Kontext. Dem Anspruch an Internationalität versucht die **MLPD** durch die 2010 gegründete »Internationale Koordinierung revolutionärer Organisationen und Parteien (ICOR)« der sich seit Gründung weltweit 51 Gruppierungen angeschlossen haben, gerecht zu werden. Da sich die **MLPD** in einer fortdauernden Verfolgungssituation durch den Staat und seine Organe wähnt, agiert sie auf kommunaler Ebene verdeckt. Hier unterstützt die Partei angeblich unabhängige Personenwahlbündnisse wie die Organisation »alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)«, die zum Teil personell mit der **MLPD** verflochten sind.

Finanzierung

Überwiegend durch Mitgliedsbeiträge,
Spenden und Einnahmen aus Vermögen

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **MLPD** bekennt sich nach wie vor zu den Lehren von Marx, Engels, Stalin und Mao Tse-tung und verbindet nach eigener Aussage „den Kampf um die Forderungen der Arbeiter- und Volksbewegungen mit dem Ziel der internationalen sozialistischen Revolution“. Die Zielsetzungen der **MLPD** sind durch verfassungsfeindliche Aussagen geprägt und lassen sich in den drei Kernpunkten Revolution, Diktatur des Proletariats und Kommunismus zusammenfassen.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

MLPD [Internationalistisches Bündnis]

Mit dem im Oktober 2016 auf Initiative der **MLPD** gegründeten Internationalistischen Bündnis mit in Deutschland vertretenen Trägerorganisationen auf Bundesebene beteiligte sich die Partei als Internationalistische Liste/**MLPD** an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und der Bundestagswahl in 2017. Dabei verzeichnete sie Stimmenzuwächse. In einem Interview teilte die Vorsitzende der Partei, Gabi Fechtner, Anfang 2018 darüber hinaus einen Mitgliederzuwachs von acht Prozent der **MLPD** und einen 50-prozentigen Zuwachs des Jugendverbandes Rebell mit. Das internationalistische Bündnis erhöhte darüber hinaus in 2018 die Anzahl der Trägerorganisationen von ursprünglich 16 auf 34 Gruppierungen und Organisationen. Gemäß den Vorgaben des Zentralkomitees als höchstes Entscheidungsgremium der Partei zwischen den Parteitagen stand für die **MLPD** 2018 die Konsolidierung der Partei und des Bündnisses sowie die Vorbereitung der Teilnahme an der Landtagswahl in Thüringen in 2019 im Vordergrund.

Internationalismus - Bündnisarbeit

Als Mitgründerin und Teil der »Internationalen Koordinierung revolutionärer Parteien und Organisationen« (ICOR) beteiligte sich die **MLPD** am weltweiten Aktionstag „Efrin wird leben!“ am 21. März 2018 gegen militärische Aktionen der Türkei im Norden Syriens (Rojava) gegen die überwiegend kurdische Bevölkerung. Mit dem 2014 geschlossenen Solidarpakt der »ICOR« für den kurdischen Befreiungskampf konnte die Partei

nach eigenen Angaben bundesweit 7.700 Personen mobilisieren. In breiten Bündnissen beteiligte sich die **MLPD** in Nordrhein-Westfalen an Demonstrationen in den so bezeichneten Themenfeldern „Antifaschismus“, wie am 26. Mai 2018 am 25. Jahrestag des Brandanschlags in Solingen, und „Antirepression“ am 7. Juli und 8. Dezember 2018 gegen das neue Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.



Foto: Picture Alliance, Demonstration gegen die Vorschläge für ein neues nordrhein-westfälisches Polizeigesetz

In den Bündnissen sieht sich die Partei jedoch auch durch linksorientierte Kräfte einer antikommunistischen Ausgrenzung ausgesetzt. Sie spricht diesbezüglich vom „Liquidatorentum“ der Einheit der Massen gegen den Rechtsruck. Begründet wird diese Ausgrenzung mit dem Verweis auf eine Resolution der » ICOR « „Weltweite Solidarität mit dem gerechten Freiheitskampf des palästinensischen Volkes“, in welcher Israel als zionistisch-imperialistisch bezeichnet wird und die in linksextremistischen Kreisen wie der gewaltorientierten antideutschen Szene als antisemitisch bewertet wird.

Darüber hinaus steht die orthodox-kommunistische **MLPD** mit klaren Bezügen zum Maoismus und Stalinismus in Konfrontation zur linken Szene allgemein und der anarchistischen Szene im Besonderen, da letztere hierarchisch organisierte Ideologien ablehnt. Die **MLPD** geht davon aus, dass es ihr aufgrund ihrer hohen finanziellen Ressourcen und der Vielzahl von Propagandaaktivitäten stärker gelingt, die gewünschte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erlangen. Verbote des Zeigens von Parteiem-

blemen und Verteilverbote von Flyern während einer Demonstration werden von der **MLPD** regelmäßig nicht beachtet und führen oftmals zu getrennt von anderen linksorientierten oder linksextremistischen Veranstaltungen mit eigenen Anmelde-rinnen und Anmeldern in gleichen Themenfeldern.

3. rebellisches Musikfestival vom 18. bis 20. Mai 2018

in Truckenthal/Thüringen Seit 2014 richtet der Jugendverband Rebell in einem Zweijahresrhythmus ein Musikfestival aus. Die **MLPD** übernimmt hierbei einvernehmlich mit dem Jugendverband und dem »Verein rebellisches Musikfestival e. V.«eine integrierende und organisierende Aufgabe.

An dem Festival nahmen nach Angaben der Partei rund 50 Musikbands teil und es wurde von 1.500 Besucherinnen und Besuchern aufgesucht.

Das Festival fand aufgrund des Auftritts der türkischen Musikgruppe »Grup Yorum«, die dem linksextremistischen auslandsbezogenem Spektrum zuzuordnen ist, nach vorherigem Verbot unter strengen Auflagen der Polizei als Versammlungs-behörde statt. Die **MLPD** bezeichnet die Auflagen als im Kern gegen sie selbst ge-richtete Maßnahmen und sieht den Grund hierfür in ihrer wachsenden gesell-schaftlichen Rolle.

Spenden Finanzlage der MLPD

Im Dezember 2017 startete die **MLPD** eine einjährige Spendenkampagne mit dem Ziel, 750.000 Euro für die MLPD zu sammeln und zehn Prozent des Spendenein-gangs an die »Internationale Koordinierung revolutionärer Parteien und Organisati-onen (ICOR)« weiterzuleiten.

Ende Januar 2018 teilte die **MLPD** mit, dass das Spendenziel mit 851.760 Euro übertroffen wurde. Gleichzeitig forderte sie dazu auf, im Jahr 2018 Dauerspender für den Generationswechsel als Investition in die Zukunft zu gewinnen.

Anfang Dezember 2018 folgte der aktuelle Spendenaufruf „Mut und Arbeiterpolitik müssen gestärkt werden“. Der Spendenaufruf wird unter anderem mit Prozesskos-ten in Höhe von über 90.000 Euro begründet.

In diesem Zusammenhang weist die **MLPD** auf die Kündigungen der zentralen Landes- und Kreiskonten der Partei durch die Deutsche Bank und die Postbank in und betont, dass 15 weitere Banken und Sparkassen Eröffnungen von Parteikonten durch die **MLPD** abgelehnt haben. Ebenso wie die durch die Stadt Gelsenkirchen erfolgte Nutzungsuntersagung des Kultursaals „Horster Mitte“, der Zentrale der **MLPD** in Gelsenkirchen, aufgrund nicht eingehaltener baulicher Auflagen, werden diese Maßnahmen als „gleichgeschalteter Angriff“ gegen die Partei interpretiert.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Im Jahr 2019 steht für die **MLPD** die Teilnahme an der Landtagswahl in Thüringen im Vordergrund. Die erforderliche Anzahl an Unterstützerunterschriften scheint bereits im Jahr 2018 erreicht worden zu sein. Die Wahlteilnahme dort ist vor dem Hintergrund eigener Liegenschaften in Thüringen – dem Ferienpark Truckenthal mit jährlichen Sommercamps des Jugendverbands **Rebell** – von hoher Bedeutung für die **MLPD**.

Nach den positiven Wahlergebnissen bei der Bundestags- und Landtagswahl NRW im Jahr 2017 versteht die **MLPD** die Wahlteilnahme als gesamtparteiliche Aufgabe zur Erreichung der Massen im Rahmen des systematischen Parteaufbaus. Eine Wahlteilnahme an der Europawahl 2019 wurde durch die **MLPD** im Berichtsjahr nicht thematisiert. Es ist aber davon auszugehen, dass die Partei mit der internationalistischen Liste/**MLPD** sich aktiv an der Wahl beteiligen wird.

Auf europäischer und auf Bundesebene beanstandet die **MLPD** einen gesellschaftlich polarisierenden „Rechtsruck der Regierung und der bürgerlichen Parteien“, dem es entgegenzuwirken gelte.

Als Kaderpartei sieht sie sich im revolutionären Klassenkampf als gesellschaftliche Alternative für den echten weder reformerischen noch revisionistischen Sozialismus und hofft somit, auch in 2019 durch Teilnahme an der Europawahl und der Landtagswahl in Thüringen, Publikationen und Teilnahmen an Demonstrationen in breiten Themenfeldern Mitglieder im Kampf gegen dem von ihr beanstandeten „modernen“ Antikommunismus zu gewinnen.

Autonome Linksextremisten

Sitz/Verbreitung	Landesweit mit lokalen Schwerpunkten in Ballungszentren
Gründung/Bestehen seit	Ende der 1970er- beziehungsweise Anfang der 1980er-Jahre aus Ausläufern der Studentenbewegung der 1968er-Jahre, der „Sponti-Szene“ der 1970er-Jahre und der Punk-Subkultur entstanden
Struktur/Repräsentanz	Szenestrukturen sind von weitgehend hierarchiefreien Netzwerken mit themen- oder aktionsbezogener Ausrichtung geprägt; das Internet fungiert als offenes Kontaktmedium; überregionale Treffen oder Telefonkonferenzen mit Delegierten örtlicher oder thematisch gebundener Zusammenhänge.
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer	NRW: rund 970 ➡
Veröffentlichungen	hauptsächlich Veröffentlichungen in szenebezogenen Internetportalen, Internetblogs und sozialen Netzwerken
Kurzportrait/Ziele	Die Autonomen als bekannteste Subkultur im Linksextremismus definieren ihre Ziele vorrangig durch Gegenproteste, wohingegen die Formulierung konkreter politischer Ziele – abgesehen von der Eroberung sogenannter „Freiräume“ – kaum festzustellen ist. Staatliche Strukturen und insbesondere Hierarchien und staatliches Gewaltmonopol werden zugunsten eines „selbstbestimmten Lebens“ abgelehnt. Gleichzeitig wenden Autonome zur Durchsetzung ihrer eigenen Auffassungen zunehmend enthemmte Gewalt gegen Meinungsgegner an und versuchen damit, diese einzuschüchtern und gesellschaftliche Diskurse nach ihren Vorstellungen zu steuern.

Finanzierung

Ereignis- oder anlassbezogene Finanzierung von Aktionen und Kampagnen durch Solidaritätskonzerte und -partys oder Spenden.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Insbesondere die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols und der rechtsstaatlichen Ordnung durch die linksautonome Szene bei gleichzeitiger Befürwortung von Gewalt zur Erreichung der eigenen politischen Ziele ist nicht vereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der Kampf für „Freiräume“, also für solche Bereiche, die keiner staatlichen Reglementierung unterliegen und in denen das staatliche Gewaltmonopol keine Gültigkeit besitzt, war im Berichtszeitraum erneut ein Aktionsschwerpunkt der Autonomen in Nordrhein-Westfalen. Die Proteste gegen die Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen bildeten entsprechend im Themenfeld Antirepression ein Hauptbetätigungsfeld. In verschiedenen Städten des Landes, so etwa in Düsseldorf, Köln und Münster, schlossen sich Autonome den Versammlungen des Bündnisses „NoPoIG“ an.

Über den gesamten Berichtszeitraum waren ferner immer wieder Aktionen „gegen Rechts“ festzustellen, die von Autonomen initiiert worden waren oder an denen sich Autonome beteiligten. Auch hier erhoben sie oftmals den Anspruch auf die Definitionshoheit darüber, was als Rassismus beziehungsweise Faschismus zu gelten hat und damit zu bekämpfen ist. Als rassistisch oder faschistisch klassifizierte Personen wurden durch autonome Gruppen in der Folge die Grundrechte teilweise oder vollständig abgesprochen. Neben der körperlichen Unversehrtheit und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung betraf dies insbesondere die teils gewaltsame Einschränkung der Versammlungsfreiheit und der Meinungsfreiheit.

Einen Kristallisationspunkt linksautonomer Gewalt bildete die im Herbst des Jahres 2018 eskalierende Gewalt im Hambacher Forst. Im Zuge der Einsatzmaßnahmen zur Räumung von Barrikaden und Baumhäusern wurden Polizeikräfte von den Besetzern mit Steinen und Fäkalien beworfen. Gezielt schleuderten Besetzer mehrfach auch Brandsätze auf Sicherheitskräfte und nahmen damit schwerste Verletzungen bis hin

zum Tod von Menschen in Kauf. Während die Besetzung und ihre gewaltsame Aufrechterhaltung in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals als Kampf von Umweltaktivisten für Umwelt- und Klimaschutz interpretiert wurden, stellten die Besetzer durch Internetveröffentlichungen und im Rahmen von zum Teil von demokratischen Akteuren angemeldeten Versammlungen ihre eigentlichen Beweggründe dar. So wurden auf großflächigen Transparenten im Bereich der Waldbesetzung zum Beispiel Forderungen wie „Kapitalismus abschaffen, Staaten überwinden, Anarchismus organisieren“ propagiert oder auf der Website der Besetzung klargestellt, dass „[...] der Kampf um Klimagerechtigkeit gleichzeitig ein Kampf um eine herrschaftsfreie Welt jenseits von kapitalistischen Zwängen [...]“ sei.

Die Aufgabe, solche Forderungen nach einer potenziell gewaltsamen Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung in Formeln zu übersetzen, die für die Öffentlichkeit weniger durchschaubar und damit anschlussfähiger sind, übernahm erneut die post-autonome **Interventionistische Linke (IL)**. Die **IL** und das von ihr beeinflusste Bündnis „Ende Gelände“ sehen das Thema Klimaschutz offenbar weiterhin als geeignet an, Grenzen zwischen extremistischem und demokratischem Protest zu verwischen und sich als Teil einer legitimen Protestbewegung zu inszenieren. Wie wenig Strategie und Ziele der **IL** dabei mit demokratischem Protest zu tun haben, ist unter anderem auf der Website der **IL** nachzulesen: „Wir wollen eine radikale Linke, die aktiv gegen Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus insgesamt kämpft, die dabei immer wieder neue Allianzen sucht, die Brüche vertieft, [...] die auf den revolutionären Bruch mit dem nationalen und globalen Kapitalismus, mit der Macht des bürgerlichen Staates [...] orientiert.“

Ziel ist somit die Abschaffung des bestehenden Gesellschaftssystems, die revolutionär, also im Gegensatz zu Reformen vollständig und, falls erforderlich, unter Anwendung von Gewalt erfolgen soll. Dieser Strategie folgend gelang es der **IL** und Ende Gelände mit Slogans wie „System Change Not Climate Change“ im Oktober 2018, mehrere Tausend Menschen aus dem demokratischen Spektrum zur Teilnahme an Versammlungen und „Aktionen zivilen Ungehorsams“ gegen die Rodung des Hambacher Forstes zu mobilisieren. Faktisch kam es im Rahmen dieser sogenannten „Aktionen zivilen Ungehorsams“ wie bereits in den Vorjahren zu einer Vielzahl von Straftaten wie Angriffen auf Polizeibeamte, Hausfriedensbrüchen im Tagebau und Kraftwerksblockaden.

Themenfeld Antifaschismus/Antirassismus: Demonstration des linken Spektrums gegen eine Versammlung der Partei „Die Rechte“ mit dem Thema „Unser Europa ist nicht eure EU! Für Selbstbestimmung und souveräne Nationalstaaten!“ am 14. April 2018 in Dortmund

Gegen diese Versammlung hatte die linke Szene aus dem demokratischen und extremistischen Spektrum über Monate bundesweit mobilisiert und zu Gegendemonstrationen aufgerufen. In diesem Zusammenhang hatten sich insbesondere die lokalen Bündnisse „BlockaDO“ durch die Anmeldung verschiedener Gegendemonstrationen sowie „Dortmund 1404“ im Rahmen der Mobilisierung via Twitter hervorgetan. Insgesamt circa 5.000 Personen waren dem Aufruf gefolgt. Die Teilnehmerzahl aus dem linksextremistischen Spektrum belief sich dabei auf etwa 1.200 bis 1.400 Personen, die überwiegend aus NRW, den angrenzenden Bundesländern sowie verschiedenen Städten im Bundesgebiet angereist waren.

Im Versammlungsverlauf wurden aus dieser Personengruppe heraus die für die links-extremistische Szene typischen Verhaltensmuster gezeigt. So versuchten Personengruppen verschiedener Größe entlang der Aufzugstrecke der rechten Versammlung Einsatzkräfte der Polizei durch „Laufspiele“ beziehungsweise schlagartiges Verlagern der Personengruppe an einen anderen Ort im Einsatzraum zu binden. Darüber hinaus wurde mehrfach versucht, Sperrstellen zu durchbrechen, um an die Aufzugstrecke der rechten Versammlung zu gelangen. Durch ein weiträumiges Sperrkonzept der Polizei sowie konsequente Trennung der politischen Lager entlang der Aufzugstrecke konnte ein direktes Aufeinandertreffen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der gegnerischen Versammlungen verhindert werden. Im Ergebnis verlief das Versammlungsgeschehen weitgehend störungsfrei. Dennoch kam es zu diversen versammlungstypischen Straftaten wie zum Beispiel Verstößen gegen das Versammlungsgesetz, Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte, Landfriedensbruch und Körperverletzungsdelikten. Im Laufe der darauffolgenden Monate offenbarte sich insbesondere in Dortmund weiterhin der Konflikt zwischen den beiden politischen Lagern in Form von mehreren gleichgelagerten Versammlungsgeschehen, wenn auch in deutlich kleinerem Umfang. Es zeigte sich erneut, dass sich seitens der linken Szene Teilnehmer zu Gegenprotesten auch sehr kurzfristig mobilisieren lassen. Dabei spielen lokale sowie überregionale Vernetzungen zwischen den verschiedensten Akteuren und Gruppierungen gleicher Zielrichtung eine nicht unerhebliche Rolle.

Diese weisen ein hohes Maß an Koordination, Flexibilität und kurzen Reaktionszeiten auf. Perspektivisch ist davon auszugehen, dass Dortmund auch weiterhin eine zentrale Rolle im Rechts-Links-Konflikt in NRW spielen wird.

Themenfeld Antirepression: NoPoIG NRW

Ein bedeutsames Themenfeld von Linksextremisten betrifft den Kampf gegen die verschiedensten Formen staatlicher Repression. Mit diesem Begriff werden durch die Szene staatliche Maßnahmen zusammengefasst, die als willkürlich oder als Ausdruck staatlichen Gewalt- beziehungsweise Machtmissbrauchs empfunden werden. Der Kampf gegen Repression wird daher Antirepression genannt.

Großdemonstrationen „NoPoIG NRW“ am 7. Juli 2018 und am 8. Dezember 2018 in Düsseldorf

Anlass der beiden Großdemonstrationen war die geplante Novellierung des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes. Das Gesetz soll insbesondere die Befugnisse der Polizei erweitern. Dies wird von Seiten der Demonstrierenden als Erweiterung der staatlichen Repressionsmöglichkeiten verstanden. Das für diesen Anlass gegründete Bündnis „Nein! Zum neuen Polizeigesetz in NRW“ trat bereits Ende April bei einer kleineren Kundgebung vor dem Landtag NRW in Erscheinung, als der erste Entwurf des Gesetzes im Landtag diskutiert wurde.

Mit zunehmender Konkretisierung des Gesetzesvorhabens wurde das Bündnis von immer mehr Organisationen und ausgewählten Einzelpersonen unterstützt. Hierbei reichte die Bandbreite von Parteien über Gewerkschaften hin zu Fußballfans, zivildemokratischen Gruppen und linksextremistischen Gruppierungen wie der **Interventionistischen Linken**, dem „...ums Ganze!-Bündnis“ oder dem antifaschistischen Bündnis **NIKA (Nationalismus ist keine Alternative)**. Insbesondere der linksextremistische Einfluss auf das Bündnis offenbarte sich nicht nur in den Mobilisierungsaufrufen im Internet, sondern auch bei der Teilnahme an der Demonstration selbst. Hierbei war festzustellen, dass linksextremistische Gruppierungen in mehreren Blöcken des Demonstrationszuges die Mehrheit bildeten. Die Blöcke waren dabei themenfeldbezogen diversifiziert. Je nach Ausrichtung waren somit antikapitalistische, antiimperialistische oder antifaschistische Gruppen federführend. Sichtbar wurde dies durch ein hohes Aufkommen an entsprechenden Fahnen.

Darüber hinaus hielten Personen aus dem linksextremistischen Spektrum Redebeiträge.

Mobilisiert wurde zu den Demonstrationen schwerpunktmäßig im Internet, auf der bündniseigenen Homepage, durch Beiträge in sozialen Netzwerken sowie auf dezentralen Informations-veranstaltungen im Vorfeld der Versammlungen. Kundgebungsreihen anderer Akteure und auch die Fanszenen diverser Fußballvereine in NRW griffen das Thema im Vorfeld der Großdemonstrationen auf und boten für die Mobilisierung eine zusätzliche öffentlichkeitswirksame Bühne. Konsens war bei allen Gruppen, eine „lebendige und bunte Demonstration“ durchzuführen, die „ein Bild der Vielfalt, Kreativität und Offenheit vermitteln“ sollte. Nicht geduldet wurden hierbei insbesondere menschenverachtende Äußerungen.

Zu den Demonstrationen sind Anreisen aus ganz NRW geplant und durchgeführt worden. Die Thematik fand inhaltlich nicht zuletzt aufgrund der Vielzahl potenziell durch das Gesetz betroffener Lebensbereiche einen sehr breiten Anschluss bei vielen gesellschaftlichen Gruppen und entfaltete deshalb auch ein großes überregionales Mobilisierungspotenzial.

Selbst Gruppen, die üblicherweise nicht miteinander sympathisieren, fanden sich im Protest gegen das in Rede stehende Gesetzesvorhaben zusammen. Dies offenbarte sich vor allem bei den teilnehmenden Fangruppen der verschiedenen Fußballvereine, frei nach dem Motto „in den Farben getrennt, in der Sache vereint“. Die Anschlussfähigkeit der Thematik erhöhte die Mobilisierung von linksextremistischen Gruppierungen, wurde von diesen doch die Gelegenheit gesehen, durch eine Zusammenarbeit und die Einflussnahme auf die Demonstrationen Kontakte und mögliche Vernetzungen mit demokratischen Kräften herbeizuführen.

Die Demonstrationen nahmen mit circa 9.300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am 7. Juli 2018 und 2.400 am 8. Dezember 2018 bis auf das vereinzelte Abbrennen von Pyrotechnik einen störungsfreien Verlauf. Eine Eskalation der Ereignisse hätte die Diskussion über das Gesetz in eine für das Bündnis unerwünschte Richtung gelenkt und die Befürwortung der Öffentlichkeit zu dem Gesetzesvorhaben erhöht. Ein störungsfreier Verlauf lag somit im Interesse aller Teilnehmer.

Themenfeld Antirepression: Autonomes Zentrum Köln

Beim Autonomen Zentrum Köln (AZ Köln) handelt es sich um eine von der Stadt Köln mit einem zeitlich befristeten Mietvertrag überlassene Immobilie in der Kölner Südstadt. Nach eigener Darstellung ist das AZ „ein Treffpunkt für organisierte und nicht-organisierte Menschen aus den verschiedensten sozialen, politischen und kulturellen Zusammenhängen“ aber ebenso auch „der Startpunkt für den Angriff auf die beengenden und unterdrückenden gesellschaftlichen Verhältnisse.“

Das AZ bietet neben Büro- und Aufenthaltsräumen auch Veranstaltungsräume, die von linksextremistischen Organisationen wie zum Beispiel der **Interventionistischen Linken (IL)** Ortsgruppe Köln oder dem **Antifa AK Köln** genutzt werden. In diesen Räumlichkeiten finden sowohl Vorbereitungen für Veranstaltungen der lokalen und regionalen linksextremistischen Szene als auch Logistik- und Ressourcengenerierungen statt. Im Berichtszeitraum ist neben der beschriebenen üblichen Nutzung durch Linksextremisten die Unterstützung der überwiegend anarchistisch geprägten und gewaltbereiten Besetzerszene des Hambacher Forstes hervorzuheben. Dies gilt auch für deren teilweise extremistisches beziehungsweise extremistisch beeinflusstes Unterstützernetzwerk. Darüber hinaus entwickelte sich im Laufe des Jahres eine maßgeblich von linksextremistischen Gruppen und Einzelpersonen unterstützte, einseitige Zuspitzung des Konfliktes über den eigentlich zum Jahresende auslaufenden Mietvertrag mit der Stadt Köln. Im Zuge des beschriebenen Konfliktes und der begleitend dazu stattfindenden Informations-/Solidaritätsveranstaltungen und Kundgebungen kam es zu einer feststellbaren Eskalation von Seiten der Unterstützer des Fortbestandes des AZ am aktuellen Standort. Die beschriebene Zuspitzung konnte dabei sowohl im Duktus wie auch im Verlauf der dazu stattfindenden Aktionen festgestellt werden. Beispielhaft für diesen verwendeten Duktus der Veröffentlichungen stehen hierbei:

- ▶ April-Veranstaltung „Reclaim the Streets“: „Kein Tag ohne Autonomes Zentrum“ – „Das AZ freut sich auf seine Freund*innen und Kinder“
- ▶ Juni-Veranstaltung „Reclaim Zülpicher Platz“: „Bringt Freund*innen, Farbe und Lust auf Action mit...“
- ▶ Oktober-Veranstaltung „RabAZ in Köln“: „Im Oktober wollen wir uns warm laufen und der Stadt und ihren Verantwortlichen eine (un)ordentliche Kostprobe zu geben! Eine Räumung unserer Projekte wird auf den vielfältigen Widerstand stoßen!“

Während die ersten Veranstaltungen angemeldet und ohne nennenswerte Vorkommnisse abliefen, kam es in der Folge vermehrt auch zu unangemeldeten Aktionen und szenetypischen Straftaten wie Verstößen gegen das Versammlungs- sowie das Sprengstoffgesetz und Sachbeschädigungen durch Graffiti. Obwohl die vorzeitige, aber weiterhin befristete Verlängerung des Mietvertrages durch die Stadt Köln befriedigenden Charakter besitzt, bleibt das AZ Köln ein Themenschwerpunkt für den Bereich Linksextremismus. Es ist weiterhin der wichtigste Anlaufpunkt des lokalen, regionalen und überregionalen linksextremistischen Spektrums im Regierungsbezirk Köln. Die lokale linksextremistische Szene hat ihren hohen Organisations- und Vernetzungsgrad unter Beweis gestellt und es ist anzunehmen, dass ohne die befristete Lösung des Konfliktes wohl auch mit einer weiteren gewalttätigen Eskalation zu rechnen gewesen wäre.

Themenfeld Antirepression: Hausbesetzung in Aachen

Im Zeitraum vom 30. Juni bis 20. Juli 2018 kam es zu einer Besetzung eines leerstehenden Gebäudes der RWTH Aachen durch eine unbekannte Gruppe. Die Besetzung sollte ursprünglich zum Zwecke der Durchführung einer einwöchigen Aktions- und Veranstaltungsreihe zu verschiedenen gesellschaftlichen Themenfeldern erfolgen. Während der Dauer der Besetzung kam es zu szenetypischen Straftaten (unter anderem Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch), die verschiedenen Themenfeldern linksextremistischer Betätigung wie Antigentrifizierung, Antirepression und Antifaschismus zugerechnet werden können. Auch ein Bezug zur überwiegend anarchistisch geprägten und gewaltbereiten Besetzerszene des Hambacher Forstes wurde durch personelle Überschneidungen offenkundig.

Ende Gelände - Hambacher Forst

Das durch die **Interventionistische Linke (IL)** linksextremistisch beeinflusste Bündnis „Ende Gelände“ (EG) beteiligte sich auch im Jahr 2018 vielfältig an den Protesten am und im Hambacher Forst. Bereits frühzeitig, zu Beginn des Jahres, wurde die Unterstützung der überwiegend anarchistisch geprägten und gewaltbereiten Besetzerszene des Hambacher Forstes im Rahmen einer eigenen sogenannten Massenaktion des mit der behaupteten Rechtfertigung des „zivilen Ungehorsams“ durch die **IL** angekündigt.

In der Folge kam es zu einer Vielzahl von Informations- und Vernetzungsveranstaltungen. Auch Aktionstrainings zur Vorbereitung der als „Aktionstage“ deklarierten Massenaktion wurden durchgeführt. Hierbei wurde unter anderem auch das sogenannte „Durchfließen von Polizeiketten“ vermittelt. Dabei handelt es sich um ein Synonym für das bei Aktionstrainings geübte Durchbrechen von Polizeiabsperungen auch unter Anwendung von Gewalt. Das ist auch unter dem Begriff „Fingertaktik“ bekannt, wobei den einzelnen Aktionsgruppen den sogenannten „Fingern“ jeweils Farben zugewiesen werden, so dass diese auf farbliche Signale hin unterschiedlich agieren.

Darüber hinaus beteiligte sich EG an Aktionen, die sich direkt gegen Räumungsmaßnahmen im Hambacher Forst richteten, unterstützte sie und führte sie auch selbst durch. Beispielhaft hierfür sind die Unterstützung der maßgeblich linksextremistisch beeinflussten und gesteuerten Kampagne „Aktion Unterholz“ und die von einzelnen Ortsgruppen der EG durchgeführte Aktion während der zivildemokratischen Demonstration



Baumhaus der Besetzerszene im Hambacher Forst

„WALD RETTEN - KOHLE STOPPEN“ am 6. Oktober 2018 am Hambacher Forst. Dabei wurden ebenfalls unter Anwendung von Gewalt Polizeiabsperrungen durchbrochen und der Hambacher Forst symbolisch besetzt.

Die Massenaktion von EG selbst fand im Zeitraum 25. bis 29. Oktober 2018 statt. Es kam zu Anreisen von Teilnehmern aus dem In- und Ausland, unter denen sich auch Einzelpersonen und Kleingruppen befanden, die dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnen sind.

Die Anreise erfolgte überwiegend mit Bussen und mit einem von EG organisierten Sonderzug, der von Prag über Dresden, Leipzig, Berlin und Hannover nach Düren fuhr. Während der Massenaktion kam es zu einer Vielzahl von Straftaten, die von tätlichem Angriff und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte über gefährlichen Eingriff in den Bahnverkehr bis hin zu massenhaftem Hausfriedensbruch reichten. Kernelement der Massenaktion, bei der auch die „Fingertaktik“ eingesetzt wurde, war eine rund 36-stündige Besetzung der sogenannten Hambach-Bahn durch mehrere Personengruppen (sogenannte „Finger“).

Im Vorfeld der Besetzung musste die Bundesautobahn 4 in Höhe des Autobahnkreuzes Kerpen für mehrere Stunden voll gesperrt werden, nachdem Demonstranten zunächst Polizeiabsperrungen durchbrochen hatten und auf die Fahrbahn getreten waren.

Teilnehmer eines weiteren „Fingers“ versuchten andernorts mehrfach, gewaltsam Polizeiabsperrungen zu durchbrechen, um in den Tagebau In den einzudringen. Während des gesamten Zeitraums der Massenaktion sowohl Baggerbesetzungen als auch gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die bereits im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg festgestellten Tendenzen der Autonomen, ihre Organisationsfeindlichkeit zugunsten einer stärkeren nationalen und internationalen Vernetzung teilweise aufzugeben, konnten insbesondere bei den Protesten im Hambacher Forst weiter beobachtet werden.

Offenbar stellen die mit der Vernetzung verbundenen Vorteile einen Anreiz dar, organisationsfeindliche autonome Grundpositionen gegen ein größeres Mobilisierungs- und Protestpotenzial einzutauschen.

Für das Jahr 2019 ist zu erwarten, dass autonome gewaltbereite Zusammenschlüsse weiterhin im Hambacher Forst aktiv bleiben und sich an Protestaktionen beteiligen, die sich gegen die Abholzung des Waldes und die Kohleverstromung richten. Das vordringliche Ziel wird der autonomen Idee zufolge dabei jedoch der Kampf gegen das „kapitalistische System“ bleiben, das nach Auffassung der Linksextremisten in der Abholzung eines Waldes durch RWE aus Gründen der Gewinnzielumsetzung im Bereich des Hambacher Forstes beispielhaft seinen Ausdruck findet. Für die autonome gewaltbereite Szene ist der Hambacher Forst Aktions- und Rückzugsraum. Es ist davon auszugehen, dass aus dem besetzten Forst heraus weiterhin Straftaten zum Nachteil von RWE und RWE-Personal begangen werden. Dies inzwischen unabhängig von der Frage, ob der Forst gerodet wird oder nicht. Der Klimaschutz wird zur bloßen Camouflage für den Kampf „gegen das System“.

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G7-Gipfel, der vom 25. bis 27. August 2019 in Biarritz/Frankreich stattfindet, ist aufgrund der Vernetzungsaktivitäten des autonomen Spektrums eine Teilnahme von Autonomen auch aus Nordrhein-Westfalen nicht auszuschließen.



Mobilisierungs-Plakat „Hambacher Forst bleibt!“



Auslandbezogener Extremismus

Auslandsbezogener Extremismus

Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe)	194
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (DHKP-C)	202
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	206

Im säkularen auslandsbezogenen Extremismus liegt der Schwerpunkt der Beobachtung durch den Verfassungsschutz auf Organisationen mit Türkeibezug.

Es handelt sich dabei unter anderem um die in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegte **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** sowie um die verbotene linksextremistische **Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)** und um die nationalistisch-türkische »**Ülkücü-Bewegung**« (sogenannte »Graue Wölfe«).

Politik, Strategien und Aktionen dieser Organisationen in Deutschland werden entscheidend von den aktuellen Entwicklungen in der Türkei bestimmt. Darüber hinaus reagiert die **PKK** aber auch auf die Kampfhandlungen um Afrin in den nordsyrischen Kurdengebieten.

Sowohl die **PKK** als auch die **DHKP-C** streben auch durch den Einsatz von Gewalt und Terror eine radikale Veränderung der politischen Verhältnisse in der Türkei an. Der **PKK** geht es zudem nach wie vor um die Anerkennung autonomer Rechte in den kurdischen Siedlungsgebieten.

Die in Deutschland lebenden Anhänger aller drei Organisationen sind abhängig von den Weisungen der Organisationen im Heimatland Türkei.

Vorgaben der Organisationsspitze werden in diesen hierarchisch strukturierten Organisationen stringent umgesetzt. Der Grad der Militanz, der sich im Versammlungsgeschehen oder aber in der direkten Konfrontation mit dem politischen Gegner hierzulande abbildet, ist im Wesentlichen abhängig davon, wie konfrontativ die politischen Auseinandersetzungen in der Türkei geführt werden.

Insofern wirkt sich die innenpolitische Lage in der Türkei immer wieder auf die innere Sicherheit in NRW aus.

Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe)



Sitz/Verbreitung

Der größte in Deutschland existierende Dachverband der »Ülkücü-Bewegung« ist die »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine e. V. (ADÜTDF)«. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Unter der »ADÜTDF« organisieren sich in Nordrhein-Westfalen etwa 70 Vereine mit circa 2.000 Mitgliedern.

Gründung/ Bestehen seit

Die »Ülkücü-Bewegung«, die auch als »Graue Wölfe« bezeichnet wird, geht aus der Turkisten- oder Turanisten-Bewegung des ersten Jahrzehntes des 20. Jahrhunderts hervor. Neben der nationalistischen Ideologie kam in den 1970er-Jahren der Islam als prägendes Element hinzu und machte die »Ülkücü-Bewegung« zu einem Träger der sogenannten „türkisch-islamischen Synthese“. In diesen Zeitraum fällt auch die erstmalige Ausformung der Bewegung als eine politische Partei, der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ - MHP.

Bei der »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. (ADÜTDF)« handelt es sich um die Deutschlandorganisation der MHP. Sie wurde 1978 in Frankfurt am Main zunächst als »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.« gegründet.

Struktur/ Repräsentanz

Die MHP und die »ADÜTDF« sind Kernorganisationen der »Ülkücü-Bewegung«. Ihre Ideologie orientiert sich an den Lehren des Journalisten und Buchautoren Nihal Atsız, des türkischen Staatsgründers Kemal Atatürk sowie des MHP-Gründers Alparslan Türkeş. In zahlreichen »ADÜTDF«-Vereinen findet zudem eine Verehrung der türkischen Unterweltgröße Abdullah Catli (1956 bis 1996), der ein Verfechter der „Turanistischen Idee“ war, statt. Ihm werden unter anderem mehrere politische Morde zur Last

gelegt. Die Organisationsstruktur der »ADÜTDF« ist streng hierarchisch. So werden Weisungen der Parteizentrale der MHP in Ankara sowie der »ADÜTDF«-Führung in aller Regel sofort in den örtlichen Vereinen umgesetzt, da ansonsten der Ausschluss aus der Dachverbandstruktur droht.

Die »Ülkücü-Bewegung« formiert sich neben den Dachverbänden auch in nicht organisierten Strukturen. Dort findet die Vernetzung vornehmlich über soziale Medien statt. Durch das dortige Veröffentlichen von extremen Texten und Bildern wird die ganze Bandbreite der Ideologie offenbart.

Seit 2015 war zu beobachten, dass sich neben den traditionellen »ADÜTDF«- Vereinen auch rockerähnliche Gruppierungen mit überwiegend türkischen Mitgliedern gründeten. Dazu gehörte unter anderem der Verein »Turan e. V.«, dessen Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen liegt. Bereits in 2017 zeichnete sich jedoch ein rückgängiger Mitgliederzugang ab, so dass derzeit offenbar nur noch ein Chapter des »Turan e. V.« existiert.

Mitglieder/Anhänger/
Unterstützer

»Ülkücü-Bewegung«:
Bund: circa 4.000
NRW: circa 1.100

Vereinsgebundene »ADÜTDF«-Mitglieder:
Bund: circa 7.000 → NRW: circa 2.000 →

Veröffentlichungen

Publikation: Bülten (Bulletin der Türkischen Föderation)
Web-Angebot: türkischsprachige Homepage der »ADÜTDF«, einzelne Beiträge auch in deutscher Sprache veröffentlicht; Verbreitung der Ideologie der sogenannten »Grauen Wölfe« auf verschiedenen Plattformen wie sozialen Netzwerken und Videoportalen; Intensive Verlinkung der Web-Angebote untereinander

Kurzportrait/Ziele

Ihre Wurzeln hat die Ideologie der »Ülkücü-Bewegung«, die geprägt ist von der Forderung nach einer „Wiedervereinigung“ aller Turkvölker in einem Staat, im Panturkismus/Turanismus. Dieser Anspruch resultiert aus einem übersteigerten Nationalbewusstsein, das die türkische Nation sowohl politisch-territorial als auch ethnisch-kulturell als überlegen ansieht.

Grundsätzlich kann innerhalb der »Ülkücü-Bewegung« von drei ideologischen Ausrichtungen gesprochen werden. Je nach Ausrichtung der jeweiligen Organisationen stehen islamische, ultranationalistische oder rassistische Inhalte im Vordergrund. Eine Strömung der »Ülkücü-Bewegung« ist stark rassistisch orientiert und basiert auf den Gedanken des Alt-Türkentums. Daneben verherrlicht eine weitere Strömung das Türkentum und verfolgt im Wesentlichen die Ziele der Partei Milliyetçi Hareket Partisi (MHP). Diese Strömung verfügt im Ausland über Massenorganisationen wie die »ADÜTDF«. Eine dritte Variante ist stark am Islam ausgerichtet und orientiert sich an der in der Türkei aktiven „Büyük Bilişim Partisi (BBP)“.

Nach außen bemühen sich die Dachverbände der »Ülkücü-Bewegung«, insbesondere die »ADÜTDF«, um ein gesetzeskonformes Verhalten. Kurden werden allerdings

generalisierend als Verräter und Terroristen stigmatisiert. Dem ideologischem Verständnis folgend sind Kurden ein seinem Ursprung nach entfremdetes, turkstämmiges Volk, dessen Bekämpfung gerechtfertigt ist. Diese Ideologie findet ihren Ausdruck sowohl in verbaler Hetze im Internet als auch in körperlichen Auseinandersetzungen oder bei gewalttätigen Konfrontationen bei Demonstrationen.

Die Dachverbände tragen als Ideologieträger so dazu bei, das Konfliktpotential zwischen Kurden und Türken zu schüren, auch wenn von ihnen selbst keine offenen Bekenntnisse oder Aufrufe zur Gewalt ausgehen.

Neben den Dachverbänden entstanden seit 2015 rockerverähnliche Gruppierungen so zum Beispiel »Turan e. V.«. Nach ihrem Selbstverständnis handelt es sich bei »Turan e. V.« um eine Hilfsinstitution zum Schutz der Interessen der Türken in Deutschland, welche sich für das Türkentum und gegen die **PKK** einsetzen. Obgleich sich diese Gruppierungen nach außen hin als türkisch-nationale Bruderschaft darstellen, sind insbesondere bei dem schwerpunktmäßig in Nordrhein-Westfalen vertretenen »Turan e. V.« rechtsextremistische Inhalte erkennbar.

»Turan e. V.« verfolgt die rassistische Ideologie des Turanismus. Diese umfasst die Errichtung eines Großreiches »Turan«, eines (fiktiven) ethnisch homogenen Staates unter der Führung der Türken, welcher die Siedlungsgebiete der Turkvölker umfasst. Diese reichen je nach Auslegung vom Balkan bis nach Westchina oder sogar Japan. Zitate eines der Vordenker der »Ülkücü-Bewegung«, Nihal Atsız, werden regelmäßig verbreitet und auch die verwendete Ikonografie lässt eine derartige ideologische Verortung zu.

Die politische Ausrichtung wird von der Gruppierung offen zum Beispiel über Facebook kommuniziert, wird aber auch wie zuvor beschrieben bei öffentlichen Veranstaltungen gelebt. Damit einhergehend ist eine rassistische Feindbildorientierung insbesondere gegen Kurden, Armenier, Griechen und Juden zu finden. Generell wird jeder zum Feindbild deklariert, der eine abweichende Meinung zu türkischen Interessen hat. Ein autoritäres und antipluralistisches Gesellschaftsverständnis, gepaart mit einem extremen Nationalismus und Führerkult münden in der Theorie einer generellen Überlegenheit der „türkischen Rasse“. Dieser Führerkult offenbart sich zum einen in der Verehrung des Alparslan Türkes, dem Gründer der MHP als ewigem Führer (Basbug), als auch in einer streng hierarchischen Struktur.

Im Februar 2018 erklärte »Turan e. V.« internetöffentlich die Auflösung seiner „dach verbandlichen“ Struktur und verabschiedete seine wenigen verbliebenen lokalen Chapter in die Autonomie. Aktuell ist daher lediglich vom Fortbestand einer kleiner Gruppe von „Turan-Aktivisten“, die noch einen regelmäßigen Treffpunkt haben, auszugehen.

Das wichtigste Erkennungszeichen der Bewegung ist der graue Wolf (Bozkurt). Der graue Wolf hat seinen Ursprung in der türkischen Mythologie, wo er als Retter der Turkvölker und Garant des Sieges beschrieben wird. Von den Anhängern der »Ülkücü-Bewegung« wird daher die zum Wolfsgruß geformte Hand als Gruß und als gegenseitiges Erkennungszeichen, aber auch als Provokation politischer Gegner benutzt.



Logo der türkischen Partei MHP

Eine weitere symbolische Bedeutung haben die drei weißen Halbmonde auf rotem Grund. Sie sollen an die osmanische Kriegsflagge erinnern. So sind die drei Halbmonde auf dem Logo der türkischen Partei MHP zu finden, die sich für eine nationalistische Ausrichtung der türkischen Gesellschaft und Politik einsetzt, zieren aber ebenso das Emblem der »Turan e. V.«.

Ferner ist Musik ein grundlegender Bestandteil der »Ülkücü«-Kultur. Um ihren Ideen und Idealen Ausdruck zu verleihen, bedienen sich dabei »Ülkücü«-Anhänger verschiedener Musikrichtungen. Die Musik wird unabhängig vom jeweiligen Musikstil, der von türkisch-traditionell über mystische Klänge bis zum Hip-Hop und Rap reicht, mit Gedichten, Texten und Sprechgesängen versehen, die oft einen pathetischen Charakter haben. Eine hauptsächlich jugendliche Anhängerschaft findet der in Deutschland Ende der 1990er-Jahre entstandene deutsch-türkische Rap. Die in den einschlägigen Videoportalen zu findenden Songs sind häufig mit Bildern symbolträchtiger Gebäude, türkischer Soldaten und Fahnen sowie den Kennzeichen der »Ülkücü-Bewegung« hinterlegt. Mit den Songs werden überwiegend diverse Männlichkeitsklischees bedient, indem die jugendlichen Protagonisten als besonders „abgehärtete Männer“ dargestellt werden, die ihre Feinde und Gegner „nieder machen“.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge aus zugehörigen Vereinen, Spendengelder und Sponsoring

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Durch ihr extrem nationalistisches Gedankengut bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht, dass die »Ülkücü-Bewegung« Ziele verfolgt, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung beziehungsweise gegen das friedliche Zusammenleben der Völker richten und zugleich gegen den im Grundgesetz garantierten Gleichheitsgrundsatz verstoßen. Sie erfüllt damit die Voraussetzungen zur Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 VSG NRW).

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die türkische Militäroffensive „Olivenzweig“ in den kurdischen Siedlungsgebieten im Norden Syriens wurde seitens der »Ülkücü«-Szene durchweg als positiv bewertet. Dennoch kam es im Rahmen von Kundgebungen gegen die türkische Militäroperation in der ersten Jahreshälfte 2018, trotz des Spannungsfeldes zwischen türkischen Rechtsnationalisten und Anhängern der **PKK**, nur vereinzelt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Auch nach wiederholten Anschlägen auf türkische Vereine und Moscheen als Reaktion auf den Militärschlag reagierte die »Ülkücü«-Szene nicht mit gewaltsamen Gegenschlägen. Dies ist letztendlich der Tatsache geschuldet, dass seitens der Dachverbände zur Ruhe aufgerufen wurde.

Eins der wichtigsten Themen der »Ülkücü«-Szene im Berichtszeitraum war der Staatsbesuch des Staatspräsidenten Erdogan vom 27. bis 29. September 2018 in Berlin und Köln. Der Besuch wurde überwiegend als freudiges Ereignis wahrgenommen und löste in der Bewegung positive Reaktionen aus. Am 16. Dezember 2018 wurde in der Eventhalle Schwelm das 40-jährige Bestehen des Wuppertaler »ADÜTDF« Vereines mit circa 2000 Teilnehmern gefeiert. Ebenso fand die jährlich im Dezember wiederkehrende Musik- und Kulturfeier des »ADÜTDF«-Kreisverbandes am 26.12.2018 in den Fredenbaumhallen in Dortmund mit 1.500 Besuchern statt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der sich bereits im Anschluss an den Putschversuch in der Türkei am 15. Juli 2016 abzeichnende Schulterschluss zwischen der »Ülkücü«-Szene, insbesondere der »ADÜTDF« und der türkischen Regierung sowie der Regierungspartei AKP, findet nach der vorgezogenen Parlaments- und Präsidentschaftswahl am 24. Juni 2018 seine Fortsetzung.

Mit der Regierungsbeteiligung hat sich die MHP der Gefahr eines Bedeutungsverlustes ausgesetzt, da zunehmend Themen der MHP durch die AKP besetzt werden. Wahrnehmbar ist dies insbesondere durch eine zunehmende pro-Erdogan Stimmung in Deutschland.

Die politische Allianz der MHP und der AKP in der Türkei konnte somit auf die »Ülkücü«-Anhängerschaft in Deutschland übertragen werden.

Im Oktober 2018 kündigte jedoch der Vorsitzende der MHP an, anlässlich der in 2019 anstehenden Kommunalwahlen kein Wahlbündnis mehr mit der AKP eingehen zu wollen. Letztendlich kam es doch zu einem gemeinsamen Wahlantritt.

Es bleibt abzuwarten, ob dies in Zukunft zu einer Zersplitterung der »Ülkücü«-Szene führen wird.



Anhänger der »Ülkücü-Bewegung« formen mit der Hand den Wolfsgruß

Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front Devrimci Halk, Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C)



Sitz/Verbreitung	Türkei, weltweite Verbreitung mit Schwerpunkt Europa
Gründung/Bestehen seit	1994, hervorgegangen aus der 1978 gegründeten revolutionären Linken (Devrimci Sol – Dev-Sol)
Struktur/Repräsentanz	Generalsekretär, Zentralkomitee sowie länder- und gebietsverantwortliche Funktionäre. Nach dem Tod von Dursun Karatas im Jahr 2008 wurde offiziell noch kein Nachfolger für das Amt des Generalsekretärs bestimmt.
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2018	Bund: 650 → NRW: 200 →
Veröffentlichungen	Publikationen Devrimci Sol (Revolutionäre Linke, unregelmäßiges Erscheinen) und Yürüyüş (Der Marsch) Web-Angebot: mehrsprachiger Internetauftritt

Kurzportrait/Ziele

Die in der Türkei und in **Deutschland verbotene Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C)** verfolgt das Ziel, das bestehende türkische Staatssystem durch eine bewaffnete Revolution zu zerschlagen, um ein sozialistisches System zu errichten. Auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus propagiert die **DHKP-C** einen bewaffneten Volkskampf unter ihrer Führung.

Die Organisation tritt damit für eine revolutionäre Überwindung der türkischen Staats- und Gesellschaftsordnung ein. Hierzu führt sie in der Türkei auch terroristische Aktionen durch. In Deutschland kann die **DHKP-C** aufgrund des Verbotes nicht offen agieren. Sie handelt daher über Vereine, deren Satzungen keinen Rückschluss auf die Zugehörigkeit zur Organisation zulassen oder deren Verbindungen zur **DHKP-C** nur schwer nachweisbar sind.

Finanzierung

Spenden und Erlöse aus dem Verkauf von Publikationen

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Mit ihrem Bestreben gefährdet die **DHKP-C** sowohl die innere Sicherheit als auch die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 VSG NRW). Die **DHKP-C** ist eine Nachfolgeorganisation der in der Bundesrepublik Deutschland seit 1983 verbotenen Devrimci Sol. Seit dem Verbot 1983 werden politische Aktivitäten konspirativ fortgesetzt. Die **DHKP-C** selbst ist in Deutschland seit dem 1. Februar 2000 rechtskräftig verboten. Im Mai 2002 hat der Rat der Europäischen Union die **DHKP-C** auf die europäische Liste der Terrororganisationen gesetzt.

Der politische Flügel der **DHKP-C** gibt sich selbst den Namen Revolutionäre Volksbefreiungspartei (Devrimci Halk Kurtulus Partisi – DHKP), während sich der militärische Arm der **DHKP-C** als **Revolutionäre Volksbefreiungsfront (Devrimci Halk Kurtulus Cephesi – DHKC)** bezeichnet.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Kundgebungen für den inhaftierten mutmaßlichen Europaleiter

Die Anklageerhebung im Strafverfahren gegen den im Jahre 2016 verhafteten mutmaßlichen Europaleiter der **DHKP-C**, Musa A., führte im Januar 2018 in verschiedenen Städten zu Solidaritätskundgebungen von Unterstützern und Aktivisten der **DHKP-C**. Auch in NRW fanden unter dem Motto „Revolutionär zu sein ist kein Verbrechen“ Aktionen statt. Die in diesem Kontext erreichte Teilnehmerzahl wie auch der zeitliche Rahmen fiel im Berichtszeitraum im Vergleich mit ähnlich gelagerten Aktionen im Jahr 2017 jedoch deutlich geringer aus.

Konzert von »Grup Yorum« am 14. Oktober 2018 in Düsseldorf

Im Rahmen einer von der **Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschland (MLPD)** organisierten Musikveranstaltung mit dem Titel „Solidarität gegen Rassismus“ trat die



YouTube-Kanal der Band Grup Yorum

dem Umfeld der **DHKP-C** zuzurechnende Musikgruppe »Grup Yorum« im Oktober 2018 in Düsseldorf auf. Auf Betreiben der zuständigen Sicherheitsbehörden wurde der Auftritt von »Grup Yorum« im Vorfeld seitens des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf lediglich unter Auflagen genehmigt. So durfte die Gruppe bestimmte Lieder aus ihrem musikalischen Repertoire nicht spielen, die einen Bezug zur **DHKP-C** erkennen lassen. Die Resonanz auf die in der Spitze etwa 400 Teilnehmer zählende Veranstaltung fiel im Vergleich zu Auftritten der Musikgruppe in den Vorjahren eher gering aus.

Solidaritätskundgebungen für die Inhaftierte Sonnur D. vor der JVA Köln-Ossendorf

Durch den Ehemann der seit 2013 inhaftierten **DHKP-C** Aktivistin Sonnur D. wurde von Juli 2018 bis zum Tag ihrer Haftentlassung im Dezember 2018 eine Dauerkundgebung vor der JVA Köln angemeldet. Die türkische Staatsangehörige Sonnur D. verbüßte nach einer Verurteilung durch das Oberlandesgericht Stuttgart eine insgesamt fünfeinhalbjährige Freiheitsstrafe wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung im Ausland. Thematisch richtete sich der Protest unter anderem gegen eine angebliche staatliche Willkür und Repression, wovon die Inhaftierte betroffen sei. Die Teilnehmerzahl lag überwiegend im unteren zweistelligen Bereich. Eine erwähnenswerte Außenwirkung konnte durch die Kundgebungen nicht erreicht werden.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Veranstaltungen und Kundgebungen im Rahmen der so genannten „Gefangenen-solidarität“ für inhaftierte **DHKP-C**-Kader nehmen nach wie vor eine zentrale Rolle im Aktionsverhalten von Aktivisten und Unterstützern der **DHKP-C** in Deutschland und somit auch in NRW ein. In diesem Zusammenhang kommt es immer wieder zu Solidaritätsbekundungen durch andere auch- deutsche- linksextremistische Organisationen. Als gemeinsames Feindbild fungiert hierbei der deutsche Rechtsstaat mit seinen Sicherheitsbehörden, denen ein struktureller Rassismus vorgeworfen wird. In Deutschland gewählte politische Entscheidungsträger werden häufig nur als willige Erfüllungsgehilfen der türkischen Regierung angesehen.

Die Situation in der Türkei hat sich für die **DHKP-C** seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 weiter verschärft. Immer wieder kommt es zu Festnahmen von Mitgliedern und Durchsuchungen von der Organisation genutzten Räumlichkeiten. Im Berichtszeitraum kam es zu keinen größeren öffentlichkeitswirksamen Anschlägen und Attacken von **DHKP-C** - Aktivisten auf türkische Regierungseinrichtungen oder auf Mitglieder der Sicherheitsorgane.

Durch einen konstant hohen Ermittlungsdruck der deutschen Sicherheits- und Ordnungsbehörden ist es der Organisation im Berichtszeitraum zum wiederholten Mal nicht gelungen, größere Konzertveranstaltungen unter Beteiligung der aus dem **DHKP-C** - Umfeld stammenden Musikgruppe »Grup Yorum« durchzuführen. Deutschland dient der Organisation jedoch immer noch als wichtiger Rückzugs- und Sammlungsraum sowie als Rekrutierungsbasis für neue Aktivisten. Auch wenn sich die Organisation an den im Jahre 1999 für Westeuropa erklärten Gewaltverzicht hält, kann nicht ausgeschlossen werden, dass von hier terroristische Aktionen geplant und vorbereitet werden. Eine nachrichtendienstliche Beobachtung der Aktivitäten der **DHKP-C** in Deutschland ist somit auch weiterhin notwendig.

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL) und unterstützende Organisationen



Sitz/Verbreitung Nord-Irak; in Europa durch wenige weisungsberechtigte Funktionäre mit wechselnden Aufenthaltsorten vertreten durch den **Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa (KCDK-E)**

Gründung/Bestehen seit November 1978

Struktur/Repräsentanz Höchste Entscheidungsgremien: **Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK)** mit dem Präsidenten Abdullah Öcalan und den Vorsitzenden Cemil Bayik und Bese Hozat; Generalversammlung der **Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL)** mit den Co-Vorsitzenden Remzi Kartal

Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2018 Bund: 14.500 →
NRW: 2.200 →

Veröffentlichungen Publikationen: unter anderem »Serxwebun (Unabhängigkeit)« (monatlich); »Sterka Ciwan (Stern der Jugend)« (monatlich); »Newaya Jin (Erlebnisse der Frauen)« (monatlich); »Kurdistan-Report« (Auflage bis 15.000); »Yeni Özgür Politika« (täglich) Fernsehen: aktuell »NUCE TV«; »RONAHI TV« und »Mednuce«

Internet: Zahlreiche Internetauftritte verschiedener regionaler Organisationen und Gruppierungen, mediale Präsenz in den unterschiedlichsten sozialen Netzwerken mit guten Verknüpfungen untereinander.

Kurzportrait/Ziele

Die **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**, die heute unter der Bezeichnung **Volkskongress Kurdistans (KONG-RA-GEL)** agiert, strebte ursprünglich einen eigenen kurdischen Nationalstaat an, der die Gebiete Südostanatoliens (Türkei), den Nord-Irak, Teile des westlichen Iran und Gebiete im Norden Syriens umfassen sollte.

Obwohl seitens der **PKK** immer wieder betont wird, man habe die früheren separatistischen Ziele aufgegeben, bemüht sie sich weiterhin um einen länderübergreifenden Verbund aller Kurden im Nahen Osten. Im Rahmen dieser Versuche wurde im September 2017 ein Referendum für ein freies Kurdistan durchgeführt.

Im Jahre 1993 hatte das Bundesministerium des Innern ein Betätigungsverbot für die **PKK** und ihre Nebenorganisationen erlassen. Die **PKK** ist zudem auf der EU-Terrorliste verzeichnet. Bis Ende 2013 vertrat die »Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM)« nach ihrem Selbstverständnis unter anderem die politischen Interessen der **PKK** in Deutschland. Sitz der »YEK-KOM« war Düsseldorf. Aufgrund einer bereits im Juli 2013 durch den Dachverband des »Kongresses der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (KCD-E)« beschlossenen Neustrukturierung bildeten sich in vielen deutschen Städten kurdische Gesellschaftszentren, welche die bisher agierenden örtlichen »YEK-KOM«-Vereine ersetzten. Der Vereinsname lautet seitdem »Demokratisch-kurdisches Gesellschaftszentrum (DKTM)«.

Auf dem 20. Jahreskongress der »YEK-KOM« im

Juni 2014 wurde die Umbenennung der »YEK-KOM« in das »Demokratische Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland (NAV-DEM e.V.)« beschlossen.

Die **PKK** hat Deutschland in Regionen und Gebiete eingeteilt. Für die Umsetzung von Vorgaben nutzt die **PKK** überwiegend die örtlichen kurdischen Vereine, die den Anhängern der Organisation als Treffpunkt und Anlaufstelle dienen. Als Dachverband der Vereine fungiert das »NAV-DEM e.V.«.

Die **PKK** versucht, ihre Politik mithilfe sogenannter Massenorganisationen zu popularisieren. Darin organisiert sie ihre Anhänger nach sozialen Kriterien oder nach Berufs- und Interessensgruppen. Besonders hervorzuheben sind:

- ▶ die Jugendorganisation „TEVGERA CIWANAN SORESGER“, „Bewegung der revolutionären Jugend (vormals: „Komalên Ciwan“ / „Ciwanên Azad)
- ▶ die „Kurdische Frauenbewegung in Europa (AKKH/TJKE)
- ▶ der „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK).

Zu erwähnen sind weiterhin die Organisationen „Union der Journalisten Kurdistans“ (YRK), „Union der kurdischen Lehrer“ (YMK), „Union der Juristen Kurdistans“ (YHK), die „Union kurdischer Familien“ (YEK MAL) sowie die Religionsgemeinschaften „Isla mische Gemeinde Kurdistans“ (CIK), „Föderation der demokratischen Aleviten e.V.“ (FEDA) und „Föderation der

yezidischen Vereine e.V.“(FKE). Diese Organisationen vertreten kurdische Interessen ohne ein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes NRW zu sein.

Der ehemalige Jugendverband „Ciwanen Azad“ hat sich im Oktober 2018 umbenannt. Hierzu fand in Bergisch-Gladbach ein europaweiter Kongress der Jugendlichen statt. Während des Kongresses wurde der ehemalige Jugendverband „Ciwanen Azad“ in einen neuen europäischen Jugend-Dachverband mit dem Namen „TEVGERA CIWANEN SORESGER“ übergeleitet.

Finanzierung

Jährliche Spendensammlung bei den Anhängern der **PKK**, Erlöse aus Zeitschriften- und Devotionalienverkäufen sowie Eintrittsgelder bei Großveranstaltungen.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

In Westeuropa ist seit Ende März 1996 ein Kurswechsel zu weitgehend gewaltfreiem Verhalten erkennbar. Die **PKK** stellt jedoch wegen ihrer fortwährenden Bereitschaft, zu aktionsorientiertem und gewaltbereitem Verhalten zurückzukehren, nach wie vor eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Dies begründet ihre Beobachtung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW.

Ihre Ziele verfolgt die **PKK** in den Kampfgebieten, aktuell insbesondere in Syrien sowie auch in der Türkei, nach wie vor mit Waffengewalt. Damit gefährdet die Organisation die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, so dass auch aus diesem Grunde eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW erforderlich ist.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Diverse Ereignisse im Jahr 2018 beeinflussten die Aktivitäten der **PKK**-nahen Organisationen in Deutschland und NRW. Die wichtigsten politischen und emotionalen Ereignisse waren:

- ▶ die Sorge um die Haftsituation und den Gesundheitszustand ihres inhaftierten Gründers Abdullah Öcalan.
- ▶ Verschärfung des Kennzeichenverbotes durch das Bundesministerium des Innern (BMI).
- ▶ der Einmarsch türkischer Truppen in Syrien und der Angriff auf Afrin

Die Aktivitäten der **PKK** wurden im Jahr 2018 wesentlich durch den Angriff der türkischen Truppen auf die nordsyrische Stadt Afrin beeinflusst. Als Reaktion auf das militärische Vorgehen der Türkei in Nordsyrien („Operation Olivenzweig“) fanden deutschlandweit seit dem Wochenende des 20./21. Januar 2018 nahezu täglich dezentrale Kundgebungen – insgesamt über 1.260 – statt. Der Großteil dieser Demonstrationen fand in NRW statt. Seit dem Einschluss der Stadt Afrin im März 2018 stiegen die Zahlen der demonstrativen Ereignisse noch einmal an. Die Veranstaltungen verliefen weitestgehend friedlich. Es wurden jedoch immer wieder verbotene Symbole der **PKK** gezeigt. Oftmals konnten Auseinandersetzungen mit nationalistischen/rechtsextremistischen Türken – insbesondere nach vorherigen wechselseitigen Provokationen – nur durch gezielten Polizeieinsatz verhindert werden.

Daneben war auch das durch das BMI verschärfte Verbot des Zeigens von Symbolen aus dem Bereich der **PKK** und deren nahestehenden Organisationen ein weiteres Thema. Das Bundesministerium des Inneren (BMI) konkretisierte zunächst im März 2017 und erneut im Januar 2018 das **PKK**-Kennzeichenverbot. Grundlage dieser Konkretisierung ist das bereits seit dem Jahr 1993 geltende Betätigungsverbot. Inhaltlich umfasst das Betätigungsverbot auch das öffentliche Zeigen von Symbolen der **PKK** sowie ihrer Unter- und Teilorganisationen. Neben den kleineren demonstrativen Veranstaltungen gab es im Januar 2018 eine Großdemonstration in Köln, die sich mit diesen Themen befasst hat.

Versammlung des Vereins »NAV-DEM e.V.« am 27. Januar 2018 in Köln

Durch ein Mitglied des »Demokratischen Gesellschaftszentrums der KurdInnen in Deutschland e. V. (NAV-DEM)«, wurde in Köln für den 27. Januar 2018 eine Versammlung in Form eines Aufzuges mit dem Thema: „Überall ist Afrin – Überall ist Widerstand“ angemeldet. Seitens des Anmelders wurden bis zu 15.000 Teilnehmer erwartet. Ausgangs- und Endpunkt der Versammlung war der Ebertplatz in Köln. Im Vorfeld der Veranstaltung wurde der Zugang auf den Ebertplatz durch die Einsatzkräfte über vorgegebene Kontrollpunkte gesteuert. Bereits in der Anfangsphase kam es an einer der Kontrollstellen zu Drohgebärden von Versammlungsteilnehmern gegen die dort eingesetzten Beamtinnen und Beamten. Mehrere Kartons mit verbotenen Fahnen wurden sichergestellt. Die Polizei erhielt Kenntnis von einer verletzten Person, welche Opfer einer gefährlichen Körperverletzung geworden war. Bei der Person handelte es sich um einen kurdischen Versammlungsteilnehmer, der auf dem Weg zur Versammlung offensichtlich von zwei nationalen Türken angegriffen und verletzt wurde.

Die Versammlung begann gegen Mittag. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich ca. 13.000 Teilnehmer am Versammlungsort. Neben den Demonstranten aus der kurdischen Community gab es bei dieser Veranstaltung auch Unterstützung durch ein breites Spektrum der deutschen linksextremistischen Szene. Hierbei waren neben Vertretern der zivildemokratischen linken Gruppierungen auch Mitglieder der Antifa Szene als einheitlicher schwarzer Block auszumachen. Wie bereits bei einer Veranstaltung im November 2017 in Düsseldorf, wurden auch in Köln vermehrt verbotene Symbole und Fahnen im Verlauf des Aufzuges gezeigt. Dies führte dazu, dass der Aufzug angehalten und letztendlich durch die Polizei aufgelöst wurde.

Weitere wichtige Veranstaltungen 2018

- ▶ 17. Februar 2018 : Großdemonstration in Straßburg zum 19. Jahrestag der Festnahme Öcalans (11.000 Teilnehmer)
- ▶ 17. März 2018 : »NAV-DEM«, NREWROZ-Fest in Hannover (11.000 Teilnehmer)
- ▶ 23. Juni 2018 : 14. ZILAN Frauenfestival in Dortmund (3.000 Teilnehmer)
- ▶ 08. September 2018 : »NAV-DEM«, 26. Internationales kurdisches Kulturfestival in Düsseldorf (Ersatzveranstaltung, 3.500 Teilnehmer)

Im Vergleich zu den Vorjahren haben die Teilnehmerzahlen bei allen Großveranstaltungen erkennbar abgenommen. Am deutlichsten wurde dies beim Internationalen kurdischen Kulturfestival; waren es 2017 noch rund 14.000 Teilnehmer konnten 2018 gerade einmal 3.500 Teilnehmer aus der kurdischen Community aktiviert werden. Diese Entwicklung konnte nicht nur bei den Großveranstaltungen verzeichnet werden. Auch bei kleineren Veranstaltungen war dieser Trend deutlich festzustellen. Beginnend ab Mitte des Jahres 2018 war erkennbar, dass angemeldete Teilnehmerzahlen nicht mehr erreicht wurden. Die Schwerpunkte im demonstrativen Veranstaltungsbereich waren für die Kurden deckungsgleich mit den gewichtigsten politischen und emotionalen Ereignissen des Jahres.

Bedeutung digitaler Medien für den Extremismus

Im Bereich des auslandsbezogenen Extremismus gewinnen die digitalen Medien zunehmend an Bedeutung. Insbesondere werden soziale Netzwerke dazu benutzt, um Aufrufe zu Veranstaltungen kurzfristig flächendeckend in der Community zu streuen. Auch dienen die neuen Medien dazu Stimmungsbilder zu verbreiten. Im Bereich der **PKK** wird zwar selten bis keine „Hetz-Propaganda“ verbreitet, allerdings wird offen und intensiv über Ereignisse der Politik und des Weltgeschehens diskutiert. Auffällig ist hier insbesondere die gute Verknüpfung der einzelnen Personen und Gruppierungen untereinander.

Neben den Äußerungen von regionalen Ansprechpartnern in den digitalen Medien ist eine Kommunikation mit dem benachbarten Ausland und im gesamten Bereich der weltweit verteilten Community möglich. Reaktionen auf Postings werden zeitnah ohne Verzug erstellt, geteilt und weiter verbreitet. So ist es üblich, dass genaue Beschreibungen für Veranstaltungen in Sekundenschnelle von allen Interessierten gelesen und verarbeitet werden können. Beispielsweise führte der Angriff der türkischen Truppen auf die Stadt Afrin dazu, dass die kurdische Community im Netz heftig ihren Unmut zum Ausdruck gebracht und zu kurzfristigen Protestaktionen in Form von Kundgebungen und Demonstrationen aufgerufen hat. Hier war sehr deutlich erkennbar, dass es eine flächendeckende Zustimmung und Unterstützung aus dem Lager der deutschen Linken und dem deutschen Linksextremismus gegeben hat. Nicht nur, dass Veranstaltungen der kurdischen Community unterstützt wurden (Liken, Teilen und Kommentieren der Posts), es wurden auch eigene Veranstaltungen initiiert, die

dann wiederum auf kurdischen Seiten verbreitet wurden. Neben der Nutzung offener Seiten und Gruppen wird zunehmend in geschlossenen Facebook-Gruppen, privaten Twitter Accounts oder geschlossenen Chatrooms kommuniziert. All diese digitalen Medien (Facebook, Twitter, Instagram, Facebook Messenger, WhatsApp etc.) dienen der Kommunikation und weltweiten Verbreitung von Nachrichten und Informationen. Daneben erhöhen sie die kurzfristige Mobilisierungsfähigkeit der **PKK**-nahen Gruppierungen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die fortdauernden Angriffe der türkischen Truppen auf kurdische Siedlungsgebiete außerhalb der Türkei und auch die stetige Sorge um den Gesundheitszustand des **PKK**-Gründers Abdullah Öcalan entfalten ihre Auswirkungen in der kurdischen Community bis in die Städte Nordrhein-Westfalens.

Es muss weiterhin aufmerksam beobachtet werden, welche Wechselwirkungen zwischen türkischen Nationalisten und kurdischen Aktivisten innerhalb Deutschlands durch politische Ereignisse in der Türkei erzeugt werden und welche organisatorischen Entwicklungen, wie das Entstehen rockerähnlicher Strukturen, sich feststellen lassen. Das künftige Demonstrationsgeschehen sowie Aktionsverhalten der **PKK**-Anhänger in Nordrhein-Westfalen wird darüber hinaus wesentlich von der weiteren Entwicklung in den Krisengebieten in Syrien und dem Nordirak abhängen. Aktuell werden die Aktionen der **PKK**-Anhängerschaft durch einen möglichen Einmarsch türkischer Truppen in Syrien maßgeblich beeinflusst.

Es muss damit gerechnet werden, dass die **PKK** wie in der Vergangenheit immer wieder auf medienwirksame Aktionsformen, wie zum Beispiel Besetzungsaktionen von Fernsehanstalten, Flughäfen, Parteibüros oder Schiffen zurückgreift. Auch die anlassbezogene direkte gewaltsame Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ist in Betracht zu ziehen. Bei ihren Handlungsformen wird sich die **PKK**-Führung hier aber aller Voraussicht nach weiterhin davon leiten lassen, Deutschland als Rückzugsraum nicht zu gefährden. Daneben wird das Ziel verfolgt, durch politische Lobbyarbeit die Einstufung als Terrororganisation zu beenden. Der generelle Gewaltverzicht der **PKK** in Westeuropa steht damit weiterhin nicht zur Disposition.



Islamismus

Islamismus

Im Fokus: Entgrenzung des Islamismus	220
Extremistischer Salafismus	224
HAMAS	238
Hizb Alla (Partei Gottes)	242
Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei - HuT)	246
Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)	250
Muslimbruderschaft (unter anderem IGD)	252
Milli Görüs-Bewegung	256
Türkische Hizbullah (TH)	260
Furkan-Gemeinschaft	264

Im Jahr 2017 vollzogen sich die militärische Niederlage und der territoriale Niedergang des sogenannten **Islamischen Staates (IS)**, der in der ersten Jahreshälfte 2018 weitgehend seinen Abschluss gefunden hat. Aus einem quasi-staatlichen Gebilde mit eigenen Verwaltungs- und Versorgungsstrukturen ist wieder eine Untergrundbewegung geworden.

Dieser Niedergang wird vom sogenannten **IS** und seinen Anhängern durch eine Propaganda-Kampagne begleitet, die das Anstiften von Einzelattentätern in westlichen Staaten und die Mobilisierung der eigenen Anhänger in den jihadistischen Kampfgebieten zum Ziel hat. Dass diese Propaganda zumindest punktuell Folgewirkungen hatte, zeigte sich an der Festnahme einer Person im Juni 2018 in Köln, die einen Anschlag mit dem biologischen Kampfstoff Rizin vorbereitet hatte. Im Dezember 2018 ereignete sich ein Anschlag im Umfeld des Weihnachtsmarktes in Straßburg; der sogenannte **IS** versuchte diesen in seiner Propaganda für sich zu vereinnahmen.

Der extremistisch-salafistischen Szene in Deutschland ist mit dem territorialen Niedergang des sogenannten **IS** das wichtige Narrativ der erfolgreichen Gründung eines Kalifats abhandengekommen. Darüber hinaus sind durch vereinsrechtliche und strafrechtliche Maßnahmen vormals bedeutende Hauptakteure wie etwa Sven Lau aus der Öffentlichkeit verschwunden und haben in der Szene ein Vakuum hinterlassen. Eine Reorganisation der Szene vor allem über soziale Netzwerke ist aber zu erwarten.

Folgende Herausforderungen im Umgang mit dem gewaltorientierten Salafismus stellen sich aktuell für die Sicherheitsbehörden:

- ▶ Haftentlassene, die nach Verbüßung der Strafe zu einem großen Teil in die salafistische Szene zurückkehren,
- ▶ Rückkehrer aus Krisengebieten, vor allem Frauen und ihre Kinder,
- ▶ weitergehende Radikalisierungsprozesse in den bereits bestehenden extremistisch-salafistischen Szenen als Resonanzboden für Einzelattentäter sowie
- ▶ Radikalisierungspotenzial unter Flüchtlingen.

Neben den gewaltorientierten Protagonisten versuchen auch nicht-gewaltorientierte extremistische Netzwerke ihre Anhängerschaft zu binden. Als großes Netzwerk mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen mit gleichzeitiger bundesweiter Vernetzung ist vor allem der Verein **Ansaar International** zu nennen.

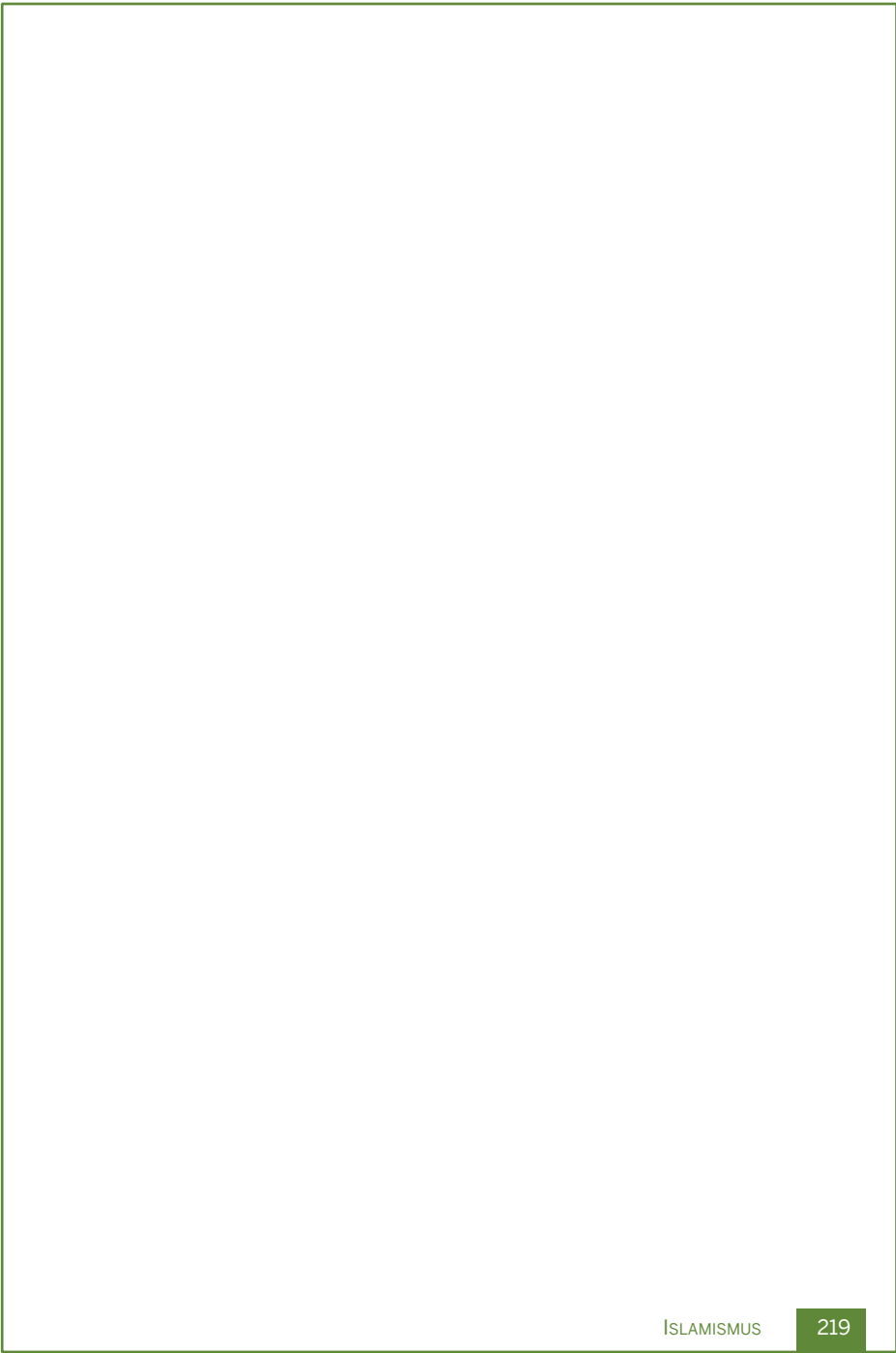
Eine zweite große Herausforderung ist der legalistische Islamismus, darunter vor allem die Strukturen der **Muslimbruderschaft**. Diese agiert zwar gewaltfrei und im legalen Rahmen, verfolgt jedoch eine Agenda, die in Teilen zu zentralen Werten der Verfassung im Widerspruch steht. In Deutschland stellt die **Muslimbruderschaft** bisher keine Massenbewegung dar.

Die relativ kleine Anzahl ihrer Sympathisanten darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese teilweise über erhebliche Einflussmöglichkeiten verfügen. Sie können meist eine akademische Ausbildung vorweisen, sind in gut bezahlten und verantwor-

tungsvollen Berufen beschäftigt und sowohl in Deutschland als auch international gut vernetzt. Nach eigenem Verständnis vertritt die **Muslimbruderschaft** einen „Islam der Mitte“, der sich von den beiden Polen des Jihadismus einerseits und eines liberalen, an vermeintlich westliche Wertvorstellungen angepassten Islam andererseits abgrenzt. Ihr Ziel ist eine islamistische Gesellschaft, in der auch politische Belange letztlich nach Maßgabe der Religion zu regeln sind. Dazu wird eine Strategie der „Islamisierung von unten“ verfolgt, die zunächst das Individuum anspricht und auf einen Bewusstseinswandel hin zu einem durch die Religion geprägten Leben abzielt. Die derart geschulten Einzelpersonen sollen dann in die Gesellschaft hineinwirken und dafür Sorge tragen, dass sich diese auf lange Sicht dem Religionsverständnis der **Muslimbruderschaft** annähert.

In den letzten Jahren konnten hiesige Anhänger der **Muslimbruderschaft** die öffentliche Fokussierung auf den Jihadismus und den spektakulären Aufstieg und Niedergang des Islamischen Staates dazu nutzen, um sich als vermeintlich unproblematische Alternative zu gewaltorientierten Islamisten darzustellen und als Ansprechpartner für staatliche Stellen und zivilgesellschaftliche Akteure anzubieten. Die Muslimbruderschaft könnte so zum Vertreter muslimischer Interessen in Staat und Gesellschaft avancieren, und ihr Religionsverständnis innerhalb der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland und Nordrhein-Westfalen und auch gegenüber staatlichen Vertretern zum Maßstab islamischen Lebens erheben.

Eine solche Entwicklung wäre für die Gesamtgesellschaft und unsere Demokratie nicht hinnehmbar. Eine islamistische ausländische Organisation würde mit ihrem politisierten Islamverständnis in Deutschland erheblichen Einfluss ausüben und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt und inneren Frieden gefährden.



Im Fokus: Entgrenzung des Islamismus

Im Windschatten des öffentlichen Diskurses über Salafisten und Jihadisten versuchen legalistische Islamisten mit ihren Themen und gezielter Interaktion ein erweitertes Personenspektrum anzusprechen und Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen.

Die öffentliche Debatte über den Islamismus war im vergangenen Jahrzehnt stark durch das Wachsen und den Bedeutungsgewinn des Salafismus geprägt. Die Abschottungs- und Segregationstendenzen des salafistischen Milieus gegenüber sogenannten „Ungläubigen“ haben dazu geführt, dass der Islamismus als Denkhaltung wahrgenommen wurde, die sich durch ihre Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft definiert und um größtmögliche Distanz von dieser bemüht ist. In der öffentlichen Betrachtung ist dabei aus dem Blick geraten, dass das islamistische Spektrum in sich durchaus heterogen ist und ein erheblicher Anteil seiner Akteure zwar den aktuellen Zustand der Gesellschaft kritisiert, aber zugleich als zentrales Element ihrer Ideologie eine Einflussnahme auf diese anstrebt. Mit der Einflussnahme soll eine entsprechende Umgestaltung folgen. Entsprechende islamistische Akteure wollen sich gerade nicht von der Mehrheitsgesellschaft abkapseln, sondern im Sinne ihrer islamistischen Agenda auf diese zugehen und in sie hineinwirken. Sie streben danach, Freiräume für die Verbreitung der eigenen Ideologie zu schaffen und die Gesellschaft in ihrem Sinne zu transformieren. Dadurch wird es Islamisten möglich, über ihr Kernpublikum hinaus weitere Teile der Bevölkerung mit ihren Themen zu erreichen und damit auf öffentliche Debatten Einfluss zu nehmen. Diese Einflussnahme legalistischer Islamisten auf die Gesellschaft und ihre Interaktion mit dieser können als Entgrenzung des Islamismus bezeichnet werden.

Das Spektrum des legalistischen Islamismus ist äußerst vielfältig und weist zahlreiche Unterschiede hinsichtlich des kulturellen Hintergrunds, der theologisch-ideologischen Ausrichtung, der gesellschaftlichen Verankerung, der Organisationsstruktur und der Aktivitäten auf. Es reicht von der **Muslimbruderschaft** und hiesigen Anhängern der extremistischen iranischen Staatsideologie, über die in der Türkei parlamentarisch vertretene Partei „Saadet Partisi“, bis hin zu bestimmten Strömungen aus dem politischen Salafismus.

Begünstigt wurde eine solche Entwicklung in den letzten Jahren durch die Fokussierung auf den Jihadismus, die der Virulenz der Entwicklungen im Nahen Osten und dem Aufstieg des sogenannten **Islamischen Staates (IS)** geschuldet war. Dadurch ist der le-

galistische Islamismus, der ebenfalls extremistisch ist, aber gewaltlos agiert, aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Die Sensibilität für die Aktivitäten aus dieser Richtung hat nachgelassen. Vor dem Hintergrund der Gräueltaten des **IS** schienen diese gewaltfreien Islamisten beinahe harmlos zu sein. Es gibt sogar öffentliche Überlegungen, legalistische Islamisten zu Partnern in der Präventionsarbeit zu erheben, da diese besonders geeignet wären, um Jihadisten zumindest vom gewaltsamen Handeln abzubringen.

Akteure aus diesem Spektrum zeigen keinerlei Berührungängste und gehen aktiv auf Medien, Behörden, zivilgesellschaftliche Akteure und Kirchenvertreter zu, um sich mit diesen zu vernetzen und als Ansprechpartner für muslimische Belange zu dienen. Durch diese Kontakte können sie vom Renommee ihrer Kooperationspartner profitieren, indem sie gleichsam eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ von diesen erhalten. Eine solche kann dann als wichtiges Argument zur Abwehr von Kritik verwendet werden. Auf der anderen Seite ist es ihnen dadurch möglich, Beziehungen zu Personen in Leitungsfunktionen aufzubauen und im Rahmen ihrer „Beratung“ Einfluss auf deren Entschlüsse zu nehmen. Schließlich besteht auf lange Sicht die Möglichkeit, durch derartige Vernetzung eigenes Personal in Schlüsselpositionen zu bringen.

Legalistische Islamisten unterscheiden sich insoweit deutlich von Jihadisten, die keinerlei Chancen haben, mit ihren extrem radikalen Ansichten nennenswerte Teile der Bevölkerung zu erreichen und lediglich im subkulturellen Milieu gewisse Reputation genießen. Auf lange Sicht ist die aus dem legalistischen Islamismus resultierende Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung größer, als jene durch den Jihadismus, der zahlenmäßig immer ein Randphänomen bleiben wird. Verschiedene Umstände tragen dazu bei, dass die Wahrscheinlichkeit einer Einflussnahme auf die Gesellschaft aus dem legalistischen Bereich heraus wesentlich höher ist. Ein bedeutender Faktor ist die ideologische Ausrichtung legalistischer Islamisten, die extremistisch ist, jedoch eben auf Gewalt verzichtet und sich in ihren Zielvorstellungen wesentlich gemäßiger zeigt. Sie streben eine islamistische Ordnung an, sind aber bereit, innerhalb dieses Rahmens gewisse demokratische Elemente zuzulassen. Aus diesem Grund ist ihr Extremismus auf den ersten Blick oft kaum erkennbar.

Erschwerend kommt hinzu, dass legalistische Islamisten häufig einen bürgerlichen Hintergrund haben und vielfach über akademische Abschlüsse verfügen. Darüber hinaus haben sie einen hohen Organisationsgrad. Sie sind meist in Vereinen organisiert oder verfügen über von ihnen begründete Institutionen, die es ihnen ermöglichen, ihre Interessen konzentriert zu vertreten.

In einigen Fällen versuchen legalistische Islamisten das Repräsentationsdefizit des Islam in Deutschland zu füllen und einem akuten Bedarf zu entsprechen, der vor allem in Kernbereichen wie der religiösen Bildung besteht. Ihr zentrales Ziel ist dabei, die Meinungsführerschaft unter hiesigen Muslimen zu erreichen und zum maßgeblichen Ansprechpartner der Gesamtgesellschaft zu Fragen islamischer Religiosität zu werden. Zudem soll für die Tolerierung oder sogar Akzeptanz von islamistischen Ordnungsvorstellungen durch die Gesamtgesellschaft geworben werden, um so Freiräume für deren Realisierung innerhalb der hiesigen muslimischen Gemeinschaft zu erlangen.

Legalistischen Islamisten gelingt es immer wieder Themen aufzugreifen, die nicht nur für die eigene Kernklientel, sondern für eine Vielzahl von hier lebenden Muslimen von Interesse sind und so auf diese zuzugehen. Dazu zählen etwa die Frage nach der Repräsentation der Muslime in Deutschland, sowie für den Alltag relevante Themen wie die Kopftuchdebatte, islamkonforme Ernährung, islamischer Religionsunterricht oder der Bau von Moscheen. Mit besonderem Interesse wird auch der teils sehr emotionalisierte gesellschaftliche Diskurs über den Islam in Deutschland verfolgt. Dabei bieten insbesondere islamfeindliche Aussagen aus dem rechtspopulistischen und -extremistischen Lager Anlass, sich als Verteidiger der Interessen hiesiger Muslime zu stilisieren. Ein Brennpunktthema mit hohem Mobilisationspotenzial, mit dem auch Muslime jenseits des extremistischen Spektrums erreicht werden können, bildet der Nahostkonflikt. In den israelkritischen und antisemitischen Positionen ergeben sich zudem Interessensüberschneidungen und Kooperationsmöglichkeiten mit dem rechten und rechtsextremistischen sowie linken und linksextremistischen Milieu.

Eine effektive Maßnahme gegen die Versuche der Einflussnahme legalistischer Islamisten und die Entgrenzung des Phänomens ist insbesondere die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Verfassungsschutzbehörden. Durch diese können mögliche Adressaten in der Gesellschaft sensibilisiert und zu einem bewussten Umgang mit dieser oft nur schwer erkennbaren Erscheinungsform des Islamismus befähigt werden. Es sollen einerseits Schranken gesetzt werden, wo es erforderlich ist, und andererseits Brücken gebaut werden, wo es möglich ist, um für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu werben.

Salafismus

Sitz/Verbreitung Alle Regionen Nordrhein-Westfalens. Schwerpunkte in den Ballungszentren des Rheinlands und des Ruhrgebiets.

Gründung/Bestehen seit Ursprung **salafistischer Bestrebungen**: Historische islamisch-sunnitische Strömungen vor allem Saudi-Arabiens und Ägyptens. Die ideologischen Grundlagen basieren in großen Teilen auf dem sogenannten „Wahhabismus“.

Ursprung jihadistischer Bestrebungen: Mujahidin-Bewegung der 1980er Jahre in Afghanistan.

Nordrhein-Westfalen: ab etwa 2003 erste gezielte deutschsprachige Aktivitäten

Struktur/Repräsentanz Die **extremistisch-salafistische Szene** in Nordrhein-Westfalen setzt sich aus Vereinen, Netzwerken, einzelnen Hauptakteuren und lokalen Szenen zusammen. Im Jahr 2018 gabe es nach Einschätzung des Verfassungsschutzes 70 salafistisch-beeinflusste Moscheevereine sowie 32 Hauptakteure. Unter offener Beobachtung standen sechs größere Netzwerke mit Schwerpunkt in NRW. Es bestanden 20 lokale Szenen.

Es gibt in Deutschland bisher weder einen Dachverband salafistischer Strukturen, noch eine politische Repräsentanz, wie beispielsweise eine Partei. Entsprechende Vorstöße sind aktuell auch nicht absehbar. Salafistische Akteure haben insofern derzeit nicht das Ziel, in die Mehrheitsgesellschaft vorzustoßen. Vielmehr bauen sie Parallelgesellschaften auf.

Mitglieder/Anhänger/
Unterstützer 2018

Bekannte extremistische Salafisten: NRW: 3.100 →
davon
politisch: 2.230 →
gewaltorientiert: 870 →

Veröffentlichungen

Verbreitung der Ideologie über Web-Angebote, Blogs und soziale Netzwerke, Informationsstände, Vereinsaktivitäten und Vortragsveranstaltungen beziehungsweise Seminare.

Kurzportrait/Ziele

Der extremistische Salafismus teilt sich ideologisch in zwei Grundströmungen auf: eine politische und eine gewaltorientierte/jihadistische Richtung.

Politische Salafisten vertreten eine anti-demokratische und damit verfassungsfeindliche Ideologie. Sie basiert auf religiösen Versatzstücken, die der islamischen Religion entlehnt sind. Salafisten streben die Errichtung eines vermeintlich „authentisch-islamischen“ Staatssystems an. Ihre Hauptaktivität besteht in der Missionierungsarbeit und dem langfristigen Aufbau von Strukturen, die die Bildung einer Parallelgesellschaft befördern.

Gewaltorientierte Salafisten, die auch als Jihadisten bezeichnet werden, stellen den „Jihad“ im Sinne eines bewaffneten militärischen Kampfes in den Mittelpunkt ihrer Ideologie. Sie sind gewillt, ihre Vision von einem islamischen Staatswesen mit Waffengewalt umzusetzen.

Der Übergang zwischen den beiden ideologischen Strömungen ist fließend.

Finanzierung

Spenden aus dem In- und Ausland, wirtschaftliche Betätigung durch den Verkauf von Szene-typischen Produkten, Kriminalität

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Anhänger der **extremistisch-salafistischen Szene** verstehen die islamische Religion als Ideologie und die Scharia als gottgegebenes Ordnungs- und Herrschaftssystem. Dieser Ideologie folgend wird Demokratie als „falsche Religion“ und die Teilnahme an Wahlen als „Götzendienst“ angesehen. Salafisten folgen dem Prinzip der „göttlichen Souveränität“: Gesetze können der salafistischen Ideologie folgend nur von Gott ausgehen und niemals von einem von Menschen gewählten Gesetzgeber gemacht werden. Die Volkssouveränität als wesentliches Element der Demokratie westlicher Prägung ist dadurch unvereinbar mit dem extremistischen Salafismus.

Die salafistische Ideologie propagiert die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme durch die uneingeschränkte Anwendung von Koran und Sunna (Sunna meint die Traditionen nach dem Propheten Muhammad). Hierzu zählt die konsequente und buchstabengetreue Anwendung der „Scharia“ nach salafistischer Auslegung, was in diesem Sinn als ein ganzheitliches Regelwerk zu verstehen ist, das alle Aspekte des Lebens eines Muslims umfasst. Die Umsetzung der beschriebenen Vorschriften umfasst auch das Privatleben. So wird eine rigide Trennung von Mann und Frau nicht nur in der Moschee, sondern insgesamt im öffentlichen Raum gefordert. Eine gemeinsame schulische Erziehung von Jungen und Mädchen wie auch die Berufstätigkeit von Frauen wird grundsätzlich abgelehnt. Frauen sind diesem Wertebild zufolge nominell als Menschen gleichwertig, als Bürgerinnen aber nicht gleichberechtigt.

Gewaltorientierte Salafisten propagieren darüber hinaus den „Jihad“ im Sinne eines bewaffneten Kampfes, ebenso wie das „Märtyrertum“ als erstrebenswerte Ziele jedes „Gläubigen“. Die salafistische Ideologie widerspricht in wesentlichen Aspekten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Aus der ablehnenden und offen feindseligen Haltung gegenüber der Gesellschaft und der teilweise hohen Gewaltaffinität resultiert ein großes Konfliktpotenzial, welches das friedliche Zusammenleben akut gefährdet.

Extremistische und jihadistische Propaganda hat in der Vergangenheit vielfach

Radikalisierungsprozesse von Einzelpersonen und Kleingruppen gefördert. Von gewaltorientierten Salafisten geht eine tatsächliche Gefährdung für die innere Sicherheit in Deutschland aus. Sie sind bereit, zur Umsetzung ihrer Ziele auch in Deutschland schwerste Gewalttaten und Anschläge zu verüben und schrecken vor vielfachem Mord nicht zurück.

Die Utopie eines „islamischen Staates“ steht insgesamt in einem diametralen Widerspruch zur politischen und gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland und Europa.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

„Missionierung“

Der Bereich der Straßenmissionierung wurde im Jahr 2018 – anders als in früheren Jahren – von der salafistischen Szene in NRW kaum mehr mit Leben gefüllt. Nach dem Verbot der **Lies!-Kampagne** Ende des Jahres 2016 ist dieses Aktionsfeld für salafistische Akteure anscheinend nicht mehr interessant und wird gemieden. Neue Netzwerke in diesem Bereich zeichnen sich in NRW derzeit nicht ab.

„Hilfsorganisationen“

Ansaar International e. V.

Der Verein **Ansaar International e.V.** ist im Jahr 2012 unter dem Namen **Ansaar Düsseldorf e. V.** (Namensänderung im Jahr 2014) gegründet worden. Vordergründig verfolgt **Ansaar** den Zweck, humanitäre Hilfe für Muslime weltweit (beispielweise in Syrien, Gaza, Somalia und Burma) zu leisten.

Zusätzlich zu den bereits im Laufe des Jahres 2017 erschlossenen Geschäftsfeldern, wie dem Ladenlokal **Ummashop** in Düsseldorf, dem **Umma Second-Hand Shop** in Duisburg oder dem Reisedienstleister **Blck Stone gGmbH** in Düsseldorf wurde die Infrastruktur des Vereins im Laufe des Jahres 2018 weiter ausgebaut, um zusätzliche Einnahmequellen zu generieren.

Insbesondere hat der Verein die Zahl seiner offiziellen Sammelstellen erhöht. Seit Mitte des Jahres 2018 sind auf seiner Homepage immer wieder neue Standorte hinzugekommen, so dass mittlerweile 15 Sammelstellen beziehungsweise

Ansaar-Teams gelistet sind, die sich über das gesamte Bundesgebiet verteilen. Durch diese Ableger des Vereins werden primär Kleider- und Geldspenden gesammelt. An manchen Standorten werden auch Flyer verteilt oder sogenannte Infostände durchgeführt. Mittlerweile befindet sich auch eine Sammelstelle im Ausland (Innsbruck/Österreich).

Ebenfalls auffällig ist, dass der Verein intensiv mit anderen Vereinen kooperiert, wobei Überschneidungen der Vereine auf Mitarbeiter- bzw. Vorstandsebene zu erkennen sind. Als Beispiele aus Nordrhein-Westfalen seien hier Aktion **Ansaar Deutschland e.V.** und **Frauenrechte ANS. Justice e. V.** genannt.

In den Fokus des Verfassungsschutzes NRW ist in diesem Zusammenhang insbesondere der Verein **WWR-Help. WorldWide Resistance-Help e. V. (WWR-Help e. V.)** gerückt. Dieser im August 2014 gegründete Verein mit Sitz in Neuss bezeichnet sich als Hilfsverein zur Unterstützung und Förderung von Kriegsopfern, Kriegshinterbliebenen, Kriegsgefangenen sowie hilfsbedürftigen und notleidenden Menschen in Kriegs- und Krisengebieten. Im Vordergrund seiner Aktivitäten steht die Hilfe für Menschen im Gazastreifen. Der Verein führt seine Spendenkampagnen hauptsächlich auf seinem eigenen Internetauftritt (www.wwr-help.org) und über Social Media-Plattformen durch. Es besteht eine enge Verbindung des Vereins zu **Ansaar International**. So sind verwandtschaftliche und organisatorische Verknüpfungen zwischen den beiden Vereinen erkennbar. Aufgrund der engen Verknüpfungen wird **WWR-Help e. V.** als Teilorganisation von **Ansaar International** bewertet.

Auch wenn **Ansaar** öffentliche Veranstaltungen mit bekannten extremistischen Salafisten vermeidet, ist keine Abkehr des Vereins von extremistisch-salafistischen Bestrebungen zu erkennen, da weiterhin eine intensive Zusammenarbeit mit Personen aus der Szene erfolgt. Beim aktiven Personenkreis gibt es mittlerweile einige Überschneidungen zwischen **Ansaar** und dem im Jahr 2016 verbotenen Netzwerk **Die Wahre Religion/ Lies!**. Dies deutet darauf hin, dass **Ansaar International** in der extremistischen Szene ein Vakuum füllen könnte, das durch den Wegfall von **Lies!** entstanden ist. Gegen den Verein wurden am 10.04.2019 umfangreiche vereinsrechtliche Ermittlungsmaßnahmen durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat durchgeführt. Hierzu wurden mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen zahlreiche dem Verein

zuzurechnende Objekte durchsucht und Asservate gesichert. Grund für das Verfahren sind Hinweise auf Verstöße gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere durch die Weiterleitung von Spendengeldern an die **HAMAS**-Organisation im Gazastreifen.

Helpen in Not

Der im Jahr 2013 gegründete Verein **Helpen in Not (HiN)** mit Sitz in Neuss bezeichnet sich als Hilfsverein zur Unterstützung notleidender Muslime, wobei der Vorsitzende und der Vorstand des Vereins dem Verfassungsschutz seit Jahren als Anhänger einer extremistisch-salafistischen Ideologie bekannt sind. Im Vordergrund der Aktivitäten des Vereins steht die Hilfe für die vom Bürgerkrieg betroffenen Menschen in Syrien, Burma, Bangladesch, Gaza und Kenia, für die auch im Jahr 2018 zu Spenden aufgerufen wurde. In der Vergangenheit machte **HiN** durch zahlreiche Benefizveranstaltungen auf sich aufmerksam, bei denen für notleidende Muslime Geld gesammelt wurde. Bei diesen Veranstaltungen traten regelmäßig dem Verfassungsschutz bekannte Prediger auf, die fest in der salafistischen Szene verwurzelt sind beziehungsweise waren und teilweise dem jihadistischen Spektrum des Salafismus zugeordnet werden konnten. Darüber hinaus wurden von **HiN** in der Vergangenheit auch eine Vielzahl von Hilfskonvois aus gekauften Krankenwagen mit medizinischen Gütern und Kleidung nach Syrien verbracht. Hierbei wurden in einigen Fällen militärische Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände wie Schutzwesten, Magazinclips, Munitionsgurte und Laserzielgeräte durch die Polizei festgestellt und beschlagnahmt. Es traten Personen des salafistischen Spektrums in Erscheinung, die die Konvois begleiteten, organisatorisch in die Abwicklung der Transporte eingebunden waren oder sich später in Syrien dem bewaffneten Kampf angeschlossen haben. Der Verein wurde in der ersten Jahreshälfte 2019 amtlich abgemeldet und ist daher auf absehbare Zeit in Deutschland nicht mehr handlungsfähig.



Facebook-Seite von **Helpen in Not**

Afrikabrunnen / Blue Springs

Der Verein **Afrikabrunnen e.V.**, der sich mittlerweile in Blue Springs LTD. umbenannt hat, hat seine deutsche Niederlassung in Dortmund. Der Verein stellte sich anfangs als rein humanitäre Hilfsorganisation im salafistischen Spektrum dar. Lange Zeit widmete er sich vorrangig der Aufbauhilfe in Afrika. Zielsetzung der Vereinsaktivitäten war eigenen Angaben zufolge die Sicherstellung der Grundversorgung mit Wasser auf dem gesamten afrikanischen Kontinent. Darüber hinaus widmete sich der Verein in den letzten Jahren verstärkt der Hilfe für notleidende Menschen in Syrien. Bei Veranstaltungen traten regelmäßig dem Verfassungsschutz bekannte salafistische Prediger auf. Sowohl die Veranstaltungen als auch die Spendenaufrufe wurden von den Verantwortlichen über soziale Netzwerke beworben. Unter voller Nutzung der gesamten Bandbreite der sozialen Netzwerke wurden auch im Jahr 2018 regelmäßig Spendenaufrufe verbreitet. Der Hauptakteur des Vereins hält sich seit 2017 im Ausland auf.

Medizin mit Herz

Der Verein **Medizin mit Herz** wurde im Sommer 2013 gegründet und hatte seinen letzten Sitz in Hennef. Er sammelte Hilfsgüter und Krankenwagen für vordergründig humanitäre Zwecke in Syrien. Durch seine Aktivitäten hatte er Bezüge über die Region Bonn hinaus auch in andere Bundesländer. Akteure, die für den Verein tätig waren und für ihn warben, konnten der extremistisch-salafistischen Szene im Raum Bonn zugerechnet werden. Auf dieser Grundlage wurden der Verein und seine Aktivitäten durch den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet. Laut Eintrag beim Amtsgericht Siegburg ist der Verein wegen des Wegfalls aller Mitglieder am 2. August 2018 erloschen und damit nicht mehr existent. Die Gründung eines Nachfolgevereins ist derzeit nicht abzusehen.

„Gefangenenhilfe“

Eine große inhaltliche Bedeutung für die salafistische Szene hat das Thema Gefangenenhilfe. Durch Propaganda- und Unterstützungstätigkeiten für den sogenannten **Islamischen Staat** und andere jihadistische Organisationen hat sich die Anzahl von Straftaten unter den Salafisten in den vergangenen Jahren vervielfacht. Der Themenkomplex „Rückkehr“ hat nach dem militärischen Niedergang des sogenannten **Islamischen Staates** an Bedeutung zugenommen. Ehemals in jihadistische Kampfgebiete ausge-reiste Männer, aber auch viele Frauen mit Kindern befinden sich zurzeit im Irak oder in

Nord-Syrien in Internierungslagern oder in Haft. Personen mit einer deutschen Staatsangehörigkeit werden perspektivisch nach Deutschland zurückkehren. Rückkehrer aus Kampfgebieten werden in der Regel strafrechtlich verfolgt und erhalten oftmals mehrjährige Haftstrafen. Die große Zahl an Personen, die derzeit angeklagt oder bereits verurteilt sind, wird von Netzwerken betreut, die sich gezielt der „Gefangenenhilfe“ widmen.

Gefangeneninitiative „Al Asraa - Die Gefangenen

„Die salafistische Vereinigung **Al Asraa - Die Gefangenen**, welche im Jahre 2015 erstmalig namentlich in sozialen Netzwerken auftauchte, hat sich auf die Betreuung von inhaftierten Muslimen und ihren Angehörigen spezialisiert. Bei dieser Vereinigung handelt es sich um eine Organisation, die der Gefangenenhilfe **Ansarul Anseer** ähnelt, welche im Zuge des Vereinsverbotsverfahrens zu **Tauhid Germany** im Jahre 2015 verboten wurde.

Das Aufgabenfeld der Vereinigung lässt sich in fünf Tätigkeitsfelder gliedern:

- ▶ persönliche Besuche inhaftierter Muslime,
- ▶ Betreuung und Unterstützung von inhaftierten Muslimen und deren Angehörigen,
- ▶ Prozessbeobachtung vor Gericht und Berichterstattung über das vermeintliche „Leid“ muslimischer Gefangener,
- ▶ Interaktive Kommunikation in sozialen Netzwerken und
- ▶ Schaffung einer besseren Vernetzung innerhalb der salafistischen Szene.

Inhaftierte und ihre Angehörige werden in Deutschland durch „seelische“ und finanzielle Zuwendungen unterstützt. Diese Zuwendungen erfolgen vorwiegend durch das Versenden von handgeschriebenen Briefen, selbstgemalten Bildern – auch von Kindern – oder Büchern von islamistischen Ideologen an Inhaftierte. Daneben werden sogenannte „Patenschaften“ vermittelt, um einen dauerhaften persönlichen Kontakt zu Inhaftierten aufzubauen.

Insbesondere die öffentliche Berichterstattung über das vermeintliche „Leid“ muslimi-

scher Gefangener sowie über den Verlauf von Gerichtsprozessen nehmen einen hohen Stellenwert in der Öffentlichkeitsarbeit von **Al Asraa - Die Gefangenen** ein. Als Begründung für die Teilnahme an Gerichtsverhandlungen wird öffentlich erklärt, dass diese „Arbeit“ eine „religiöse Verpflichtung“ darstelle, die mit der Hoffnung „auf den Lohn bei Allah“ verbunden sei. Über soziale Netzwerke findet ein interaktiver Austausch mit potentiellen Unterstützern und Spendern statt. Anfang August 2017 erweiterte **Al Asraa - Die Gefangenen** seine Organisationsstruktur und etablierte auf „Facebook“ den sog. „Al Asraa Basaar“. Es handelt sich hierbei um ein Online-Auktionshaus, bei dem Sachspenden zur Finanzierung der Aktivitäten versteigert werden.

Die Vereinigung **Al Asraa - Die Gefangenen** versucht, durch Aufrechterhaltung des Kontaktes zu muslimischen Gefangenen diese und ihre Angehörigen in der salafistischen Szene zu binden. Personen sollen von dem salafistischen Gedankengut überzeugt oder in ihrer bereits vorhandenen extremistischen Überzeugung gefestigt werden. Hierbei wird auf Zitate und Quellen der salafistischen und der jihadistischen Ideologie zurückgegriffen und in sozialen Netzwerken veröffentlicht.

Eine kritische Auseinandersetzung mit den Hintergründen der Inhaftierung oder den Gerichtsurteilen findet nicht statt. Für **Al Asraa - Die Gefangenen** ist nur die „religiöse Ausrichtung“ eines Menschen relevant. Wer nach diesen Vorstellungen „wahrhaft muslimisch“ ist, gehört zur Gemeinschaft und muss vor „schädlichen“ Einflüssen bewahrt werden. Inhaftierte Muslime werden glorifiziert und daraus schlussfolgernd als wahre Muslime präsentiert, die nur aufgrund ihres „Glaubens“ große Ungerechtigkeiten in und durch Gefangenschaft erleiden müssen. Im Betreuungsspektrum sind durchweg nur inhaftierte Straftäter aus der extremistisch-salafistischen Szene anzutreffen.

Bernhard Falk

Der zum Islam konvertierte ehemalige Linksterrorist Bernhard Falk hat seine Gefangenenhilfe auch im Jahr 2018 fortgeführt. Seine Haltung zu dem inhaftierten extremistisch-salafistischen Personenkreis bringt er dadurch zum Ausdruck, dass er diese Personen als „politische muslimische Gefangene“ bezeichnet, deren Handlungen er als weltweiten muslimischen Widerstand gegen die „imperialistische“ und „pro-zionistische Politik“ des Westens legitimiert. Falk nimmt bundesweit an Gerichtsverhandlungen im Bereich des islamistischen Terrorismus als „Prozessbeobachter“ teil und besucht Personen in Justizvollzugs

anstalten. Dies soll dem Resozialisierungscharakter in der Haft entgegenwirken und die Betreuten im salafistischen Spektrum verankern. Da Falk nicht mehr zu allen Justizvollzugsanstalten Zugang erhält, werden diese Besuche teilweise von anderen Personen, die seine Gefangenenhilfe unterstützen, durchgeführt.

Falk ruft in seinen Beiträgen im Internet immer wieder zu Solidaritätsbekundungen für die in Untersuchungshaft befindlichen Brüder und Schwestern auf und fordert, dass man an den Gerichtsprozessen teilnehmen soll, damit die Betroffenen wissen, dass die „Umma“ (Gemeinschaft aller Muslime) sie nicht vergessen hat.

Das Ansehen von Falk hat im Jahr 2018 bei anderen Akteuren im Bereich der Gefangenenhilfe (unter anderem **Al Asraa, Free our Sisters**) zugenommen. Es wird mittlerweile um Unterstützung in vorrangig finanzieller Weise für Falk geworben. Zwar polarisiert Falk in der Szene nach wie vor, allerdings wird das gemeinsame Ziel der Befreiung der Gefangenen hier als wichtiger angesehen als die persönlichen Befindlichkeiten einzelner Personen. Die Hilfestellungen von Falk reichen von Prozess- und Haftbesuchen über Anwaltsempfehlungen und -vermittlungen bis hin zu Verhaltenskodizes gegenüber Sicherheitsbehörden.

In seinen im Internet hochgeladenen Videos denunziert er häufig Zeugen, Staatsanwälte, Richter, Pflichtverteidiger und Ermittlungsbehörden. Dabei bedient er sich vornehmlich erfundener Behauptungen und suggestiver Aussagen. Aufgrund des wachsenden Ansehens in der salafistischen Szene ist Bernhard Falk auch zukünftig eine Mentoren-Funktion innerhalb der aktuell stark fragmentierten salafistischen Szene zuzutrauen.

Herausragende Ereignisse:

Juni 2018: Festnahme eines Tunesiers in Köln wegen Anschlagspannungen

Im Juni 2018 wurde in Köln-Chorweiler ein Tunesier festgenommen, der unter dringendem Tatverdacht steht, den biologischen Kampfstoff Rizin zur späteren Durchführung eines Anschlages hergestellt zu haben. Mittlerweile befindet sich auch seine deutsche Ehefrau wegen des dringenden Verdachts der Tatunterstützung in Untersuchungshaft. Der Tunesier hatte sich die Materialien bei verschiedenen Online-Händlern besorgt. Er stand mutmaßlich in Kontakt mit Operateuren des sogenannten **IS** im Ausland.

Juli 2018: Abschiebung eines Gefährders aus Deutschland

Der in Nordrhein-Westfalen langjährig als Gefährder eingestufte Sami A. ist am 13. Juli 2018 nach Tunesien zurückgeführt worden und aktuell dort aufhältig. Mit Sami A. ist ein Hauptakteur der salafistischen Szene abgeschoben worden, der in Bochum und darüber hinaus über Jahre auf Personenkreise einwirkte und die salafistische Ideologie verbreitete.

Vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren in Mönchengladbach

Im Zuge eines durch das Land NRW geführten vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens wurden im November 2018 Räumlichkeiten eines Mönchengladbacher Moscheevereins sowie mehrere Privatwohnungen durchsucht. Die Ermittlungen dauern an.

Islamistische nordkaukasische Szene (INS)

Das Kaukasische Emirat wurde 2007 unter der Führung von Dokku Umarov mit dem Ziel gegründet, die russische Armee mit Gewalt zum Rückzug aus Tschetschenien zu zwingen und im Nordkaukasus einen **Islamischen Staat** zu errichten. Dabei werden auch terroristische Mittel eingesetzt.

Deutschland dient den Anhängern der Bewegung primär zur Akquirierung finanzieller und logistischer Unterstützung. Da seit 2015 die Strukturen des Kaukasischen Emirats zerfallen, schlossen sich zahlreiche Emire (Anführer) dem sogenannten Islamischen Staat an. Dadurch ist eine spürbare Hinwendung zu global-jihadistischen Organisationen, insbesondere zum **IS**, zu beobachten. Eine Orientierung der Anhänger zum Salafismus ist deutlich erkennbar. Die Szene in Deutschland ist sehr heterogen und betreibt in Nordrhein-Westfalen Propaganda für die Bewegung im Nordkaukasus. Sie verfügt über keine festen Strukturen, jedoch sind einzelne herausragende Persönlichkeiten in überregionalen Zusammenhängen aktiv.

Durch die anhaltende Schwäche und den Machtverlust des **IS** nahmen seit 2016 die Ausreisen von Tschetschenen aus Nordrhein-Westfalen in die Jihad-Gebiete deutlich ab. Perspektivisch ist in der kommenden Zeit mit Rückkehrern und einem Anwachsen der tschetschenischen Diaspora in Deutschland zu rechnen. Es besteht ein erhöhtes Radikalisierungspotenzial von Teilen dieser Szene in Nordrhein-Westfalen.

Anwerbeversuche bei Flüchtlingen

Seit Beginn der Migrationsbewegungen nach Europa im Jahr 2015 haben salafistische Netzwerke und Einzelakteure Flüchtlinge als Zielgruppe in den Blick genommen. Sie waren im Umfeld von Unterbringungseinrichtungen vordergründig mit „Flüchtlingsbetreuung“ aktiv. Tatsächliche Ziele waren jedoch die frühzeitige Anwerbung und Einbindung dieser Personengruppe in die Strukturen der extremistisch-salafistischen Szene. Die Anzahl der in Nordrhein-Westfalen beobachteten Anwerbeversuche im direkten Umfeld von Flüchtlingseinrichtungen erreichte im Jahr 2015 mit insgesamt 100 Fällen ihren Höhepunkt. In der Folge konnten in den Jahren 2016, 2017 und 2018 nur noch einige wenige Einzelfälle verzeichnet werden. Für diesen Rückgang gibt es mehrere Gründe. Die Agitationsmöglichkeiten der extremistisch-salafistischen Szene wurden insbesondere durch die fortlaufende Sensibilisierung der Beschäftigten in den Einrichtungen und beteiligten Behörden sowie durch das Einschreiten der Sicherheitsbehörden erheblich erschwert. Zum anderen hat die Szene ihre Strategie geändert. Statt Menschen unmittelbar an den Unterbringungseinrichtungen anzusprechen, wird auf sie abseits der Einrichtungen zugegangen. Ihnen werden vermeintlich integrative Maßnahmen angeboten. Dazu zählen beispielsweise Einladungen zu gemeinsamen Gebeten, Islamunterricht, Festivitäten, Spendenaktionen, Sprachkurse, die Versorgung mit Hilfsgütern und die Unterstützung bei Behördengängen und das Dolmetschen in jeglichen Lebenslagen. Die aktuellen Erkenntnisse des Verfassungsschutzes belegen, dass Flüchtlinge in Deutschland weiterhin der versuchten Einflussnahme durch die salafistische Szene ausgesetzt sind, überwiegend aber außerhalb der Flüchtlingseinrichtungen.

Jihadistisch-motivierte Personen unter Flüchtlingen

Seit Januar 2015 bis Dezember 2018 wurden 340 Hinweise zu jihadistisch-motivierten Personen unter Flüchtlingen durch nordrhein-westfälische Behörden erfasst und bewertet. Vielfach konnte der Verdacht durch eingeleitete Ermittlungen entkräftet werden. In unter zehn Prozent der Fälle führten die Ermittlungen zu einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren.

Gleichwohl stellt die Gefährdung durch nach Deutschland geflohene Personen seit 2015 eine neue Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar. Der Anteil von Personen mit irregulärem Migrationshintergrund, die bundesweit an der Vorbereitung oder Durchführung jihadistisch-motivierter Anschläge beteiligt waren, ist nach wie vor auffällig hoch.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der extremistische Salafismus nimmt weiterhin einen hohen Stellenwert in der Beobachtung durch den Verfassungsschutz ein. Obwohl die Anzahl der Anschläge nach einem Höhepunkt im Jahr 2016 in Deutschland zurückgegangen ist, stellen gewaltorientierte Salafisten und Rückkehrer aus jihadistischen Kampfgebieten auch weiterhin eine große Gefahr für die innere Sicherheit dar. Die extremistisch-salafistische Szene in Nordrhein-Westfalen befindet sich derzeit in einem Umbruch. Staatliche Maßnahmen wie Strafverfahren und Vereinsverbote zeigen Wirkung und führen zu einer Fragmentierung der Strukturen. Hauptakteure befinden sich in Haft, andere treten öffentlich kaum oder gar nicht mehr in Erscheinung. Dieses Vakuum wird von anderen Personengruppen nach und nach gefüllt. Eine Stärkung der Rolle von Mädchen und Frauen ist erkennbar, insbesondere mit Aktivitäten in den sozialen Netzwerken. Schwerpunkte haben sich verschoben: Während 2016 noch Straßenmissionierungskampagnen im Vordergrund standen, ist seitdem die Bedeutung von sogenannten Hilfsorganisationen und der Gefangenenhilfe gestiegen. Diese agieren weniger im öffentlichen Raum, binden aber ebenso ein großes Anhängerpotenzial und generieren Gelder für die Szene. Weitere Umbrüche sind zu erwarten. Die Auswirkungen des militärischen Niedergangs des sogenannten **Islamischen Staates** sind spürbar: Die Ausreisewelle in die Jihad-Gebiete aus Nordrhein-Westfalen ist vollkommen zum Erliegen gekommen. Propagandaaktivitäten in den sozialen Netzwerken liefen zeitweise kaum weiter, da die Medienproduktionen des **IS** zwischenzeitlich nicht mehr handlungsfähig waren.

Im Jahr 2018 nahm die Verbreitung von Propagandaprodukten wie Bildern, Audiodateien und Videos größtenteils über die Plattformen der sozialen Medien wieder zu. Der IS ist nicht endgültig geschlagen. Im Ausland existieren funktionierende Ableger, Zellen und sogenannte Provinzen. In Nordrhein-Westfalen ist eine Sympathisanten-Szene nach wie vor existent und aktiv. Andere jihadistische Organisationen gewinnen wieder an Bedeutung, so zum Beispiel die **Kern-al-Qaida** und ihre regionalen Ableger.

Im Jahr 2018 sind vereinzelt Personen aus dem Kriegsgebiet in Syrien und dem Irak zurückgekehrt. Jedoch sind auch viele männliche Ausgereiste vor Ort zu Tode gekom-

men. Insbesondere Frauen und deren Kinder, die entweder traumatisiert oder auch stark ideologisiert und verroht sind, stehen vor einer Wiedereinreise nach Deutschland. Darauf stellen sich neben den Sicherheitsbehörden auch die Jugendämter ein. Es ist in Zukunft mit einer sukzessiven Rückkehr von Personen aus jihadistischen Kampfgebieten zu rechnen. Dieser Rückfluss in die Szene wird in den kommenden Jahren das Radikalisierungspotenzial im Salafismus auf einem hohen Niveau halten. Frauen – insbesondere Rückkehrerinnen – werden zukünftig eine größere Rolle als Multiplikatorinnen innerhalb der Szene einnehmen und versuchen, Gleichgesinnte zu radikalisieren.

Die Gemengelage aus Szene-Aktivitäten in Deutschland, Rückkehrern aus jihadistischen Kampfgebieten und dem Radikalisierungspotenzial unter Flüchtlingen wird die Agenda der Sicherheitsbehörden in den kommenden Monaten bestimmen.



Jihadistische Internetpropaganda

Hamas



Sitz/Verbreitung	Hauptsitz der Vereinsstrukturen in Berlin, Aktivitäten auch in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern
Gründung/Bestehen seit	1987
Struktur/Repräsentanz	In Deutschland repräsentiert durch die Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD) .
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2018	NRW: 75 →
Veröffentlichungen	Englisch- und arabischsprachiges Web-Angebot der HAMAS -Kernorganisation; zeitweise deutschsprachige Seite der PGD in den sozialen Netzwerken

Kurzportrait/Ziele

Die sunnitische **HAMAS** (Arabische Abkürzung für „Bewegung des islamischen Widerstandes“) hat sich aus dem palästinensischen Teil der **Muslimbruderschaft** entwickelt und wurde mit Beginn der ersten Intifada im Jahr 1987 aktiv. Das vorrangige politische Ziel der **HAMAS** ist die „Befreiung“ Gesamtpalästinas und damit die Auflösung Israels als eigenständiger Staat. Im Jahr 2017 veröffentlichte die **HAMAS** ein neues Grundsatzdokument. Es stellt jedoch keine wesentliche Abweichung gegenüber der ursprünglichen **HAMAS**-Charta von 1987 dar.

Die Organisation zeigt sich in dem neu verfassten Dokument einerseits grundsätzlich dazu bereit, einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 hinzunehmen und betont, dass sich ihr Widerstand nicht gegen die jüdische Religion, sondern ausschließlich gegen den Staat Israel richte: Gleichzeitig wird jedoch an einer vollkommenen Befreiung Palästinas vom „Jordan bis zum Mittelmeer“ und am bewaffneten Widerstand festgehalten, wobei der „zionistischen Entität“ jegliche Anerkennung zu verweigern sei.

Das Existenzrecht Israels wird damit nach wie vor negiert, auch wenn moderate **HAMAS**-Politiker dies in der Vergangenheit unter bestimmten Bedingungen bei Verhandlungen in Aussicht stellten.

Die **HAMAS** findet sich mitsamt ihrer militärischen Suborganisation, den Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden, auf der durch den Rat der Europäischen Union erstellten sogenannten EU-Terrorliste und unterliegt damit entsprechenden Sanktionen.

Finanzierung

In Deutschland: Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **HAMAS** ist eine terroristische Organisation, verfügt aber neben ihrem paramilitärischen Arm, den Izzedin Al-Qassam-Brigaden, über eine Partei und ein soziales Hilfswerk. Sie ist für zahlreiche Selbstmordattentate und Raketenangriffe auf israelisches Gebiet verantwortlich. Die Feindschaft gegenüber Israel wird begleitet von einem virulenten Antisemitismus, der auch in der Charta der **HAMAS** deutlich zum Ausdruck kommt. Als weiteres Ziel verfolgt die **HAMAS** die Errichtung eines „islamischen Staates, gestützt auf die Ideologie der **Muslimbruderschaft**.

Da sich diese Bestrebungen gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, unterliegen sie nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Auch im Berichtsjahr 2018 trat keine Entspannung im israelisch-palästinensischen Konflikt ein. Dieser eskalierte bereits im Frühjahr während des sogenannten „Großen Marsches der Rückkehr“, der auch von der **HAMAS** unterstützt wurde.

Bewohner des Gazastreifens zogen an den Grenzzaun, wo es zu teils gewaltsamen Protestaktionen kam. Ihren Höhepunkt erreichten die Proteste am 14. Mai 2018, dem 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels, da an diesem Tag die bereits im Vorfeld umstrittene Verlegung der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem stattfand. Israelische Sicherheitskräfte verhinderten zeitgleich eine Stürmung des Grenzzauns, wobei Dutzende Palästinenser, von denen viele der **HAMAS** zugehörig gewesen sein sollen, ums Leben kamen.

Auch in der zweiten Jahreshälfte kam es zu mehreren militärischen Zwischenfällen, die jeweils eine Bombardierung des Gazastreifens durch die israelische Luftwaffe und den Beschuss Israels durch Raketen der **HAMAS** zur Folge hatten. Im April 2018 fand in Mailand die 16. Europakonferenz des **HAMAS**-nahen „Palestinian Return Center“ (PRC) statt, zu der auch Teilnehmer aus Deutschland anreisten.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Trotz der angespannten Lage im Gazastreifen und des damit vorhandenen Eskalationspotenzials wirkte sich dies kaum auf die Situation in NRW aus. Größere öffentliche Veranstaltungen wie Demonstrationen oder Solidaritätskundgebungen waren im Berichtszeitraum nicht feststellbar, was darauf schließen lässt, dass es den Sympathisanten der **HAMAS** schwerer fiel, ihre Anhänger zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen.



Foto: Picture Alliance, Ismail Haniyya , Vorsitzender des Politbüros der HAMAS

Hizb Allah (Partei Gottes)



Sitz/Verbreitung	Zentren in Münster, Hamburg und Berlin
Gründung/Bestehen seit	1982
Struktur/Repräsentanz	Seit über 20 Jahren ist das Islamische Zentrum (Imam-Mahdi-Zentrum) in Münster eine Plattform und Begegnungsstätte für Hizb Allah -Anhänger in Nordrhein-Westfalen und im Westen Deutschlands. Weitere Schwerpunkte: Raum Essen / Bottrop, Dortmund und Bad Oeynhausen.
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2018	Bund: 950 → NRW: 110 →
Veröffentlichungen	Mehrsprachiges Web-Angebot
Kurzportrait/Ziele	Die paramilitärische schiitische Hizb Allah formierte sich 1982 als Reaktion auf den Einmarsch israelischer Truppen im Libanon. Die Organisation profitierte dabei vor allem von der iranischen Intervention während des libanesischen Bürgerkriegs.
Finanzierung	Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Mit finanzieller und logistischer Unterstützung durch den Iran strebte die **Hizb Allah** in den ersten Jahren die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Muster auf libanesischem Boden an. Sie wurde zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten, die über ein umfangreiches Waffenarsenal – einschließlich schweren Kriegsmaterials – verfügt. Die Organisation hat sich im weiteren Verlauf auf eine pragmatische, auf die Festigung ihres Einflusses bedachte Linie hin ausgerichtet. Die **Hizb Allah** ist mittlerweile gesellschaftlich und politisch ein bedeutender Akteur im Libanon. Im Gegenzug musste sie jedoch Teile ihres extremistischen Forderungskataloges aufgeben.

Mit ihrer erfolgreichen Teilnahme an den libanesischen Parlamentswahlen und ihrer Integration in den politischen Prozess gelang es der **Hizb Allah**, sich in der Wahrnehmung der libanesischen Öffentlichkeit als legalistische Organisation zu verstetigen.

Ihre Maximen einer Vernichtung des Staates Israel sowie die Errichtung einer „islamischen Herrschaft“ über Jerusalem sind allerdings bis heute unverändert. Um diese Ziele zu erreichen, bedient sich die **Hizb Allah** auch terroristischer Mittel. Seit Jahren ist sie für Anschläge im nördlichen Israel verantwortlich und stellt damit eine unmittelbare Bedrohung für den Staat Israel dar.

Bei der **Hizb Allah** handelt es sich weiterhin um eine international gut vernetzte terroristische Organisation, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Deshalb und aufgrund ihrer gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichteten Aktivitäten wird sie vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz auf der Grundlage des § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW beobachtet.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Wahlen im Libanon im Mai 2018

Die schiitische **Hizb Allah** gewann die Parlamentswahl im Libanon und stärkt so den Einfluss Irans in der Region. Premier Hariri bleibt im Amt, ist aber deutlich geschwächt.

Der Generalsekretär der **Hizb Allah**, Hasan Nasrallah, bezeichnete den Wahlausgang als politischen und moralischen Sieg für seine Partei. Da die libanesische Verfassung jedoch eine Vergabe der wichtigsten politischen Ämter in dem multireligiösen Staat nach konfessionellen Kriterien festlegt, wird dieses Wählervotum an den grundsätzlichen Machtstrukturen wenig ändern.

Veranstaltungen

Hizb Allah-nahe Vereine feierten unter anderem in NRW am 25. Mai 2018 den 18. Jahrestag des Rückzugs israelischer Truppen aus dem Südlibanon als „Fest des Widerstands und der Befreiung“ und bekundeten auf diese Weise ihre Solidarität mit der Mutterorganisation im Libanon.

al-Quds Tag in Berlin

Am 9. Juni 2018 fand die jährliche Demonstration anlässlich des al-Quds-Tages in Berlin statt. Der Demonstrationzug zog dabei mit mehr als doppelt so vielen Teilnehmern (1.600 Personen) als in den beiden Jahren zuvor durch die Stadt. Ursächlich für den großen Zustrom dürfte die aufgeheizte Stimmungslage aufgrund aktueller Entwicklungen im Nahostkonflikt (zum Beispiel die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem) gewesen sein. Im Rahmen der Demonstration waren erneut antizionistische und anti-israelische Parolen zu entnehmen. Unter den Teilnehmern befand sich auch eine erhebliche Zahl an Sympathisanten der **Hizb Allah**, die aufgrund einer Auflage jedoch keine Symbole der Organisation zeigen durften. **Hizb Allah**-nahe Vereine aus NRW nahmen an dieser auf Ayatollah Khomeini zurückgehenden al-Quds-Demonstration ebenfalls teil.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Öffentliche Bekenntnisse zur **Hizb Allah** werden von deren Anhängern in Deutschland mittlerweile weitgehend vermieden. Grund dafür dürften Äußerungen von Einzelpersonen in der Vergangenheit sein, die erhebliche mediale Aufmerksamkeit erzeugten. Die kritische Berichterstattung wurde von **Hizb Allah**-Anhängern offensichtlich als nachteilig für die eigenen Ziele empfunden.

Momentan ist nicht davon auszugehen, dass die der **Hizb Allah** zugerechneten Bestrebungen in NRW konkrete Anschlagspannungen in Europa, insbesondere auf israelische beziehungsweise jüdische Ziele, verfolgen. Es besteht aber eine abstrakte Gefährdung. Mit spontanen Aktionen Einzelner bei einer gewaltsamen Eskalation zwischen Israel und feindlich gesonnenen Staaten ist jedoch nach wie vor zu rechnen.



Hizb Allah Generalsekretärs Hasan Nasrallah während einer Rede anlässlich der Feierlichkeiten zum „Fest des Widerstands und der Befreiung“ am 25.05.2018, die durch den Hizb Allah-nahen Kanal „al-Manar“ veröffentlicht wurde.



Foto: Picture Alliance, Hizb Allah Kundgebung im Libanon anlässlich des Al-Quds Tages

Hizb ut-Tahir (Islamische Befreiungspartei - HuT)



Sitz/Verbreitung	Regionale Schwerpunkte in Nordrhein-Westfalen sind unter anderem in Dortmund, Duisburg und Essen
Gründung/ Bestehen seit	1953
Struktur/Repräsentanz	In der Bundesrepublik Deutschland ist die HuT in verschiedene Regionen aufgeteilt; in diesen Regionen existieren streng voneinander abgeschottete Kleinstgruppen (Zellen), die sich durch ein äußerst konspiratives Verhalten auszeichnen.
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2018	60 →
Veröffentlichungen	Mehrsprachiges Web-Angebot
Kurzportrait/Ziele	Die Hizb ut-Tahrir (HuT) wurde 1952 von dem Rechtsgelehrten Scheikh Taqi al-Din al-Nabhani, einem ehemaligen Mitglied der ägyptischen und palästinensischen Muslimbruderschaft , gegründet. Es handelt sich um eine pan-islamistische Bewegung, die sich an alle Muslime richtet. Vorrangige Ziele der Organisation sind die Wiedereinführung des 1924 durch die Republik Türkei abgeschafften Kalifats und die Errichtung eines islamischen Staats unter Führung eines Kalifen. Dieser soll die Scharia als Grundlage und Maßstab staatlichen Handelns im Kalifat durchsetzen. Säkulare Staatsformen stehen hierzu im Widerspruch und werden bekämpft. Islam und Demokratie sind für die HuT nicht miteinander vereinbar. Zur Durchsetzung ihrer Ziele versucht die HuT vor allem einflussreiche Persönlichkeiten und Akademiker zu rekrutieren, die ihre herausgehobene gesellschaftliche Position zur gezielten Einflussnahme im Sinne der HuT instrumentalisieren sollen.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **HuT** unterliegt in Deutschland einem Betätigungsverbot. Am 19. Juni 2012 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Klage der **HuT** gegen das vom Bundesminister des Innern im Januar 2003 ausgesprochene Betätigungsverbot für unzulässig erklärt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die **HuT** dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen habe. Sie habe darüber hinaus den Sturz von Regierungen in islamisch geprägten Staaten gefordert.

Diese Staaten sollen durch ein auf den Regeln der Scharia basierendes Kalifat ersetzt werden. Die Ziele der **HuT** laufen den Grundsätzen der Europäischen Menschenrechtskonvention zuwider. Die Organisation konnte sich bei ihrer Klage nicht auf das in Art. 11 EMRK bestimmte Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit berufen. Die **HuT** kennzeichnet ein besonders stark ausgeprägter Antisemitismus. Juden, aber auch Christen, gelten entgegen der mehrheitlich von islamischen Gelehrten vertretenen Meinung als Ungläubige. Ihre Lebensform sei abzulehnen. Mit ihnen solle möglichst kein Kontakt gehalten werden, da sie ein Bündnis mit dem Ziel eingegangen seien, den Islam zu zerstören.

Grundlage für die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW die Agitation gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Öffentliche Veranstaltungen der **HuT** sind im Berichtsjahr 2018 nicht durchgeführt worden. Das Betätigungsverbot wurde dahingehend eingehalten. Nach wie vor gibt es konspirative Treffen in Kleingruppen sowie das Abhalten von entsprechenden Schulungszirkeln. Darüber hinaus ist eine erhöhte Aktivität von zahlreichen Gruppierungen in den sozialen Netzwerken zu beobachten, die eine ideologische Nähe zur **HuT** aufweisen. Zu nennen sind hier beispielsweise die Bewegungen „**Realität Islam**“ und „**Generation Islam**“.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen um ein mögliches Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren an Schulen und Kindertageseinrichtungen in NRW kam es seit April 2018 aufgrund der durch „Realität Islam“ initiierten Kampagne „#Erhebe deine Stimme gegen das Kopftuchverbot“ auch in NRW zu vermehrten Flyerverteilungen, Kundgebungen, Mahnwachen, Unterschriftensammlungen sowie dem Aufbau von entsprechenden Informationsständen. Derartige Aktionen fanden überwiegend in den Innenstädten, aber auch vor öffentlichen Schulen statt. Nach aktuellem Kenntnisstand waren die in NRW durchgeführten Aktionen von „Realität Islam“ in erheblichem Maße durch Personen getragen, die unterschiedlich ausgeprägte, aber deutlich erkennbare Bezüge zur **HuT** aufweisen. Dadurch besteht die Gefahr, dass insbesondere jüngere Personen an die islamistische Ideologie der **HuT** herangeführt werden könnten.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Nutzung sozialer Netzwerke ist weiterhin für die Verbreitung des Gedankengutes der **HuT** und zur Gewinnung neuer Anhänger bedeutsam. Mit einer Mitglie derwerbung an Hochschulen ist weiterhin zu rechnen. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass der **HuT** nahestehende Gruppierungen auch künftig gesellschaftliche Debatten in ihrem Sinne instrumentalisieren und als Beleg ihres Narratives einer Verfolgung des Islam und der Muslime in Deutschland darstellen werden.



Logo der Gruppierung **Realität Islam**



Aufruf der Gruppierung **Realität Islam** gegen eine vermeintliche „Wertediktatur“



Petitionskampagne der Gruppierung **Realität Islam**

Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)

Sitz/Verbreitung	Vereinsstrukturen sind verboten, früherer Hauptsitz in Köln
Gründung/Bestehen seit	1984
Struktur/Repräsentanz	Keine offen erkennbaren Strukturen, aber mehrere islamische Gemeinden, die sich weiterhin der Ideologie des Kalifatsstaats verpflichtet fühlen
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2018	NRW: 220 →
Veröffentlichungen Muhacirun (Auswanderer)	Mehrere Web-Angebote
Kurzportrait/Ziele	<p>Im Jahre 1984 gründete der türkische Prediger Cemaledin Kaplan (1926 bis 1995) nach Loslösung von der Mil-li-Görüs-Bewegung den Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (Islami cemiyet ve cemaatleri birliđi / ICCB) in Köln. Nachdem viele Gemeinden im Laufe der Zeit den ICCB wieder verlassen hatten, proklamierte er im März 1994 den Kalifatsstaat und ließ sich als Kalifen huldigen. Sein Kalifatsstaat war eine am Führerprinzip orientiert und streng hierarchisch gegliedert. Ziel der Organisation war in letzter Konsequenz die Weltherrschaft unter dem Kalifat. Nach dem Tode Cemaledin Kaplans folgte ihm sein Sohn Metin Kaplan als Kalif nach. Intern kam es jedoch zu Nachfolgestreitigkeiten, in deren Verlauf Metin Kaplans Widersacher 1997 ermordet wurde. Im Jahr 2000 wurde Metin Kaplan wegen Anstiftung zum Mord zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt und nach Verbüßung der Haftstrafe im Oktober 2004 in die Türkei abgeschoben. Dort wurde er wegen Gründung und Leitung einer terroristischen Vereinigung verurteilt und inhaftiert. Aus gesundheitlichen Gründen kam er Ende 2016 vorzeitig aus der Haft frei.</p>

Finanzierung

Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Der **Kalifatsstaat** wurde im Dezember 2001 wegen Verstoßes gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung sowie Gefährdung der inneren Sicherheit in Deutschland durch den Bundesminister des Innern verboten.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Öffentliche Veranstaltungen des **Kalifatsstaats** in NRW sind im Berichtsjahr 2018 nicht durchgeführt worden. Das Betätigungsverbot wurde dahingehend eingehalten. Konspirative Treffen der Anhänger in Kleingruppen zum Austausch der Ideologie Kaplans sind jedoch weiterhin festzustellen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Ein Wiedererstarken des **Kalifatsstaats** ist zwei Jahre nach der Haftentlassung des Metin Kaplan nicht zu verzeichnen. Ihm gelang es bisher offenbar nicht, die zerfallenen Strukturen zu stärken und von der Türkei aus seinen Führungsanspruch gegenüber allen Anhängern in Deutschland durchzusetzen. Auch die interne Spaltung der Anhängerschaft hat weiterhin Bestand. Vor allem bei jüngeren Anhängern ist die Bereitschaft erkennbar, sich auf salafistisches Gedankengut einzulassen. Ein harter Kern bekennt sich jedoch nach wie vor zur Ideologie Kaplans und versucht diese auch innerhalb der Organisation weiterzugeben.

Muslimbruderschaft (unter anderem IGD)



Sitz/Verbreitung	Hauptsitz in Köln
Gründung/Bestehen seit	1928 in Ägypten, in Deutschland seit den 1960er Jahren aktiv

Struktur/Repräsentanz Die **Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD)** gab sich im Berichtszeitraum die neue Bezeichnung **Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG)**. Sie gehört zu den Gründungsmitgliedern der **Föderation islamischer Organisationen in Europa (FIOE)**, die als Sammelbecken für Organisationen der **Muslimbruderschaft** in Europa gilt. Seit Ende 2010 hat die **IGD** ihren Sitz in Köln. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Institutionen und Vereine, die mit den Konzepten der **Muslimbruderschaft** zumindest sympathisieren. Sie sind dieser Bewegung somit wenigstens mittelbar zuzurechnen, auch wenn sie keine oder nur eine sehr lose Anbindung an die **DMG**-Strukturen aufweisen.

Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2018	65 →
---	------

Veröffentlichungen	Verschiedene Internetseiten und Auftritte in sozialen Netzwerken (auch deutschsprachig)
--------------------	---

Kurzportrait/Ziele Die 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete **Muslimbruderschaft (MB)** ist die einflussreichste und älteste islamistische Bewegung. Sie bildete den Ursprung des modernen politischen Islam. Als pan-islamisch ausgerichtete Organisation ist sie nicht nur in allen arabischen Staaten, sondern nach eigenen Angaben in 70 Ländern weltweit vertreten. Sie verfolgt das Ziel, einen islamischen Staat zu gründen beziehungsweise bestehende Staatssysteme durch

Unterwanderung zu übernehmen und in ihrem Sinne umzugestalten. Nach eigenem Verständnis vertritt die **Muslimbruderschaft** einen „Islam der Mitte“, der sich von den beiden Polen des militanten Jihadismus einerseits und eines „allzu liberalen“, an vermeintlich westliche Wertvorstellungen angepassten Islam andererseits abgrenzt. Ihr Ziel ist jedoch eine islamistische Gesellschaft, in der auch politische Belange letztlich nach Maßgabe der Religion zu regeln sind. Dazu wird eine Strategie der „Islamisierung von unten“ verfolgt, die zunächst das Individuum anspricht und auf einen Bewusstseinswandel hin zu einem durch die Religion geprägten Leben abzielt. Die derart geschulten Einzelpersonen sollen dann in die Gesellschaft hineinwirken und dafür Sorge tragen, dass sich diese auf lange Sicht dem Gedankengut der **Muslimbruderschaft** annähert oder zumindest gewisse Freiräume für die Ideologie der Bewegung entstehen.

Die theologisch Ausrichtung der **Muslimbruderschaft** ist in vielen Ländern des Nahen Ostens anschlussfähig, da sie ihre dogmatisch eher konservative Ausrichtung mit einem beträchtlichen Pragmatismus vereint, der durchaus Raum für innovative Ansätze lässt, wenn diese dem „Wohl des Islam“ und den Interessen der muslimischen Gemeinschaft dienen.

Offen extremistische Äußerungen sind hiesigen **Muslimbruderschaft**-Sympathisanten nur selten nachzuweisen. Die offiziellen Verlautbarungen betonen die Bereitschaft zum Dialog und fordern selbstbewusst ein Recht auf Teilhabe für Muslime in Deutschland ein.

Finanzierung Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Ziel der **MB** ist die Umgestaltung der Länder mit islamischer Mehrheitsbevölkerung in Staaten mit islamistischem Regierungssystem auf der Grundlage der Scharia, der islamischen Rechts- und Lebensordnung. Gewalt wird zur Durchsetzung dieses Ziels nicht ausgeschlossen, ist aber kein vorrangiges Mittel. Die **MB** lehnt säkulare demokratische Staatssysteme ab beziehungsweise akzeptiert sie nur als Übergangslösung. Eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz erfolgt aufgrund der Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Gedanken der Völkerverständigung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 VSG NRW.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

In ihrem Herkunftsland Ägypten ist die **Muslimbruderschaft** als Terrororganisation eingestuft und nach wie vor verboten. (Vermeintliche) Mitglieder sehen sich dort entsprechenden Repressionen der Sicherheitsbehörden ausgesetzt. Bedeutende Funktionäre haben sich mittlerweile in der Türkei niedergelassen und finden aufgrund der Förderung durch die türkische Regierung günstige Ausgangsbedingungen für ihre Aktivitäten vor.

In Deutschland war das bedeutendste öffentlichkeitswirksame Ereignis im Berichtszeitraum die 36. Jahreskonferenz der **IGD**, die am 9. September 2018 in Hagen unter dem Motto „Deutschlands Muslime Zukunftsperspektiven“ stattfand. In diesem Rahmen wurde auch die Umbenennung in **Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG)** offiziell verkündet.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Umbenennung der **IGD** zu **DMG** bildete den Höhepunkt eines bereits seit längerer Zeit betriebenen Prozesses der Neuaufstellung, der die Organisation besser an die hiesigen Bedingungen anpassen soll und eventuell auch einen Generationswechsel einläutet. Dabei soll offensichtlich ein jüngeres Zielpublikum angesprochen und zugleich Aufgeschlossenheit gegenüber der Gesamtgesellschaft demonstriert werden. Dahinter steht mutmaßlich der Versuch eines Imagewandels, mit dem man das alte Bild der **IGD** und

ihrer Bezüge zur **Muslimbruderschaft** hinter sich lassen will, um sich als die Zukunft der Muslime in Deutschland und als relevanter Teil des hiesigen Islam zu präsentieren. Gegenwärtig ist jedoch nicht erkennbar, dass dieser Reformprozess mit einer Neubewertung der Beziehungen zur internationalen **Muslimbruderschaft** oder gar einer Distanzierung von deren Ideologie und Konzepten einhergeht.

Flyer zur Jahreskonferenz der IGD

Milli Görüs-Bewegung

Sitz/Verbreitung	Türkei / Deutschland
Gründung/Bestehen seit	circa 1969
Struktur / Repräsentanz	Parteistrukturen der Saadet Partisi (SP) mit Zentrale in Köln, darüber hinaus weiteres Anhängerpotenzial, das sich im Organisationsgrad unterscheidet. Zur Milli Görüs-Bewegung gehören zudem die Erbakan Vakfi (Erbakan Stiftung) sowie die Organisation Bielefeld Sultan Fatih Gençlik (Sultan-Fatih-Jugend Bielefeld) . Auch die Ismail Aga Cemaati (IAC) , die aus dem Sufiorden der Naqshbandiya hervorgegangen ist, wird ihr zugerechnet.

Mitglieder/Anhänger/
Unterstützer 2018

NRW: 250 ➡

Kurzportrait/Ziele

Die ideologischen Wurzeln der **Milli Görüs-Bewegung** gehen auf die Ausarbeitungen und Ideen des am 27. Februar 2011 verstorbenen türkischen Politikers und ehemaligen Ministerpräsidenten der Türkei, Prof. Dr. Necmettin Erbakan, zurück. Die Kerngedanken dieser Ideologie sind die Schlüsselbegriffe „Milli Görüs“ (Nationale Sicht) und „Adil Düzen“ (Gerechte Ordnung).

Nach der von Erbakan entwickelten Ideologie ist die Welt zweigeteilt: Einerseits in die auf dem Wort Gottes fußende religiös-islamische gerechte Ordnung (Adil Düzen), andererseits in die von Menschen entworfene westliche Ordnung mit angeblicher Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung (Batil Düzen – Nichtige Ordnung). Zum „Wohl der Menschheit“ soll diese Zweiteilung überwunden und die westliche Ordnung durch die „gerechte Ordnung“ ersetzt werden. Dabei ist die westliche Ordnung durch die „gerechte Ordnung“ ersetzt werden. Dabei ist das erste Ziel der „Mission“ von **Milli Görüs**, diese „gerechte Ordnung“

in der Türkei durchzusetzen. Das Land soll dadurch in jeder Hinsicht erstarren und danach die „Mission“ in die Welt hinausgetragen werden.

Trotz eines zum Teil martialischen Vokabulars hat die **Milli Görüs-Bewegung** innerhalb und außerhalb der Türkei ihre Ziele stets ausschließlich mit politischen Mitteln verfolgt.

Finanzierung

Spenden und Mitgliedsbeiträge

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Umsetzung des „Adil Düzen“-Konzepts als Ziel der politischen Bewegung **Milli Görüs** ist mit den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Darüber hinaus treten antisemitische Einstellungen sowohl in „Adil Düzen“ als auch bei Äußerungen Necmettin Erbakans und einiger **Milli Görüs**-Funktionäre deutlich zu Tage.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die verschiedenen Regionalverbände richten in unregelmäßigen Abständen Konferenzen und Vortragsveranstaltungen aus.

Höhepunkt stellte im Berichtsjahr 2018 eine Großveranstaltung am 13. Oktober in Leverkusen dar. Zu dieser „5. Europatagung“ reisten nicht nur **SP**-Anhänger aus ganz Europa an, auch die Parteispitze aus der Türkei war zugegen und aktiv beteiligt. Durch diese wurde zudem eine neue Filiale der **SP** in Dortmund eröffnet.

Von Bedeutung war zudem der Antritt des Parteivorsitzenden bei der Präsidentschaftswahl am 24. Juni 2018 in der Türkei. Bei den zeitgleich stattfindenden Parlamentswahlen in der Türkei erzielte die SP lediglich 1,34 Prozent der Stimmen und lag damit weit unterhalb der für einen Einzug ins Parlament erforderlichen Zehn-Prozent-Hürde. Da sie allerdings mit der CHP und der İYİ-Partei in einer Wahlkoalition antrat, konnte sie trotzdem zwei Delegierte in die Nationalversammlung entsenden, die dort der Opposition angehören.

In den Wahlbüros in NRW konnte die **SP** zwischen 0,5 Prozent und 0,9 Prozent der dort abgegebenen Stimmen für sich verbuchen und lag damit unter ihrem Wert in der Türkei. Zwar ist die derzeitige türkische Regierungspartei AKP 2001 aus der **Milli Görüs**-Bewegung hervorgegangen, dennoch arbeiten AKP und **SP** in der Türkei nicht mit, sondern gegeneinander. Eine organisatorische Kooperation mit islamischen Gemeinschaften türkischer Herkunft war 2018 in NRW nicht festzustellen.

Für die **IAC** waren im Berichtszeitraum keine größeren öffentlichen Veranstaltungen in NRW feststellbar. Für die hiesigen Anhänger stellt der 2015 abgeschobene Prediger Nusret Cayir immer noch eine wichtige theologische Instanz dar, dessen Botschaften allerdings nur noch über das Internet und die Medien wahrgenommen werden können.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die **Saadet Partei** verfügt in NRW weiterhin über hinreichend ausgeprägte Strukturen, um handlungsfähig zu sein. Die Intensität der Aktivitäten ihrer regionalen Ableger ist allerdings recht unterschiedlich. Im Zentrum ihrer Bemühungen steht dabei die Weiterverbreitung der Ideen Erbakans.



5 AVRUPA BULUŞMASI

Genel Başkanımız
Temel Karamollaoğlu'nun teşrifleriyle

 **13 EKİM 2018**

 **17.00**

 OSTERMANN-ARENA
LEVERKUSEN / ALMANYA

 +49 162 5858040

   SaadetAvrupa



Flyer zum Europa-Treffen der **Saadet Partisi** in Leverkusen am 13. Oktober 2018

Türkische Hizbullah (TH)



Sitz/Verbreitung	Türkei
Gründung/Bestehen seit	1979 in Diyarbakır
Struktur/Repräsentanz	Mehrere Gemeinden in NRW, die sich jedoch nicht offen zur TH bekennen
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2018	NRW: 100 →
Veröffentlichungen	Publikationen: Inzâr Dergisi (Warnung), Dogru Haber (Richtige Nachricht), ; mehrere Web-Angebote
Kurzportrait/Ziele	Anfang der 1980er Jahre bildeten sich unter sunnitischen Kurden in der Türkei Gruppierungen heraus, die für die Errichtung einer auf strikter Befolgung von Koran und Scharia gegründeten „islamischen Herrschaft“ eintraten und sich gegen den säkularen türkischen Staat wandten. Aus einer dieser Gruppierungen entwickelte sich die Hizbullah (Partei Gottes) , die vor allem seit Beginn der 1990er Jahre zur Erreichung ihrer politischen Ziele gegen interne Abweichler, gegen die kurdische Separatistenorganisation Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) , gegen liberale Journalisten und gegen Vertreter des türkischen Staates Gewalt anwendete. Im Januar 2000 wurde Hüseyin Velioglu, der Anführer der sogenannten Türkischen Hizbullah , in Istanbul bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet. Dieser Vorfall und weitere Exekutivmaßnahmen der türkischen Polizei, bei denen mehrere Funktionäre der Organisation und zahlreiche Mitglieder festgenommen und inhaftiert wurden, führten zu einer empfindlichen Schwächung der Hizbullah . Zugleich wurde aus Papieren und Videoaufzeichnungen, die in ihren Archiven gefunden wurden, deutlich, in welchem Ausmaß die Organisation

Entführungen, Morde und andere Gewalttaten verübt hatte. Zahlreiche Aktivisten der **TH** setzten sich daraufhin nach Europa und insbesondere nach Deutschland ab.

In der 2004 erschienenen Schrift „Kendi Dilinden Hizbullah“ stellt ihr Verfasser, ein Funktionär der **Türkischen Hizbullah**, die Verbrechen der Organisation als Akt der Selbstverteidigung dar. Der Autor beschreibt zwei Entwicklungsphasen: Die erste Phase habe von 1979 bis 1991 gedauert. Es stand die Propagandatätigkeit, Anhängerengewinnung, Strukturierung und Schulung im Vordergrund. Eine zweite Phase folgte von 1991 bis 2000. Sie zeichnete sich durch den bewaffneten Kampf gegen die **PKK**, interne Abweichler und den türkischen Staat aus.

In ihrer Zielsetzung verbindet die **Türkische Hizbullah** eine islamistische mit einer kurdisch-nationalen Agenda. Im ideologischen Hauptwerk **Kendi Dilinden Hizbullah** sind die Grundprinzipien der **TH** dargelegt. **Die Türkische Hizbullah** sieht die Uneinigkeit der islamischen Welt und die Herrschaft nicht-islamischer Regime als Ursache aller gesellschaftlichen und politischen Probleme an. Ihr erklärtes Ziel ist es, dies zu ändern und den Islam zur Herrschaft zu bringen. Zu ihren Feindbildern gehören neben Sie werden für die Unterdrückung der Muslime verantwortlich gemacht. Hauptziel der **TH** ist die Beseitigung des laizistischen Staatssystems in der Türkei und langfristig die Errichtung eines islamistischen Regimes.

Im Januar 2012 veröffentlichten **TH**-nahe Internetseiten ein Manifest, das die Gruppe auf eine neue ideologische Grundlage stellte. Darin wird unter anderem klargestellt, dass man die anvisierten Ziele nur noch gewaltfrei und auf legalem Wege erreichen wolle. Eine „Schädigung

der Muslime“ oder die Besetzung „islamischen Bodens“ wolle man jedoch nicht hinnehmen und werde in solchen Fällen vom legitimen Recht der Selbstverteidigung Gebrauch machen. Zentrales Ziel der **TH** bleibt jedoch nach wie vor eine islamische Herrschaftsordnung, weshalb in dem erwähnten Manifest auch jene Regierungen, die dem Islam nicht im – aus Sicht der **TH** – gebotenen Umfang Geltung verschaffen, als unislamisch bezeichnet werden. Das Manifest kann somit als offizielle Abkehr von den gewaltsamen Aktivitäten der 1990er-Jahre gedeutet werden und belegt insofern einen faktisch bereits lange vorher vollzogenen Strategiewandel. Zugleich wird aber auch sehr deutlich, dass damit keine Abkehr von der extremistischen Zielsetzung einhergeht.

Im Kontext dieser Neuausrichtung ist auch die Gründung der „Hür Dava Partisi“ (Partei der freien Sache), kurz Hürda Par, in der Türkei zu sehen, die ebenfalls im Jahr 2012 erfolgte. Sie weist deutliche Bezüge zur **TH** auf und kann deren Anhängern eine neue Organisationsform bieten. Ihre Schwerpunkte liegen in den kurdischen Gebieten im Südosten der Türkei, wo sie Achtungserfolge erzielen konnte, während sie landesweit in der Türkei bisher nur marginale Stimmenanteile erhielt.

Finanzierung

Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Beobachtung der **TH** stützt sich wegen Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Gedanken der Völkerverständigung auf § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 VSG NRW.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Vereine, die der **TH** nahestehen, organisieren Veranstaltungen mit kulturellem Anstrich, ohne den Bezug zur Organisation offen darzustellen. Eine Außenwirkung mit Tragweite wird dadurch nicht erreicht, wodurch eine offensive Mitgliederwerbung nicht möglich ist. Die Anhängerschaft bleibt bei den Veranstaltungen weitestgehend unter sich. Im Berichtszeitraum war ein Rückgang der Aktivitäten feststellbar. Insbesondere überregionale Veranstaltungen, die traditionell eine wichtige Funktion für das Zusammengehörigkeitsgefühl der **TH**-Anhänger einnehmen, fanden im Jahr 2018 nicht im sonst üblichen Maß statt.

In der Türkei nahm die Hüda Par im Sommer 2018 an den Parlamentswahlen teil und erreichte landesweit nur 0,31 Prozent der Stimmen. Da sie sich keiner der beiden großen Wahlkoalitionen angeschlossen hatte, scheiterte sie an der Zehn-Prozent-Hürde und ist somit nicht im türkischen Parlament vertreten.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Organisation nutzt Deutschland und NRW trotz nachlassendem Verfolgungsdruck in der Türkei weiterhin als Rückzugsort, sie tritt in Deutschland weiterhin nicht offen auf und verbirgt ihre Aktivitäten. Mit einer Abkehr dieses Verhaltens ist kurzfristig nicht zu rechnen.

Furkan-Gemeinschaft



Sitz und Verbreitung	Sitz und Verbreitung
Gründung/ Bestehen seit	1994 Gründung der Furkan Vakfi (Furkan Stiftung) in der Türkei, in NRW seit etwa 2011 vertreten 2015 Gründung des Furkan Kultur- und Bildungszentrums e.V. in Dortmund
Struktur/ Repräsentanz	Hierarchische Gliederung, an deren Spitze die Führung in der Türkei steht
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2018	NRW: rund 80 →
Veröffentlichungen	Zeitschrift Furkan Nesli Dergisi (Magazin der Generation Furkan), Verbreitung von Inhalten über die eigene Internetpräsenz, über Videoplattformen und in sozialen Netzwerken (FurkanTV)

Kurzportrait/Ziele

Die **Furkan Stiftung für Bildung und Dienstleistungen (Furkan Egitim ve Hizmet Vakfi)** – auch als **Furkan-Gemeinschaft** – bezeichnet wurde durch Alparslan Kuytul, einen türkischen Bauingenieur und islamischen Rechtsgelehrten, gegründet. Er ist bis heute ihre charismatische Führungsfigur. Die Organisation verfolgt das Ziel, eine „Islamische Zivilisation“ (Islam Medeniyeti) zu begründen, die wesentlich durch das islamische Recht geprägt sein solle und im Widerspruch zu sämtlichen anderen Zivilisationsmodellen stehe. Zur Umsetzung bemüht sich die Bewegung um die Ausbildung und Schulung einer „Vorreiter-Generation“ (Öncü Nesil). Sie soll als gesellschaftliche Avantgarde auf das Ziel hinwirken.

Zentrum der **Furkan-Gemeinschaft** ist Adana (Türkei), der Wohnort Kuytuls. Die **Furkan-Gemeinschaft** hat Ableger in zahlreichen Städten der Türkei und in Europa, darunter auch Deutschland.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge, Spenden, Eintrittsgelder, Erlöse aus Veranstaltungen

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Anhänger der **Furkan-Gemeinschaft** orientieren sich auch in Deutschland vor allem an den Lehren Alparslan Kuytul's, der in den Medienangeboten der Bewegung omnipräsent ist. Sein zentrales Anliegen ist die Rückkehr zu einer „Islamischen Zivilisation“. Diese soll sich ausschließlich an Koran und Sunna (propheatische Tradition) orientieren und Gott das ihm zustehende Recht zur Herrschaft einräumen. Dieses Religionsverständnis kollidiert mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die **Furkan-Gemeinschaft** geht davon aus, dass die Demokratie die Rechte Gottes vereinnahmt und die Teilhabe am politischen Prozess zu Kompromissen zwingt, die im Widerspruch zu Gottes Gesetzen stünden. Solche Kompromisse dürften keinesfalls eingegangen werden. Aus dieser Auffassung resultiert eine prinzipielle Ablehnung der Demokratie, die sich auch im Verbot der Teilnahme an Wahlen widerspiegelt, während zugleich der „Westen“ zum Feindbild stilisiert wird.

Als religiöse Erneuerungsbewegung richtet sich die **Furkan-Gemeinschaft** zunächst vor allem an Muslime. Sie ruft diese dazu auf, ihren Glauben aktiv zu leben und aus einer religiösen Motivation heraus als „Vorreiter-Generation“ zu wirken, indem sie auf die Verwirklichung der „Islamischen Zivilisation“ hinarbeiten. Zu diesem Zweck solle nicht nur das Wissen über die Religion vertieft werden, sondern es sollen auch modernste wissenschaftliche Erkenntnisse geläufig sein.

Den Einsatz von Gewalt verneint Kuytul nicht prinzipiell, schließt ihn zum jetzigen Zeitpunkt jedoch aus. Ihm erscheine die Anwendung von Gewalt im Augenblick lediglich für die Befreiung „muslimischer Länder“ gerechtfertigt.

Als Bewegung, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet, unterliegt die **Furkan-Gemeinschaft** nach § 3 Abs.1 Nr. 1 VSG NRW der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die **Furkan-Gemeinschaft** bietet weiterhin verschiedene Bildungsangebote an, um die von ihr propagierte „Vorreiter-Generation“ auszubilden und in der durch ihren Anführer verkündeten Ideen und Ansichten zu schulen. Eine verstärkte Ausrichtung auf Jugendliche als Zielgruppe der Unterrichte konnte zuletzt festgestellt werden. Die hiesigen **Furkan-Anhänger** sind gut vernetzt und pflegen intensiv Kontakte zu **Furkan-Gruppen** in anderen Bundesländern sowie zur Mutterorganisation in der Türkei.

Beispielhaft wird diese Vernetzung etwa an einer Veranstaltung, die am 2. Juni 2018 in Dortmund stattfand, da zu dieser Anhänger aus ganz Deutschland sowie dem europäischen Ausland anreisten. Ereignisse mit medialem Interesse waren im Berichtsjahr 2018 Demonstrationsveranstaltungen (unter anderem in Hamburg und Dortmund) zur Freilassung Kuytul's.

Da Kuytul Anfang 2018 in der Türkei im Rahmen einer Anti-Terror-Operation festgenommen wurde, demonstrierten seine Anhänger in Deutschland mehrfach öffentlich gegen seine Inhaftierung. Ihm und weiteren Mitangeklagten droht eine langjährige Haftstrafe unter anderem wegen wissentlicher und willentlicher Hilfe und Propaganda für eine Terrororganisation. Auslöser für die gegen die **Furkan-Stiftung** gerichtete Anti-Terror-Operation der türkischen Sicherheitsbehörden scheinen seine kritisch ablehnenden Äußerungen zum militärischen Engagement der Türkei in Syrien im Rahmen der Operation „Olivenzweig“ gewesen zu sein.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der angestrebte Expansionskurs scheint im Berichtszeitraum Erfolge hinsichtlich der Anzahl der Anhänger zu bringen. Eine Schwächung der Organisation durch die zuletzt festzustellenden Repressionen des türkischen Staates ist insofern in NRW nicht feststellbar.

Der Führungsanspruch Kuytul in der Organisation scheint trotz seiner fortwährenden Inhaftierung in der Türkei ungebrochen zu sein. Die Ideologie wird nach wie vor maßgeblich durch ihn und seine Lehren geprägt. Es ist offen, inwieweit der Umgang des türkischen Staates mit der Furkan-Gemeinschaft und ihren Anhängern Auswirkungen auf die Aktivitäten und die Anhängerschaft in Deutschland haben wird.



Anhänger der Furkan-Gemeinschaft demonstrieren am 03.11.2018 in Dortmund für die Freilassung Alparslan Kuytul



Scientology Organisation (SO)

Scientology Organisation (SO)



Sitz/Verbreitung Zentrale in Los Angeles (USA)
Repräsentanzen in Deutschland unter anderem in Berlin, Hamburg, München, Hannover, Frankfurt am Main, Stuttgart und Düsseldorf (Niederlassung des **Scientology Kirche Düsseldorf e.V.** und Repräsentanz des **Celebrity Centre Rheinland Scientology Kirche e.V.**)

Gründung/Bestehen seit Gründung der **Church of Scientology** im Jahr 1953 durch **Lafayette Ronald Hubbard** (auch **L. Ron Hubbard** oder **LRH**) in den USA, Niederlassungen in Deutschland seit den 1970er Jahren

Struktur/Repräsentanz Die **SO** ist streng hierarchisch organisiert. Nachfolger des 1986 verstorbenen L. Ron Hubbard ist **David Miscavige**, der die Organisation bis heute als Vorsitzender des **Religious Technology Centers (RTC)** steuert. Die Repräsentanzen in Deutschland gliedern sich in sieben Organisationen (**Orgs**), mehrere kleinere Missionen und zwei **Celebrity Centres** in München und Düsseldorf. Letztere sollen insbesondere prominente Persönlichkeiten für die **SO** gewinnen. Missionen unterscheiden sich von den **Orgs** im Wesentlichen darin, dass hier nur grundlegende Dienstleistungen angeboten werden.

Große, repräsentative **Orgs** mit überregionaler Bedeutung werden als **Ideale Orgs** bezeichnet. Sie sollen möglichst alle Dienstleistungen unter einem Dach anbieten. Derzeit befinden sich **Ideale Orgs** in Berlin, Hamburg und seit September 2018 in Stuttgart. Die **SO** bezeichnet sich selbst als Kirche. In Deutschland ist sie jedoch als solche nicht anerkannt. Die **Orgs** sind daher als ein getragene Vereine organisiert, auch wenn sie den rechtlich nicht geschützten Begriff Kirche zum Bestandteil ihrer Vereinsnamen gemacht haben.

Mitglieder/Anhänger/
Unterstützer 2018

Bund: circa 3.400, 
NRW: circa 350 
SO selbst nennt deutlich höhere Mitgliederzahlen

Veröffentlichungen

Internationale Zeitschriften: **Impact, Scientology News, Celebrity, Source, Freewinds, OT–Universe, The Auditor** und **Advance** Deutschsprachige Zeitschriften: **Freiheit** und **Kompetenz** Diverse durch **New Era Publications** verlegte Sachbücher und Romane von **L. Ron Hubbard**.

Kurzportrait/Ziele

Die Ziele der **SO** basieren auf den bis heute verbindlichen Lehren ihres Gründers **L. Ron Hubbard**, insbesondere auf seinem 1950 veröffentlichten Grundlagenwerk **Dianetik**. Die **SO** strebt eine scientologische Gesellschaft an, in der an die Stelle des Demokratieprinzips und der Grundrechte ein auf der bedingungslosen Unterordnung des Einzelnen beruhendes, totalitäres Herrschaftssystem unter scientologischer Führung tritt.

Die Expansion ist eines der bedeutendsten Ziele der **SO**, zu dessen Erreichung sie versucht, Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu nehmen. Dabei agiert sie häufig verborgen unter dem Deckmantel einer ihrer zahlreichen Neben- / Tarnorganisationen oder Kampagnen, deren Zugehörigkeit zur **SO** auf den ersten Blick meist nicht erkennbar ist. Beispiele hierfür sind:

- ▶ **Der Weg zum Glücklichein**
(The Way To Happiness),
- ▶ **Jugend für Menschenrechte**
(Youth for Human Rights),
- ▶ **Foundation for a drugfree world**
(Kampagne gegen Drogenmissbrauch),

- ▶ **Sag NEIN zu Drogen, sag JA zum Leben** (deutscher Ableger der Foundation for a drug-free world),
- ▶ **Narconon**
(Organisation zur Rehabilitation von Suchtkranken),
- ▶ **Criminon**
(Verein zur Resozialisierung von Strafgefangenen),
- ▶ **Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte (KVPM)**, auf internationaler Ebene: Citizens Commission On Human Rights (CCHR).

Hochwertig gestaltete Broschüren werden in Innenstädten und Fußgängerzonen verteilt, per Post versandt oder an gut zugänglichen Orten wie Beratungsbüros, Geschäften und Praxen ausgelegt, um Kontakt zu potenziellen Neumitgliedern herzustellen. Oftmals geschieht dies mit Zustimmung der Verantwortlichen, weil diesen der Zusammenhang mit der **SO** nicht bewusst ist.

Im digitalen Raum sollen mit ansprechenden Websites, zahlreichen Social Media-Profilen und grundsätzlich positiv besetzten Themen wie dem Kampf gegen Drogen junge Menschen angesprochen werden. Sowohl im Internet als auch an Informationsständen werden zudem oft kostenlose Persönlichkeitstests mit dem Ziel angeboten, die Teilnehmer an anschließende (kostenpflichtige) Kurse zur Behebung von vermeintlichen Defiziten heranzuführen.

Weiterhin versucht die **SO**, ihre Einflussmöglichkeiten durch Unterwanderung der Wirtschaft zu vergrößern. Hierzu nutzt sie den eigenen Wirtschaftsverband **World Institute of Scientology Enterprises (WISE)**

sowie eigene Organisations- und Managementstrategien. Durch geschicktes und verdecktes Marketing nähert sie sich Firmen, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen. Auf diese Weise soll sukzessive die Infiltration der Wirtschaft voranschreiten und der Einfluss der Organisation ausgebaut werden.

Der **SO** zugehörige Wirtschaftsunternehmen sind häufig dem Immobiliensektor oder der Beratungsbranche zuzurechnen. Bekannt sind aber auch Einrichtungen, die Dienstleistungen auf dem Nachhilfemarkt anbieten und damit gezielt den Kontakt zu jungen Menschen suchen. Diese geben meist an, Lerntechniken von **Applied Scholastics** anzuwenden. **Applied Scholastics** ist Teil der **Association for Better Living and Education (ABLE)**, einer Nebenorganisation der **SO**.

Finanzierung

Zur Finanzierung werden kostenpflichtige Kurse durchgeführt und entsprechende Kursmaterialien vertrieben. Daneben wird regelmäßig Druck auf die Mitglieder ausgeübt, teils erhebliche Geldbeträge an die **SO** zu spenden.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **SO** ist seit 1997 Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen. Scientologen teilen die Gesellschaft in „Nichtabberierte“ und „Abberierte“ (Nicht-Scientologen) auf. Letztere sind nach ihren Vorstellungen in einzelnen Menschenrechten einzuschränken. Die Lehre der **SO** stellt eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Konsequenzen der Lehre sind Einschränkungen wesentlicher Grund- und Menschenrechte wie Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung, zudem wird eine Gesellschaft ohne allgemeine und gleiche Wahlen angestrebt. Zur Erreichung ihrer Ziele versucht die Organisation, Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu nehmen.

Mit der Entscheidung des Oberverwaltungsgericht Münster vom 12. Februar 2008 ist die Rechtmäßigkeit der Beobachtung durch den Verfassungsschutz festgestellt worden. Das Gericht bestätigte die Auffassung des Verfassungsschutzes, dass die Lehre der **Scientology Kirche Deutschland e.V. (SKD)** und der **Scientology Kirche Berlin e.V. (SKB)** eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellt.

Nach wie vor haben die Schriften des Gründers L. Ron Hubbard zur Schaffung einer Gesellschaft nach scientologischen Vorstellungen Gültigkeit. Sie werden von der **SO** in Deutschland auch weiterhin vertrieben und vermittelt.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die **SO** unternimmt weiterhin Anstrengungen, eine gesellschaftliche Anerkennung zu erreichen und in Deutschland zu expandieren. Im Jahr 2018 konnte sie ihrem Ziel, eine scientologische Gesellschaft in Deutschland zu etablieren, jedoch nicht signifikant näher kommen. Die Mitgliederzahlen in Deutschland und NRW sind rückläufig oder stagnieren.

Deutlich erkennbar sind aber aktuelle Maßnahmen, um diesem Mitgliederschwund entgegenzuwirken. So wurde im September 2018 in Stuttgart die dritte **Ideale Org** in Deutschland gegründet und schon kurz darauf gegenüber den Medien angekündigt, in Düsseldorf „in sehr greifbarer Zukunft“ eine weitere **Ideale Org** eröffnen zu wollen.

Daneben konnten in NRW auch im Jahr 2018 Aktivitäten unterschiedlicher Tarnorganisationen beobachtet werden, beispielsweise der Versand von Informationsmaterial für Lehrer durch die **Foundation for a drug-free world** oder das Verteilen von Informationsmaterial der **KVPM**.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

An der Gefahreinschätzung zur Organisation, die durch das OVG Münster im Jahr 2008 formuliert wurde, hat sich im aktuellen Berichtszeitraum nichts geändert. Die **SO** wendet nach wie vor die gleichen Mittel zur Erreichung ihrer Ziele an. Zur Imagepflege und Mitgliederwerbung setzt sie verstärkt auf gängige soziale Netzwerke. Dabei dient das Internet zugleich als Werbe- und Propagandaplattform und bietet einen unkomplizierten Zugang vor allem für junge Menschen. Es ist anzunehmen, dass die

SO die Nutzung moderner Kommunikationsmedien weiter ausbauen wird. Offen bleibt derzeit, ob eine weitere Ideale Org zeitnah in Düsseldorf eröffnet werden kann und welche Auswirkungen dies letztlich auf das Image der **SO** und ihre Mitgliederzahlen in der Region haben wird.



Werbekauf der Scientology Organisation in Berlin



Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

Im Fokus: Nachrichtendienstliche Operationen im Cyberraum.....	280
Spionage – Auftraggeber, Ziele und Methoden.....	282
Proliferation.....	288
Wirtschaftsschutz und Geheimschutz in der Wirtschaft.....	290

Ausländische Nachrichtendienste zeigen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen weiterhin großes Interesse an den Themenfeldern Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Einen hohen Stellenwert nimmt zudem die Ausspähung von in Deutschland lebenden Oppositionellen ein.

Im Jahr 2018 wurde erneut versucht, proliferationsrelevante Güter in Nordrhein-Westfalen zu erwerben. Vornehmlich handelt es sich um sogenannte Dual-Use-Produkte, die sowohl für zivile Zwecke als auch bei der Herstellung von Massenvernichtungswaffen verwendet werden können.

Für Unternehmen und Forschungseinrichtungen besteht eine große Gefahr, Opfer von Wirtschaftsspionage zu werden. Grund dafür ist dort vorhandenes technisch-wissenschaftliche Know-How. Die immer weiter fortschreitende Digitalisierung in der Wirtschaft und die zunehmende Verzahnung industrieller Produktion mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik eröffnen der Wirtschaftsspionage dabei neue Wege. Neben wachsenden ökonomischen Chancen ergeben sich daher aus der fortschreitenden Digitalisierung vielfältige neue Ziele für Cyberangriffe auf deutsche Unternehmen.

Betroffen sind neben großen, börsennotierten DAX-Unternehmen vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Dies gilt insbesondere für Firmen, die in ihrer Branche auf dem Weltmarkt eine Vorreiterstellung innehaben. Ein Viertel dieser Unternehmen in Deutschland kommt aus Nordrhein-Westfalen. Bei Wirtschaftszweigen, die der Bundesgesetzgeber 2017 als sogenannte Kritische Infrastrukturen (KRITIS) eingestuft hat, ist der Blick verstärkt auf die Gefahr von Sabotage zu richten.

Der Mensch ist weiterhin ein zentrales Angriffsziel für Spionageversuche und Angriffe. „Awareness“, also Achtsamkeit, zu schaffen, ist daher ein immer wichtigerer Bestandteil einer ganzheitlichen Sicherheitsstrategie. Diese muss Technik, Organisation und Personal einbeziehen.

Der Verfassungsschutz hat im Jahr 2018 seine Beratungs- und Sensibilisierungsarbeit mit zahlreichen Vorträgen und Veranstaltungen bei Unternehmen, Verbänden, Organisationen und Behörden sowie mit der Teilnahme an Messen, Kongressen und ähnlichen Veranstaltungen ausgeweitet.

Die seit 2001 bestehende nordrhein-westfälische „Sicherheitspartnerschaft gegen Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität“ wird um wichtige Partner erweitert und ihre Arbeitsgrundlage novelliert. Mit einem neuen, innovativen „Lagebild Wirtschaftsschutz Nordrhein-Westfalen“ soll die Beratungs- und Sensibilisierungsarbeit der Sicherheitspartner und damit auch des Wirtschaftsschutzes im Verfassungsschutz optimiert werden. Unternehmen werden die Möglichkeit haben, ihr Schutzniveau mit dem Wirtschaftsschutzindex abzugleichen und Handlungsbedarfe zu erkennen. Das Projekt der Sicherheitspartnerschaft NRW wird in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für den Mittelstand (FHM) durchgeführt.

Im Fokus: Nachrichtendienstliche Operationen im Cyberraum

Das Internet hat sich zum fest etablierten Operationsraum für fremde Nachrichtendienste entwickelt. Das Netz bietet dabei vielfältige Möglichkeiten: Von klassischer Spionage, über die Einflussnahme auf politische Systeme bis hin zur Vorbereitung und Durchführung von Sabotage-Aktionen.

Staatlich gesteuerte Cybereinheiten im Ausland verfügen über erhebliche personelle und sachliche Ressourcen. Auftraggebende Staaten setzen besondere – auch nicht staatliche – Einheiten zur Durchsetzung ihrer politischen Interessen ein. Soziale Medien werden beispielsweise gezielt dazu genutzt, um Einfluss auf die Meinungsbildung in ausländischen Staaten zu nehmen.

Andere Operationen haben zum Ziel, in fremde Computersysteme einzudringen und dort möglichst lange und unentdeckt zu verbleiben. Anders als Cyberkriminelle treten die im staatlichen Auftrag agierenden Angreifer nicht mit dem Opfer in Kontakt, um beispielsweise Lösegeld für die Entschlüsselungen von Daten zu fordern. Sie haben vielmehr das Ziel, dass Angriffe auch dauerhaft nicht bemerkt werden. Der Betrieb des angegriffenen Zielsystems soll scheinbar ungestört aufrechterhalten bleiben. Das Opfer wird in dem Glauben belassen, ein funktionierendes und sicheres System zu nutzen.

Eine eigene Betroffenheit wird bei einem solchen Vorgehen nur sehr selten selbst erkannt. Angriffe werden häufig erst nach einem externen Hinweis enttarnt.

Hat sich ein Angreifer in einem Zielsystem festgesetzt, kann er leicht vertrauliche Informationen aus internen Dokumenten oder dem internen E-Mail-Verkehr gewinnen und abziehen. Der Zugang zu fremden Systemen kann zudem dazu genutzt werden, digitale „Sprengladungen“ zu installieren. Diese lassen sich beispielsweise bei politischen Konflikten dazu verwenden, Produktionsprozesse anzuhalten oder Teile der Infrastruktur, beispielsweise Kraftwerke, auszuschalten. Cyberangriffe dieser Art dienen der Vorbereitung von Sabotage.

Die hohe Bedrohungslage macht es erforderlich, informationstechnische Systeme nach dem aktuellen Stand der Technik abzusichern und den Schutzstatus stetig zu aktualisieren.

Selbst durch aktuelle Schutzmaßnahmen lassen sich Angriffe jedoch nur erschweren, eine vollständige Sicherheit lässt sich kaum erzielen. Angriffe auf hochkarätige Operationsziele werden von den Angreifern individuell zugeschnitten. Zur Vorbereitung eines Cyberangriffs forschen sie sowohl die technischen Gegebenheiten des Angriffsziels als auch die Nutzer der dortigen Systeme aus. Immer wieder gelingt es Angreifern, Hinweise auf Passwörter durch Recherchen in öffentlich zugänglichen Datenbanken oder sozialen Medien zu erhalten. Für die Angriffe genutzte E-Mails sind in der Regel so gut an die Betriebsabläufe des Opfers angepasst, dass häufig selbst geschulte Nutzer einen Angriff nicht erkennen können und gefährliche Anhänge öffnen. Ein Beispiel dafür ist die elektronische Übersendung von mit Schadsoftware präparierten Bewerbungsunterlagen. Diese werden in Personalabteilungen gesichtet, ohne dass man sich des Risikos bewusst ist.

Die Komplexität heutiger IT-Systeme eröffnet zahlreiche und immer wieder neue Angriffspunkte. Geübte Angreifer haben daher die Möglichkeit, auch in vermeintlich gut geschützte Systeme einzudringen. Für neu entdeckte und vom Software-Hersteller noch nicht geschlossene Programmlücken sind im Dark Web Beschreibungen von Angriffsmöglichkeiten zu finden. Gegen diese sogenannten Zero-Days-Exploits besteht kein wirksamer Schutz. Cyberangriffe lassen sich auf diesen Wegen erfolgreich durchführen. Sie bleiben oftmals über Jahre unentdeckt. Angriffe dieser Art werden auch als fortgeschrittene, andauernde Bedrohung, Advanced Persistent Threat (APT), bezeichnet.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik spricht der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen mögliche Opfer von Cyberangriffen staatlich gesteuerter Hackergruppierungen an. Die Gespräche sollen insbesondere Erkenntnisse darüber liefern, wie die Angreifer konkret vorgehen und wie sich Infizierungen erkennen lassen. Sie lassen aber auch bisweilen Rückschlüsse darauf zu, welche Infrastruktur die Angreifer verwendet haben und welche möglichen weiteren Opfer es gibt.

Im Jahr 2018 standen insbesondere Cyberangriffe im Vordergrund, die aufgrund verschiedener Indizien eine Steuerung aus Russland und China vermuten lassen.

Spionage – Auftraggeber, Ziele und Methoden

Regierungen nutzen Spionage, um sich im politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen oder militärischen Wettbewerb einen Informationsvorsprung zu verschaffen. Sie versuchen, an Informationen zu gelangen, mit denen sich politische Positionen und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des ausspionierten Staates besser einschätzen lassen. Von Interesse sind zudem Angaben zur militärischen Leistungsfähigkeit gegnerischer Bündnisse. Wegen seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung ist Deutschland im besonderen Blick ausländischer Nachrichtendienste. Sie zielen auf einen unautorisierten Transfer wissenschaftlich-technischen Know-hows ab und sind interessiert an Informationen über politische Vorhaben, Krisenmanagement und Handlungsstrategien. Diese Bemühungen beziehen sich insbesondere auch auf das Land Nordrhein-Westfalen. NRW hat mit 70 Universitäten und Fachhochschulen sowie mehr als 50 Technologiezentren eine große Bedeutung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Das Land steht für eine herausragende Innovations- und Wirtschaftskraft.

Methoden der Spionage

Ein großer Teil der für Nachrichtendienste interessanten Informationen lässt sich über öffentliche Medien wie das Internet, durch den Besuch von Messen, bei gegenseitigen Delegationsbesuchen und durch geschickte Gesprächsführung mit Informations- und Wissensträgern erlangen. Für Informationen, die auf diesen Wegen nicht zugänglich sind, setzen Nachrichtendienste verdeckte Methoden ein. Sie suchen beispielsweise unverdächtig Kontakt zu Personen, die für das Erreichen des Spionageziels nützlich erscheinen. Dabei hat weniger die Hierarchieebene eine Bedeutung, als vielmehr die konkreten Möglichkeiten der Zielpersonen, auf interessierende Informationen zugreifen zu können. Durch stetige Intensivierung des Austauschs verfolgen die Angreifer letztlich das Ziel, die jeweiligen Ansprechpartner direkt oder indirekt abzuschöpfen. Noch konspirativer ist die Vorgehensweise, bei der Dienste Personen mit falschen Namen und falschen Lebensläufen, sogenannten Legenden, einsetzen. Mittel zum Zweck kann zudem sein, einen belastenden Umstand – ein sogenanntes Kompromat – zu schaffen. Der jeweilige Informations- und Wissensträger soll damit erpressbar gemacht werden. Diese Methode kommt vorrangig im Ausland, beispielsweise bei Dienst- und Geschäftsreisenden, in Betracht.

Erkenntnisse der Spionageabwehr

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz beobachtet mit 360-Grad-Blick eine Vielzahl im Land tätiger ausländischer Nachrichtendienste. Besondere Bedeutung haben aufgrund ihrer Aktivitäten die Nachrichtendienste der Russischen Föderation, der Volksrepublik China, der Islamischen Republik Iran und der Türkei.

Im Berichtszeitraum konnten zahlreiche Fälle beobachtet werden, bei denen ausländische Nachrichtendienste versucht haben, Kontakt mit Gesprächspartnern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft aufzunehmen. Dabei wurden verstärkt soziale Netzwerke genutzt. Die nordrhein-westfälische Spionageabwehr führt Sensibilisierungsgespräche mit Personen, die als potenzielle Gesprächspartner erkannter Nachrichtendienstoffiziere in Frage kommen oder bei denen bereits Gesprächskontakte zu diesen bestehen. Personen, die den Verdacht haben, in Kontakt mit einem ausländischen Nachrichtendienst gekommen zu sein, wird dringend geraten, sich an die Spionageabwehr des Verfassungsschutzes zu wenden.

Russische Föderation

Die russischen Nachrichtendienste sind wesentliche Elemente der russischen Sicherheitsarchitektur. Sie werden in die Vorbereitung und Realisierung politischer Vorhaben im In- und Ausland einbezogen. Hauptaufgabe ist die Beschaffung von Informationen. Die Aktivitäten der russischen Dienste gehen häufig von sogenannten Legalresidenturen aus. Diese gehören zu den offiziellen diplomatischen und konsularischen Vertretungen.

Russische Nachrichtendienste beschaffen die gewünschten Informationen aus offen zugänglichen Quellen, über menschliche Quellen und über elektronische Angriffe auf Behörden und Wirtschaftsunternehmen. Zudem versuchen sie, die öffentliche Meinung in Deutschland zu beeinflussen. Hierüber versuchen russische Stellen um Verständnis für die russische Politik zu werben und eine russlandfreundliche Sichtweise zu vermitteln. Die russische Regierung nutzt zunehmend soziale Netzwerke und staatsnahe Medien für Propaganda- und Desinformationskampagnen. Zudem versucht man über Cyberangriffe an Daten zu gelangen, die zu Propagandazwecken genutzt werden könnten. Eigentliches Ziel dieser Aktivitäten ist die Destabilisierung der jeweiligen Regierungen oder des politischen Gegners.

Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Die russischen Nachrichtendienste sind gegliedert in einen Inlands-, einen Auslands- und einen militärischen Nachrichtendienst, wobei sich die Zuständigkeiten im Einzelfall überschneiden. Die folgenden Dienste sind auch in Deutschland aktiv:

Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Die russischen Nachrichtendienste sind gegliedert in einen Inlands-, einen Auslands- und einen militärischen Nachrichtendienst, wobei sich die Zuständigkeiten im Einzelfall überschneiden. Die folgenden Dienste sind auch in Deutschland aktiv:

- **Inlandsnachrichtendienst - FSB**

Der FSB ist unter anderem für die zivile und militärische Spionageabwehr sowie für die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität zuständig.

- **Ziviler Auslandsnachrichtendienst - SWR**

Der SWR ist vorrangig für die Aufklärung in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie zuständig.

- **Militärischer Auslandsnachrichtendienst - GRU**

Aufgabe des GRU ist die Aufklärung des gesamten militärischen Bereichs. Neben der NATO gehört dazu auch die Bundeswehr.

Volksrepublik China

Die chinesische Regierung ist nach wie vor bestrebt, eine weltpolitische Führungsrolle zu erlangen und sich als führende Wirtschaftsmacht zu etablieren. Zur Durchsetzung dieser Ziele nutzt der chinesische Staat die Arbeit seiner Nachrichtendienste vielfältiger Weise. Nordrhein-Westfalen steht dabei mit vielen innovativen kleinen und mittleren Unternehmen sowie zahlreichen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Technologie- und Gründerzentren im besonderen Fokus nachrichtendienstlicher Aktivitäten.

Zur Umsetzung seiner Ziele bedient sich China der klassischen Methode, Angehörige des eigenen Nachrichtendienstes mit Hilfe von diplomatischen und konsularischen Vertretungen zu tarnen. Die Nachrichtendienstmitarbeiter in den Legalresidenturen unterhalten viele Kontakte und Beziehungsnetzwerke („guanxi“) zu Gesprächspartnern, die über interessante Zugänge oder Informationen verfügen. Durch eine langfristig angelegte, geduldige „Kultivierung“ sollen die Kontaktpersonen in Politik und Wirtschaft dazu verleitet werden, dem vorgeblichen „Freund“ vertrauliche Informationen preiszugeben und so zum Informanten oder sogar Agenten für einen chinesischen Dienst zu werden. China bedient sich für den illegalen Wissenstransfer zudem teilweise der Hilfe hier dauerhaft lebender Chinesen oder von Gastwissenschaftlern, Studenten und Praktikanten, die sich vorübergehend in Deutschland aufhalten.

Die Einbindung politischer oder wissenschaftlicher Think Tanks in nachrichtendienstliche Strategien hat nach wie vor Bedeutung. Sie fördern das Ansehen Chinas und unterstützen die Verbreitung chinesischer Werte. Die Nachrichtendienste nutzen diese Think Tanks aber auch als Tarnung für Reisen nach Deutschland und, vor allem in China, für die Kontaktaufnahme zu Studenten, Diplomaten und Geschäftsleuten. Sie dienen so zum einen dazu, sensible Informationen beispielsweise zur Vorbereitung von Cyberangriffen zu sammeln, und zum anderen, geeignete Zielpersonen auszuwählen und nachrichtendienstliche Aktivitäten zu tarnen. Darüber hinaus konnten im vergangenen Jahr wieder umfangreiche Aktivitäten chinesischer Nachrichtendienste in sozialen Netzwerken festgestellt werden.

Es sind insbesondere zahlreiche Kontaktversuche zu Mitarbeitern aus Ministerien, Behörden und Hochschulen aufgefallen. Dort beschäftigte Personen sollten für eine Zusammenarbeit mit der chinesischen Seite gewonnen werden. Weitergehende chine-

sische Aktivitäten hinterlassen ebenfalls Spuren in Nordrhein-Westfalen. Dazu zählen die verstärkten chinesischen Bestrebungen, sich unter dem Stichwort „Neue Seidenstraße“ in einer Vielzahl von Ländern wirtschaftlich zu engagieren. Es ist offensichtlich, dass über wirtschaftliche Abhängigkeiten Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme geschaffen werden. China intensiviert zudem seine Bemühungen, über Medien und Bildungsträger die öffentliche Wahrnehmung des eigenen Landes zu manipulieren. Die chinesische Regierung verstärkt außerdem ihre Anstrengungen, Einfluss auf die chinesische Diaspora im Ausland zu nehmen.

Islamische Republik Iran

Die Ausspähung und Bekämpfung oppositioneller Bewegungen ist nach wie vor der Schwerpunkt der Arbeit der iranischen Nachrichtendienste. Hauptakteur ist dabei das „Ministry of Information and Security“ (MOIS). Dies ist der zivile In- und Auslandsnachrichtendienst der Islamischen Republik Iran. Er beobachtet schwerpunktmäßig im Exil agierende Oppositionskräfte, insbesondere die in Nordrhein-Westfalen stark vertretene „Volksmodjahedin Iran-Organisation“ (MEK) und deren politischen Arm, den „Nationalen Widerstandsrat Iran“ (NWRI). Das MOIS versucht, die Exilopposition durch Infiltration zu überwachen und durch gezielte Propaganda zu diskreditieren. Daneben spielen für den Iran klassische Spionageziele wie Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft eine bedeutende Rolle. Im Berichtsjahr wurden wieder Aktivitäten der sogenannten „Quds Force Brigade“ (QF) festgestellt. Bei den QF handelt es sich um eine Spezialeinheit der Revolutionsgarden, die über eine eigene nachrichtendienstliche Abteilung, einen Sicherheitsdienst und eine Spionageabwehr verfügt. Die QF betreibt unter anderem Informationsbeschaffung im Ausland. Ein Hauptaugenmerk liegt in der Ausspähung von israelischen und pro-israelischen Institutionen sowie von hier lebenden Staatsangehörigen des Staates Israel und von Personen jüdischen Glaubens. Dem Verfassungsschutz liegen Erkenntnisse vor, dass es im Berichtsjahr Ausforschungsaktivitäten der QF in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

Türkei

Der türkische Nachrichtendienst „Millî İstihbarat Teşkilâtı“ (MIT) ist für Inlands- und Auslandsaufklärung zuständig. Er ist mit Exekutivbefugnissen ausgestattet und seit August 2017 unmittelbar dem Amt des Präsidenten unterstellt.

Nordrhein-Westfalen ist einer der weltweiten Schwerpunkte der türkischen Diaspora und damit Operationsgebiet des türkischen Nachrichtendienstes. Schwerpunkt seiner Aktivitäten in NRW ist die Ausspähung von Oppositionellen. Neben kurdischen Gruppierungen wie der Arbeiterpartei Kurdistans (**PKK**) sowie linksextremistischen Organisationen wie die Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (**DHKP-C**) und die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (**MLKP**). Diese Ausspähung gilt auch der nach dem Prediger Fetullah Gülen benannten „Gülen-Bewegung“, die in Deutschland weder dem terroristischen noch dem extremistischen Spektrum zugeordnet wird.

Eine Besonderheit der Ausspähung von Oppositionellen durch die Türkei ist die Einbeziehung von in Deutschland lebenden Sympathisanten der gegenwärtigen Regierung. Sie werden öffentlich zur Denunziation der „Terroristen“ aufgefordert. Die Türkei ist zudem bemüht, über die staatsnahen Medien politischen Einfluss auf die türkischstämmige Bevölkerung in Deutschland auszuüben. Es muss davon ausgegangen werden, dass nicht nur die türkische Regierung, sondern auch die Regierungspartei „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (AKP) unmittelbaren Einfluss auf den MIT und türkische Organisationen in Deutschland (UID, DITIB) ausüben.

Kostenloses Angebot des Verfassungsschutzes

Zur Sensibilisierung vor den Gefahren nachrichtendienstlicher Tätigkeit führt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz auf Wunsch und auch unabhängig von konkreten Verdachtsfällen Informationsveranstaltungen für interessierte Unternehmen und Organisationen durch. Im Einzelfall berät er vertraulich, wenn sich Anhaltspunkte für den Verdacht eines Angriffs durch einen fremden Nachrichtendienst ergeben.

Anfragen mit der Bitte um Kontaktaufnahme können an kontakt.verfassungsschutz@im1.nrw.de gerichtet werden.

Proliferation

Als Proliferation bezeichnet man die Weiterverbreitung atomarer, biologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen), der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie von Trägersystemen für Massenvernichtungswaffen (beispielsweise Raketen und Drohnen) und des dafür erforderlichen Know-hows. Die Verbreitung der ABC-Waffen stellt global ein großes Sicherheitsrisiko dar. Iran, Pakistan, Nordkorea und Syrien stehen im Verdacht, sich die notwendigen Produkte für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen auch in Deutschland zu beschaffen.

Proliferationsrelevante Staaten interessieren sich in der Regel für sogenannte Dual-use-Güter. Das sind Produkte, die sich sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich verwenden lassen. Bei entsprechenden Anfragen wird gegenüber Herstellern oder Händlern anstatt der tatsächlich vorgesehenen Endverwendung eine angeblich angestrebte zivile Nutzung vorgegeben. Zudem werden umfangreiche Beschaffungsnetzwerke, bestehend aus Tarnfirmen und Strohmännern in unterschiedlichen Staaten, genutzt. Sogenannte Umgehungslieferungen führen häufig über Staaten, die eine geographische Nähe zum Zielland aufweisen.

Die Spionageabwehr des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes sensibilisierte im Jahr 2018 zahlreiche Unternehmen, Forschungseinrichtungen und wissenschaftliche Institute mit Vorträgen und Einzelberatungen. Dabei wurde auf Gefahren illegaler Lieferungen sowie die einschlägigen Beschaffungsmethoden hingewiesen. In konkreten Einzelfällen bietet der Verfassungsschutz eine individuelle und vertrauensvolle Beratung, bei der Probleme und Fragen der Unternehmen stets vertraulich behandelt werden. Die endgültigen Auswirkungen des Ausstiegs der Vereinigten Staaten aus dem mit dem Iran geschlossenen „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA) sind derzeit noch nicht absehbar. Sowohl Deutschland als auch die EU stehen weiterhin zum JCPOA, so dass Iran-Geschäfte mit erforderlichen Genehmigungen des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle weiterhin möglich sind.

Wirtschaftsschutz und Geheimchutz in der Wirtschaft

Nordrhein-Westfalen ist ein leistungsstarkes und innovatives Hochtechnologieland. Das Bruttoinlandsprodukt lag im Jahr 2018 über 700 Milliarden Euro. Nordrhein-westfälische Unternehmen, insbesondere auch die rund 755.000 mittelständischen Betriebe sowie die Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes, müssen sich jederzeit bewusst darüber sein, dass sie attraktive Ziele für Wirtschaftsspionage, also der staatlich gelenkten oder gestützten Ausforschung, sind. Außerdem müssen sie stets damit rechnen, im Fokus von Konkurrenz- oder Industriespionage, von Sabotageakten oder auch gezielten Cyberattacken zustehen.

Anforderungen zunehmender Digitalisierung

Die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung bieten für den Fortschritt in allen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen neue Entwicklungschancen. Künstliche Intelligenz und Industrie 4.0 durchdringen immer stärker die Wirtschaft. Der neue Mobilfunkstandard 5G verspricht besonders schnelle Netze und Städte entwickeln sich zu „Smart Cities“. Mit diesen Chancen wachsen jedoch auch die Risiken, Ziel und Opfer von Ausforschungen und Angriffen zu werden. Gerade Cyberattacken stellen ein Gefährdungspotential dar, das insbesondere von vielen kleinen und mittleren Unternehmen unterschätzt wird. Mehr als 800 Millionen Schadprogramme sind derzeit im Umlauf. Täglich kommen 390.000 Varianten hinzu, berichtet das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in seinem Lagebericht 2018. Neben häufig unspezifischen „Massenangriffen“ versprechen intelligente, speziell auf Unternehmen zugeschnittene und intensiv geführte Angriffe immer wieder Erfolgsaussichten und deuten zugleich auf gezielte Attacken ausländischer Nachrichtendienste hin.

Das Know-how innovativer Unternehmen jeder Größe bleibt für viele Staaten und deren Nachrichtendienste von großem Interesse. Teilweise gibt es einen gesetzlichen Auftrag für ausländische Nachrichtendienste, Wirtschaftsunternehmen anderer Länder auszuspionieren, um die Wirtschaft im eigenen Land zu unterstützen. Das gilt insbesondere für China und Russland.

Gefahren für Kritische Infrastrukturen

Das Risiko der Ausspähung existentieller Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse oder auch zukunftsweisender Forschungsergebnisse („klassische Wirtschaftsspionage“) wächst dabei nicht nur für die kleinen und mittleren Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Es besteht zunehmend auch eine Gefahr der Sabotage be-

sonderer Wirtschaftszweige, die der Bundesgesetzgeber schon 2015 als sogenannte Kritische Infrastrukturen (KRITIS) und als für das staatliche Gemeinwesen besonders wichtige Versorgungssysteme normiert hat. Dazu zählen insbesondere die Bereiche Energie, Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Gesundheit, Wasser, Ernährung sowie das Finanz- und Versicherungswesen. Das BSI verweist in seinem Lagebericht 2018 darauf, dass sich die Gefährdungslage für diese Versorgungssysteme „insgesamt auf hohem Niveau“ bewegt. Von Mitte 2017 bis Mitte 2018 erreichten das BSI 145 Störungsmeldungen von Betreibern Kritischer Infrastrukturen. Für das gesamte Jahr 2018 spricht das BSI von vorab mitgeteilten 279 Meldungen aus den KRITIS-Sektoren. Der deutliche Anstieg gegenüber 60 Meldungen im Vorjahreszeitraum ist möglicherweise auch auf einen Anstieg der Sensibilität beim Meldungsverhalten und einem Absinken der Schwelle bei der Bereitstellung von Informationen zurückzuführen.

Ein Übergriff auf entsprechende Netzwerke und Computeranlagen von Unternehmen dieser Sparte kann nicht nur den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens selbst, sondern auch die öffentliche Sicherheit des Landes Nordrhein-Westfalen gefährden. Erfolgreiche Cyberangriffe auf Energieversorgungssysteme europäischer Länder hat es bereits gegeben und auch in Deutschland waren entsprechende Angriffe zu verzeichnen. Neben der Energiebranche ist auch mit einer Gefährdung der Wasserversorgung, medizinischer Einrichtungen und der Telekommunikationsverbindungen zu rechnen. Ein mehrtägiger Ausfall solcher Systeme hätte schwere wirtschaftliche Schäden zur Folge, was die Sicherheit und Handlungsfähigkeit des Landes insgesamt beeinträchtigen würde.

Wirtschaftsschutz durch Prävention

Die Sicherheit von Wirtschaft und Forschung ist ein Erfolgsfaktor für das Gelingen der Digitalisierung der Gesellschaft und Grundvoraussetzung für den gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess. Sie ist mit Blick auf den Bereich der Kritischen Infrastrukturen auch ein wesentlicher Faktor für das Funktionieren unseres Gemeinwesens. Im genannten Kontext kommt dem sogenannten Social Engineering als spezielle Anbahnungsmethode von Wirtschaftsspionen und Cyberkriminellen und damit dem Faktor Mensch eine besondere Bedeutung zu. Dies betrifft Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso wie das Führungspersonal.

Auf der anderen Seite spielen das mangelnde Wissen um die Gefahren und Methoden der Ausspähung und Angriffe oder auch mangelnde Sensibilitäten etwa im Umgang mit der Schutzbedürftigkeit des Kern-Know-How eines Unternehmen oder auch bei den Nutzung von Smartphones oder Tablets bei Auslandsreisen Angreifern und Nachrichtendiensten in die Hände. Schon nach eigenem Bekunden hat bereits jedes zweite Unternehmen in den vergangenen Jahren einen Cyberangriff erlebt. Dies hat allein in den Jahren 2015 und 2016 zu einem jährlichen Gesamtschaden von rund 55 Milliarden Euro für die deutsche Volkswirtschaft geführt. Geschätzt war Nordrhein-Westfalen davon mit rund 10 bis 12 Milliarden Euro betroffen. Dies wurde u.a. durch die vom Branchenverband „Bitkom“ im Jahr 2017 aktualisierte Studie zur Spionage, zum Datenklau und zur Sabotage sowie den dadurch entstandenen betriebswirtschaftlichen Schäden in Deutschland deutlich.

Hier bietet der Wirtschaftsschutz des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen ein gezieltes Präventionsprogramm an. Als staatliche Dienstleister stellen die Wirtschaftsschutzexperten des Verfassungsschutzes in unentgeltlichen Sensibilisierungsvorträgen Unternehmen aller Branchen und Größenordnungen die Bedrohungen dar, denen sie durch Wirtschaftsspionage ausgesetzt sind. Es wird über die wichtigsten, aktuellen Angriffsmethoden informiert und es werden wirksame Schutzstrategien für Unternehmen vorgestellt. Der Wirtschaftsschutz konnte seine Sensibilisierungsaktivitäten im Jahr 2018 erneut ausweiten. Er erreichte mit rund 100 Vorträgen rund 4.500 Multiplikatoren, Geschäftsführer, IT-Sicherheitsverantwortliche und Sicherheitsbevollmächtigte. Die Wirtschaftsschutzexperten besuchen darüber hinaus Unternehmen und andere interessierte Institutionen auf Wunsch vor Ort, um die Sicherheitsverantwortlichen in einem vertraulichen Gespräch über die aktuellen Bedrohungen zu informieren und gegebenenfalls praktische Hilfestellung bei der Erstellung eines Sicherheitskonzeptes zu geben. Wirtschaftsspionage, Konkurrenzausspähung und Cyber-Kriminalität haben in der Regel unterschiedliche Akteure und Motive, im Kern verfolgen und nutzen sie jedoch ähnliche Ziele und Methoden. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz rät allen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes, sich deshalb auf der Grundlage eines ganzheitlichen Sicherheitskonzeptes zu schützen. Sicherheit ist dabei mehr als IT-Sicherheit. Sie gehört in professionelle Hände und sollte von einer eigenen Organisationseinheit (Corporate Security) bearbeitet werden, die alle Sicherheitsprozesse in einem Unternehmen verantwortet und verzahnt. Sicherheit selbst ist kein wertschöpfender Vorgang, sie stellt aber einen wichtigen Wettbewerbsvorteil dar.

Der Wirtschaftsschutz hat in 2018 mehrfach die Gelegenheit genutzt, sich mit seinen Dienstleistungen auch auf Messen, Kongressen und ähnlichen Veranstaltungen mit einem Informationsstand und Vorträgen zu präsentieren und die jeweiligen Besucher über die Gefahren der Wirtschaftsspionage und das Beratungsangebot des Verfassungsschutzes informiert.



Messestand des Wirtschaftsschutzes Nordrhein-Westfalen

Doch nicht nur die Sensibilisierung hinsichtlich der Aktivitäten fremder Nachrichtendienste steht im Fokus des präventiven Wirtschaftsschutzes. Der präventive Wirtschaftsschutz wird sich jetzt auch verstärkt um die Informationsvermittlung und Sensibilisierung, die dem Schutz nordrhein-westfälischer Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen vor Bedrohungen durch Extremisten sowie durch Terroristen dienen, einsetzen.

Geheimschutzbetreute Wirtschaft

Die geheimschutzbetreute Wirtschaft ist ebenfalls vom Aufgabenbereich des Wirtschaftsschutzes umfasst. Dabei handelt es sich um Unternehmen, die mit sicherheitsempfindlichen Aufträgen und Projekten betraut werden oder schon betraut sind. Sie müssen deshalb die speziellen Anforderungen und Verfahren des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes (SÜG) durchlaufen und fortlaufen erfüllen. Der Verfassungsschutz kooperiert in diesem Aufgabenfeld in besonderem Maße mit dem für die geheimschutzbetreute Wirtschaft in der Regel federführenden Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Er führt darüber hinaus gesonderte Einzelfallberatungen und Sensibilisierungsgespräche vor Ort durch.

Sicherheitspartnerschaft NRW

Der Wirtschaftsschutz im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz betrachtet seinen Auftrag nicht nur als bilaterales Verhältnis zwischen Wirtschaftsunternehmen und Verfassungsschutz, sondern kooperiert darüber hinaus mit aufgabenverwandten Behörden und Verbänden. So ist der Wirtschaftsschutz als Vertreter der Abteilung Verfassungsschutz Mitglied in der seit 2001 bestehenden „Sicherheitspartnerschaft gegen Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität“ in Nordrhein-Westfalen und führt auch derzeit die Geschäfte der Partnerschaft. Weitere Partner aus Geschäftsbereich des Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen sind die Abteilung „Polizei“ und das Landeskriminalamt, das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, die Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft - Nordrhein Westfalen und die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V. Die Partnerschaft verfolgt insbesondere die Ziele, die Schäden durch Wirtschaftsspionage, Wirtschaftskriminalität und Konkurrenzausspähung zu reduzieren, die gegenseitige Kooperationsbereitschaft und den Informationsaustausch zu erhöhen und die Sensibilität der Wirtschaft und der Öffentlichkeit hinsichtlich des Gefahrenpotentials zu erhöhen. Dies soll durch eine vernetzte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat erreicht werden. Die Partner setzen dabei den kontinuierlichen Austausch von Informationen, die Beratung und Unterstützung von Unternehmen, aber auch gemeinsame Projekte und öffentlichkeitswirksame Aktivitäten um. Die Sicherheitspartnerschaft profitiert dabei von der Expertise der einzelnen Partner. Das Ministerium des Innern bringt dabei sowohl das spezifische Wissen des Verfassungsschutzes zur Wirtschaftsspionage als auch das der Polizei zur Wirtschaftskriminalität ein.

Auf der internationalen Fachmesse für Sicherheit und Brandschutz „Security Essen 2018“ veranstaltete die Sicherheitspartnerschaft NRW am 26. September 2018 deshalb eine Podiumsdiskussion der Sicherheitspartner unter dem Titel „Wirtschaftsspionage und Wirtschaftsschutz in einer digitalisierten Welt Ein Strategieforum mit Vertretern der Landesregierung und der Wirtschaft“. Rund 100 Teilnehmer folgten den Ausführungen des Innen- und des Wirtschaftsministers sowie den Beiträgen über die aktuellen Sicherheitsbedürfnisse der Wirtschaft.

Lagebild Wirtschaftsschutz

Ein Projekt von besonderer strategischer Bedeutung stellt das „Lagebild Wirtschaftsschutz“ dar. Dieses für den Wirtschaftsschutz in Nordrhein-Westfalen innovative Projekt der Sicherheitspartnerschaft NRW wird in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für den Mittelstand (FHM) durchgeführt. Organisatorisch wird es durch den Wirtschaftsschutz umgesetzt. Das Lagebild knüpft inhaltlich und methodisch an die aktuelle Studie „Digitalisierungsindex bei KMU in NRW“ der FHM an. Abweichend von vorliegenden Lagebildern und Studien fragt das Lagebild Wirtschaftsschutz NRW nicht nach Schadenshöhen oder der Betroffenheit durch Cyberangriffe, sondern nach dem konkreten Schutzniveau in Unternehmen. Dies erlaubt eine qualifizierte Aussage zum Status-Quo des Wirtschaftsschutzes und zum Verbesserungs- und Nachholbedarf. Das Lagebild wird zudem eine gezielte Optimierung der Sensibilisierungsaufgaben des Wirtschaftsschutzes ermöglichen. Unternehmen werden ihr eigenes Schutzniveau im Vergleich mit dem Wirtschaftsschutzindex einordnen und einschätzen können. Das Lagebild soll im zweiten Quartal 2019 vorliegen und alle zwei Jahre aktualisiert werden.



Kontakt zum Wirtschaftsschutz

Unternehmen und andere Institutionen, die an den Sensibilisierungsangeboten des Verfassungsschutzes interessiert sind oder Opfer von Spionage- oder Sabotageattacken geworden sind, können unter wirtschaftsschutz@im1.nrw.de Kontakt zum Wirtschaftsschutz aufnehmen. Als Inlandsnachrichtendienst obliegt der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen dem Opportunitätsprinzip und kann ein Maximum an Vertraulichkeit zusichern.



Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

Im Fokus: Aufklärung durch den Verfassungsschutz	298
Übergreifende Konzepte	300
Präventionsprogramm Wegweiser	310
VIR	314
Aussteigerprogramme	318
Fachtagungen und Kongresse	330
Vorträge und Fortbildungen	340
Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes	346

Dabei wird die Abstimmung und Zusammenarbeit mit anderen Akteuren immer wichtiger. Daher hat der Verfassungsschutz die Vernetzung seiner Präventionsarbeit mit anderen Beteiligten in den Sicherheitsbehörden sowie mit Fachkräften in den betroffenen Ressorts der Landesregierung, in der Zivilgesellschaft und Wissenschaft aufgebaut, erweitert und intensiviert.

Die Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes ebenso wie das Präventionsprogramm Wegweiser sind im Laufe des Jahres kontinuierlich ausgeweitet und zahlreiche Arbeitsfelder personell verstärkt worden.

Die Aussteigerprogramme „Spurwechsel“ (Rechtsextremismus) und „API“ (Islamismus) konnten so insbesondere ihre fachliche Expertise erweitern und die Vernetzung mit Polizei und Justiz noch weiter verstärken. Durch den Start des Aussteigerprogramms Linksextremismus „left“ bietet das Land Nordrhein-Westfalen nun für alle Bereiche des Extremismus Hilfe beim Ausstieg an.

Das Präventionsprogramm „Wegweiser“ erfuhr aufgrund seiner konstant hohen Nachfrage nicht nur eine regionale Erweiterung und eine Verstärkung durch längere Vertragslaufzeiten – auch die Vernetzung der Wegweiser-Beratungsstellen insbesondere im kommunalen Bereich konnte weiter ausgebaut werden. Zudem wird das erfolgreiche Programm durch eine internetgestützte Beratungskomponente – „Wegweiser Online“ – erweitert und so das bestehende Beratungsangebot in der analogen Welt um eine digitale Komponente erweitert.

Das seit 2014 laufende Fortbildungsprojekt VIR (Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen) wurde 2018 fortgeführt und das Netzwerk der ausgebildeten VIR-Trainerinnen und -Trainer weiter gestärkt. Rückmeldungen aus Fachkreisen bestätigen, dass das Projekt wichtige Akzente setzt.

Der Verfassungsschutz ist sich seiner Verantwortung zur gesellschaftlichen Verankerung der Präventionsaktivitäten bewusst. So sind nicht nur die genannten Programme durch das Ziel geprägt, Akteure in Staat, Gesellschaft und Wissenschaft auf breiter Basis einzubinden. Auch das Prinzip, Extremismusprävention als gesamtgesellschaftliche Herausforderung zu begreifen, zieht sich als ein roter Faden durch die Maßnahmen des Verfassungsschutzes: bei Sensibilisierungsveranstaltungen, bei der Beratung von Kommunen, bei konkreten Angeboten für Schule und Jugendarbeit oder bei der Ausrichtung von oder der Beteiligung an Fachtagungen oder interministeriellen Arbeitsgruppen.

Im Fokus: Aufklärung durch den Verfassungsschutz - Wie erreiche ich die Zielgruppe?

Der beste Schutz für die Demokratie sind aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger, die sich der Gefahren, die von extremistischen Strömungen ausgehen, bewusst sind. Dieser Grundsatz prägt die Arbeit und gehört zum Selbstverständnis des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes. Extremisten jeglicher Couleur sprechen gezielt insbesondere junge Menschen an und versuchen diese für sich zu gewinnen. Deswegen muss die Aufklärung über demokratiefeindliche Ideologien ebenfalls junge Menschen und deren Umfeld erreichen, um diese gegen die Propaganda und Ansprache von Extremisten zu wappnen und zu immunisieren.

Die Erkenntnisse und Analysen des Verfassungsschutzes richten sich daher in wesentlichen Teilen an die Öffentlichkeit. Mit Aufklärungskampagnen gilt es an ein breites Publikum in der Mitte der Gesellschaft heranzutreten und insbesondere jene zu informieren, die im Fokus der Einflussnahme extremistischer Gruppen stehen.

Mit Konzepten wie VIR (Veränderungsimpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen), Vorträgen der Wegweiser-Beratungsstellen und Tagungen mit Themenschwerpunkten werden bereits seit geraumer Zeit Akteure der Schul- und Jugendarbeit gezielt geschult und sensibilisiert.

Schulen als Orte der Aufklärung

Sind Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gut informiert, ist eine erste wichtige Hürde im Umgang mit extremistischer Einflussnahme auf Jugendliche genommen. Die Chancen, mögliche Veränderungen bei Schülerinnen und Schülern zu erkennen und frühzeitig zu intervenieren, sind entsprechend groß. Darüber hinaus hat es sich der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen zur Aufgabe gemacht, mit seiner Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit unmittelbar an die Zielgruppe heranzutreten. Dies geschieht über konkrete Angebote für Schule und Jugendarbeit zum Thema extremistischer Salafismus: von Theateraufführungen über verschiedenen Workshops bis hin zu Autorenlesungen und Kinoseminaren. Schulen und Jugendzentren können über das Innenministerium kostenfrei Veranstaltungen buchen, um das schwierige Thema extremistischer Salafismus jugendgerecht zu behandeln.

Virtual Reality auf der Messe gamescom

Aufklärung muss dort ansetzen, wo junge Menschen sind. Sie muss die Sprache der Jugendlichen sprechen und sie muss zeitgemäße Medienformate nutzen. So war die weltweit größte Messe für interaktives Entertainment gamescom in Köln mit rund 370.000 Besuchern, von denen 70 Prozent jünger als 24 Jahre sind, auch in 2018 der richtige Veranstaltungsort, um gezielt an ein junges Publikum heranzutreten. An dem Messestand des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen erwartete die Besucherinnen und Besucher neben einem Quiz, bei dem man sein Wissen zum Thema Extremismus testen konnte, eine interaktive Virtual Reality-Anwendung auf VR-Brillen zum Thema Propaganda und Radikalisierung. Mit dem Gesamtangebot wurden rund 1.700 Personen erreicht. Vielfach wurde ausführlich diskutiert, so dass die durchschnittliche Verweildauer am Stand bei zehn Minuten lag.

Neben der gamescom war der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen im Jahr 2018 auch auf dem Tag der Medienkompetenz im Landtag NRW und auf dem NRW-Tag in Essen vertreten.



Messestand des Verfassungsschutzes NRW auf der gamescom 2018

Extremisten zum Ausstieg animieren

Mit Werbekampagnen wurden in 2018 gezielt Menschen aus dem extremistischen Milieu und deren Umfeld angesprochen, um auf Hilfsangebote für einen Ausstieg aufmerksam zu machen. So wurde zum Jahresende in 18 NRW-Städten mit verschiedenen Motiven auf das Präventionsprogramm „Wegweiser“, das Aussteigerprogramm Islamismus (API) sowie auf das Rechtsextremismus-Aussteigerprogramm „Spurwechsel“ gezielt im Stadtbild aufmerksam gemacht. Dazu wurden 680 großflächige Werbeplakate vor allem in jenen Stadtteilen angebracht, die von Rechtsextremismus oder Islamismus besonders betroffen sind. Zielgruppe waren somit nicht nur unmittelbar Betroffene und deren Umfeld, sondern zugleich die Stadtgesellschaft, bei der das öffentliche Bewusstsein für die Problematik geweckt werden soll. Und das Signal gesetzt werden soll, dass es für Betroffene Hilfestellungen in Form von Präventions- und Ausstiegsprogrammen gibt.

Online ansprechbar sein

So wichtig und wertvoll persönliche Kontakte in der Aufklärungs- und Beratungsarbeit auch sind - Tatsache ist: Ein Großteil der gesellschaftlichen Kommunikation findet heute über das Smartphone oder das Tablet statt. Daher sind Online-Angebote zwingend erforderlich, um auch Personen zu erreichen, die sich nicht über Kampagnen in der Öffentlichkeit oder konventionelle Publikationen wie Broschüren oder den Verfassungsschutzbericht angesprochen fühlen. So betreibt der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen bereits seit Mitte 2017 Facebook-Kanäle zu den Aussteigerprogrammen Islamismus und Spurwechsel. Des Weiteren wird das Präventionsprogramm „Wegweiser – Gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“ um eine virtuelle Beratungskomponente erweitert, die durch ein wissenschaftliches Institut entwickelt und umgesetzt wird.

WEGWEISER

GEMEINSAM
GEGEN
GEWALTBEREITEN
SALAFISMUS



BERATUNGSSTELLEN

PLZ/Ort:

Name	Ort	Homepage	Telefon	E-Mail
Wegweiser in Düsseldorf	Düsseldorf, Kreis Mettmann	https://www.wegweiser- duesseldorf.de/	0211/87664541	info@wegweiser-duesseldorf.de



Ich möchte Kontakt mit Wegweiser aufnehmen.

Name *

Kontakt

Wegweiser - Gemeinsam gegen

Web-Angebot des Präventionsprogramms Wegweiser

Übergreifende Konzepte

Die umfangreichen Erkenntnisse und breite Expertise in allen Extremismusbereichen hat der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz auch im Jahr 2018 genutzt, um präventive Maßnahmen langfristig zu entwickeln, durchzuführen und fortzusetzen. Er wendet sich nachdrücklich gemeinsam mit allen relevanten Akteuren gegen jede Form von Extremismus. Der seit Jahren gewählte Präventionsansatz aus Vernetzung und konkreten Maßnahmen zeigt Erfolge. Der Verfassungsschutz ist daher in ressortübergreifenden Arbeitsgruppen der Landesregierung aktiv, unterstützt in Kooperation mit der Wissenschaft neue Forschungsprojekte und intensiviert die Zusammenarbeit mit nordrhein-westfälischen Kommunen.

Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Die Tagung „Miteinander reden, streiten und entgegentreten – Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus im digitalen Zeitalter“ am 5. Juli 2018 verfolgte das Ziel, die aktuelle Debatte aufzugreifen. Zugleich wurde in diesem Rahmen die bisherige Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren erörtert. Gemeinsam mit Polizei und Justiz beteiligte sich der Verfassungsschutz NRW mit dem Workshop „Hass und Hetze im Netz – Grenzen der Meinungsfreiheit“ an der Veranstaltung, in der aktuelle Entwicklungen der Online-Propaganda im Rechtsextremismus sowie Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Strafverfolgung thematisiert wurden. Das Landeskriminalamt und die Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen bei der Staatsanwaltschaft Köln stellten das Projekt „Verfolgen statt nur Löschen – Rechtsdurchsetzung im Internet“ vor, das Wege erprobt, um strafbarer Hetze im Netz schnell und wirksam nachzugehen.

Das integrierte Handlungskonzept bündelt die Maßnahmen der Landesregierung und fördert die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Partnern. Das Konzept umfasst insgesamt 166 Einzelmaßnahmen, wurde 2016 ver-



Flyer zur Tagung „Miteinander reden, streiten und entgegentreten“

abschiedet und soll bis Ende 2019 umgesetzt werden. Die Steuerung erfolgt im Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft durch die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus bei der Landeszentrale für politische Bildung. Die Umsetzung des Handlungskonzepts wird durch Vertreterinnen und Vertretern aller Landesministerien und durch das Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus begleitet, in dem staatliche und zivilgesellschaftliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vertreten sind. Das integrierte Handlungskonzept sieht 22 Einzelmaßnahmen des Verfassungsschutzes vor, die zurzeit umgesetzt werden. So weitet der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen das Aussteigerprogramm „Spurwechsel“ sowie die Projekte VIR und „Kommunen gegen Extremismus“ kontinuierlich aus und entwickelt sie weiter. Zudem bietet er Informationsveranstaltungen über aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus unter anderem für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte an und veröffentlicht Publikationen wie den Band „Erlebniswelt Rechtsextremismus“.

Interministerielle Arbeitsgruppe „Salafismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“

Um zielgerichtet gegen gewaltbereiten Salafismus vorzugehen und nachhaltige Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen zu realisieren, müssen sich staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in einem Expertennetzwerk austauschen. Mit der Einsetzung der unbefristeten Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) „Salafismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ wurde – unter Einbindung aller zuständigen Landesministerien – dieser Ansatz weiterverfolgt. Ein erster Handlungsrahmen wurde mit dem am 20. März 2017 im nordrhein-westfälischen Landtag vorgelegten ersten Zwischenbericht der IMAG geschaffen, der ein ganzheitliches Handlungskonzept zur Bekämpfung des gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus beinhaltet. Der Handlungsrahmen ist auf den Dreiklang Ganzheitlichkeit, Zusammenarbeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet. Zivilgesellschaftliche Akteure und wissenschaftlicher Expertise werden dabei eingebunden. Das Handlungskonzept orientiert sich an der Lebensbiografie von Heranwachsenden und ihrem individuellen Lebensumfeld und unterstützt Betroffene sowie das umgebende Umfeld in der jeweiligen Lebenssituation. Die entsprechenden nachhaltigen Präventionskonzepte sensibilisieren und immunisieren vor „verführenden“ Botschaften sowie Anwerbeversuche aus dem extremistischen Salafismus. Beratung, Aufklärung, Vernetzung und Qualifikation stehen dabei im Zentrum. Das Konzept sieht zusätzlich 27 konkrete Einzelmaßnahmen vor, die sich auf die Berei-

che Sozialräume, Schule, Justizvollzugsanstalt, Einbeziehung von Muslimen als Akteuren, Medien, Propaganda, Demokratieförderung sowie Frauen und Mädchen beziehen.

Extremistische Ideologien unterliegen einem stetigen Wandel, so auch der extremistische Salafismus. Politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Nordrhein- Westfalen, aber auch in Krisenregionen wie Syrien und Irak und der dortige bewaffnete Kampf jihadistischer Gruppierungen, haben direkte Auswirkungen auf die salafistische Szene in NRW. So hat sich der extremistische Salafismus verändert und angepasst. Entsprechend hat sich auch die IMAG weiterentwickelt und verändert und ermittelte neue Tätigkeitsfelder, Zielgruppen und Programme zur Präventionsstärkung

in Kombination mit Demokratieförderung. Neue Akteure werden dabei einbezogen. Aktuell befasst sich die IMAG in den vier eingesetzten Unterarbeitsgruppen (UAG) mit den Themengebieten

- ▶ Eltern beziehungsweise Elternarbeit,
- ▶ Zusammenhang zwischen der Flüchtlingssituation und einer potentiellen Radikalisierung,
- ▶ Präventionskonzepte europäischer Nachbarstaaten (sogenannte Best Practice) und
- ▶ geschlechtergerechte Präventionsangebote für junge Frauen und Mädchen.

Zusätzlich haben sich die IMAG-Teilnehmer auf den Grundsatz „Teilhabe, Prävention und Deradikalisierung“ verständigt, um den ressortübergreifenden Handlungsleitfaden weiter auszugestalten und dem Vernetzungs- und Abstimmungsbedarf aller Präventionsprogramme und -projekte einen angemessenen Stellenwert beizumessen.

Einen Überblick über die Umsetzungssachstände der Maßnahmen und die zukünftige Ausrichtung der IMAG und des Handlungskonzepts gibt der am 18. Dezember 2018 dem nordrhein-westfälischen Landtag vorgestellte zweite IMAG-Bericht „Teilhabe, Prävention und Deradikalisierung“ (Drucksache 17/1517

CoRE NRW - Connecting Research on Extremism

Ende 2016 hat sich das wissenschaftliche Netzwerk zur Erforschung des extremistischen Salafismus (CoRE NRW) gegründet, um bestehende Expertisen zu bündeln, weitere Bedarfe zu identifizieren und Maßnahmen und Forschungsvorhaben anzustoßen. CoRE NRW (Connecting Research on Extremism) wurde auch in 2018 als ein Netzwerk aus Forschung, Praxis und Verwaltung weiter ausgebaut. Unter Federführung des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft und unter Beteiligung des Ministeriums des Innern wird bedarfsorientierte Forschung und gezielter Wissenstransfer im Bereich des extremistischen Salafismus durch CoRE unterstützt. Initiiert und begleitet von den Ministerien wird das Netzwerk von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen sowie von Akteuren der Prävention getragen.

Der Verfassungsschutz kann seine Expertise zu Extremismus und Prävention einbringen und Erkenntnisse aus der Forschung für seine Präventionsarbeit nutzen. In Wissenschaft und Fachpraxis wird weiterhin ein Bedarf zur Vernetzung und zur Forschungsförderung gesehen, dem mit zielgerichteter Weiterentwicklung von CoRE entsprochen wird. CoRE NRW stellt eine Basis für diese notwendige Vernetzung der Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und Prävention dar. So zeigt sich dieser Mehrwert, wenn Praxis und Prävention in die Vernetzung und Forschungsprojekte eingebunden werden, um Rückflüsse von Forschungsergebnissen zu erleichtern und Praxisfragen der Forschung zugänglich zu machen. Das im Rahmen von CoRE geförderte Projekt „Die jugendkulturelle Dimension des Salafismus aus der Genderperspektive“ der Fachhochschule Dortmund arbeitete in 2018 zum Beispiel mit dem Wegweiser-Programm des Verfassungsschutzes zusammen, um etwa Handlungsempfehlungen für die Prävention und Intervention zu entwickeln.

Projekt „Kommunen gegen Extremismus“

Um der Entstehung von Extremismus im Vorfeld entgegenzuwirken, bietet der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem polizeilichen Staatsschutz seit 2014 das Projekt „Kommunen gegen Extremismus“ an. Das Projekt sieht eine Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden und Landkreisen, Städten und Gemeinden vor und basiert auf einem gegenseitigen, vertrauensvollen Informationsaustausch.

Nach der erfolgreichen Pilotphase im Kreis Mettmann wurde die Zusammenarbeit in den Folgejahren auf den Rhein-Kreis Neuss, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Sieg-Kreis, den Kreis Paderborn sowie die kreisfreien Städte Mönchengladbach und Remscheid ausgedehnt. Darüber hinaus gibt es Kontakte zu weiteren Städten in Nordrhein-Westfalen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich auch künftig weitere Kreise und Städte dem Projekt anschließen.

Präventionsmaßnahmen des Verfassungsschutzes NRW

Primär	Sekundär	Tertiär
<p>Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> Vorträge multimediale Produkte z.B. Virtual Reality Teilnahme an Messen Angebote für Schulen ressortübergreifende Handlungskonzepte Aussteigergespräche Projekt „Prisma“ Projekt „Kommunen gegen Extremismus“ 	<p>Präventionsprogramme:</p> <p></p> <ul style="list-style-type: none"> setzen vor dem Szene-Einstieg an Beratung findet im Vertrauensraum statt individuelle Hilfe vor Ort (NGO und kommunale Träger) <p></p> <ul style="list-style-type: none"> Trainerausbildung 	<p>Aussteigerprogramme:</p> <p></p> <p></p> <p></p> <ul style="list-style-type: none"> unterstützen beim Ausstieg bieten ideologische Aufarbeitung Lebensstabilisierung

Die drei Ebenen der Prävention

In Wissenschaft und pädagogischer Praxis wird üblicherweise zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Prävention unterschieden. Eingeteilt wird nach den Zielgruppen, an die sich die Präventionsmaßnahmen richten.

In den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus bringt der Verfassungsschutz NRW seine Erkenntnisse gezielt in alle drei grundlegenden Felder der Prävention ein. Die primäre Prävention zielt auf die demokratische Öffentlichkeit ab („Verfassungsschutz durch Aufklärung“).

Bei der sekundären Prävention sind es Personengruppen, die eine Nähe zum extremistischen Denken und Handeln haben. Entsprechende Jugendliche befinden sich daher meist in einer Annäherungsphase an extremistische Szenen. Im Bereich des Rechtsextremismus werden diese Personen beispielsweise häufig als „rechtsorientiert“ oder „rechtsaffin“ bezeichnet.

Tertiäre Prävention richtet sich an Personen, die fest in einer extremistischen Szene verankert und in ihr aktiv sind. Maßnahmen der tertiären Prävention sind insbesondere Aussteigerprogramme. Die Übergänge zwischen diesen drei Präventionsbereichen sind fließend, die Unterscheidung ist aber wichtig, weil wirksame Präventionsmaßnahmen passgenau auf die jeweilige Zielgruppe ausgerichtet sein müssen.

Präventionsprogramm Wegweiser – Gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus

Das Präventionsprogramm Wegweiser setzt am Anfang einer möglichen Radikalisierung an. Dem Leitgedanken „Ausstieg vor dem Einstieg“ folgend, soll verhindert werden, dass sich Menschen zum gewaltbereiten Salafismus hinwenden. Wegweiser richtet sich somit an Personen, die bereits mit der salafistischen Szene sympathisieren oder in diese abzurutschen drohen. Zielgruppe sind demnach insbesondere junge Menschen, aber auch deren soziales Umfeld.

Die derzeit 17 Standorte in Nordrhein-Westfalen (Stand: Ende 2018) bieten Beratung für Betroffene sowie deren persönliches Umfeld an. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ansprechbar für jeden, der Fragen zu den Themen extremistischer Salafismus und Radikalisierung hat oder individuelle Unterstützung benötigt. Die Beratung ist grundsätzlich vertraulich.

Betrieben werden die örtlichen Beratungsstellen durch zivilgesellschaftliche (13 Standorte) oder kommunale Träger (vier Standorte), die eigenverantwortlich und unabhängig die Beratungsarbeit durchführen. Der Verfassungsschutz initiiert neue Anlaufstellen, finanziert sie und nimmt eine vom konkreten Beratungsfall unabhängige allgemeine Steuerungsfunktion wahr.

Breites Angebot zur individuellen Hilfe

So vielfältig wie die Gründe für eine Radikalisierung sind, so vielfältig sind auch die Ansätze von Wegweiser einer Radikalisierung zu begegnen. In drei Vierteln der Fälle werden pubertierende Jugendliche oder Kinder erreicht. Sie befinden sich in einer von Ambivalenz und von sprunghaften Verhalten geprägten Phase, sind oft einer Vielzahl von Problemlagen ausgesetzt und daher für die einfachen Antworten der salafistischen Extremisten auf komplexe Fragen besonders empfänglich. Das erfordert seitens der Wegweiser-Beratung eine breite fachliche Aufstellung.

Daher verfügen die Beraterinnen und Berater über unterschiedliche berufliche Hintergründe und sind in ihrer Fachlichkeit multiprofessionell aufgestellt. Insbesondere Kenntnisse aus Sozialarbeit und Sozialpädagogik sind hier gefragt. Zudem sind ausgeprägte interkulturelle und interreligiöse Kompetenz und Kenntnisse des Islams von Nöten. Durch diese breitgefächerten Kompetenzen ist eine Beratung in einer Vielzahl von Problembereichen aber auch verschiedenen Sprachen möglich. Es wird zudem versucht,

die Beratungsteams in den Standorten jeweils mit männlichem und weiblichem Beratungspersonal zu besetzen, um so unterschiedlichen Beratungsbedarfen gerecht werden zu können.

Dem Erfordernis einer breiten Aufstellung wird auch durch die Netzwerkstruktur von Wegweiser gerecht. So ist jede Wegweiser-Beratungsstelle vor Ort verpflichtend in ein an die örtlichen Gegebenheiten angepasstes Netzwerk eingebunden. Auf diese Weise kann Wegweiser auf ein großes Reservoir an Expertise unterschiedlicher Akteure und Einrichtungen zurückgreifen (wie etwa Vereine, Sozialverbände, kommunale Ämter, Familienberatungsstellen, Jobcenter, Moscheegemeinden, Polizei). So ist gewährleistet, dass jedem die individuell notwendige Beratung zuteilwerden kann. Beraterinnen und Berater greifen bei multiplen Problemlagen der Betroffenen auf das vorhandene Regelsystem zurück und begleiten, beraten und unterstützen Betroffene. Die Wegweiser-Beraterinnen und -Berater sind ansprechbare Helfer über die gesamte Dauer des Prozesses, ohne das zuständige Behörden und andere Hilfesysteme außen vor bleiben.



Neben der konkreten Beratungsarbeit haben die Wegweiser-Anlaufstellen auch die Aufgabe, in ihrem Wirkungskreis über den Salafismus allgemein, seine Erscheinungsformen, Anwerbestrategien und Propagandaaktivitäten zu informieren. So kann vor Ort bei Behörden, Schulen und sonstigen Organisationen eine breite Sensibilisierung erreicht werden und die Wachsamkeit der Menschen verstärkt werden. Dies erhöht die Chance, dass besorgniserregende Veränderungen von Personen bemerkt, geprüft und bewertet werden können und für den Fall einer Radikalisierungsgefahr frühzeitige Beratung bereit steht.

Neben der konkreten Beratungsarbeit haben die Wegweiser-Anlaufstellen auch die Aufgabe, in ihrem Wirkungskreis über den Salafismus allgemein, seine Erscheinungsformen, Anwerbestrategien und Propagandaaktivitäten zu informieren. So kann vor Ort bei Behörden, Schulen und sonstigen Organisationen eine breite Sensibilisierung erreicht werden und die Wachsamkeit der Menschen verstärkt werden. Dies erhöht die Chance, dass besorgniserregende Veränderungen von Personen bemerkt, geprüft und bewertet werden können und für den Fall einer Radikalisierungsgefahr frühzeitige Beratung bereit steht.

Ausbau des Programms

Auch in 2018 war die Nachfrage nach Beratung und Aufklärung zu den Themenfeldern Salafismus und Radikalisierung konstant hoch. Von Beginn des Programms bis zum Ende des Jahres 2018 wurden über 800 direkt betroffene Jugendliche und Kinder beraten. Davon haben sich in 330 komplexen Fällen längerfristige Beratungsbegleitungen durch das Wegweiser-Programm ergeben. 80 bis 90 Prozent dieser Beratungsfälle

haben einen positiven Verlauf genommen. Dies bedeutet, dass die „Richtigen“ erreicht wurden und bei ihnen auch eine Bereitschaft erzeugt wurde, mit dem Beratungsteam aktiv zusammenzuarbeiten. So konnten gemeinsam mit Betroffenen und dem jeweiligen sozialen Umfeld unterschiedlichste Probleme bearbeitet und neue Perspektiven erarbeitet werden. Auf diese Weise können auch langfristig extremistisch beeinflusste Verhaltensweisen und Einstellungen bei betroffenen jungen Menschen nicht mehr verfangen oder handlungsleitend werden. Darüber hinaus wurden bis zum Ende des Berichtsjahrs über 15.700 Anfragen insgesamt und über 2.800 Sensibilisierungsveranstaltungen durchgeführt.

In 2018 wurde Wegweiser als Programm verstetigt. Neben dem sukzessiven Ausbau mit weiteren Anlaufstellen erhielten die Standorte eine langfristige Planungsgrundlage. Prozesse und Strukturen wurden konzeptionell angepasst und vereinheitlicht. Erste Verträge mit Trägern von bestehenden Standorten konnten auf eine vierjährige Laufzeit umgestellt werden. Um den beschlossenen Ausbau auf 25 Standorte in ganz NRW umzusetzen, nahmen die neuen Beratungsstellen Gelsenkirchen, Hagen/Ennepe-Ruhr-Kreis/Märkischer Kreis, Oberhausen/Mülheim an der Ruhr und Kreis Recklinghausen/Bottrop den Betrieb auf. Für den Standort im Rhein-Kreis Neuss wurde ebenfalls ein Zuschlag erteilt und mit der Implementierung begonnen. Die Einrichtung der Beratungsstelle für die Kreise Düren und Heinsberg befindet sich in der Vorbereitung. Bestehende Standorte wurden in 2018 räumlich erweitert. So betreut die Beratungsstelle Düsseldorf zukünftig auch den Kreis Mettmann, Wegweiser in Bochum ist zukünftig auch für die Stadt Herne und Wegweiser in Bonn auch für den Kreis Euskirchen und den Rhein-Sieg-Kreis zuständig. Für das Jahr 2019 sind weitere neue Standorte sowie die räumliche Erweiterung von bestehenden Standorten geplant.

Wegweiser in der EU

Extremismus endet nicht an Ländergrenzen. Gerade im Grenzgebiet von Aachen leben und bewegen sich viele Menschen grenzüberschreitend, weil sie etwa im Nachbarland zur Schule gehen, im Sportverein aktiv sind oder arbeiten. Daher kann es auch in der Extremismus-Beratungsarbeit Fallkonstellationen mit grenzüberschreitenden Bezügen geben. Für notwendige konkrete Abstimmungen von Präventionsmaßnahmen und betroffenen Wegweiser-Beratungsfällen wurde daher im Jahr 2017 ein Staatsvertrag zwischen dem Land NRW, der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) Belgien und der

Stadt Aachen als Wegweiser-Träger geschlossen. Auf Basis des Vertrages hat die DG eine selbständige Anlaufstelle nach dem Vorbild von Wegweiser in Eupen eingerichtet. Damit partizipieren die beteiligten Partner jeweils an den Erfahrungen aus der erfolgreichen Wegweiser-Arbeit in NRW und die jeweiligen Anlaufstellen in Aachen und Eupen können grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Im Rahmen der deutsch-flämischen Regierungskonsultationen wurde zudem am 18. Januar 2019 beschlossen, auch mit Flandern den Dialog zur Bekämpfung des gewaltbereiten Salafismus zu vertiefen. Aus diesem Grund wurde am 21. März 2019 eine Kooperation der Wegweiser-Anlaufstelle in Köln mit einem flämischen Pendant besiegelt.

Wegweiser Online

Mit Wegweiser Online wurde zusätzlich zur bisherigen Wegweiser-Beratungsarbeit eine neue Komponente entwickelt, durch die dem Bedarf nach einer Online-Beratung und einer ganzheitlichen Präventionsstrategie sinnvoll und gezielt entsprochen wird. Die Programmweiterung wird im Rahmen einer EU-weiten Ausschreibung durch ein wissenschaftliches Institut konzeptioniert und umgesetzt. Ziel ist es, dass sich speziell geschultes Fachpersonal in öffentlichen Social-Media-Diskussionen mit Jugendlichen vernetzt, um Meinungen zu hinterfragen, Denkanstöße zu geben und bei Auffälligkeiten zu intervenieren.

Wegweiser Online realisiert einen sehr niederschweligen Eintritt in den Präventionsprozess und bietet die Möglichkeit, sich zunächst aus der Distanz und im eigenen Tempo den pädagogischen Angeboten zuzuwenden. Zusätzlich werden die Online-Beraterinnen und -Berater in Schulen Workshops zur Förderung der Medienkompetenz anbieten. Hieraus ergibt sich die Chance, gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern Meinungsbildung im Internet zu reflektieren und zu hinterfragen. Dabei wird auch der kritische Umgang mit Propaganda und Desinformationen im Internet sowie deren Instrumentalisierung durch Extremisten eine große Rolle spielen.

▲ Kontakt zu Wegweiser

Informationen zu den Wegweiser-Beratungsstellen vor Ort und die jeweilige Hotline sind unter www.wegweiser.nrw.de zu finden.

Die zentrale Wegweiser-Hotline ist unter 0211 / 871-2728 (montags bis freitags von 8:00 bis 18:00 Uhr) oder per Mail unter info@wegweiser.nrw.de erreichbar und vermittelt auf Wunsch Ansprechpartner vor Ort.

VIR – Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen

VIR ist ein Fortbildungskonzept für Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit rechtsorientierten Jugendlichen oder jungen Erwachsenen im Kontakt sind – also mit jungen Menschen, die sich der rechtsextremistischen Szene annähern, aber noch nicht fest in ihr verankert sind. Insofern ist VIR ein Konzept der sekundären Extremismusprävention. Ein Kernelement des Projekts ist die jährliche Ausbildung von VIR-Trainerinnen und Trainern. Die sechste Ausbildung fand 2018 in Hattingen statt, insgesamt hat der VIR-Steuerungskreis inzwischen etwa 100 Fachkräfte als Trainerinnen und Trainer ausgebildet und lizenziert. Sie sind damit berechtigt, pädagogische Fachkräfte und andere Interessierte nach dem VIR-Konzept fortzubilden. Das Projekt möchte Handlungssicherheit vermitteln, um in Alltagssituationen Impulse zu setzen, die zur Veränderung des rechtsextremistischen Denkens und Handelns motivieren.

VIR-Ausbildung in Hattingen

Die Ausbildung der Trainerinnen und -Trainer fand vom 19. bis 22. Juni 2018 im DGB Jugendbildungszentrum in Hattingen statt. Teilgenommen haben vor allem Fachkräfte, die in Ausstiegshilfen für Rechtsextremisten, im Bereich der Schulpsychologie und -sozialarbeit, in der Mobilen Jugendarbeit, in Polizei und Strafvollzug arbeiten.



Wie in den Vorjahren bestätigten die Teilnehmenden das Konzept der Ausbildung deutlich: In der anonymen Schlussbefragung bewerteten die Teilnehmenden die Veranstaltung insgesamt sehr positiv, 80 Prozent mit „sehr gut“, 20 Prozent mit „gut“. Fast alle (95 Prozent) gaben an, sich nun „inhaltlich fit“ und damit in der Lage zu fühlen, eigene Fortbildungen in Zweierteams durchzuführen. Die Teilnehmenden sind in aller Regel pädagogische Fachkräfte und bringen oft langjährige berufliche Erfahrungen mit, auf denen sie aufbauen können: etwa aus der Jugendhilfe sowie aus Präventions- und Bildungsprogrammen. Die bisher rund 100 VIR-Trainerinnen und -Trainer sind überwiegend in Nordrhein-Westfalen tätig, aber auch in Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Nach dem Schneeballeffekt sollen VIR-Fortbildungen an möglichst vielen Orten zur Verfügung stehen. Ausgebildete Trainerinnen und Trainer haben 2018 eigene VIR-Fortbildungen unter anderem an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe (Bochum), in Dortmund, Bad Berleburg und in Sachsen durchgeführt. Elemente des

VIR-Konzepts wurden zudem in andere Fortbildungsformate, beispielsweise einen Vortrag, der Ideologieelemente, Aktionsformen und Erscheinungsbilder der Identitären Bewegung in den Blick nahm. Deeskalationstrainings, integriert. Mit der siebten Trainerinnen- und Trainer-Ausbildung vom 14. bis 17. Mai 2019 in Münster wurde das Projekt weiter fortgeführt.

VIR im Überblick

Das Fortbildungskonzept VIR („Veränderungsimpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“) umfasst zehn Bausteine, darunter Übungen zur motivierenden Gesprächsführung, ein Modell, das Veränderungsphasen widerspiegelt (Transtheoretisches Modell der Veränderung) und Grundlagen zum Thema Rechtsextremismus (Rechtslage, „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, Ein- und Ausstiegsprozesse).

Präventionsansatz

Bei VIR-Fortbildungen geht es um die Kommunikation mit Zielgruppen, die skeptisch sind, ob sie ihr Verhalten ändern möchten. Intensive Beratungsprozesse sind daher zunächst aussichtslos. VIR setzt auf Kurzinterventionen wie „Tür und Angel“-Gesprächen oder Kurzberatungen mit einer Dauer von zehn bis 60 Minuten. Typische Situationen sind Pausengespräche in der Schule, Gespräche im Jugendzentrum oder zwischen Strafgefangenen und Beschäftigten in einer Justizvollzugsanstalt.

Akteure

Im VIR-Projekt arbeiten staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen eng zusammen: Es wird gemeinsam getragen vom Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK-Ruhr), der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW und dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen (Aussteigerprogramm „Spurwechsel“). VIR wird fachlich begleitet durch das LWL-Landesjugendamt Westfalen. Die ginko Stiftung für Prävention in Mülheim/Ruhr, an deren Fortbildungskonzept MOVE (Motivierende Kurzintervention) sich VIR anlehnt, hat das Projekt unterstützt.

Reflexions- und Vernetzungstreffen in Dortmund

Jedes Jahr findet ein Reflexions- und Vernetzungstreffen für VIR-Trainerinnen und Trainer statt. Am 4. Dezember 2018 stellten in Dortmund diejenigen, die eigene Fortbildungen umgesetzt haben, ihre Erfahrungen vor: Die Verantwortlichen der Fortbildungen in Dortmund, Bad Berleburg und Rostock berichteten von einer sehr positiven Resonanz und von der Rückmeldung der Teilnehmenden, durch die Veranstaltung mehr Handlungssicherheit im Kontakt mit rechtsorientierten Jugendlichen gewonnen zu haben. Zusätzlich vertieften die Teilnehmenden des Reflexionstreffens Inhalte der VIR-Ausbildung durch einen Vortrag, der Ideologieelemente, Aktionsformen und Erscheinungsbilder der sogenannten **Identitären Bewegung** in den Blick nahm.

VIR auf Kongressen und Tagungen

In einem Projektpot auf dem Deutschen Präventionstag (DPT) am 12. Juni 2018 in Dresden wurde das VIR-Konzept auch im vergangenen Jahr in Fachkreisen vor- und zur Diskussion gestellt. Die Messe stand 2018 unter dem Titel „Gewalt und Radikalität – Aktuelle Herausforderungen für die Prävention“. Rückmeldungen aus dem Publikum des Projektpots bestätigten den grundlegenden Ansatz des Projekts: durch Beziehung und Kommunikation in der Annäherungsphase an den Rechtsextremismus einer Verfestigung menschenfeindlicher Haltungen und Verhaltensweisen entgegenzuwirken. In diesem Sinne möchte VIR einen Beitrag leisten, um die sekundäre Prävention zu stärken und methodisch weiterzuentwickeln. Auf der Basis des Projektpots erscheint 2019 ein Aufsatz über Grundgedanken, Elemente und Methoden des VIR-Konzepts in der Buchdokumentation des Deutschen Präventionstags. Zudem ist die Präsentation des Projektpots auf der Website des DPT abrufbar.



Informationen und Kontakt zu VIR

Weitere Informationen zum VIR-Projekt und Kontaktmöglichkeiten zu Trainerinnen und Trainern sind unter www.vir.nrw.de abrufbar.



VERÄNDERUNGSPULSE
SETZEN BEI
RECHTSORIENTIERTEN
JUGENDLICHEN UND
JUNGEN
ERWACHSENEN

www.vir.nrw.de

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen



Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendhilfe
Nordrhein-Westfalen e. V.



LWL
Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Aussteigerprogramme

Aussteigerprogramme stellen ein weiteres Kernelement der intervenierenden Prävention dar und haben daher einen großen Stellenwert in der Extremismus-Prävention des Landes. Sie bieten Angehörigen extremistischer Szenen die Möglichkeit, professionelle Hilfe bei der Rückkehr in die demokratische Gesellschaft zu erhalten. Da sich diese Prozesse sehr intensiv und mitunter langwierig gestalten, begleiten die Aussteigerprogramme ihre Klienten über mehrere Jahre hinweg. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen betreibt bereits seit Jahren Aussteigerprogramme in den Bereichen Rechtsextremismus und Islamismus. Im Sommer 2018 hat das Aussteigerprogramm „left“ seine Arbeit aufgenommen, das sich an Szeneangehörige des deutschen und auslandsbezogenen Linksextremismus richtet. Damit bietet der Verfassungsschutz im Bereich der tertiären Prävention Unterstützungsangebote in allen Extremismus-Feldern an.

Erweiterung der Fachexpertise

Aussteigerprogramme haben die Hauptzielrichtung, das extremistische Personenpotential zu reduzieren und weitere einschlägige Straftaten zu verhindern. Dies wird erreicht, indem sowohl an den ideologischen Einstellungsmustern als auch an der sozialen Stabilisierung der Betroffenen gearbeitet wird. Die soziale Stabilisierung soll die Programmteilnehmerinnen und -teilnehmer in die Lage versetzen, ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben ohne Extremismus zu führen. Um erfolgreich zusammenarbeiten zu können, sind Freiwilligkeit und eine erkennbare Ausstiegsbereitschaft Voraussetzungen für eine Teilnahme am Programm.

Speziell ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begleiten den Ausstieg. Dabei wurde die bereits in den Jahren 2016 und 2017 begonnene personelle Verstärkung der Programme 2018 bedarfsorientiert fortgeführt. Hierüber konnte eine intensivere und noch stärker an den jeweiligen Bedürfnissen der Klienten ausgerichtete Unterstützung und Begleitung realisiert werden. Die Teammitglieder bringen ihr besonderes Fachwissen zur jeweiligen extremistischen Szene ein und verfügen über berufliche Vorerfahrungen und Kenntnisse aus den Bereichen Polizei, Verfassungsschutz, Justiz, Islam-, Rechts- und Politikwissenschaft sowie Psychologie, Pädagogik und Soziale Arbeit. Dies schafft eine Grundlage für passgenaue Methoden der Deradikalisierung und der sozialen Stabilisierung. So können im Rahmen der Ausstiegsbegleitung beispielsweise therapeutische Ansätze einfließen, eigens auf die jeweiligen Extremismen bezogene Anti-Ag-

gressivitäts- und Anti-Gewalt-Trainings angeboten oder eine zielgerichtete Haftbetreuung geleistet werden. Besonderer Schwerpunkt war im Jahr 2018 die Verstärkung der Aussteigerprogramme um weitere psychologische Expertise, da sich die Zahl der hilfesuchenden Szeneaussteiger mit psychischen Auffälligkeiten weiterhin auf einem hohen Niveau bewegt. Zudem konnte mit der Personalverstärkung der Aufbau des neuen Aussteigerprogramms „left“ realisiert werden.

Ein wesentliches Element der Ausstiegsarbeit ist die Aufarbeitung der extremistischen Vergangenheit und Ideologie. In persönlichen Gesprächen werden Einstiegsprozesse beleuchtet und undemokratische Denkmuster hinterfragt. Ausstiegswillige Personen sehen sich darüber hinaus in der Regel mit vielfältigen Problemlagen konfrontiert. Sie sind unter anderem geprägt durch Arbeitslosigkeit, finanzielle Schwierigkeiten, erhebliche Suchterkrankungen mit verstärkter psychischer Labilität wie Drogen- und Alkoholabhängigkeiten, Persönlichkeitsstörungen, psychischen Beeinträchtigungen oder die Herausforderung, den Alltag plötzlich ohne die „einfachen“ und strukturgebenden Antworten extremistischer Ideologien bewältigen zu müssen. Die Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes NRW leisten daher neben der ideologischen Aufarbeitung auch vielfältige Hilfestellungen zur Bewältigung und Unterstützung des Alltags der Teilnehmenden.

Als Grundlage eines erfolgreichen Ausstiegs erarbeiten die Begleiterinnen und Begleiter anhand einer ausführlichen Anamnese konkrete Interventions- und Hilfemaßnahmen. Daher werden die Programme fortlaufend sowohl personell, als auch methodisch weiterentwickelt. So wurde im Jahr 2018 beispielsweise eine intensive Fortbildungsreihe zu einem wissenschaftsbasierten, systematischen Analyse- und Kriminalprognoseverfahren durchgeführt, deren Ergebnisse bereits erfolgreich in die Ausstiegsarbeit integriert werden konnten. Für neue Personalzugänge ist die Fortführung dieser Fortbildungsreihe bereits in Planung.

Aussteigerprogramme als Ausrichter diverser Arbeitstagungen

Ein enger Austausch zwischen den beteiligten Akteuren unter anderem aus den Bereichen Justiz und Polizei ist ein wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche Arbeit der Aussteigerprogramme. Das gilt insbesondere für die Koordination der Begleitung von inhaftierten Personen während einer Haftzeit oder in Fällen, in denen Polizei oder Justiz mit

Hinweisen auf mögliche ausstiegswillige Personen an die Aussteigerprogramme herantreten. Auch im Jahr 2018 richteten die Aussteigerprogramme „Spurwechsel“ und „API“ eigene Arbeitstagungen für den polizeilichen Staatsschutz aus. Für das Jahr 2019 ist die erstmalige Ausrichtung einer solchen Tagung auch für den Bereich Linksextremismus geplant und bereits durchgeführt. Zudem haben die Aussteigerprogramme ihre Kontakte in den Justizvollzug ausgebaut und bei diversen Fortbildungsmaßnahmen des Vollzugs unterstützt. Diese breit angelegte Netzwerkarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden bietet die große Chance, dass bereits erste Anzeichen einer Distanzierung, die zum Beispiel in Haft oder bei der Polizei sichtbar werden, an die Aussteigerprogramme herangetragen werden und dann Basis für eine gezielte aktive Ansprache durch Ausstiegsbegleiterinnen und -begleiter sein können.

Die Vernetzung von Präventionsakteuren reicht über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus. Sie wird durch einen regelmäßig stattfindenden länderübergreifenden Erfahrungsaustausch verstetigt und weiter ausgebaut. Im Jahr 2018 waren die Aussteigerprogramme Islamismus „API“ und das Aussteigerprogramm Rechtsextremismus „Spurwechsel“ Ausrichter der jährlich stattfindenden Bund-Länder-Arbeitstagungen der staatlichen Aussteigerprogramme. Den fachlichen Austausch zum Thema Rechtsextremismus hat „Spurwechsel“ seit 2001 an geprägt und mit fortentwickelt. Im Bereich Islamismus hat Nordrhein-Westfalen durch das „API“ im Jahr 2018 erstmalig die Umsetzung einer entsprechenden Tagung in diesem Format initiiert. Die mehrtägigen Veranstaltungen befassten sich mit neuen Entwicklungen in der Deradikalisierungsarbeit, aktuellen Problemstellungen sowie der Weiterentwicklung gemeinsamer Standards für die Ausstiegsarbeit.

Neben dem intensiven Austausch mit Behörden sind die Programme in allen wesentlichen sonstigen, in der Regel kommunalen Hilfesystemen vernetzt. Dies ermöglicht eine konkrete und individuelle Hilfe beispielsweise bei der Arbeitsplatzsuche, bei der Eingliederung in Qualifizierungsmaßnahmen sowie in Fällen der Schuldner- oder Suchtberatung. Im Vordergrund steht dabei stets, die eigenen Ressourcen der Klienten zu mobilisieren und sie so im Sinne einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ in die Lage zu versetzen, ihre eigenen vielschichtigen Probleme anzunehmen und gemeinsam mit dem Begleiterteam an Lösungen zu arbeiten.

Werbekampagnen der Aussteigerprogramme umgesetzt

Die Aussteigerprogramme NRW erweitern den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit stetig mit dem Ziel, bei ihren Zielgruppen noch präsenter zu sein, die Programme bei allen Akteuren innerhalb und außerhalb der Szene bekannter und die Gesamtgesellschaft auf bestehende Hilfsangebote erneut aufmerksam zu machen.

Die Aussteigerprogramme „Spurwechsel“ und „API“ haben sich im Oktober 2018 mit den durch den Innenminister vorgestellten Werbekampagnen an die breite Öffentlichkeit gewandt. Neben der landesweiten Plakatierung auf Großflächenleinwänden und beleuchteten digitalen Werbeträgern, wurden die Kampagnen auch in unterschiedlichen Bahnhofsbereichen digital auf Bildschirmen angezeigt. Das Werbematerial konnte zudem den Netzwerkpartnern der Programme zur Verfügung gestellt und somit in Umlauf gebracht werden. Mit der Umsetzung der Kampagnen ist für „Spurwechsel“ und „API“ beabsichtigt mit eigenen Homepages online zu gehen.



Plakatmotive der Werbekampagne zu den Aussteigerprogrammen API und Spurwechsel



Plakatmotiv des Aussteigerprogramms Spurwechsel

Die Öffentlichkeit reagierte auf die Veröffentlichungen mit zahlreichen (Presse-) Anfragen zu Plakatmotiven und zu den Aussteigerprogrammen. Die Kampagnen führten auch zu Reaktionen aus der extremistischen Szene. So konnten neben Kommentaren in sozialen Netzwerken auch gezielte Beschädigungen zahlreicher Plakate festgestellt werden. Auffällig dabei war, dass insbesondere die Erreichbarkeiten der Programme absichtlich unkenntlich gemacht wurden. Das zeigt einmal mehr, dass die Werbekampagnen für Aufmerksamkeit innerhalb der Szenen sorgten. Die Werbekampagnen und aufkommenden Reaktionen wurden zudem auch für den Internetauftritt von „Spurwechsel“ und „API“ auf den bestehenden Facebook-Seiten nutzbar gemacht. Es hat sich gezeigt, dass durch die Kampagnen weitere Klienten gewonnen werden konnten.

Das Aussteigerprogramm „left“ konnte Ende 2018 mit Hilfe von Studentinnen und Studenten der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) in Aachen bereits verschiedene Kampagnenkonzepte und Ideen für eine Werbekampagne des neuen Programms sammeln. Im Dezember 2018 wurde die Zusammenarbeit mit der RWTH Aachen durch einen medienwirksamen Ministerauftritt öffentlich begleitet. Die Umsetzung der aus dem Wettbewerb resultierenden Ideen und Kampagnenansätze ist für das Jahr 2019 geplant.



Auftakt der Werbekampagne mit Innenminister Herbert Reul in Dortmund

Spurwechsel – Aussteigerprogramm Rechtsextremismus

Im Bereich Rechtsextremismus verzeichnet „Spurwechsel“ bereits seit 2001 stetig einen Zuwachs an ausstiegswilligen Personen. Bis zum Ende des Jahres 2018 hat Spurwechsel inzwischen 186 Menschen zu einem nachhaltigen Ausstieg aus der rechten Szene verholfen. Die Anzahl der gleichzeitig begleiteten Personen steigerte sich im Jahr 2018 auf durchschnittlich über 50 Personen. Die im Jahr 2015 durch Prof. Dr. Kurt Möller von der Hochschule Esslingen und Prof. Dr. Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein vorgestellten Evaluationsergebnisse und die damit verbundenen Empfehlungen wurden weiter aufgegriffen und umgesetzt.

Das Programm wird methodisch fortentwickelt und interne Projektgruppen erarbeiten laufend neue Themenschwerpunkte wie beispielsweise die besondere Ausrichtung der Programme auf Frauen und Mädchen und die Erarbeitung länderübergreifender Arbeitsstandards für den Bereich der staatlichen Ausstiegshilfen. „Spurwechsel“ verstärkt weiter seine Bemühungen, möglicherweise ausstiegswillige Menschen eigeninitiativ anzusprechen. Auf diesem Wege konnten bereits Klienten zu einer Teilnahme am Programm und damit zu einer Abkehr von der Szene bewegt werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Programms „Spurwechsel“ waren im Jahr 2018 auf verschiedenen Fachtagungen und Fortbildungen im Bereich Rechtsextremismus vertreten und konnten einmal mehr

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

**Ich hätte
alles
verloren ...**

Du willst raus aus dem
Rechtsextremismus?
Wir helfen Dir dabei.
Gib Dir eine neue Chance.

**Spurwechsel – Aussteigerprogramm
Rechtsextremismus des Landes NRW**
kostenlos – unbürokratisch – persönlich

www.spurwechsel.nrw.de

die Bund-Länder-Arbeitstagung der staatlichen Ausstiegshilfen mit dem Schwerpunkt „Umgang mit psychisch beeinträchtigten Menschen“ ausrichten. Weiterhin ist den Aussteigerprogrammen stetig an der Unterstützung unterschiedlicher wissenschaftlicher Forschungsprojekte im Bereich der Extremismusprävention gelegen. So war „Spurwechsel“ Teil der Forschungsbe-
gleitgruppe des Projektes des Bundeskriminalamtes „Durchführung einer empirischen Untersuchung von Formen sozialer Einflussnahme auf Ausstiegswillige der ‚rechten Szene‘ zur Identifizierung ausstiegshemmender Faktoren“, das durch das Bundesministerium des Innern gefördert wurde. Das Forschungsprojekt konnte durch die intensive und umfangreiche Mitwirkung von Spurwechsel erfolgreich gestaltet werden.

SPURWECHSEL

Aussteigerprogramme NRW bei Facebook

Spurwechsel: www.facebook.com/spurwechsel.nrw

API – Aussteigerprogramm Islamismus

Mit dem „API“ bietet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz seit 2014 stark radikalisierten und in die islamistische Szene fest eingebundenen Personen ein Angebot, die extremistische Szene zu verlassen. Das Programm steht zudem Rückkehrern aus Kriegsgebieten und wegen entsprechender politischer Straftaten verurteilten Inhaftierten offen. Voraussetzung ist, dass sie die Bereitschaft haben, sich aus der Szene und von ihrer Ideologie zu lösen.

Der Zugang von hilfesuchenden Personen hat sich im Bereich Islamismus seit 2014 vervielfacht. Das „API“ hat sich bis Ende des Jahres 2018 mit knapp 160 Personen aus der islamistischen Szene befasst und begleitet gleichzeitig zwischen 50 und 60 Personen intensiv in ihrem Ausstiegsprozess. Insgesamt 15 Personen konnten nach Prüfung durch das „API“ an andere Hilfesysteme vermittelt werden, da sie einen anders gelagerten Unterstützungsbedarf hatten. In acht Fällen konnte die Ausstiegsbegleitung mit einer erfolgreichen Deradikalisierung abgeschlossen werden.

Die Erfahrungen der Aussteigerprogramme zeigen, dass ein Deradikalisierungsprozess zwischen drei und fünf Jahre dauert. In etwa 30 Fällen konnte das API bei aktuellen Klienten eine nachhaltige und mutmaßlich dauerhafte Distanzierung von der extremistischen Szene erreichen.

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

Du willst im Hier
und Jetzt leben?

Gib Dir
eine neue
Chance.

Du willst raus aus dem Islamismus?
Wir helfen Dir dabei!

API AUSSTEIGER
PROGRAMM
ISLAMISMUS

www.im.nrw.de

Zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Entwicklungen wird die Begleitung dieser Personen derzeit weiter fortgesetzt.

In zehn Fällen wurde die Zusammenarbeit abgebrochen. Die Ausstiegsabsichten möglicher Klienten waren nicht oder nicht ausreichend vorhanden, um eine Aufnahme in das Programm zu rechtfertigen. Andere haben die Regularien des Programms mehrfach vehement missachtet – zum Beispiel den Kontakt zur Szene nicht nachhaltig vermeiden – und konnten daher nicht im Programm verbleiben. Das API hat zudem von Beginn an eine aktive Fallakquise betrieben. Es hat viele Extremisten proaktiv kontaktiert und für einen Ausstieg geworben. Dieses Vorgehen führt naturgemäß zu einer höheren „Ausfallquote“ als eine primär reaktive Arbeitsweise.

Die Anzahl der eigeninitiativen Kontaktaufnahmen beispielsweise inhaftierter Extremisten steigt kontinuierlich an. Das zeigt, dass das API von der Zielgruppe sehr gut angenommen und innerhalb der Szene zunehmend bekannter wird. Um diese Entwicklung weiter zu fördern, wurde mit Umsetzung der Werbekampagne ein Schwerpunkt auf die Werbung für das API gesetzt. Zudem wurden Veranstaltungen und Fortbildungen bei potentiellen Multiplikatoren durchgeführt. Die jährlichen Tagungen beispielsweise für den polizeilichen Staatsschutz und die Justiz konnten auch im Jahr 2018 erfolgreich durchgeführt werden und sind auch für das Jahr 2019 in Planung.

▲ Aussteigerprogramme NRW bei Facebook

API: www.facebook.com/api.nrw

left – Aussteigerprogramm Linksextremismus

Bereits zu Beginn des Jahres 2018 wurden die Vorbereitungen und Konzeptionierungen für den offiziellen Start von „left“, dem Aussteigerprogramm Linksextremismus vorgenommen. Das dritte Aussteigerprogramm des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes ergänzt die beiden schon etablierten Programme „API“ und „Spurwechsel“ im Feld des Linksextremismus. Dabei umfasst es sowohl den deutschen Linksextremismus, als auch den Linksextremismus mit Auslandsbezug (beispielsweise **PKK, DHKP-C**). Auch das Programm „left“ orientiert sich in der Arbeitsmethodik einerseits daran, alltagsweltliche Hilfestellung zu geben und andererseits die extremistische Vergangenheit und Ideologie aufzuarbeiten.

„left“ wurde im September 2018 offiziell vorgestellt. Im Laufe der ersten Jahreshälfte konnte das für die Ausstiegsbegleitung erforderliche Personal ausgewählt, geschult und eingearbeitet werden. Diese Phase wurde außerdem dafür genutzt, „left“ in die Infrastruktur der bestehenden Aussteigerprogramme zu integrieren. Dies hat dazu geführt, dass noch vor dem offiziellen Start des Programms Anfragen und Hinweise auf potentiell ausstiegswillige Personen über das Netzwerk der Aussteigerprogramme unter anderem zur Polizei, der Justiz oder der Bewährungshilfe an „left“ herangetragen wurden.

Bis zum Ende des Jahres 2018 zeigen die Erfahrungen, dass auch in der linksextremistischen Szene Unterstützungsbedarf vorhanden ist. Insgesamt hat sich das Aussteigerbegleitungsteam von „left“ bereits mit über 20 Fällen beschäftigt. Hieraus sind allein im Jahr 2018 schon 15 aktive Begleitungen entstanden.

📁 Kontakt zu „left“

kontakt@left.nrw.de
0173 51 46 734



Linksextremistische Demonstration, AZ Köln, Reclaim Zulpicher Platz



Demonstration in Dortmund

Fachtagungen und Kongresse

Fachtagungen und Kongresse

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen bringt seine Erkenntnisse regelmäßig in Fachtagungen und -kongresse ein. Diese Veranstaltungen bieten wichtige Gelegenheiten zum Dialog mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft aber auch mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Behörden und der Politik zu speziellen Fragen des politischen Extremismus, aber auch zu Erfahrungen und Ansätzen im Bereich der Prävention. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beteiligt sich überwiegend auf Einladung der Veranstalter an Fachtagungen. Er richtet sie aber auch immer wieder selbst gemeinsam mit Partnerorganisationen aus.

Tagung „Von rosa Herzchen zum Niqab?“

Wie verlaufen Radikalisierungsprozesse bei Frauen und Mädchen? Wo müssen Gegen-narrativen ansetzen, damit es erst gar nicht zu Radikalisierungstendenzen kommt? Wie beeinflusst das Internet die Radikalisierungsverläufe bei Frauen und Mädchen? Am 1.

Oktober 2018 wurden bei der Fachtagung „Von rosa Herzchen zum Niqab? – (De)Radikalisierung von Frauen und Mädchen im extremistischen Salafismus“ diese Fragen gemeinsam mit rund 200 Teilnehmern in den Räumen des Ministerium des Inneren diskutiert.

Als Teil der gemeinsamen Arbeit der IMAG wurde die Veranstaltung vom Ministerium des Inneren und dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung ausgerichtet und durch die WDR Moderation Asli Sevindim begleitet.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Erlebniswelt von vorwiegend muslimischer Mädchen und junger Frauen einschließlich potenzieller Radikalisierungsmotive sowie das Aufzeigen von Hilfsangeboten der Prävention und zum Ausstieg.



Ministerium des Inneren
des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Gleichstellung
des Landes Nordrhein-Westfalen



Von rosa Herzchen zum Niqab?
(De)radikalisierungsprozesse von Frauen und Mädchen im
extremistischen Salafismus
1. Oktober 2018, 9.00 Uhr
Rotunde des Ministeriums des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen

Hierbei wurden in einer interaktiven Debatte mit Referenten und Referentinnen wie Nora Fritzsche von der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. neue Anstöße für die Entwicklung weiterer präventiver Maßnahmen gegeben. Zielgruppe der Fachtagung waren insbesondere Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, die in der Lebenswelt muslimischer Frauen und Mädchen agieren.

Die Fachtagung warf die Frage auf, ob spezielle Präventionsangebote für Mädchen und junge Frauen benötigt werden oder ob Angebote für muslimische Mädchen und junge Frauen zum gesellschaftlichen Rollenverständnis und zur Religionsausübung geschaffen werden müssten. Derzeit wird das weitere Vorgehen in der Unterarbeitsgruppe „Geschlechtergerechte Präventionsangebote für Mädchen und junge Frauen“ der IMAG „Salafismusprävention“ – auch unter Einbindung wissenschaftlicher Expertise – erörtert, um zielgerichtete Angebote zu realisieren.

Tagung „Linksextremismus

Der Linksextremismus als eine Erscheinungsform des politischen Extremismus rückt meist nur punktuell in den Fokus öffentlicher Debatten, wenn er sich in gewalttätigen Aktionsformen äußert. Eine analytische Ausdifferenzierung linker und linksextremer Argumentations- und Handlungsmuster jenseits tagesaktueller Ereignisse findet demgegenüber kaum statt. Dabei ist die Unterscheidung zwischen legitimen Protestformen linker Politik einerseits und illegitimen, weil individual- oder gemeinschaftsschädlichen Aktionen andererseits in einem demokratischen Rechtsstaat von zentraler Bedeutung.

Das Symposium „Linksextremismus – Grenzlinien zwischen legitimen Protest und Dimensionen der Gewalt“ des nordrhein-westfälischen Innenministeriums am 5. November 2018 in Düsseldorf hatte das Ziel, aus wissenschaftlicher Sicht die Grenzlinien zwischen legitimen Meinungskampf und linksextremistischer Agitation zu verdeutlichen und dabei linksextremistische Legitimationstricks wie die angebliche Konfrontation mit „struktureller Gewalt“ und das Berufen auf „zivilen Ungehorsam“ zu dekonstruieren.

Teilnehmende waren rund 200 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wissenschaft sowie aus Behörden und Medien. Innenminister Herbert Reul eröffnete die von Paul-Elmar Jöris moderierte Veranstaltung, bei der der renommierte Politikwissen-

schaftler Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke sowie Naakow Grant-Hayford, Leiter des Galtung Instituts für Friedenstheorie und Friedenspraxis in Grenzach-Wyhlen, und Dr. Gunter Warg von der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung die Einstiegsvorträge hielten.

Die rund 200 Teilnehmenden hatten in drei Panel Sessions Gelegenheit zur Diskussion über die Themen „Legitimation von Gewalt“, „Linksextremismus und ziviler Ungehorsam“ und „Autonome Szene und Gewalt“. Die Sessions wurden geleitet vom Politikwissenschaftler und Extremismusforscher Dr. Udo Baron, von Dr. Andreas Braune von der Forschungsstelle Weimarer Republik, Friedrich-Schiller-Universität Jena, und von Jun.-Prof. Dr. Tom Mannewitz von der Technischen Universität Chemnitz. Bei der abschließenden Podiumsdiskussion beleuchteten die mitwirkenden Wissenschaftler zusammen mit Burkhard Freier, dem Leiter des Verfassungsschutzes NRW, die „Perspektiven zivilgesellschaftlichen Engagements in der streitbaren Demokratie“.

Tagungsreihe

„Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und gewaltbereiten Salafismus“

Was motiviert junge Menschen, sich islamistischen oder rechtsextremistischen Szenen anzuschließen? Kristallisieren sich typische Einstiegsmuster heraus? Und im Vergleich dieser Gruppierungen – fallen Parallelen ins Auge oder vor allem Unterschiede? Welche Konsequenzen ergeben sich für die Präventionsarbeit? Seit 2015 rücken die Landeszentrale für politische Bildung und der Verfassungsschutz NRW Fragen wie diese in den Mittelpunkt einer gemeinsamen Tagungsreihe. Insgesamt fanden bisher sieben Fachtagungen der Reihe „Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und gewaltbereiten Salafismus“ statt – im Jahr 2018 am 5. Juni in Münster, am 20. November in Siegen und am 27. November in Aachen.

Die Tagungen umfassen Fachvorträge zu den Annäherungsprozessen an den Rechtsextremismus und den gewaltbereiten Salafismus, Gespräche mit Aussteigerinnen und Aussteigern aus unterschiedlichen extremistischen Szenen sowie ein „World Café“, in dem die Teilnehmenden thementische Konsequenzen und Impulse für die Prävention erörtern. Die Reihe richtet sich schwerpunktmäßig an pädagogische Fachkräfte. Aus dem Feedback geht regelmäßig hervor, dass die Teilnehmenden gerade diese Kombination der methodischen Zugänge, die Verbindung aus analytischen, persönlich-bio-

grafischen und praktischen Herangehensweisen, sehr schätzen und die Inhalte für ihre Arbeit und den Umgang mit dem Thema Extremismus sehr hilfreich waren. Im Jahr 2019 sind weitere Tagungen der Reihe geplant.

Fachtagung „The Making of Extremists“

Welche psychologischen Hintergründe haben Verläufe der Radikalisierung und Deradikalisierung? Welche Ansätze gibt es zu dem Thema in Deutschland und in den USA? Diese Fragen wurden bei der gemeinsam mit dem Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Düsseldorf organisierten Fachtagung „The Making of Extremists – Transatlantisches Fachgespräch zu den psychologischen Hintergründen von Radikalisierung und Deradikalisierung“ am 6. Februar 2018 in Düsseldorf erörtert.

Neben Fachvorträgen von Prof. Arie Kruglanski, Professor an der University of Maryland und Experte für psychologische Prozesse im Radikalisierungskontext, sowie Dr. Jens Hoffmann, Kriminalpsychologe und Leiter des Institutes für Psychologie und Bedrohungsmanagement in Darmstadt, boten Experten der Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes NRW interessante und praxisnahe Einblicke in die Ausstiegsarbeit. Das Publikum setzte sich aus Expertinnen und Experten insbesondere aus den Bereichen der Wissenschaft, Medien und Präventionspraxis zusammen.

Neben der Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit psychischen Störungen in der Prävention und Deradikalisierungsarbeit erreichte die Tagung das Ziel Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und Prävention auch zu diesem Themengebiet zu verknüpfen und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und US-amerikanischen Institutionen zu stärken.

Herausforderung extremistischer Salafismus – Angebote für Schule und Jugendarbeit

Der extremistische Salafismus fordert Lehrkräfte an Schulen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit nach wie vor heraus: Wie kann man Jugendliche erreichen, mit ihnen ins Gespräch kommen, sie sensibilisieren und schützen? Das Ministerium des Innern hat in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Schule und Bildung eine Vielzahl von Angeboten zusammengestellt, die im Unterricht oder bei der Arbeit mit jungen Menschen genutzt werden können und dabei helfen sollen, Jugend-

liche über die Gefahren des extremistischen Salafismus aufzuklären. In 2018 standen die folgenden acht Module zur zielgruppengerechten Auseinandersetzung mit dem Thema extremistischer Salafismus zur Auswahl:

- ▶ Theaterstück „Dschihad One Way“ des Jungen Theaters Hof,
- ▶ Theaterstück „Paradies“ des Jungen Schauspiels Düsseldorf,
- ▶ Lesung des Romans „Dschihad Calling“ durch den Autor Christian Linker,
- ▶ fachlich begleiteter Comic-Workshop mit dem Zeichner Peter Schaaff und der Expertin für Kinder- und Jugendarbeit Sinem Aslan,
- ▶ Klassenzimmer-Theaterstück „321 EXIT“ des Jungen Theaters Hof,
- ▶ Workshop „Cool und radikal?! Eine Analyse islamistischer Internetpropaganda“ mit Dr. Josephine B. Schmitt, Julian Ernst, Olivia Rutkowski und Petr Frantik von der Universität zu Köln,
- ▶ Vorführung des Kinofilms „Der Himmel wird warten“ mit begleitendem Seminar des Instituts für Kino und Filmkultur in Wiesbaden,
- ▶ Lehrmaterialien des Vereins ufuq.de in Berlin.

Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie pädagogische Fachkräfte in der Jugendarbeit konnten die für sie kostenfreien Module online anfordern.

Die konstant hohe Nachfrage bestätigt den großen Bedarf an entsprechender Unterstützung insbesondere an Schulen. Im Jahr 2018 wurden über 100 Veranstaltungen durchgeführt. Die Rückmeldungen waren durchweg positiv, so dass die Angebote 2019 weitergeführt werden.

23. Deutscher Präventionstag in Dresden

Der Deutsche Präventionstag im Juni 2018 in Dresden fand zu dem Schwerpunktthema „Gewalt und Radikalität – Aktuelle Herausforderungen für die Prävention“ statt.

Der Verfassungsschutz NRW hat zum vierten Mal den weltweit größten Jahreskongress für Kriminalprävention und angrenzende Präventionsbereiche genutzt, um seine Präventions- und Ausstiegsarbeit einem breiten Fachpublikum vorzustellen. Neben einem eigenen Stand, an dem sich die Besucher über das vielfältige Angebot des Verfassungsschutzes informieren konnten, wurde zudem in einem eigenen Projektpot das Konzept von „VIR - Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ vorgestellt.



Informationsstand des Verfassungsschutzes NRW auf dem 23. Deutschen Präventionstag in Dresden

gamescom Entertainment-Messe in Köln

Die weltweit größte Messe für interaktives Entertainment gamescom in Köln mit rund 370.000 Besuchern, von denen 70 Prozent jünger als 24 Jahre sind, war auch im August 2018 der optimale Veranstaltungsort, um gezielt an ein junges Publikum heranzutreten. Ein unkonventioneller Messestand des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen mit zahlreiche Angeboten und Gesprächsmöglichkeiten erwartete die Besucher. So konnten man in einem Quiz sein Wissen zum Thema Extremismus testen und eine interaktive Virtual Reality-Anwendung auf VR-Brillen zum Thema Propaganda und Radikalisierung im extremistischen Salafismus nutzen.

Ziel war es, Jugendliche aufzuklären und für die Themen Extremismus und Demokratieverständnis zu sensibilisieren. Die Gäste hatten am Stand die Gelegenheit, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes persönliche Gespräche auf Augenhöhe zu führen und auch kritische Fragen zu stellen. Mit dem Gesamtangebot wurden knapp 1.700 Personen erreicht und mit ihnen intensiv diskutiert. Die durchschnittliche Verweildauer am Stand lag bei zehn Minuten.



Auch im Jahr 2018 bot der Stand des Verfassungsschutzes NRW den Besuchern ein vielfältiges, interaktives Angebot



Für das umfangreiche Angebot und das persönliche Gespräch nahmen die Besucher sogar Wartezeiten in Kauf

Tag der Medienkompetenz

Am 5. November fand der Tag der Medienkompetenz im nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf unter dem Motto „Was steckt dahinter? Medienbildung in Zeiten von Fake News, Verschwörungstheorien und Algorithmen“ statt. Der Tag der Medienkompetenz ist eine von der Landesregierung und dem Landtag Nordrhein-Westfalen gemeinsam ausgerichtete Veranstaltung. Der Verfassungsschutz NRW beteiligte sich als Teil der Landesregierung an einem gemeinsamen Stand. Das etablierte Ausstellerkonzept des Verfassungsschutzes mit seinem medialen Angebot floss in den Auftritt der Landesregierung ein und ergänzte das Gesamtangebot sinnvoll. In einem eigenen Forum konnten Jugendliche lernen und analysieren, mit welchen filmästhetischen Mitteln islamistische Extremisten überzeugen und radikalisieren wollen. Mit einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit fördert der Verfassungsschutz NRW das Demokratieverständnis von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und will zu einer Auseinandersetzung mit dem Thema Extremismus anregen.



Am Stand der Landesregierung klärte der Verfassungsschutz Jugendliche über die Gefahren von Propaganda und Extremismus auf



Der Verfassungsschutz nutzt moderne Ansprachen und Technologien, wie hier Virtual Reality

Vorträge und Fortbildungen

Der beste Schutz der Demokratie ist der mündige Bürger. Deshalb ist es eine wesentliche Aufgabe des Verfassungsschutzes, aufzuklären und Wachsamkeit vor Bestrebungen zu stärken, die demokratische Grundprinzipien angreifen beziehungsweise aushöhlen. Im Rahmen von Veranstaltungen und Fortbildungen informiert und sensibilisiert der Verfassungsschutz über Hintergründe des politischen Extremismus. In eigenen Veranstaltungen oder in Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen oder staatlichen Akteuren klärt der Verfassungsschutz Politik und Öffentlichkeit unter anderem über ideologische Grundlagen, Erscheinungsformen, Propaganda und Erkennungszeichen auf.

Der Verfassungsschutz bietet seine Expertise für Sensibilisierungsmaßnahmen in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft an und referiert in Schulen, Fortbildungseinrichtungen, bei der Polizei, Einrichtungen der Jugend- und Sozialarbeit sowie im politischen Raum. Hervorzuheben sind auch Veranstaltungsformate mit Kooperationspartnern, die kontinuierlich neu aufgelegt werden. Dazu zählen beispielsweise Thementage mit verschiedenen Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung (ZfSL) in NRW zur Sensibilisierung von angehenden Lehrerinnen und Lehrern. Darüber hinaus wurden in 2018 rund 100 Vorträge zum Wirtschaftsschutz und der Spionageabwehr gehalten.

Schwerpunkte Rechtsextremismus und Islamismus

Das Interesse an Vorträgen und Fortbildungen über Extremisten, deren Netzwerke und Agitationsformen ist nach wie vor sehr hoch. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat im Jahr 2018 bei rund 270 Veranstaltungen mitgewirkt, auf denen rund 12.000 Menschen über Extremismus informiert wurden. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Themenfeldern Rechtsextremismus und Islamismus. Die Aufklärungs- und Sensibilisierungsveranstaltungen richteten sich hauptsächlich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Sie tragen ihr Wissen weiter und sorgen damit für einen hohen Wirkungsbereich. Schulen in Nordrhein-Westfalen haben ebenfalls viele Vorträge angefragt. In Unterrichtseinheiten und an Projekttagen konnten zahlreichen Schülerinnen und Schülern Kenntnisse über politische Extremismen und ihre Erscheinungsformen vermittelt werden. In vielen Fällen laden auch zivilgesellschaftliche Träger den Verfassungsschutz ein, um eigene Fachkräfte weiterzubilden. Interessierte Bürgerinnen und Bürger profitieren ebenfalls bei Veranstaltungen von der Expertise des Verfassungsschutzes. Die Kooperationsveranstaltungen mit der Landeszentrale für politische Bildung haben

sich bewährt. Die Veranstaltungsreihe „Einstiegsprozesse“ informiert vor allem pädagogische Fachkräfte. Der Verfassungsschutz kooperiert mit der Landeszentrale für politische Bildung sowie dem Ministerium für Schule und Bildung und dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration in der Veranstaltungsreihe „Vielfältiger Islam und gewaltbereiter Salafismus“, die sich insbesondere an pädagogische Fachkräfte richtet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes arbeiten im fachlichen Steuerungskreis mit und wirken als Referentinnen und Referenten bei den Veranstaltungen mit. Die Kooperationsveranstaltung des Qualifizierungsprojektes „Starke Moscheegemeinden – Starke Jugend: Für Demokratie – Gegen gewaltbereiten Salafismus“ für Imame und Multiplikatoren in Moscheegemeinden wurde auch in 2018 fortgeführt.

In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung sowie dem Ministerium für Schule und Bildung Nordrhein-Westfalen finden seit mehr als zehn Jahren regelmäßig die Präventionstage „Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ für Schülerinnen und Schüler statt. Sie klären auf über sich wandelnde Erscheinungsbilder und Symbolik des Rechtsextremismus, über die Musik dieser Szene und ihre Aktivitäten in Online-Medien. Im Jahr 2018 fanden 14 Präventionstage für Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse statt.

Insofern fanden zum Thema Rechtsextremismus erneut zahlreiche Vorträge und Workshops für Jugendliche statt. Die meisten Veranstaltungen richteten sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, etwa an Lehrkräfte oder andere pädagogische Fachkräfte. Inhaltlich nahmen die Veranstaltungen insbesondere Mittel und Strategien in den Fokus, mit denen junge Menschen für diese Szene gewonnen werden sollen („Erlebniswelt Rechtsextremismus“), sowie die rechtsextremistische Agitation gegen geflüchtete Menschen.

Seit Langem unterstützt der Verfassungsschutz NRW den Moerser Jugendkongress gegen Rechtsextremismus und zur Förderung von Demokratie. Der 10. Jugendkongress am 21. November 2018 stand unter dem Leitthema „Mädelsache – Frauen in rechtsextremistischen Szenen“. Ein Mitarbeiter des Projekts „Prisma“, das beim Verfassungsschutz NRW angesiedelt ist, moderierte das Gespräch der Teilnehmenden mit zwei Aussteigerinnen. Regelmäßig beteiligen sich Vertreterinnen und Vertreter des Verfas-

sungsschutzes NRW auch an Fachtagungen für Wissenschaft und Präventionspraxis, wie 2018 an der Tagung „Radikalisierung im Netz“ am 3. Dezember im Kreis Viersen und an der Veranstaltung „Alltagsrassismen. Empirische und theoretische Perspektiven“ am 16. und 17. November an der Universität Chemnitz.

Auch im Bereich Islamismus blickt der Verfassungsschutz NRW in 2018 auf erfolgreiche praxisnahe Veranstaltungen zurück. So wirkten Referenten an der von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Fachtagung „Salafisten in deutschen Kommunen“ am 24. und 25. Mai in Hamm mit und hielten Fachbeiträge zur Organisation und Propaganda der salafistischen Szene sowie zu Radikalisierungshintergründen und der Vorstellung des Präventionsprogrammes Wegweiser. Es bestand weiterhin eine hohe Nachfrage nach Informationen über Beratungs- und Unterstützungsstrukturen und Fragestellungen wie: Was ist Salafismus, woran kann man ihn erkennen und an wen kann man sich wenden? Insbesondere im Schulbereich besteht weiterhin großer Bedarf im Hinblick auf das Erkennen von möglichen Radikalisierungstanzzeichen und potentiellen Handlungsoptionen.

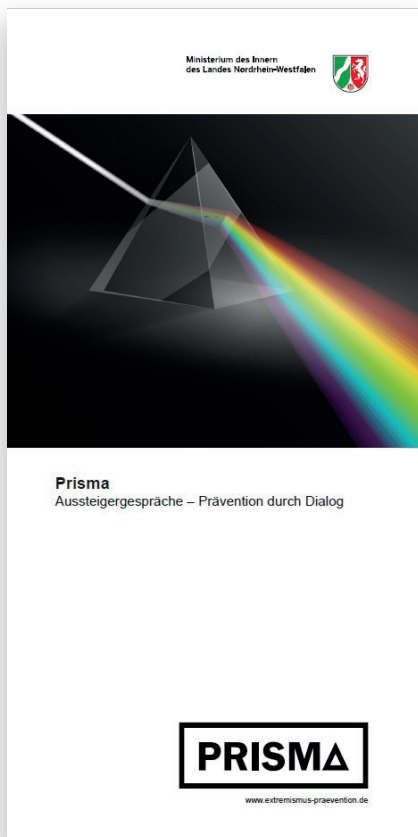
Projekt Prisma – Prävention durch Dialog

Mit dem Projekt „Prisma“ bietet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz Veranstaltungen im Rahmen der Primärprävention an. Die Gruppengespräche mit Aussteigerinnen und Aussteigern über ihre extremistische Vergangenheit erwiesen sich in der Vergangenheit als intensive Impulse für die Teilnehmenden. Mit dem Namen Prisma drücken die Projektbeteiligten aus, dass sie – so wie das Prisma einen Lichtstrahl bricht – mit ihrer extremistischen und kriminellen Vergangenheit gebrochen haben.

Zielgruppe für die Veranstaltungen sind in der Regel Schulen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Allerdings ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung des Projekts durch die Veranstalter, dass die Begegnung in einen didaktischen Kontext eingebettet ist, sodass das Gespräch vertieft und reflektiert wird.

In etwa 50 Veranstaltungen im Jahr 2018 berichteten Aussteigerinnen und Aussteiger aus dem Rechtsextremismus, dem Islamismus und dem auslandsbezogenen Extremismus („Graue Wölfe“) über ihre Erfahrungen und standen für einen intensiven Dialog zur Verfügung. Rückmeldungen der Teilnehmenden bestätigen, dass diese

Veranstaltungen direkte Einblicke in Lebenswege und Motive geben, die zur Annäherung an den Extremismus geführt haben. Durch die sehr persönlichen Berichte wird ein intensiver und eindrücklicher Austausch möglich. Sie zeigen besonders deutlich die Gefahren, die von diesen Szenen ausgehen, und geben Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Impulse für die Prävention. Die Gespräche werden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Aussteigerprogramme moderiert. Gespräche mit Aussteigerinnen und Aussteigern fanden 2018 beispielsweise im Rahmen der Informationsreihe „Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und gewaltbereiten Salafismus“ für pädagogische Fachkräfte statt. Darüber hinaus wird das Projekt „Prisma“ auch im Rahmen von anderen Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und für Schulklassen etwa ab Klasse 10 angeboten.



Sensibilisierungsveranstaltungen im Umfeld von Flüchtlingseinrichtungen

Der Verfassungsschutz bietet seit 2014 Sensibilisierungsveranstaltungen für Betreiber von Flüchtlingseinrichtungen, deren Beschäftigte und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer an. Die Veranstaltungen verfolgen das Ziel, über den extremistischen Salafismus aufzuklären sowie die Beratungsangebote des Verfassungsschutzes auf allen drei Ebenen der Prävention vorzustellen. Die Teilnehmenden sollen in die Lage versetzt werden, besonders auffälliges Verhalten, Wesensveränderungen oder gar eine Radikalisierung erkennen und einzuordnen zu können. Die Nachfrage nach Sensibilisierungsveranstaltungen durch Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes war in 2018 eindeutig rückläufig. Dies ist zum einen dem allgemeinen Rückgang der Flüchtlingszahlen in NRW geschuldet und zum anderen der Ausweitung der Wegweiser-Beratungsstellen, da diese ebenfalls in ihrer Region entsprechende Sensibilisierungen anbieten. Seit 2014 hat der Verfassungsschutz auf 90 Sensibilisierungsveranstaltungen insgesamt 6.500 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren informiert.

Zusammenarbeit auf europäischer und transatlantischer Ebene

Der Verfassungsschutz NRW hat auch im Jahr 2018 den Austausch mit europäischen und transatlantischen Partnern intensiv fortgeführt wie zum Beispiel mit Expertinnen und Experten aus Großbritannien und den USA. Es fanden fachliche Diskussionsrunden, Informationsveranstaltungen und Konferenzen mit Praktikern, Behörden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zum Beispiel zum Thema „Psychologische Hintergründe von Radikalisierung und Deradikalisierung“ sowie weiteren Themenschwerpunkten der Prävention statt. Die Veranstaltungen bestätigten die Ergebnisse der Jahre zuvor: Von der Vernetzung und dem Austausch der fachlichen Erfahrungen in der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit profitieren alle Akteure und Partner. Der Wissenstransfer kann für die Präventionsmaßnahmen nutzbar gemacht und neue Umsetzungsstrategien für die Praxis entwickelt werden. Das Bewusstsein für ein gemeinsames Vorgehen gegen islamistische Gefahren und Bestrebungen stärkt die Zusammenarbeit und die Kooperationen auf europäischer und internationaler Ebene nachhaltig.

Erfahrungsaustausch zwischen NRW und der Schweiz zum Thema „Salafismus und Prävention“

Am 26. und 27. April 2018 besuchte eine Schweizer Delegation mit zwei kantonalen Innen- und Justizminister/innen, dem Generalsekretär der schweizerischen Innen- und Justizministerkonferenz sowie Vertreterinnen und Vertretern aus der Schweizer Polizei und des Strafvollzugs das nordrhein-westfälische Ministerium des Innern zu einem Erfahrungsaustausch über Maßnahmen und Erfolgsfaktoren in der Präventionsarbeit. Das Treffen reiht sich ein in einen kontinuierlichen Austausch des Präventionsbereiches mit verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen aus der Schweiz.

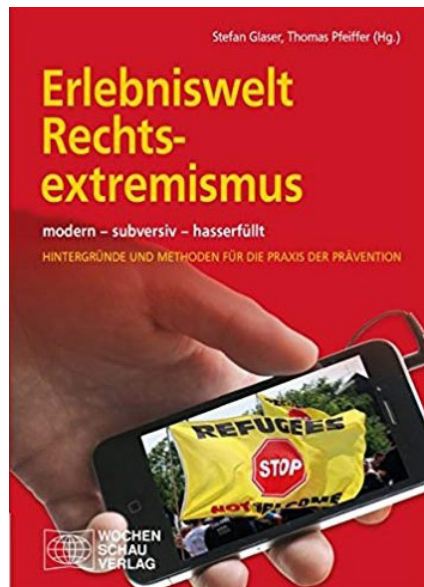
Veröffentlichungen

Die Aufklärung über Ideologien, Strategien und Erscheinungsformen im politischen Extremismus stärkt die Sensibilität und Wachsamkeit innerhalb der Gesellschaft. Insofern ist sie ein wichtiger Beitrag zur wehrhaften Demokratie.

Informationen und Analysen stellt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz im Internet sowie in Broschüren und anderen Veröffentlichungen zur Verfügung. Hinzu kommen Informationsmaterialien wie Plakate, Faltblätter und Visitenkarten, die beispielsweise auf Kontaktmöglichkeiten zu den Aussteigerprogrammen und zum Präventionsprogramm Wegweiser hinweisen. Interessierte erhalten diese Publikationen unter anderem bei Vortragsveranstaltungen. Einige Titel können zudem über die Website www.im.nrw.de/verfassungsschutz online bestellt werden.

Publikation „Erlebniswelt Rechtsextremismus“

Der Band „Erlebniswelt Rechtsextremismus, - modern – subversiv – hasserfüllt. Hintergründe und Methoden für die Praxis der Prävention“, der 2017 in fünfter, aktualisierter Neuauflage erschienen ist, ist seit 2018 bundesweit für die Fachöffentlichkeit auf noch breiterer Basis verfügbar. Neben der EU-Initiative „klicksafe“ nahmen ihn die Bundeszentrale für politische Bildung und die Landeszentrale Nordrhein-Westfalen sowie mehrere weitere Landeszentralen in ihre Publikationsprogramme auf. Die Publikation ist das Ergebnis einer langjährigen Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen und jugendschutz.net, dem gemeinsamen Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für Jugendschutz im Internet. Sie umfasst Hintergrundaufsätze, Projektskizzen aus der schulischen und außerschulischen Praxis sowie ein Internetangebot mit Materialien zu jedem Beitrag des Buches.





Bestellmöglichkeiten

Der Band „Erlebniswelt Rechtsetremismus“ kann kostenlos oder gegen eine geringe Bereitstellungspauschale unter anderem über folgende Websites bezogen werden:

Klicksafe. Die EU-Initiative für mehr Sicherheit im Netz

www.klicksafe.de/bestellung

Bundeszentrale für politische Bildung

www.bpb.de/shop

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

www.politische-bildung.nrw.de/print/

Ressourcen aktivieren – Expertisen bündeln: Handreichung zu Wegweiser

Wie funktioniert eine Beratung und Begleitung im Wegweiser-Kontext genau? Welche pädagogischen Einzelschritte sind erforderlich und welche Auffälligkeiten zeigen Jugendliche, die begleitet werden?

Diese Fragen greift die Handreichung zur Wegweiser-Arbeit auf und zeigt, wie individuell Radikalisierungsprozesse sind und darauf bezogene Handlungsoptionen und Zielsetzungen sein müssen. Die Handreichung, die sich an verschiedene Zielgruppen aus der fachlichen Arbeit, Bildungseinrichtungen, Jugendhilfe sowie allgemein an Politik und Interessierte aus der Öffentlichkeit richtet, stellt ebenso dar, wie wichtig, unterschiedliche Expertisen sind, sei es im Hinblick auf Fachkenntnisse der Träger sowie Beraterinnen und Berater, oder im Hinblick auf die Einbeziehung passender Netzwerkpartner in die niedrigschwellige Arbeit vor Ort. Die Handreichung wird 2019 erscheinen.

Aufsätze in Fachpublikationen

In Fachpublikationen, beispielsweise wissenschaftlichen Sammelbänden und Zeitschriften, bringen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen regelmäßig Analysen zu speziellen Fragen des Extremismus ein. Dies fördert den Informations- und Gedankenaustausch zwischen Verfassungsschutz und akademischer Forschung. So werden in einem Beitrag die Sichtweisen der rechtsex-

remistischen Szene auf die Alternative für Deutschland (AfD) untersucht. Diese weisen zugleich auf ideologische und strategische Motive der rechtsextremistischen Akteure hin und geben Einblicke in deren Selbstverständnis. Der Aufsatz erscheint Anfang 2019 in dem von Armin Pfahl-Traugber herausgegebenen „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“.

Rechtsextremistische Musik und Medien stehen im Mittelpunkt eines Sammelbandes, der auf eine Tagung an der Hochschule für Musik und Theater Rostock im Januar 2018 zurückgeht. Der Beitrag des Verfassungsschutzes NRW greift diese Themen mit einem analytischen Mittel auf, das in der Arbeit des Verfassungsschutzes eine wichtige Rolle spielt: dem Begriff „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, der Annäherungsmotive an diese Szene bündelt. Auf dieser Basis nimmt der Aufsatz Musik, Symbolik und Bildsprache des Rechtsextremismus in den Blick. Der Beitrag erscheint in dem von Yvonne Wasserloos, Manuela Schwartz und Sabine Mecking herausgegebenen Band „Rechtsextremismus – Musik und Medien“ im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht unipress.

Ein weiterer Beitrag aus dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen ist im Jahr 2018 in der Zeitschrift „Schulmagazin 5-10. Impulse für kreativen Unterricht“ erschienen, die sich an Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarstufe I richtet. Unter dem Titel „Themen öffnen Türen. Die rechtsextremistische Szene setzt auf breitenwirksame Propaganda“ geht der Text vor allem den Mustern und Motiven rechtsextremistischer Hetze gegen Musliminnen und Muslime sowie gegen geflüchtete Menschen nach (Heft 7-8/2018). Darüber hinaus hat sich der Verfassungsschutz NRW an einem Aufsatz für das „Handbuch der Extremismusprävention“ beteiligt, das 2019 durch das Bundeskriminalamt herausgegeben wird. Der Aufsatz nimmt die Evaluation von Praxisansätzen der Extremismusprävention in den Blick: Er ist unter Federführung von Kurt Möller (Hochschule Esslingen) und in Zusammenarbeit mit Jan Buschbom (Violence Prevention Network) entstanden. Prof. Möller hatte 2014 und 2015 gemeinsam mit Prof. Beate Küpper (Hochschule Niederrhein) und weiteren Wissenschaftlern die Evaluation des Aussteigerprogramms Rechtsextremismus des Landes NRW erarbeitet.

Mit Virtual Reality (VR) näher an die junge Zielgruppe

Jugendliche stellen eine Hauptzielgruppe von Extremisten dar. Um in den Lebenswelten von Jugendlichen eine Relevanz zu erzielen und um den narrativen Mitteln von Extremisten entschlossen entgegenzutreten, ist es wichtig, zeitgemäße Medien und Kommunikationswege zu nutzen. Ziel ist es, Jugendliche aufzuklären und zu sensibilisieren. Der Einsatz medialer Mittel und neuer aktueller Technologien wie einer sich stetig weiterentwickelnden Virtual Reality (VR) Anwendung ist dabei folgerichtig. So wird das Thema extremistische Propaganda und Radikalisierung symbolisch am Beispiel des Salafismus in mittlerweile zwei VR-Anwendungen zur Aufklärung und Gegennarrative genutzt. Bislang werden diese auf Messen eingesetzt und fachlich begleitet. Gespräche und Erfahrungen der Jugendlichen helfen bei einer Fortentwicklung. Ein eigenständiger Einsatz und weitere Felder, in denen diese Technologie sinnvoll genutzt werden kann, werden aktuell geprüft.



In bislang zwei unterschiedlichen Versionen klärt der Verfassungsschutz NRW mit Hilfe von VR-Technik über die Gefahren von extremistischer Propaganda und Radikalisierung auf



Über den Verfassungsschutz

Über den Verfassungsschutz

Verfassungsschutz ist nach dem Grundgesetz eine Aufgabe der Länder und des Bundes. Verfassungsschutzbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen ist das Ministerium des Innern. Die für den Verfassungsschutz zuständige Abteilung nimmt ihre Aufgaben gesondert von der Polizeiorganisation wahr. Die Verfassungsschutzbehörden der einzelnen Bundesländer sind gesetzlich dazu verpflichtet, untereinander und mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu kooperieren. Dabei übernimmt das Bundesamt die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene.

Aufgrund der Gefährdungslage hat die Landesregierung den Verfassungsschutz in 2018 weiter verstärkt. Dies schlug sich im Wesentlichen in der Aufstockung der Sach- und Investitionsmittel von rund 10,21 auf rund 14,88 Millionen Euro nieder. Zusätzlich erhielt der Verfassungsschutz in 2018 acht weitere Stellen für Personal, so dass er nunmehr über insgesamt 515 Stellen verfügt.

Aufgaben

Der Verfassungsschutz hat die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu extremistischen Bestrebungen oder Organisationen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten.

Dazu gehören Aktivitäten, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen. Des Weiteren betrifft dies Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Dabei verfolgt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz mit den zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln eine Dreifachstrategie aus Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln, Prävention und Ausstiegshilfe. Es ist seine Aufgabe, frühzeitig extremistische Entwicklungen zu erkennen und Politik und Gesellschaft zu informieren und zu sensibilisieren. Da eine effektive Bekämpfung von Extremismus neben der Arbeit von Sicherheitsbehörden auf gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen basiert, geht der Verfassungsschutz in die Gesellschaft hinein, klärt auf und bietet allen be-

teiligten Akteuren eine Zusammenarbeit an. Dabei liegen die aktuellen Schwerpunkte der nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbehörde weiterhin in der Aufklärung und Bekämpfung des Rechtsextremismus und des gewaltorientierten extremistischen Salafismus. Mit den Ereignissen in und um den Hambacher Forst rücken zudem autonome und gewaltorientierte Linksextremisten stärker in den Fokus. Von zunehmender Bedeutung für die nachrichtendienstliche Bearbeitung sind zudem sicherheitsgefährdende Aktivitäten türkischer Organisationen und Cyberangriffe ausländischer Nachrichtendienste. Mit seiner Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit sowie seinen Präventions- und Aussteigerprogramme wirkt der Verfassungsschutz extremistischen Bestrebungen entgegen, verhindert den Einstieg in extremistische Szenen beziehungsweise fördert den Ausstieg aus dem Extremismus.

Kontrolle des Verfassungsschutzes

Die Aufgaben und Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde sind im Verfassungsschutzgesetz (VSG NRW) definiert. Zugleich ist dort geregelt, durch wen und wie ihr Handeln kontrolliert wird, denn eine rechtliche und politische Kontrolle der Verwaltung sind konstitutive Merkmale des Rechtsstaates. Dies gilt natürlich auch für den Verfassungsschutz.

Da die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes aufgrund ihrer besonderen Geheimhaltungsbedürftigkeit in der Regel nicht öffentlich im Parlament oder seinen Ausschüssen beraten werden können, gibt es für die Kontrolle besondere Stellen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG). Der Landtag Nord-

Parlament	Genehmigungsvorbehalte	Öffentlichkeit
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Parlamentarisches Kontrollgremium ▶ Berichtspflichten gegenüber Kabinett und Landtag ▶ Petitionen 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Zustimmung durch Minister ▶ Zustimmung durch unabhängige G10-Kommission ▶ Kontrolle durch Datenschutzbeauftragte 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Auskunftersuchen ▶ Benachrichtigungen ▶ Gerichte ▶ Presse, Medien

Kontrolle des Verfassungsschutzes

rhein-Westfalen bestimmt zu Beginn jeder Wahlperiode die Anzahl der Mitglieder des PKG und wählt diese aus seiner Mitte. Das PKG überwacht umfassend die Tätigkeit des Verfassungsschutzes.

Verbreitung personenbezogener Daten

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben dürfen Verfassungsschutzbehörden unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalens nutzt dazu eigene Dateien sowie das „Nachrichtendienstliche Informationssystem und Wissensnetz“ (NADIS WN), auf das die Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes gemeinsam Zugriff haben.

Erfasst werden Daten zu Personen, über die Erkenntnisse im Zusammenhang mit politischem Extremismus vorliegen. Getrennt davon werden Daten gespeichert zu Personen, die wegen ihres Umgangs mit Verschlusssachen oder ihrer Tätigkeit in einem sicherheitsempfindlichen Bereich einer Sicherheitsüberprüfung unterliegen. Die Durchführung solcher Überprüfungen erfolgt mit Zustimmung der Betroffenen und macht rund 90 Prozent aller NADIS-Einträge aus Nordrhein-Westfalen aus.

Novellierungen des Verfassungsschutzgesetzes NRW (VSG NRW)

Im Jahr 2018 wurde das nordrhein-westfälische Verfassungsschutzgesetz zweimal novelliert. Mit dem am 16. März 2018 in Kraft getretenen Siebten Gesetz zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen wurde die Befristung besonderer Befugnisse aufgehoben, so dass diese der Verfassungsschutzbehörde seitdem unbefristet zustehen. Im Einzelnen betraf die Entfristung die Beobachtung zugangsgesicherter Internetkommunikation auf dem technisch hierfür vorgesehenen Weg, die Erhebung von Auskünften über Beteiligte am Zahlungsverkehr und über Geldbewegungen und -anlagen sowie über die Erhebung von Telekommunikationsverkehrsdaten und Nutzungsdaten von Telemedien.

Mit der Entfristung wurden die Handlungsempfehlungen des dem Landtag im Mai 2017 vorgelegten Evaluierungsberichts (Vorlage 16/5009) umgesetzt. Mit dem am 25. Mai 2018 in Kraft getretenen Gesetz zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680

(Nordrhein-Westfälisches Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU – NRWDSAnpUG-EU) – wurden in Artikel 9 als Ausfluss geänderten EU-Rechts und der diesbezüglichen gleichzeitig vorgenommenen Novellierung des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen die bereichsspezifischen datenschutzrechtlichen Regelungen des VSG NRW angepasst und zum Teil neu gefasst.

Die neuen bereichsspezifischen Regelungen im VSG NRW betreffen unter anderem die Datenschutzkontrolle durch die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit sowie die Ausgestaltung von Verfahrensverzeichnissen. Im Übrigen wird insbesondere hinsichtlich Einwilligung, Datengeheimnis, automatisierter Einzelentscheidung, Abrufverfahren, Auftragsverarbeitung und Sicherheit der Datenverarbeitung auf das Bundesdatenschutzgesetz verwiesen und damit im Sinne einer insgesamt angestrebten Harmonisierung der Befugnisse des Verfassungsschutzes ein weiterer Gleichlauf mit Bundesrecht hergestellt.

Öffentlichkeitsarbeit

Eine informierte, aufgeklärte Öffentlichkeit ist die Grundvoraussetzung, um die Gesellschaft vor extremistischen Bestrebungen zu schützen. Daher versteht der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen den Leitspruch „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ als einen wesentlichen Arbeitsauftrag.

Damit Bevölkerung, Politik und Medien Anzeichen für Extremismus frühzeitig erkennen können, leistet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz eine intensive Aufklärungsarbeit und bietet eine breite Palette verschiedener Informationsmittel an. Dazu gehören Vorträge und Tagungen, Broschüren und ein Informationsangebot im Internet. Einen umfassenden Aufklärungsbeitrag, der alle verfassungsschutzrelevanten Themen umfasst, liefert der jährliche Verfassungsschutzbericht. Die Jahresberichte dienen Gerichten und Behörden als Nachschlagewerk zum Extremismus in NRW. Sie werden den Mitgliedern des Landtags zur Unterrichtung über Entwicklungen vorgelegt und auch von der Öffentlichkeit stark nachgefragt.

Informationen zu aktuellen Schwerpunktthemen finden sich in Berichten und Broschüren, die über die Internetseite des Ministeriums des Innern unter www.im.nrw.de/verfassungsschutz abrufbar und kostenfrei bestellbar sind.

Liste der Bestrebungen und Organisationen

Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben.

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst (sogenannte Chevrons).

A

»AKARAM«
 Advance
 Afrikabrunnen (heute Blue Springs LTD)
 Agape e. V.
 Aktion Ansar Deutschland e.V.
 Aktionsbüro Mittelrhein
 Aktionsgruppe Dortmund West
 Aktionsgruppe Rheinland
 Al-Asraa (Die Gefangenen)
 Al-Qaida / Kern-al-Qaida
 Altermedia Deutschland
 »alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)«

Ansaar International e.V.
 Ansaarul Aseer (Die Unterstützer der Gefangenen)
 Antifa AK Köln
 »Antikapitalistische Linke (AKL)«
 Autonome Nationalisten (AN)
 Antisem Vertrieb
 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)
 Autonome Linksextremisten
 Autonome Besetzerszene des Hambacher Forstes
 Autonome Nationalisten (AN)

B

Bielefeld Sultan Fatih Genclik (Sultan-Fatih Jugend Bielefeld)
 Blck Stone GmbH
 BlickpunktTV
 Blood and Honour
 »Blue Springs LTD. (ehem. Afrikabrunnen)«
 Bruderschaft Erkenschwick
 »Bülten (Bulletin der Türkischen Föderation)«

C

Celebrity
 Celebrity Center
 Church of Scientology
 Collegium Humanum
 Combat 18 (C18)

D

»Demokratisch-kurdisches Gesellschaftszentrum (DKTM)«
 »Demokratisch-kurdisches Gesellschaftszentrum Deutschland (NAV-DEM)«
 Der III. Weg
 Der Weg zum Glücklichein
 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
 Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG)

Deutsche Stimme (DS)
Devrimci Sol
DHKP-C
Die Rechte
Die Wahre Religion (DWR)
Division Germania
Doğru Haber (Richtige Nachricht)
dortmundecho.org

E

Erbakan Vakfi (Erbakan Stiftung)

F

Falk News
»Föderation der Türkisch-Demokratischen
Idealistenvereine in Deutschland e.V.
(ADÜTDF)«
»Föderation der Yezidischen Vereine
Kurdistans (FKE, früher YEK)«
Föderation islamischer Organisationen in
Europa (FIOE)
»Föderation kurdischer Vereine in
Deutschland (YEK-KOM)«
Frauenrechte ANS. Justice e.V.
Free our Sisters
Freewinds
Freie Nationalisten Kreis Gütersloh
Freier Widerstand Oberhausen
Freies Netz Stolberg
Freies Netz Süd
Freiheit
»Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)«
Freistaat Preußen
Freundeskreis Rechts
Freundeskreis Rhein-Sieg
Freundeskreis Volksschule Köln
Furkan-Gemeinschaft
Furkan Kultur und Bildungszentrum e.V.
Furkan Nesli Dergisi (Magazin der
Generation Furkan)

Furkan Stiftung für Bildung und
Dienstleistungen (Furkan Eğitim ve Hizmet
Vakfi)
Furkan TV
Furkan Vakfı (Furkan-Stiftung)

G

Generation Islam
Germaniten / Volksgruppe Germaniten /
Staat Germanitien
Germaniten Partei
Gesellschaft für freie Publizistik
Gruppe Freital
»Grup Yorum«

H

HAMAS
Hammerskins
Heimattreue Deutsche Jugend
Helfen in Not (HiN)
Hizb ut-Tahrir – Islamische
Befreiungspartei (HuT)

I

Identitäre Aktion (IA)
Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)
Identitäre Bewegung Nordrhein-Westfalen
(IB NRW)
Identitäre Bewegung Rheinland
Identitäre Bewegung Westfalen
Imam-Mahdi-Zentrum
Impact
»Internationale Koordination
Revolutionärer Parteien und
Organisationen (ICOR)«
Interventionistische Linke (IL)
Inzâr Dergisi (Warnung)
Islamische Gemeinschaft in Deutschland
e.V. (IGD)
Islamischer Staat (IS)
Islamistische nordkaukasische Szene (INS)
Ismail Aga Cemaati (IAC)

K

Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)
Kampf der Nibelungen (KdN)
Keltisch-Druidische Glaubensgemeinschaft
Kendi Dilinden Hizbullah (Die Hizbullah in eigenen Worten)
Köln für deutschen Sozialismus
KÖLN UNZENSIERT Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
Kommunistische Plattform (KPF)
»Kommunistische Organisation (KO)«
Kompetenz demokratischen
Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa (KCDK-E)
Koordination der kurdischen ökologisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK)
»Kurdistan Report«

L

Lies! (-Kampagne)
Linksjugend ['solid]
Lunikoff

M

Makss Damage
marx21
Marxistische Blätter
»Marxistische Linke e.V. (ML)«
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
Medizin mit Herz
»Mednuce TV«
Milli Görüs-Bewegung
Miscavige, David
Mitteilungen der Kommunistischen Plattform
Muhacirun (Auswanderer)
Muslimbruderschaft (MB)

N

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
Nationaler Widerstand Duisburg
Nationalismus ist keine Alternative (NIKA)
Nationalsozialistischer Widerstand (NSU)
Neonazi-Szene
Neue Ordnung Deutschland
»Newaya Jin (Erlebnisse der Frauen)«
Nordadler
Nordkaukasisches Emirat
NRW UNZENSIERT – Zeitung der Bürgerbewegung Pro NRW
N. S. Heute
»NUCE TV«

O

Oidoxie
Oldschool Society (OSS)
OT-Universe

P

Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)
Palestinian Return Center (PRC)
PKK (Arbeiterpartei Kurdistans)
Pro-Bewegung
Pro Chemnitz
Pro Köln e.V.
Pro NRW
Pro-Organisationen

R

Realität Islam
Rebell
Recht und Wahrheit
Reconquista
Reichsbewegung Neue Gemeinschaft der Philosophen
Reichsbürger und Selbstverwalter

Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-
Front (DHKP-C)
Revolutionärer Weg (RW)
Revolution Chemnitz
Ring Nationaler Frauen
»RONAHI TV«
Rote Fahne Magazin
Rotfuchse

S

Saadet Partisi (SP)
Sag nein zu Drogen
Salafistische Bestrebungen /
Extremistisch-salafistische Szene
(Salafismus)
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
(SDAJ)
Scientology Kirche Berlin e.V. (SKB)
Scientology Kirche Deutschland e.V.
(SKD)
Scientology Organisation (SO)
»Serxwebun (Unabhängigkeit)«
Siegel der Propheten
Skinhead-Szene
Sleipnir
Smart Violence
Source
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
(SDAJ)
»Sozialistische Linke (SL)«
staatenlos.info
»Sterka Ciwan (Stern der Jugend)«
Sturmwehr
Syndikat 52

T

Tauhid Germany
The Auditor
»Turan e.V.«
Türkische Hizbullah (TH)

U

»Ülkücü-Bewegung« (»Graue Wölfe«)
Ummashop / Umma Second-Hand Shop
Ums Ganze. Kommunistisches Bündnis
Unsere Zeit (UZ)
Unabhängige Nachrichten
Uni der Gemeinschaften Kurdistans (KCK)
Unsere Zeit (UZ)

V

Verband der islamischen Vereine und
Gemeinden e.V. (slami cemiyet ve
cemaatleri birliđi, ICCB)
»Verein Anatolische Förderung«
Verein für bioenergetisches Leben
Verein zur Rehabilitation der wegen
Bestreitens des Holocaust Verfolgten
Verfassungsgebende Versammlung /
Bundesstaat Deutschland
Volksgemeinschaft Niederrhein (VGN)
Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL)
Deutschland
Volkshilfe e.V.

W

White Rex
Wiking Jugend
World Institute of Scientology Enterprises
(WISE)
WorldWide Resistance-Help e.V. (WWR-
Help e.V.)

Y

»Yeni Özgür Politika«
Yürüyüs (Der Marsch)

Impressum

Herausgeber

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01
Telefax: 0211/871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211/871-2821
Telefax: 0211/871-2980
kontakt.verfassungsschutz@im1.nrw.de
www.im.nrw.de/verfassungsschutz

Bestellservice

bestellung.verfassungsschutz@im1.nrw.de
www.im.nrw.de/publikationen

Stand: Juni 2019

Druck: Silber Druck oHG, Niestetal

Fotos: picture alliance/ dpa, Polizei NRW, Verfassungsschutz Nordrhein- Westfalen

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Ministeriums des Innern Nordrhein-Westfalen zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Der Inhalt dieser Broschüre wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62 - 80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871 - 01
Telefax: 0211/871 - 3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

